

LUXEMBURG 3

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

DEN BETRIEB ÜBERNEHMEN

HEINZ BIERBAUM | EMILY KAWANO | IMMANUEL NESS | VOLKER BRAUN | JESSICA NEMBHARD | TIM HUNT | DARIO AZZELLINI | ALEX DEMIROVIĆ | JOHN HOLLOWAY | CORNELIA MÖHRING | VISHWAS SATGAR | WOLFRAM ADOLPHI | U.A.

IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-858-3
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für die Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Lutz Brangsch, Michael Brie, Erhard Crome, Malte Daniljuk,
Stefan Thimmel,Vanessa Lux, Katharina Zeiher und Fanny Zeise.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres

Kontoverbindung für Abonnements: VSA: Verlag Hamburg GmbH,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: Textilfabrik Brukman in Buenos Aires,
die von ihren Mitarbeiterinnen geführt wird,
© Marta Nascimento/REA/laif

Graphik und Satz: Studio Kaiser Matthies – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: Druckerei Conrad GmbH, Berlin

INHALT

EDITORIAL **4**

KONZEPTE

HEINZ BIERBAUM Renaissance der Belegschaftsbetriebe?
Zur Diskussion in den Gewerkschaften **6**

JESSICA GORDON NEMBHARD UND EMILY KAWANO
Genossenschaften und die Bewegung für eine
solidarische Ökonomie **14**

ALEX DEMIROVIĆ »Wir können das besser«.
Belegschaftseigentum, Demokratie und Transformation **22**

IMMANUEL NESS Kooperativen und Genossenschaften
in den USA: Gestern und Heute **32**

TIM HUNT Arbeiter der Welt, kooperiert! Die Rolle von
Belegschaftseigentum und Kooperativen für Transformation **42**

VOLKER BRAUN Die hellen Haufen. Auszüge **48**

RÜCKBLICKE

BORIS KANZLEITER Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien –
eine ambivalente Erfahrung **60**

JÖRG ROESLER Umkämpftes Eigentum in der DDR **66**

PETRA BRANGSCH Glasnost, Perestroika und das Eigentum **70**

HENNING SÜSSNER RUBIN Lohnempfängerfonds.
Gescheiterte Demokratiereform in Schweden **74**



Cooperativa Esperanza, Argentinien

PRAXIS

DARIO AZZELLINI Arbeiterkontrolle in Venezuela ... **80**
HENRIQUE T. NOVAES UND RENATO DAGNINO
Arbeiterorganisation in wieder angeeigneten Fabriken ... **88**
WOLFRAM ADOLPHI China: Die widerspruchsvolle Eigentumsfrage ... **94**
CARL DAVIDSON Mondragón und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts ... **100**
MATTEO GADDI Italien: Kooperativen ohne Industriepolitik ... **110**
VISHWAS SATGAR Landwirtschaftliche Kooperativen in Südafrika ... **114**

CLASS & CARE

CORNELIA MÖHRING UND KATHARINA SCHWABEDISSEN
Debatte: Die Vier-in-einem-Perspektive in der Praxis ... **126**
NATALIA IGUIÑIZ BOGGIO La Otra – Die Andere ... **130**

LINKE STRATEGIEN

RAINER RILLING Wenn die Hütte brennt… ... **134**
CHRISTOPH SPEHR Wann kann man sagen, dass Die Linke existiert
und mit normalen Mitteln nicht mehr zerstört werden kann? ... **140**
HILARY WAINWRIGHT UND JOHN HOLLOWAY Kapitalismus aufbrechen
oder den Staat zurückfordern? Ein Briefwechsel ... **146**

VERFASSERINNEN UND VERFASSER ... **154**

EDITORIAL

Die globale Krise und Krisenpolitik können als Geschichte der Enteignung erzählt werden: Konjunkturprogramme und »Rettungsschirme« haben Mittel für Unternehmen und Banken mobilisiert, die durch Lohnverzicht und Kürzungen der öffentlichen Leistungen eingespielt werden müssen. Rating-Agenturen, »Gläubigerstaaten« und die EU als verallgemeinerte Finanzaufsicht verringern den Spielraum für demokratische Entscheidungen. Die Proteste gegen die Politik der Kürzungen in Spanien, Nordafrika, Griechenland, Israel besetzen die Plätze und Straßen und erobern damit das Öffentliche symbolisch zurück.

In der argentinischen Krise wurde der Protest auf der Straße mit einer anderen Art des Arbeitens und Wirtschaftens verbunden: »Besetzen, Widerstand leisten, Produzieren« (vgl. die Beiträge auf www.zeitschrift-luxemburg.de). Aus der Niederlage im Neoliberalismus ist eine Bewegung an der Basis entstanden, die Betriebe besetzt oder weiterführt, die geschlossen oder verlagert werden sollen: um Abfindungen zu verhandeln, Arbeitsplätze zu erhalten – oder als Einstieg in gesellschaftliche Transformation. In Deutschland forderte die IG Metall Gegenleistungen für Zugeständnisse und staatliche Krisenhilfen: Erweiterte Mitbestimmung, Belegschaftseigentum und Wirtschaftsdemokratie wurden gegen den Shareholder Value gestellt. Auch in den USA ist auf den Ruinen fordistischer Produktionsstätten eine vielfältige Bewegung von Kooperativen und Genossenschaften in Belegschaftseigentum entstanden.

»Ohne Boss« zu arbeiten, war eine neue Erfahrung, für viele befreiend. Marx sah in der selbständigen Organisation der Produktion durch die Produzenten, in Genossenschaften einen ersten Schritt zum Kommunismus. Doch gleichzeitig werden die Arbeitenden in Widersprüche verwickelt, sie müssen lernen, wie Kapita-

listen zu denken und zu handeln: Marktlogik und Konkurrenz treten nicht zurück, weil ein Unternehmen von der Belegschaft geleitet wird (vgl. den Beitrag von Vishwas Satgar). Gewerkschaften stehen Belegschaftseigentum und selbstverwalteten Betrieben oft kritisch gegenüber: Selbstausbeutung und Druck auf die Löhne bei vergleichbaren Betrieben sind zu befürchten. Auch »Belegschaftseigentum« kann bedeuten, Schulden zu erben, die andere gemacht haben. In Brasilien haben sich Gewerkschaften an die Spitze der Bewegung für solidarische Ökonomie gesetzt. Die größte Metallgewerkschaft in den USA und Kanada, United Steel Workers, hat ein Abkommen mit Mondragón geschlossen, der Kooperative aus dem Baskenland, die inzwischen ein transnationales Netzwerk von Produktionsstätten, Universität und Bank ist. Gemeinsam werden Belegschaftsbetriebe gegründet.

Die Geschichte der Aufhebung von privatem Eigentum ist keine Erfolgsgeschichte der Demokratisierung (im Heft: Jugoslawien, DDR, Sowjetunion, China). Zentralisierung und Planung wurden vielfach als Entfremdung erlebt, übergingen unzulässig die Bedürfnisse und Interessen der Beteiligten an tatsächlicher Selbstbestimmung. In Deutschland sind Betriebsbesetzungen und Arbeiterselbstverwaltungen nach dem Abebben der Projekte- und Kollektivbewegung der 1970er Jahre selten geworden. Viele Versprechen auf »Selbstverwirklichung« und kooperative Formen sind von neoliberalen Diskursen gekapert, das Potenzial einer gesellschaftlichen Transformation abgeschnitten worden.

Internationale Erfahrungen sollen Horizonte öffnen: Fragen der alltäglichen Produktion des Lebens rücken wieder ins Zentrum, machen sie zum Gegenstand demokratischer Fragen: Was wird produziert? Wie wollen wir arbeiten? Wie werden Interessen zwischen Arbeitsplatzerhalt und Klimaschutz vermittelt? Wie überschreiten die geteilten Interessen der Wenigen den Horizont des eigenen Betriebs, sodass die Demokratisierung ausgreifen kann in die Region, den Staat, die globalen Produktionsverhältnisse? Transnationale Netzwerke von Kooperativen und Genossenschaften könnten ökonomische Alternativen sein, Perspektiven auf eine solidarische Ökonomie. Dann könnten die vielen kleinen Erfahrungen vielleicht doch in eine »kommunistische« Bewegung fließen, die der Enteignung der Vielen die Enteignung der Wenigen entgegenstellt.

3. bis 5. November | Internationale Konferenz
Belegschaftseigentum, Kooperativen und Genossenschaften: Einstieg in Transformation?
Mit Marina Sitrin, Alex Demirović, Jessica Gordon Nembhard, Heinz Bierbaum, Manny Ness, Carl Davidson, Bernd Röttger, Birgit Daiber, Boris Kanzleiter u.v.m.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Anmeldung und Information: www.rosalux.de; kaindl@rosalux.de

RENAISSANCE DER BELEGSCHAFTSBETRIEBE?

ZUR DISKUSSION IN DEN GEWERKSCHAFTEN

HEINZ BIERBAUM

Eine neue Studie zur Übernahme von Betrieben durch Belegschaften kommt zum Ergebnis, dass das Thema der Belegschaftsbetriebe in der gewerkschaftlichen wie politischen Diskussion wieder eine Relevanz hat, nachdem es viele Jahre eher ein Randthema war (vgl. Klemisch u.a. 2010). Die Partei Die Linke nennt die Unternehmen in Belegschaftseigentum ein wichtiges Element im Rahmen des Entwurfs des Grundsatzprogramms, vor allem im Zusammenhang mit Wirtschaftsdemokratie. Die IG Metall hat in den Restrukturierungskonzepten etwa bei Opel oder bei Schaeffler eine Beteiligung der Belegschaft am Kapital gefordert: Wenn die Arbeitnehmer in der Krise Opfer bringen, sollten sie auch eine Gegenleistung erhalten und Einfluss auf die Unternehmenspolitik haben – begründet der IGM-Vorsitzende Berthold Huber (vgl. FAZ.net 2009; Huber 2010, 49). Auch die IG Metall-Bezirksleitung in Niedersachsen vertritt ein Konzept der Wirtschaftsdemokratie, in dem der Einfluss der Belegschaften auf die

Unternehmenspolitik einen hohen Stellenwert hat (vgl. Meine/Stoffregen 2011).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 hat die Diskussionen um Wirtschaftsdemokratie, die Demokratisierung der Unternehmensentscheidungen und damit um die Mitwirkung der Belegschaften befördert. Grundsätzliche Fragen nach der Wirtschaft, ihren Gesetzen, Regelungen und Verantwortlichkeiten sind wieder dringlich geworden. Und: Die Kultur des privaten Unternehmens und die Unternehmertätigkeit sind in die Diskussion geraten. Unternehmerische Tätigkeit wird zunehmend kritischer gesehen, und es stellt sich die Frage nach den Interessen und der Legitimationsgrundlage von Unternehmenspolitik.

Tatsächliche Übernahmen durch die Belegschaft sind eher selten. Die letzte bundesweit bekannt gewordene Übernahme war der Fall des Fahrradherstellers Bike Systems in Nordhausen, wo die Beschäftigten nach der Insolvenz im Jahr 2007 den Betrieb in eigener Regie fortzuführen versuchten. Obwohl ihnen viel Solidarität erwiesen worden ist, scheiterte der Versuch. Produktion und Verkauf der Fahrräder konnten nicht im notwendigen Umfang realisiert werden. Das Unternehmen wurde demontiert, die Anlagen nach Ungarn verkauft, und die Mitarbeiter wechselten in eine Transfergesellschaft. Einige der ehemaligen Mitarbeiter gründeten die »Strike Bike GmbH«, die zum Mai 2008 mit fünf Mitarbeitern die Produktion aufnahm. Trotz des Scheiterns wurden wichtige Erfahrungen gemacht: dass es möglich ist, selbst aktiv zu werden und ohne Hierarchie arbeiten zu können (Klemisch u.a. 2010, 42–47).

BELEGSCHAFTSINITIATIVEN IN DEN 1980ERN

Aus der Sicht von Belegschaften und Gewerkschaften steht die Beschäftigungssicherung im Zentrum: Das Thema Belegschaftsbetriebe kam daher 2008ff in Zusammenhang mit drohenden Arbeitsplatzverlusten wieder auf. Genau dieser Zusammenhang hatte in den 1980er Jahren dazu geführt, dass sich Gewerkschaften dieses Themas angenommen hatten. Anders als in der Bewegung der Alternativwirtschaft waren es nicht in erster Linie die Versuche eines emanzipatorischen Arbeitens und Lebens, sondern die Arbeitsplatzverluste, die Anstoß für eine Diskussion und für praktische Versuche der Betriebsübernahmen waren. Erinnert sei etwa an den spektakulären, ebenfalls gescheiterten Fall des Schmiedeunternehmens Mönninghoff in Hattingen, das durch einen Belegschaftsverein mit Hilfe der öffentlichen Hand fortgeführt werden sollte. Das im Vergleich zu anderen Betriebsübernahmeversuchen recht große, rund 800 Arbeitsplätze umfassende Unternehmen wurde durch die Belegschaft besetzt, um die drohende Schließung (Folge von Managementfehlern und Finanzproblemen) zu verhindern. Gleichzeitig wurde ein Fortführungskonzept erarbeitet, das eine Übernahme durch die Belegschaft vorsah. Basis des entwickelten Hattinger Modells war ein gemeinnütziger Belegschaftsverein »Bildung für Arbeitnehmer in Hattingen«, in dessen Auftrag die Fortführungsgesellschaft »Hattinger Schmiede« gegründet wurde, an deren Seite zusätzlich eine Bildungseinrichtung mit Ausbildung gestellt wurde. Es verstand sich als regionalpolitisches Beschäftigungsmodell. Bemerkenswert war vor allem, dass es zu einem breiten regionalen Ak-

tionsbündnis kam, mit der örtlichen IG Metall als Motor. Die Übernahme scheiterte letztlich an der mangelnden Unterstützung durch die Banken und damit an der Finanzierung (vgl. dazu König u.a. 1985).

Ein anderes, durchaus erfolgreiches Beispiel war die »AN Maschinenbau- und Umweltanlagen GmbH« in Bremen. Sie ging aus der Übernahme der ehemaligen Zweigniederlassung des Maschinenbauunternehmens Voith hervor, das seinen Standort Bremen aufgeben wollte. Um die Schließung zu verhindern, wurde unter wesentlicher Initiative des damaligen Betriebsratsvorsitzenden ein Selbstverwaltungskonzept entwickelt, das einerseits weitreichende Mitwirkungsrechte der Belegschaft vorsah, andererseits sich stark auf ökologische Produkte konzentrierte. Grundlage war auch hier ein von 50 Mitarbeitern getragener Belegschaftsverein. Die Übernahme wurde durch den Bremer Senat ideell und materiell unterstützt. Allerdings führte die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung mit einer zunehmenden Konzentration auf Windkraft und der Kooperation mit anderen Unternehmen dazu, dass die Selbstverwaltung mit den Jahren immer mehr zurückging und das Unternehmen schließlich in der Siemens Power Generation aufging.

POSITION DER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften haben sich im Zusammenhang mit der Entwicklung von Beschäftigungskonzepten mit Belegschaftsbetrieben befasst. Anders als beim Sozialplan, der bei Betriebsänderungen mit Arbeitsplatzabbau den Kern der diesbezüglichen Betriebsvereinbarungen bildet, wurde der »Beschäftigungsplan« als Alternative entwickelt und 1985 bei dem damaligen Werk von Grundig in Nürnberg zum ersten Mal abgeschlossen. Kernstück dieses Beschäftigungsplans waren Qualifizierungsmaßnahmen und die Suche nach neuen Produkten. Ausgehend vom Wissen der Belegschaft sollte eine Erweiterung des vorhandenen Produktprogramms vorgenommen und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese über die herkömmliche Mitbestimmung hinausgehende Beteiligung der Belegschaft sollte Einfluss nehmen auf eine Veränderung der Produktpolitik und damit auf ein Kernstück der Unternehmenspolitik. Der »Beschäftigungsplan« stand auch Pate für die Konzeption der »Beschäftigungsgesellschaft«, die 1987 im Zusammenhang mit der Stahlkrise entwickelt worden war. Kernelemente sind auch hier Qualifizierungsmaßnahmen und die Organisation neuer Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Beschäftigungsgesellschaften wurden in Zusammenhang mit der industriellen Restrukturierung der ehemaligen DDR wieder relevant. Der massive Arbeitsplatzabbau sollte durch solche Gesellschaften aufgefangen werden. In der Praxis überwog allerdings die zeitweilige soziale Abmilderung des Arbeitsplatzverlustes und weniger die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Beschäftigungsgesellschaften sind bis heute ein wichtiges Element im Zusammenhang mit betrieblichen Umstrukturierungen.

Die IG Metall hat in ihrer Stellungnahme zu Betriebsübernahmen durch die Belegschaften diese zwar vorsichtig, doch prinzipiell unterstützt und dabei Mindestbedingungen formuliert: Tarifvertragliche Ansprüche und



© M. Benedetto, http://matias-benedetto.com.ar, Cooperativa Esperanza, Argentinien

Rechte sollten nicht unterlaufen werden, die Belegschaft den Betrieb nicht kaufen, die Mitbestimmungsrechte ausgedehnt und die Übernahme auf dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet werden (vgl. *Der Gewerkschafter* – Dokumentation 5/85). Um dies zu erreichen, wurden politische und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen durch die damalige Bundesanstalt für Arbeit und durch die Länder gefordert. Gewerkschaftliche Forderungen zu einer arbeitsorientierten Strukturpolitik hatten weiter Vorrang. Im Vordergrund stand die Einordnung solcher betrieblichen Initiativen in die regionale Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Neben der möglichen Arbeitsplatzsicherung wurde der qualitative Aspekt von Betriebsübernahmen und dezentralen Beschäftigungsinitiativen und damit die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gewürdigt. In der Stellungnahme der IG Metall von 1988 heißt es: »Während die betrieblichen Initiativen eine unmittelbare Reaktion auf die arbeitsplatzvernichtende kapitalistische Unternehmenspolitik darstellen und den betrieblichen Abwehrkampf mit aktiver Beschäftigungssicherung verbinden, sind die örtlichen Beschäftigungsinitiativen in Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Beschäftigung und sinnvoller Arbeit zu sehen […] Es geht nicht nur um Beschäftigung als quantitatives Problem, sondern auch um Beschäftigung in qualitativer Hinsicht, wie sich dies in der Forderung nach gesellschaftlich sinnvollen Arbeitsplätzen, nach

qualitativ hochwertigen und abwechslungsreichen Tätigkeiten, nach demokratischen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen ausdrückt.« Damit kämen Bezüge zu den Zielsetzungen eines anderen, selbstbestimmten Arbeitens und Lebens in die gewerkschaftliche Diskussion, wie sie vor allem für die Selbstverwaltungswirtschaftsbewegung charakteristisch sind. Zugleich wurden die betrieblichen Initiativen als praktischer Versuch der Demokratisierung der Wirtschaft gewertet.

AKTUELLE DISKUSSION

Heute kann an diese Diskussion der 1980er Jahre angeknüpft werden. Freilich haben sich die Rahmenbedingungen verändert. Heute stehen stärker die Aspekte der Legitimation der Unternehmensentscheidungen und der Kritik an der Unternehmenspolitik und weniger regionalpolitische Überlegungen im Zentrum, die Anlass für Überlegungen zu anderen Eigentumsformen und einer veränderten Rolle der Belegschaft sind. In der Kritik steht besonders die Unternehmenspolitik des »Shareholder Value«. Dabei wird das Unternehmen wesentlich als Finanzinvestition mit Mindestrendite für die Kapitaleigner begriffen. Mit der Krise und der Kritik an der Dominanz der Finanzmärkte gerät diese Unternehmenspolitik in die Kritik, und es tritt stärker ins Bewusstsein, dass Unternehmen Wertschöpfungsprozesse darstellen, in denen die Arbeit und die Beschäftigten eine zentrale Stellung haben.

Konzeptionell ist zu unterscheiden zwischen einer Mitarbeiterbeteiligung, die primär unter dem Gesichtspunkt der Vermögensbildung gesehen wird, und einer, die auf Beeinflussung der Unternehmenspolitik ausgerichtet ist. Betrachtet man die aktuelle Gesetzeslage zur Mitarbeiterbeteiligung, das Mitarbeiterbeteiligungsgesetz, so steht die Vermögensbildung im Vordergrund. Gleichzeitig wird auf den Beitrag der Mitarbeiterbeteiligung zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen verwiesen, und die positiven Wirkungen im Hinblick auf Motivation und Bindung der Belegschaft an das Unternehmen werden hervorgehoben. Traditionelle Mitarbeiterbeteiligung in Form von Erfolgsbeteiligungen oder Beteiligungen am Kapital, z.B. in Form von Belegschaftsaktien, spielen in der gewerkschaftlichen Diskussion keine zentrale Rolle – trotz der Initiativen des DGB-Bundesvorstands, dieses Thema stärker in den Gewerkschaften zu verankern.

Oft wird Mitarbeiterbeteiligung kritisch gesehen, weil negative Einflüsse auf die tarifliche Lohnpolitik und die gewerkschaftliche Betriebspolitik befürchtet werden. So wird von gewerkschaftlicher Seite eine Mitarbeiterbeteiligung abgelehnt, die etwa in Form von an den wirtschaftlichen Erfolg gekoppelten Bonuszahlungen in Konkurrenz zur tarifvertraglichen Einkommenspolitik tritt. Als weitere Gefahr wird gesehen, dass mit der Mitarbeiterbeteiligung das betriebswirtschaftliche, an der Kapitalrendite ausgerichtete Denken übernommen wird. Als besonders abschreckend gelten dabei die von amerikanischen Gewerkschaften gehaltenen Pensionsfonds, die bei ihren Beteiligungen auf strikte Rentabilität im Sinne des Shareholder-Value-Konzeptes dringen.

Eine Mitarbeiterbeteiligung, die auf eine Demokratisierung der Wirtschaft abzielt, setzt weniger auf individuelle Vermögensbildung als auf eine Mitbestimmung an der Unterneh-

menspolitik. Sie greift auf die gewerkschaftlichen Forderungen nach Erweiterung der Mitbestimmung zurück. Diese Forderungen konzentrieren sich auf eine stärkere Beeinflussung der Investitionsentscheidungen und auf die Standortpolitik. Würden die Belegschaften zu (Mit-)Eigentümern, hätten sie deutlich mehr Möglichkeiten, die Unternehmenspolitik zu bestimmen. Skeptisch wird gesehen, dass zum Risiko des Arbeitsplatzverlustes nun das Risiko des Vermögensverlustes hinzukomme. Wenn Einkommen und Vermögensanteile entkoppelt werden, also die Anteile nicht zu Lasten des Einkommens gehen, kann dieses Risiko gemindert werden. Auch wird darauf hingewiesen, dass durch die Beteiligung der Mitarbeiter allein sich noch nicht die Unternehmenspolitik ändere und vor allem auch nicht die Konkurrenz untereinander aufgehoben werde.

MITARBEITER ALS (MIT-)EIGENTÜMER?

Bei Sanierung und Restrukturierung von Unternehmen leistet die Belegschaft oft Sanierungsbeiträge. Diese könnten in Anteile der Belegschaften am Unternehmen umgewandelt werden – wie es im Fall von Opel versucht wurde. Auch unabhängig von Restrukturierungen könnten gesetzliche Regelungen vorgenommen werden, wonach ein Teil der Gewinne in Belegschaftseigentum umgewandelt wird. Dies sollte dann m.E. in einer Größenordnung erfolgen, die mindestens eine Sperrminorität ermöglicht. Eine solche Beteiligung darf nicht individuell, sondern muss kollektiv gestaltet werden – etwa in der Form von Mitarbeitervereinigungen oder -gesellschaften, die diese Anteile halten. Denn nur so kann das gemeinsame Interesse gewahrt, solidarisches Wirtschaften ermöglicht und der Gefahr vorgebeugt werden, dass einzelne Mitarbeiter zu Kapitalisten werden. Es bedarf dazu Regelungen, wie die Willensbildung und damit der Einfluss auf die Unternehmenspolitik erfolgt, welche Rechte sich für die Mitarbeiter ergeben, aber auch wie die Anteile gehalten, verzinst und übertragen werden können. Schon in den Belegschaftsbetrieben der 1980er Jahre wurden Anteile nicht individuell, sondern in Form von Mitarbeitergesellschaften bzw. -vereinen gehalten. Es läge nahe, dazu die Rechtsform der Genossenschaft zu wählen: »Produktivgenossenschaften«, die allerdings in der Bundesrepublik Deutschland – mit Ausnahme der Landwirtschaft im Osten – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie Italien wenig Tradition haben und eher skeptisch betrachtet werden. In der Praxis hat sich denn auch die Genossenschaft als wenig praktikabel erwiesen.

BELEGSCHAFTSBETRIEBE UND WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

Die Ursachen der Krise sind ebenso wenig beseitigt wie die Defizite der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, wie sie in der Krise manifest geworden sind. Daher bleibt die Demokratisierung der Wirtschaft aktuell. Die Wirtschaft muss insgesamt an gesellschaftlichen Zielsetzungen, an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichtet werden. Deshalb ist das Konzept der Wirtschaftsdemokratie umfassend angelegt und setzt auf verschiedenen Ebenen an: auf der Betriebs- und Unternehmensebene, auf der Ebene der Industrie- und Strukturpolitik (hier steht Regionalpolitik im Zentrum) sowie auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene als Forderung nach einer demokratischen

gesamtwirtschaftlichen Steuerung. Der stärkere Einfluss der Beschäftigten auf Betrieb und Unternehmen ist ein zentrales Element. Das kann sich nicht auf Mitbestimmung beschränken – auch nicht in der erweiterten Form, wie die Gewerkschaften fordern. Notwendig ist eine Veränderung der Eigentumsstrukturen: neben öffentlichen Unternehmensformen und Stiftungen auch Belegschaftseigentum. Zwar sind Belegschaftsbetriebe – besser: Betriebe in Belegschafts(mit)eigentum – quantitativ unbedeutend, doch die Debatte um sie und ihre Zielsetzung ist relevant.

Belegschaftsbetriebe stehen im Zusammenhang der »Demokratisierung der Arbeitswelt«, als ganz praktische Versuche der Demokratisierung der Wirtschaft. Sie ermöglichen eine Zielsetzung, die nicht an der Rendite des Kapitals, sondern an den Interessen der Belegschaft und an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert ist. Unternehmenspolitik kann somit ausgerichtet werden am Ausbau der internen Potenziale, der Kreativität der Beschäftigten, an der Verantwortung gegenüber Belegschaft, Region und Umwelt. Sie bieten die Möglichkeit, Hierarchien abzubauen und selbstbestimmter zu arbeiten. Sie können Laboratorien für eine sozial verantwortliche und beteiligungsorientierte Unternehmenspolitik sein. Dafür ist eine öffentliche Förderung von Belegschaftsbetrieben notwendig. Dies gilt im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung, woran in der Vergangenheit derartige Initiativen häufig gescheitert sind – z.B. durch die Schaffung entsprechender finanzieller Institutionen. Dies gilt zum anderen in rechtlicher und politischer Hinsicht, beispielsweise durch eine entsprechende Gesetzgebung. Gleichzeitig bedarf es aber auch insgesamt der Schaffung förderlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Denn damit eine andere, an den Interessen der Beschäftigten wie der Gesellschaft ausgerichtete Unternehmenspolitik gelingen kann, muss der Druck der kapitalistischen Konkurrenz gemindert werden. Dies erfordert letztlich eine gesellschaftliche Steuerung der Ökonomie, konkret von Initiativen in der Branchen- und Strukturpolitik und eine gesamtwirtschaftliche Strategie des sozialökologischen Umbaus der Wirtschaft. Und notwendig sind Initiativen der »Demokratisierung der Arbeitswelt«, wie sie in den Sozialwissenschaften und den Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, diskutiert werden (1988). Die Arbeitswelt zu demokratisieren, bedeutet Verhältnisse zu schaffen, in denen Arbeit humaner, also selbstbestimmter, gestaltet werden kann, und den Druck des kapitalistischen Verwertungsprozesses zu mindern.

LITERATUR

FAZ.NET, 2009: »Arbeitnehmer sind die besseren Aktionäre«. Gespräch mit Berthold Huber, 23. August 2009, www.faz.net/artikel/C31151/im-gespraech-berthold-huber-arbeitnehmer-sind-die-besseren-aktionaere-30007172.html

Huber, Berthold (Hg.), 2010: *Kurswechsel für Deutschland*, Frankfurt/M

IG Metall, 1988: *Dezentrale Beschäftigungsinitiativen als Elemente gewerkschaftlicher Politik*, Frankfurt/M

Klemisch, Herbert, Kerstin Sack und Christoph Ehrsam, 2010: Betriebsübernahme durch Belegschaften. Eine aktuelle Bestandsaufnahme. Studie im Auftrag der Hans Böckler Stiftung

König, Otto, Adi Ostertag und Hartmut Schulz (Hg.), 1985: *»Unser Beispiel könnte ja Schule machen!«*, Köln

Meine, Hartmut, und Uwe Stoffregen, 2011: »Wirtschaftsdemokratie als gewerkschaftliche Alternative zum Finanzmarktkapitalismus«, in: Hartmut Meine u.a. (Hg.), *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!*, Hamburg

Urban, Hans-Jürgen, 2011: »Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts«, in: Hartmut Meine u.a. (Hg.), *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!*, Hamburg



GENOSSENSCHAFTEN UND DIE BEWEGUNG FÜR EINE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

JESSICA GORDON NEMBHARD

EMILY KAWANO

Genossenschaften und Kooperativen sind ein Teil der Arbeiterbewegung und der Bewegung zur Demokratisierung der Wirtschaft – das wird in den USA oft übersehen. Immer wieder gab es erfolgreiche Versuche, Betriebe in Regie der Belegschaften zu führen und Kooperativen zu gründen, wenn auch meist nur in kleinem Maßstab. Sie wurden häufig sabotiert von ultrakonservativen und antigewerkschaftlichen Kräften oder durch rassistische Gewalt beendet. Konnten die Kooperativen sich etablieren, waren sie transformatorisch wirksam: Sie veränderten die Branche, die Arbeitsvorschriften, führten Kranken- und Vorsorgeleistungen ein; sie minderten rassistische und sexistische Diskriminierung; sie warben für fairen Handel und praktizierten ihn. Genossenschaften haben die Gemeinden um sie herum verändert, indem sie die Wirtschaftsaktivitäten erhöhten, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Sicherheit schafften und die Beziehungen im Gemeinwesen und das Gemeindeleben verbesserten.

DAS POTENZIAL WIEDERENTDECKEN*

Interessante Beispiele aus dem 20. und 21. Jahrhundert sind die Kooperativen Freedom Quilting Bee, Rainbow Grocery Cooperative, Equal Exchange und Cooperative Home Care Associates.

NÄHEN FÜR BEFREIUNG

Freedom Quilting Bee wurde 1966 gegründet, um Bauernfamilien eine von der Landwirtschaft in Naturalpacht (*sharecropping*) unabhängige Einkommensmöglichkeit zu schaffen. Es war eine Strategie afroamerikanischer Frauen, Armut zu bekämpfen und auf Grundlage der neu gewonnenen finanziellen Unabhängigkeit die Bürgerrechtsbewegung zu unterstützen. Frauen aus Alberta und Bees Gend im Bundesstaat Alabama schlossen sich zusammen, um gemeinsam Quilts (gesteppte Decken) zu nähen und zu verkaufen. FQB ist Gründungsmitglied der Federation of Southern Cooperatives und ein Beispiel dafür, wie Frauen die Kontrolle über ihre eigenen Arbeitsbedingungen und ihren Betrieb erlangen. Zugleich ist sie Beispiel für solidarische Arbeit im Gemeinwesen. 1968 kaufte die Kooperative mehr als neun Hektar Ackerland und baute auf einem Teil der Fläche eine Nähfabrik. Acht Parzellen verkauften die Frauen an Pächterfamilien, die aus ihren Häusern vertrieben worden waren – einige nachdem sie sich ins Wählerverzeichnis eingetragen oder an einer Kundgebung von Martin Luther King jr. teilgenommen hatten.

Die Quilt-Näherinnen verbesserten über die Jahre ihre wirtschaftlichen Strategien und erweiterten ihre Produktpalette um Platzdeckchen, Schürzen, Topflappen und Servietten. Während der Zeit ihres größten Erfolges, um 1992 herum, hatte FQB 150 Mitglieder und war der größte Arbeitgeber der Stadt. Neben der Näherei betrieb die Kooperative eine Kindertagesstätte und führte nach Schulschluss und im Sommer Lese- u.a. Kurse durch.

In einer Zeit, in der das politische Klima die ökonomischen Möglichkeiten für Afroamerikaner im Süden der USA empfindlich einschränkte, konnten Frauen durch die Kooperative das Einkommen ihrer Familien verbessern. Sie hatten eine alternative Einkommensquelle geschaffen und konnten sparen, Höfe und Ackerland kaufen und Gemeinwesenprogramme durchführen. Als eine Kooperative von Eigentümerinnen wurden auch Bedarfe der Familien und des Gemeinwesens gesehen und in Angriff genommen – alles in der Regie von Frauen.

GESUNDE NAHRUNGSMITTEL UND SELBSTVERWALTUNG

Die *Rainbow Grocery Cooperative* öffnete ihr erstes Nahrungsmittelgeschäft im Sommer 1975 als Teil von People's Food System in San Francisco. Rainbow wuchs schnell, überlebte viele der Nachbarschaftsläden und nahm 1993 die Rechtsform einer Genossenschaft an. Mit etwa 200 Arbeiter-Eigentümern ist Rainbow Grocery der zweitgrößte Genossenschaftsbetrieb in den USA. In den Anfangsjahren waren die Arbeiter-Eigentümer maßgeblich an der Entwicklung von Zertifizierungsstandards für ökologische Lebensmittel beteiligt und entwickelten den Vertrieb unabgepackter Lebensmittel und Kräuter. RGC wurde als ökologisch nachhaltig wirtschaftendes Unternehmen ausgezeichnet, das nicht nur Wiederverwertung

und Recycling betreibt, sondern auch auf kurze Wege setzt, lokale Erzeugnisse kauft und für alternative Verkehrsmittel wirbt.

Als Kooperative der Belegschaft setzt Rainbow auf faire Arbeitsbedingungen, Kranken- und Versorgungsleistungen und faire Löhne, von denen sich leben lässt. Die Genossenschaft schafft »nicht-hierarchische Arbeitsplätze« auf der Grundlage von »Respekt, Gegenseitigkeit und Kooperation« (Selbstdarstellung im Internet). Viele der Selbstverwaltungspraktiken, darunter Ausbildungs- und Trainingsangebote, die RGC entwickelt hat, sind Vorbild für die Kooperativenbewegung in den USA geworden und von anderen Kooperativen übernommen wurden. Die meisten der täglichen Entscheidungsprozesse werden auf Abteilungsebene getroffen. Die selbstverwalteten Arbeitsgruppen der 14 Abteilungen wählen die Mitglieder der verschiedenen Komitees. Der Vorstand ist mit den übergreifenden finanziellen und rechtlichen Belangen und der längerfristigen Planung und Entwicklung befasst.

FAIR HANDELN UND FAIR ARBEITEN

Equal Exchange verbindet fairen Handel mit Demokratie am Arbeitsplatz, sie unterstützt auf der ganzen Welt Kooperativen, die Kaffee, Tee und Schokolade produzieren, und macht sie in den USA bekannt. Die Kooperative in Boston schafft Kontakte zwischen ihren Arbeiter-Eigentümern und ihren Kunden und Produktionsgenossenschaften im globalen Süden. Ziel ist es, dauerhaft Handelsbeziehungen zu etablieren, die ökonomisch gerecht und umweltfreundlich sind.

Die Verkaufszahlen im Fair-Trade-Bereich stiegen 2010 um 24 Prozent und es wurden Umsätze im Wert von 170 Millionen US-Dollar erzielt. Doch die Fair-Trade-Händler sind äußerst verschieden. So bietet etwa der Konzern Wal-Mart eine Sparte mit Fair-Trade-Produkten an und unterstützt damit Kaffeeproduzenten im Regenwald. Doch die eigenen Arbeiterinnen und Arbeiter in den USA bekommen weiterhin Niedrigstlöhne und können ihren Lebensunterhalt nur durch Wohlfahrtsprogramme sichern. Am anderen Ende des Spektrums steht Equal Exchange, ein Genossenschaftsbetrieb im Eigentum der Belegschaft.

80 Arbeiter-Eigentümer zeugen vom erfolgreichen Wirtschaften und dem Wachstum der Kooperative, aber Equal Exchange setzt auch Maßstäbe in den Bemühungen, Fair Trade zu einem Teil einer gesellschaftlichen Transformationsbewegung werden zu lassen. Dass der Betrieb von den Arbeitern getragen wird, soll dazu beitragen, Ausbeutung in allen Teilen der Produktions- und Absatzkette zu beenden. »Ist Fair Trade ein tragfähiges Modell für eine solidarische Wirtschaftsweise?«, fragte Rodney North von Equal Exchange auf dem Left Forum 2011 in New York. Seine Antwort lautete: Manchmal. Das ist der Fall, wenn fairer Handel bedeutet, Gewinne und Verluste zu teilen, als auch frei von Ausbeutung und Teil der Veränderung von Machtstrukturen ist. Bei einem Treffen mit der dominikanischen Regierung hat Equal Exchange die Behandlung der Landwirtschaftsgenossenschaften angesprochen, und in den USA hat sie die Entwicklung des fairen Binnenhandels maßgeblich vorangetrieben.

Wenn allerdings eine Abteilung eines Unternehmens fair produzierte und gehandelte Waren einkauft, während der Rest des Un-

ternehmens Gewerkschaften unterminiert, hat »Fair Trade« nichts mit solidarischem Wirtschaften zu tun. Wenn die Käufer aus Gewissensgründen einen geringfügig höheren Preis zahlen, aber alle anderen Machtverhältnisse unverändert bleiben, ist das keine solidarische Ökonomie. Equal Exchange eröffnet ein ganz neues Feld und bringt im Handel in jeder Hinsicht gleichberechtigte Partner zusammen. Indem Fair Trade mit Belegschaftseigentum verbunden wird, ist Equal Exchange Teil der Bewegung für die Transformation zu einem solidarischen Wirtschaftsmodell.

KOOPERATIVEN GRÜNDEN – ARMUT UND RASSISMUS BEKÄMPFEN

Im New Yorker Stadtteil Bronx hat die Pflegegenossenschaft Cooperative Home Care Associates die ökonomische Handlungsfähigkeit von *Women of Color* erhöht, die bisher nur in Niedriglohnjobs gearbeitet haben und von denen drei Viertel auf staatliche Unterstützung angewiesen waren. Die Pflegebranche ist für ihre Unzulänglichkeiten bekannt: Niedriglöhne, hohe Fluktuation, mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten und Verstärkung von Armut (Gordon Nembhard i.E.). CHCA ist im Besitz von Arbeiterinnen und setzt neue Standards in der Pflege: höhere Löhne, Krankenversicherung und andere Vorsorgeleistungen, Ausbildung und Demokratie am Arbeitsplatz. Die Entwicklung von Führungsfähigkeiten von Frauen wird durch die Organisationsstruktur gefördert. Peggy Powell, Mitbegründerin von CHCA, betont, wie wichtig es ist, dass die Kontrolle des Vorstandes durch die schwarzen Frauen und Latinas selbst übernommen wird; die Mitbestimmung ist entscheidend, damit die Fähigkeiten, sich selbst zu behaupten und zu vertreten, entwickelt werden können.

Mehr als 1600 Latinas und Afro-Amerikanerinnen arbeiten als Pflegehelferinnen in drei Unternehmen der CHCA. 700 der Beschäftigten sind Eigentümerinnen und CHCA damit die größte Kooperative im Besitz von Arbeitenden in den USA. Seit 1987 haben die Arbeiterinnen-Eigentümerinnen durchschnittlich 250 US-Dollar oder zwischen 25 und 50 Prozent ihrer ursprünglichen Einlagen als Dividenden ausgezahlt bekommen. Die Kooperative strebt eine Verbesserung der Löhne und Versorgungsleistungen ihrer Mitglieder ebenso an wie bezahlten Urlaub sowie Krankenversicherung und schafft eine Arbeitskultur, die von Vertrauen und Zusammenarbeit geprägt ist. Die Weiterbildung der Mitglieder, die Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten und Selbstverwaltungspraktiken werden durch CHCA befördert. Aus der Kooperative ging ein Institut für Pflegeassistenz hervor, das Mitglieder und andere in der Branche Tätige fortbildet. 2000 wurde als dritter Ableger Independence Care Systems gegründet, eine Einrichtung, die sich auf Pflegeleistungen für Behinderte spezialisiert. Auch die Vermögensbildung der Mitglieder wird unterstützt. Neben den Löhnen werden Dividenden gezahlt, Lebensversicherungen abgeschlossen und die Möglichkeit angeboten, einer Rentenversicherung beizutreten. CHCA unterstützt die Mitglieder in Finanzfragen wie der Einrichtung von Spar- oder Girokonten, und eine Beratung in Steuerfragen kann ebenfalls in Anspruch genommen werden.

Die Versorgungsleistungen sind in der Pflegebranche einmalig. Die Kooperative hat

eine große Zahl sinnvoller Arbeitsplätze in der Kommune geschaffen und eine typische Niedriglohnbranche verändert.

GENOSSENSCHAFTEN ALS TEIL EINER BEWEGUNG DER TRANSFORMATION

Kooperative Wirtschaftsformen gibt es schon lange, sie sind hunderte von Jahren älter als kapitalistische Unternehmensformen. Im Altertum haben Babylonier, afrikanische Gesellschaften und die Ureinwohner Nordamerikas gemeinschaftlich Ackerbau betrieben und die Chinesen entwickelten die ersten Spar- und Kreditvereinigungen. In der Neuzeit sind Kooperativen wesentlicher Teil unserer Wirtschaft, der Internationale Genossenschaftsbund geht davon aus, dass es weltweit 47 000 Kooperativen gibt, die zusammen über 100 Millionen Mitglieder haben. Mehr als 20 dieser Kooperativen haben einen jährlichen Umsatz von über einer Milliarde US-Dollar. Doch trotz ihres langen Bestehens werden sie von kapitalistischen Unternehmensformen in den Schatten gestellt und sind in den USA nahezu unsichtbar.

Durch die Unsichtbarkeit finden die Arbeiter-Kooperativen zu wenig Untestützung. Wirtschaftsstudiengänge lehren nicht, wie man Kooperativen aufbaut und erfolgreich betreibt; Banken sind zögerlich in der Kreditvergabe. Es gibt keine staatlichen Weiterbildungsprogramme, und Regionalentwicklungsfirmen bieten Kooperativen keine Starthilfen. Die Regierung nimmt keine Daten über Kooperativen in ihre Statistiken auf und hält nur äußerst geringe Unterstützung bereit, sei es in Form von finanziellen Ressourcen oder politischen Maßnahmen.

In Bezug auf die Nachfrage kann man sagen, dass die meisten Menschen nicht einmal wissen, was eine Genossenschaft ist. Genossenschaftsbetriebe in den USA haben ihre Besonderheit nicht offensiv zu Markte getragen.

Die Sichtbarkeit von Genossenschaften wird langsam durch eine Reihe von Faktoren verbessert: durch die steigende Zahl von Betrieben in Belegschaftseigentum, wachsendes Interesse an Genossenschaften als Strategie der Arbeitsplatzbeschaffung und des ökonomischen Wachstums – insbesondere in wirtschaftsschwachen Regionen –, durch mehr Genossenschaftsnetzwerke und eine zunehmende Kooperation mit Bewegungen für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit wie etwa Gewerkschaften und der Bewegung für eine solidarische Ökonomie.

TRETEN KOOPERATIVEN AUS DEM SCHATTEN HERAUS?

In den USA wächst die Zahl der Kooperativen, von 1980 bis 2004 verdoppelte sich ihre Zahl von 150 auf 300 (GEO Newsletter Nr. 69). Angesichts der mangelhaften Datenlage basieren aktuelle Belege auf Einzelberichten. Jackall und Levin (1984) sehen Bedingungen für das Wachstum von Kooperativen jeder Art in: Arbeitslosigkeit und schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, Phasen rapiden technologischen Wandels, die mit Desintegrationsprozessen einhergehen, und drittens in Phasen politischer Umwälzungen, in denen die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen und -praktiken in Frage gestellt werden. Diese Bedingungen bestimmen die gegenwärtige wirtschaftliche Situation. Als Teil einer Strate-

gie gegen Arbeitslosigkeit und Armut erfahren Kooperativen einen Legitimationszuwachs.

Ein Beispiel für eine neue Wirtschaftsentwicklungsstrategie ist die *Evergreen Cooperative* in Cleveland, die innenstädtische Armutsviertel mithilfe von Genossenschaftsbetrieben wieder aufbauen will (vgl. Alperovitz/Howard/Williamson in: *Luxemburg* 4/2010, 34-39). Evergreen arbeitet mit »Bottom-Up« und »Top-Down« Prozessen, in denen die Kooperativen in Zusammenarbeit mit den Gründern, lokalen Eckpfeiler-Unternehmen (ein Krankenhaus und eine Universität, die potenzielle Abnehmer sind) und einer Organisation für die Entwicklung von Kooperativen (Ohio Employee Ownership Center) entwickelt werden. Indem der Aufbau mit lokal verankerten Unternehmen und Einrichtungen organisiert wurde, konnten mehrere Millionen Dollar Gründungskapital akquiriert werden.

Die Zusammenarbeit der Stahlarbeitergewerkschaft USW mit der Mondragón-Kooperative eröffnet ein neues Feld (vgl. Davidson in diesem Heft, 100ff). Eine große und geschichtsträchtige Gewerkschaft wie die USW lässt das Bündnis von Kooperativen und Gewerkschaften wiederaufleben. Das ist ein Signal an die Arbeiterbewegung und die Öffentlichkeit, dass Kooperativen Teil der Lösung sind und nicht bloß eine randständige Alternative. Eine Reihe von »Worker Buy-Outs« stehen an, in denen die Belegschaften strauchelnde Unternehmen aufkaufen werden. Durch die Zusammenarbeit der USW mit Mondragón kann aus Fehlschlägen der Vergangenheit gelernt werden und an die Erfolge der Mondragón-Kooperative der letzten 50 Jahre angeknüpft werden. Gleichzeitig stellt die Beteiligung der USW sicher, dass sich im Genossenschaftsmodell kein Zweiklassen-Modell der Beschäftigten (Eigentümer und Angestellte) entwickelt und die Kooperativen nicht durch Selbstausbeutung die Löhne in anderen Unternehmen drücken.

Netzwerke und Dachverbände wie die U.S. Federation of Worker Cooperatives und eine Vielzahl regionaler Netzwerke wie das Network of Bay Area Cooperatives befördern das Wachstum der Genossenschaften. Sie spielen eine wichtige Rolle in der Aus- und Weiterbildung und Kooperation von Genossenschaften.

Es bleibt die Frage, in welchem Ausmaß Kooperativen Teil einer Bewegung für eine Transformation sind oder ob sie nur eine Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind, die den Interessen ihrer Mitglieder nützt.

Genossenschaftsnetzwerke wie die US Federation of Worker Cooperatives, North American Students for Cooperation und die US Federation of Community Development Credit Unions haben sich der Bewegung für eine solidarische Ökonomie angeschlossen.

Die Bewegung tritt global für eine Transformation der Wirtschaftsweise ein, die Mensch und Planet an erste Stelle setzt. Solidarische Ökonomie basiert auf den Prinzipien Solidarität, partizipatorische Demokratie, Gleichheit auf allen Ebenen, Nachhaltigkeit und Pluralismus (der Gestaltungsweisen – es gibt kein alleingültiges Modell). Eine solidarische Wirtschaft schließt an konkrete alternative Praxen wie Kooperativen, Genossenschaftsbanken, Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe, Gemeinschaftliche Land- und Vermögensverwaltungen (Community Land Trusts), fairer Handel und Komplementär-

währungen an, aber auch an Aspekte, die als Teil der Mainstream-Wirtschaft gelten, wie der öffentliche Sektor und Sozialmaßnahmen. Die Arbeit an einer solidarischen Wirtschaft erstreckt sich von der Organisierung an der Basis über die Wirtschaftsentwicklung des Gemeinwesens bis hin zu Recherchearbeiten und politischer Interessenvertretung.

Die solidarische Ökonomie verbindet Praxis mit Theorie: Sie geht von ganz anderen Annahmen aus als die kapitalistische neoklassische Theorie. Die Neoklassik geht vom *homo economicus aus*, einem rational, berechnend, eigennützig handelnden Kerl, der unter geringsten Anstrengungen oder Kosten nach dem größten Nutzen für sich selbst strebt. Seine Berechnungen werden von seinem Standpunkt aus als Individuum gemacht und nicht unter Berücksichtigung einer größeren Gemeinschaft, der Umwelt, der Nation oder der Welt.

Es gibt viele Belege, dass Menschen oftmals als *homo solidaricus* – solidarische Menschen – handeln. Altruismus, Gegenseitigkeit, Solidarität, Kooperation, Beherztheit, Liebe, soziale Werte und Ansehen – diese Motive können genauso stark, wenn nicht stärker sein als materieller, individueller Gewinn. Wir sollten unser Stichwort nicht bei Darwins Vorstellung vom Überleben des Stärkeren suchen, sondern bei Modellen wie interdependente Beziehungen von Symbiose und Kooperation.

Kooperativen passen gut zu diesem Bild des *homo solidaricus*. Zusammen mit partizipatorischer Demokratie, dem Kernprinzip der solidarischen Wirtschaft, wird die Passung noch genauer. Andere Prinzipien der solidarischen Wirtschaft sind komplizierter. Gerechtigkeit ist ein weit gefasstes Konzept. Für Gerechtigkeit für Arbeiter-Eigentümer einzutreten, heißt noch lange nicht, sie auch für die angestellten Nicht-Eigentümer zu fordern. Wie weit die Gerechtigkeit hinsichtlich Geschlecht, Herkunft und Hautfarbe, sexuelle Orientierung und Identität reicht, ist Teil der Statuten und Umgangsweisen jeder einzelnen Genossenschaft. Doch der Genossenschaftsgedanke gibt Grund zur Annahme, dass aufgeklärte Haltungen eher befördert werden (vgl. den Beitrag von Ness, 32ff). Dasselbe gilt für das Prinzip der Nachhaltigkeit (auch wenn sie nicht in den sieben Prinzipien der Genossenschaften genannt ist, vgl. 125, Fn 11).

Die Beispiele zeigen verschiedene Wege, wie die Beschäftigten Solidarität und wirtschaftliche Kooperation gegen Diskriminierung und Marginalisierung nutzen können, ihre Kräfte bündeln und ihre eigenen, auf gegenseitigen Nutzen gerichteten und oft demokratischen Unternehmen schaffen können. Arbeiter-Kooperativen wollen alternative, demokratische Eigentumsstrukturen schaffen – während Monopolmacht, Ungleichheit, Hierarchien, begrenzte Ressourcen und Marktversagen weiter wirken. Viele der Gründungsverläufe gleichen sich: Aufgrund eines Bedarfs oder Problems kommen Menschen zusammen, fangen klein an und verteilen Risiken breit, nutzen vorhandene Kontakte; Selbsthilfe in der Gruppe befördert die Motivation und eine andauernde Auseinandersetzung mit Aus- und Weiterbildung. Auf Grundlage einer ersten wirtschaftlichen Stärkung gelingt es vielen Kooperativen, größere Kämpfe um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und -vorschriften, Krankenversicherung

und Versorgungsleistungen, wirtschaftliche Stabilität und Vermögensbildung, demokratische Mitbestimmung und Entwicklung des Gemeinwesens zu bestehen – insbesondere dann, wenn sie Teil eines größeren Netzwerks und einer breiten Bewegung für eine solidarische Wirtschaftsweise sind.

Genossenschaften können aus ihrem Engagement in einer breiten, auf Transformation gerichteten Bewegung für eine solidarische Ökonomie Nutzen ziehen:

1 | Macht durch Größe: Solidarische Wirtschaft als breit angelegte Bewegung kann helfen, mehr Menschen für Genossenschaften zu interessieren. So hat etwa das Netzwerk für eine solidarische Ökonomie in den USA (SEN) dabei geholfen, neue Kooperativen zu gründen, darunter die Jersey Shore Neighborhood Cooperative, die Well Spring Initiative und das Southern Grassroots Economy Project, und es hat die Gründung einer Einwanderergenossenschaft unterstützt.

2 | Wirtschaftliche Integration: Die solidarische Wirtschaft versucht, Zuliefererketten zu stärken und ökonomische Integration zwischen Kooperativen und anderen Bereichen wie Finanzen, Konsumption, Austausch, alternativen Währungen, öffentlicher Sektor und den Commons zu entwickeln. Das Netzwerk hat begonnen, eine Karte solidarischen Wirtschaftens in den USA anzulegen, um die wirtschaftliche Integration zu verbessern, und es beteiligt sich an RIPESS, einem weltweiten Netzwerk der Netzwerke sozialen und solidarischen Wirtschaftens.

3 | Bereichsübergreifende Unterstützung: Kooperativen können eine zentrale Komponente einer neuen Wirtschaftsweise sein. Die globale Bewegung für eine solidarische Ökonomie verleiht allen ihren Wirtschaftsbereichen größere Sichtbarkeit, eine Stimme und Macht – als politisch Handelnde, als Konsumenten, Arbeiter-Produzenten und Mitglieder des Gemeinwesens.

4 | Systemwandel: Genossenschaften sind häufig zu Kompromissen gezwungen, um gegen kapitalistische Unternehmen bestehen zu können, die auf Niedriglöhnen, *union-busting*, schlechten Arbeitsbedingungen etc. basieren. Eine Verbindung von Genossenschaften mit einer breiten Bewegung für die Transformation zu einer solidarischen Wirtschaftsweise würde beiden nützen. Zusammen sind wir stärker als versprengt in einzelnen Wirtschaftssektoren. Für eine gesellschaftliche Transformation müssen Kooperativen aus dem Schatten heraus und in den Mainstream eintreten können.

Aus dem Amerikanischen von Catharina Schmalstieg

* Passagen des Artikels, insbesondere über die Kooperativen FQB und CHCA, sind auf Grundlage von Jessica Gordon Nembhard (i.E.) entstanden.

LITERATUR:

Cooperative Home Care Associates, o.D.: http://paraprofessional.org/Sections/chca.htm, 10.8.2011

Equal Exchange, o.D.: www.equalexchange.coop, 10.8.2011

Freedom Quilting Bee, 2002: History, Activities, Plans, o.O.

Glasser, Ruth, und Jeremy Brecher, 2002: *We are the Roots: The Organizational Culture of a Home Care Cooperative*, Davis

Gordon Nembhard, Jessica, i.E.: *Collective Courage: A history of African American Cooperative Economic Thought and Practice*, State College, PA

Internationaler Genossenschaftsbund, o.D.: www.ica.coop, 10.8.2011

Jackall, Robert, und Henry M. Levin (Hg.), 1984: *Worker Cooperatives in America*, Berkeley

Rainbow Grocery Cooperative (o.D.): www.rainbow.coop, 10.8.2011

»WIR KÖNNEN DAS BESSER«

BELEGSCHAFTSEIGENTUM, DEMOKRATIE, TRANSFORMATION

ALEX DEMIROVIĆ

Drei Vorgänge haben die Aufmerksamkeit auf Alternativen zu den vorherrschenden, kapitalistischen Formen der gesellschaftlichen Produktion und Dienstleistung gelenkt: die flexible Verlagerung der Produktionsmittel, um im globalen Wettbewerb der Standorte die Ausbeutungsrate zu vergrößern, geringste Gewinndifferenziale auszuschöpfen und Gewinne zu erhöhen; die Reaktionen in Lateinamerika auf die neoliberale Krise seit den 1990er Jahren und die sozialistischen Projekte; und schließlich die Erfahrung mit der Wirtschafts- und Finanzkrise. All das legt nahe, die private Verfügung über die Produktionsmittel und die gesellschaftlichen Infrastrukturen einmal mehr in Frage zu stellen. Es geht um die Transformation der »privaten Produktionsmittel« in gesellschaftliche, in öffentliche, so dass alle am gesellschaftlichen Leben, an der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und an der Aneignung der Natur gleichermaßen Teil haben und mit entscheiden können – denn sie sind von diesen Entscheidungen auch betroffen. Oftmals wurden die Hoffnungen auf den Staat gesetzt. Mit seinen Machtressourcen besitzt er die Kompetenz, das gesellschaftliche Gesamtinteresse zu verfolgen. Doch in der Bewältigung der Krise hat sich das als eine Täuschung erwiesen. Belegschaftseigentum, also die Kontrolle der Produktionsmittel durch die Lohnabhängigen eines Unternehmens, ist ein Versuch, die Produktionsmittel zum Wohl der Beschäftigten einzusetzen, Arbeitsplätze und Einkommen zu garantieren und die Arbeit selbst zu

organisieren. – Es kann eine Übung in direkter Kontrolle der Produktionsmittel und direkter Demokratie sein.

Unter kapitalistischen Bedingungen gibt es dominante Eigentumsformen. Sie bestimmen nicht nur den gesamten wirtschaftlichen Prozess, sondern auch die Gliederung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, die sozialen Praktiken und die Art und Weise der Ausübung politischer Macht. Dieses kapitalistische Eigentum ist das formelle, rechtliche Eigentum an den Produktionsmitteln, häufig verbunden mit dem Besitzrecht, also der Verfügungsgewalt über den Einsatz dieser Produktionsmittel. Diese Eigentumsform ist in sich nach verschiedenen Rechtsformen differenziert. Neben diesen privatrechtlichen Eigentumsformen gibt es weitere Formen wie staatliches, kommunales oder genossenschaftliches Eigentum.

Das Verhältnis von Kapitaleigentum und Besitz variiert in der Geschichte des Kapitalismus. Mit dem Eigentumstitel kann sich direkt das Kommando über die Arbeit verbinden wie in der klassischen liberalen Periode; unter monopolkapitalistischen Bedingungen treten beide Kapitalfunktionen auseinander. Die Entscheidungskompetenzen über den Einsatz der Produktionsmittel werden auf Manager übertragen. Ein Merkmal des Neoliberalismus ist, dass die Kapitaleigentümer, insbesondere die institutionellen Anleger, darum bemüht sind, das Management verstärkt unter Kontrolle zu bringen, um auf Unternehmensstrategien und Gewinnziele Einfluss zu nehmen. Die Besitzfunktion, also die realen Verfügungsrechte über die Produktionsmittel, sind folgenreich: Die Verfügenden können über den Einsatz der Arbeit der von ihnen Abhängigen gebieten und sich deren Mehrarbeit aneignen. Sie verstehen den Produktionsapparat nicht als Gemeineigentum, als Kollektivgut oder als öffentliche Institution, das dazu da ist, dass alle ihr Leben erhalten können. Sie sehen ihn als ihr Privateigentum, über das sie zu Recht das individuelle Macht- und Verfügungsmonopol hätten und der ihnen nicht nur die Subsistenz, sondern auch eine individuelle Gewinnvermehrung zu sichern hätte. Zufälligerweise kann sie auch einen Nutzen für die Allgemeinheit ausüben. So sitzen sie dem Missverständnis auf, dass alle das Unternehmen betreffenden Entscheidungen ihre Privatangelegenheit seien: Wird überhaupt etwas hergestellt oder als Dienst für andere angeboten? Welche Produkte werden produziert, wie die entsprechenden Arbeitsprozesse organisiert? Wenn das Unternehmen keinen Gewinn mehr abwirft oder der Gewinn im Verhältnis zu vergleichbaren Unternehmen nicht ausreichend hoch ist und das investierte Kapital bei einer anderen Anlage höhere Zinsen erwarten kann, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Unternehmen eingestellt wird.

Den Konsumenten mag dies auf den ersten Blick relativ gleichgültig sein, vielleicht wird auf dem Weltmarkt ein vergleichbares Produkt angeboten. Versprochen wird, dass es das Neuere und Modernere und Bessere gebe. Doch für die Konsu-

menten wird aus der Wahlfreiheit ein regelrechter Zwang zum ständigen Fortschritt: neue Auto- oder Computermodelle, Stereoanlagen, Mobiltelefone, Möbel oder Design. Gleichzeitig ist die Qualität vieler Produkte bedroht, bekannte und beliebte Produkte verschwinden vom Markt, andere werden gar nicht erst entwickelt und angeboten, weil die Nachfrager nicht zahlungskräftig genug sind. Die KonsumentInnen werden von der Dynamik des Immer-Neuen angetrieben und haben auf die Art der Produkte und ihre Gestaltung keinen Einfluss. Die Diskussion über »falsche Bedürfnisse« gilt als beendet, der Vorwurf, sie sei zwangsläufig mit Erziehungsdiktatur verbunden, konnte sich fest etablieren. Eine demokratische Diskussion über Bedarf, Art der Bedürfnisbefriedigung, über Konsumgewohnheiten oder Produktgestaltung ist in weite Ferne gerückt.

Die private Verfügung über die Produktionsmittel hat eine weit über die Konsumsphäre hinaus reichende Bedeutung. Denn Unternehmer und Manager können den Lohnarbeitenden gegenüber den Zugang zu den Produktionsmitteln kontrollieren, damit also zu den Mitteln ihrer Selbsterhaltung. Das ist auf wenigstens dreierlei Weise möglich:

1 | Die Investitionsvermeidung oder -zurückhaltung. Individuen werden nicht gezwungen, eine unternehmerische Funktion wahrzunehmen und kollektiv zur Verfügung stehende Ressourcen zu mobilisieren und in eine bestimmte Produktion oder Dienstleistung zu investieren. Sie tun dies als Teil eines herrschenden Kollektivs, das sich am Gewinn und an der Erhaltung seiner Macht orientiert, und entscheiden also über Investitionen und damit über die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft zum Zweck ihrer Ausbeutung. Die einzelnen Individuen können die Besitzfunktion aufgeben und sich auf eine Eigentümer- und Rentnerfunktion zurückziehen.

2 | Eine zweite Form der Kontrolle ist die der unmittelbaren Zusammenführung der doppelt freien Arbeitskräfte mit den Produktionsmitteln. Im Grenzfall können Unternehmen Lohnarbeitende aussperren. Mit betrieblichen Vorschriften, dem Werkschutz, Video- oder Computerüberwachung, den Hierarchien, den Vorarbeitern und Meistern oder mit straffen Zeitregimen werden komplexe Dispositive der Kontrolle und Überwachung der Lohnabhängigen in den Betrieben geschaffen. Das Machtmittel der Kontrolle setzt sich vor allem in den Regelmäßigkeiten der formellen und informellen Berufsqualifikation und den Zwängen des Arbeitsmarktes durch. Denn die Art des benötigten Arbeitsvermögens und damit die Prozesse seiner Formierung ebenso wie die Widerständigkeit, Kampferfahrung oder Organisationsfähigkeit der Lohnabhängigen entscheiden darüber, wie innerhalb des Betriebes die Arbeitskraft durch das Kapital angeeignet wird. Um den Grad der Aneignung von Mehrarbeit zu steigern, werden von den Kapitaleignern in der Konkurrenz der Einzelkapitale





Cooperativa
Esperanza,
Argentinien

immer neue, effizientere Maschinensysteme entwickelt und die Produktion, die Arbeitsteilung und damit auch die Form des Arbeitsvermögens ständig verändert. Der Vorgang der zunehmenden Akkumulation bedroht auch die Subsistenz der Arbeiter und ihrer Familien und unterwirft sie der Disziplin des Arbeitsmarkts.

3 | Schließlich können die Kapitaleigner auch entscheiden, Betriebe zu schließen oder eine bereits existierende Produktion zu verlagern.

Sowohl hinsichtlich des Konsums als auch der Produktion gab es und gibt es aktuell im Rahmen der Genossenschaftsbewegung, der Alternativbewegung oder der Solidarischen Ökonomie zahlreiche Bemühungen, sich vom Diktat der Kapitaleigentümer zu befreien. So bilden Konsumenten Genossenschaften und Kooperativen, um mit dem Mittel der Marktmacht ihren Bedarf an bestimmten Produkten zur Geltung zu bringen und zu befriedigen. Sie können auf diese Weise auf die Preisgestaltung, die Qualität von Produkten und Dienstleistungen, die Mengen und die Distribution Einfluss nehmen. Auch von der Seite der Lohnabhängigen gibt es zahlreiche Versuche, sich dem Schicksal der Lohnarbeit durch andere Arbeits- und Betriebsformen zu entziehen: Formen von Genossenschaften, Kooperativen und selbstverwaltete Betriebe, Mitarbeitergesellschaften oder Belegschaftseigentum. Zur Bildung von Belegschaftseigentum kann es aus den verschiedenen Gründen und in verschiedenen Formen kommen: Unternehmen gehen aufgrund von Missmanagement von Unternehmern und Managern insolvent, obwohl es für die Produkte weiterhin einen Markt gibt; Unternehmer geben einen Betrieb auf, weil sie ihn im Verhältnis zu anderen Anlagemöglichkeiten für zu wenig gewinnbringend halten; oder der Unternehmer zieht sich aus Altersgründen zurück und die Familie will die Firma nicht weiter betreiben. Gewerkschaften, die Betriebsräte oder Belegschaftsmitglieder können aktiv werden, um die Produktion oder Dienstleistung aufrecht zu erhalten: Belegschaften besetzen Betriebe und setzen die Produktion fort; sie übernehmen eine Firma in Eigenregie, indem sie sie für einen geringen Betrag kaufen; sie arrangieren sich mit den Vorbesitzern, investieren ihre Sozialmittel und übernehmen bestimmte Aufträge.

Traditionell bestand in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften Skepsis gegenüber der unternehmerischen Aktivität von Belegschaften. Die Lohnabhängigen müssen dann Verantwortung für die Betriebe übernehmen und die Gefahr ist groß, dass sie einen unternehmerischen Standpunkt übernehmen. Sie produzieren weiterhin für einen kapitalistisch strukturierten Markt und im Rahmen der allgemeinen Konkurrenz von Privateigentümern, das kann Genossenschaften oder Betriebe, deren Eigentümer die Belegschaften selbst sind, schnell prägen. Weil sie keine hohen Renditen erwirtschaften müssen, können sie am Markt preisgünstiger sein. In Fällen wie genossenschaftlich geführten Krankenhäusern oder Pflegeheimen kann das erwünscht sein, weil die Versorgung mit entspre-

chenden Dienstleistungen marktförmig nicht angemessen erbracht werden kann. In anderen Fällen kann es den Wettbewerb verschärfen. Auch können die Belegschaften, die Eigentümer sind, dazu übergehen, sich selbst stärker auszubeuten und damit in Konkurrenz zu Lohnabhängigen in kapitalistischen Betrieben zu treten, in denen der Kampf gerade um eine Begrenzung der Arbeitszeit geführt wird. Auch in Betrieben der Alternativ- und solidarischen Ökonomie lässt sich unter fortbestehenden kapitalistischen Verhältnissen der Zwang zu bestimmten Unternehmensentscheidungen nicht völlig vermeiden. Können Entscheidungsmodalitäten – unter kapitalistischen Verhältnissen Vorrecht der Kapitaleigner und des Managements – erfolgreich demokratisiert und Kompetenzen verallgemeinert werden? Eine Grundfrage ist die Bestimmung des Ziels der Belegschaft: Will sie den Betrieb langfristig selbst verwalten oder soll er im Fall höherer Gewinne wieder an Kapitaleigentümer verkauft werden? Können die einzelnen Belegschaftseigentümer frei über ihre Anteile verfügen und sie verkaufen oder bleiben diese im Eigentum des Belegschaftskollektivs? Mit Gründung oder Übernahme eines Betriebs können innerhalb des Kollektiveigentümers Konflikte entstehen, ob und in welchem Umfang ein Kredit aufgenommen werden soll und ob die Verschuldung verantwortet werden kann. Die Belegschaften stehen vor der Frage, wie sie mit den Gewinnen umgehen: Sollen sie investieren, betriebliche Rücklagen für »Durststrecken« oder für die soziale Absicherung bilden oder mit höheren Löhnen ihren eigenen individuellen Lebensstandard erhöhen? Sind alle betrieblichen Prozesse für alle Beteiligten transparent und können tatsächlich alle über die Einnahmen und Ausgaben ihrer Firma mitentscheiden? Aufgrund der betrieblichen Arbeitsteilung und des Zuschnitts der Kompetenzen können neue Machtstrukturen und Verfügungsmechanismen entstehen (bei Arbeitsorganisation, Finanzplanung, Personalentwicklung). Kapitaleigentum schafft extrafunktionale Macht in einem Betrieb und bei der Lenkung des Produktionsapparats; in kooperativen Unternehmen können andere Formen der Macht entstehen: durch Wissen oder durch die moralunternehmerische Nutzung ethnischer oder geschlechtlicher Merkmale. Es können Hierarchien entstehen, wenn die Gründungsmitglieder die Regeln festlegen, wie mit neuen Beschäftigten umzugehen sei: Erhalten sie Anteile am Betrieb und entsprechende Mitspracherechte oder treten sie in ein abhängiges Lohnarbeitsverhältnis ein? Muss es und darf es eine gewerkschaftliche Organisation und einen Betriebsrat geben? Demokratische Entscheidungsregeln, sei es des Konsenses, sei es der Mehrheit, bringen nicht notwendigerweise eine Lösung für diese Fragen: Im Fall des Konsenses kann schon eine Person jede Entscheidung blockieren, im Fall der Mehrheit können substanzielle Minderheiten überstimmt werden (vgl. Albert 2006).

Die Herausforderungen für Betriebe mit Belegschaftseigentum sind immens, insbesondere wenn alle Prozesse demokratisch organisiert sein sollen. Im Folgenden will ich vier Arten einer Demokratisierung der Betriebe unterscheiden:

1 | Die erste ist bestimmt durch die Initiative und Aktivität der Belegschaft selbst, deren Mitglieder sich bereit finden, ihre Position als Subalterne zu überwinden und aktiv werden, einen Betrieb zu übernehmen und die Produktion und Verwaltung in die eigene Hand zu nehmen. Dies geschieht fast nie aus einer Situation der Stärke heraus, vielmehr werden Unternehmen oder Unternehmensbereiche von den Kapitaleigentümern und ihren Managern aufgegeben. Die Lohnabhängigen übernehmen die Betriebe also unter wirtschaftlich ungünstigen Umständen. Doch können sie erfahren, dass sie die Fähigkeiten zur Organisation der Produktion, die technischen und die Kenntnisse des Bedarfs besitzen; sie erfahren die Produktivität der Kooperation und der gemeinsamen Absprachen ebenso wie die Solidarität anderer Belegschaften, Nachbarschaften oder Konsumenten. Viele Belegschaften sind in solchen Situationen einfallsreich und – wenn eine entsprechende Zusammensetzung des betrieblichen Gesamtarbeiters vorhanden ist – entwickeln neue Produkte und erschließen neue Märkte. Sie stellen fest, dass sie die Unternehmer und Manager nicht benötigen. Ein Beispiel war das Konversionsprojekt von Lucas Aerospace (vgl. Löw-Beer 1981; Cooley 1982).

Der Übergang in Belegschaftseigentum kann durch Initiative von Gewerkschaftsvertretern entstehen, die von der Belegschaft ein Mandat erhalten, die Leitung des neuen Unternehmens zu übernehmen; wenn die Belegschaft sich nicht zutraut, die Geschäfte selbst zu führen, werden auch Manager eingestellt. Eine Betriebsübernahme durch die Belegschaft muss nicht mit eigenem Engagement verbunden sein. Die Belegschaftsmitglieder können durch voran gegangene Prozesse der Veräußerung und Zerschlagung von Unternehmen, durch ständige Veränderungen der Arbeitsorganisation so demoralisiert und misstrauisch gegeneinander sein, dass sie nach dem ersten mutigen Schritt aus der Hoheit des Kapitals die Energie für weitere Anstrengungen und Formen der aktiven Beteiligung nicht aufbringen. Die Übergabe der unternehmerischen Funktionen an professionelle Manager kann in diesem Sinn entlastend wirken, doch auch zu passivierenden Effekten führen. Die Beteiligung an den Entscheidungen im Unternehmen wird konflikthaft sein. Aber der gesamte Prozess ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Lohnabhängigen Erfahrungen damit sammeln, den Produktionsapparat in eigener Verantwortung zu organisieren. Vieles, wenn nicht alles, können sie besser als die Manager – zumal wenn diese den Betrieb, seine Beschäftigten, die Produkte oder den Markt gar nicht gut kennen oder, aufgrund ihrer Ausbildung und der eigenen Karriereplanung, das Gespräch mit den Lohnabhängigen und den Austausch

mit ihnen nicht suchen. Aber die Erfahrungen der Lohnabhängigen in solchen Betrieben bedürfen selbst der historischen Vermittlung und der wissenschaftlichen Begleitung und Beratung. Daran fehlt es. Allenfalls in Ansätzen ist die Geschichte der Genossenschafts- und Alternativbewegung mit ihren Problemen, sind die Erfahrungen in den Betrieben bekannt. Die wissenschaftliche und historische Forschung zu diesen Fragen ist gering. (Vgl. Notz 2011; Parlamentarische Linke 2011)

2 | Genossenschaften, Kooperativen, Mitarbeitergesellschaften können sich dem Marktdruck und der Konkurrenz nicht entziehen. Sie müssen Produkte anbieten, die zu bestimmten Preisen nachgefragt werden; sie sind genötigt, Kredite aufzunehmen, die sie durch Gewinne wieder abzahlen können; die Einnahmen müssen so groß sein, dass der Betrieb und seine Beschäftigten reproduziert werden können. Damit aber schleicht sich bald wieder eine kapitalistische Rationalität in die Abläufe eines Betriebes ein. Einzelne Betriebe können sie kaum außer Kraft setzen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet muss deswegen der Demokratisierungsprozess der Wirtschaft über den Betrieb selbst hinaus gehen und sich im Umfeld zur Geltung bringen, um die Gesetze der Konkurrenz und des Gewinns zurückzudrängen. Es ist richtig, dass die Idee der Regional-, Branchen- oder Strukturräte wieder in die Diskussion gebracht wurde. Mit ihrer Hilfe kann die Konkurrenz gemildert oder vermieden werden, weil die Räte über die Arbeitsteilung in einer Region, also die Zahl und Art der Betriebe in einer Branche oder mehrerer Branchen und über Investitionen entscheiden. Auch die Demokratisierung des Kredits ist notwendig, so dass demokratiepolitisch, sozial und ökologisch verantwortliche und innovative Unternehmen nicht durch die Maßnahmen von Banken behindert werden können, die sie bei der Refinanzierung durch die Beschränkung von Krediten benachteiligen. Entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen sind erforderlich.

3 | Die dritte Form der Demokratie ist die der gesellschaftlichen Entscheidung über die Investitionsfunktion. Es wird kollektiv entschieden, ob gesellschaftliche Arbeit für die Herstellung eines Produkts oder einer Dienstleistung überhaupt gebunden und eingesetzt wird. Wenn eine entsprechende Entscheidung positiv fällt, muss über den Ort und den Umfang der Produktion entschieden werden. Davon hängen wiederum die Infrastrukturen wie Transport oder Energie ab; außerdem sind damit Entscheidungen über die Arbeitsorganisation und die Arbeitsqualifikationen verbunden, ebenso über die Zahl und Art der zur Verfügung stehenden Wohnflächen, die Verkehrsinfrastruktur, die entsprechende Lebensmittelversorgung, die Kinderbetreuung oder die schulischen und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten. Solche Entscheidungen können teilweise auf regionaler Ebene getroffen werden, doch reichen sie über die Region und den Nationalstaat hinaus. Hier bedarf es eines demokratischen Prozesses des Aufbaus völlig neuer demokratischer Institutionen.

4 | Eine vierte Form der Demokratie betrifft den Gesichtspunkt, den Marx mit dem Begriff der »Betriebsweise« bezeichnet. Damit meint er den Zusammenhang von Arbeits- und Verwertungsprozess. Der Arbeitsprozess als ein Prozess der Aneignung und Umarbeitung der Natur findet immer unter spezifischen Bedingungen statt: in der Form eines Bauernhofes oder einer Werkstatt. Unter kapitalistischen Bedingungen wird der Arbeitsprozess unmittelbar als Verwertungsprozess organisiert und ermöglicht die gewaltfreie Aneignung der Mehrarbeit durch die Kapitaleigentümer. Arbeits- und Verwertungsprozess werden von der bürgerlichen Klasse an bestimmten Orten zusammengeführt, die klassischen Formen dafür sind die Manufaktur und die Fabrik. In der Geschichte des Sozialismus wurde angenommen, dass immer mehr Lohnarbeitende dieser fabrikförmigen Betriebsweise unterworfen sein würden, sie also zunehmend in den Fabriken konzentriert würden. Damit wäre die Grundlage für eine sozialistische Organisation und Mobilisierung der Lohnarbeitenden gegeben und die Voraussetzung für eine effiziente sozialistische Ökonomie geschaffen. Die neoliberale Reorganisation der Betriebsweise hat vielfach auch die Fabrik in Frage gestellt: Neben neo-tayloristische Formen der Produktion treten das virtuelle Unternehmen, die gestreute Fabrik oder das dezentrierte Dienstleistungsunternehmen. Sie operieren mit einer großen Zahl von Herstellern und unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen. Auch die Betriebsweise selbst, also die Art und Weise, wie überhaupt produziert wird, wie Güter verteilt oder Dienstleistungen erbracht werden, muss Gegenstand der kollektiven, demokratischen Entscheidung sein. Ist eine Fabrik mit Tausenden von Arbeitenden nach ökonomischen, ökologischen, demokratischen Gesichtspunkten sinnvoll? Ist es effizient, große Verkaufshallen an den Stadträndern mit großen Parkplätzen zu installieren, wohin sich alle mit dem eigenen Auto hinbewegen müssen? Oder bedarf es nicht – rhetorisch gefragt – dazu der Alternativen – und wie sehen diese aus? Das ist keine Entscheidung, die Marx zufolge nach technischen Gesichtspunkten erfolgen kann, sondern die abhängig ist von gesellschaftlichen Verhältnissen.

Belegschaftseigentum gibt es, es ist keine Utopie. Es ist eine reale Tendenz, die Investitionen, die Organisation der Produktion, die Bedarfsermittlung und die Verteilung von unten, von den Lohnabhängigen oder den Konsumierenden her zu organisieren und die gesellschaftliche Arbeit und die Formen, in denen sie erbracht wird, zu vergesellschaften. In solchen Unternehmen ist es den Belegschaften möglich, für sich Kompetenzen in Anspruch zu nehmen, die ihnen aufgrund von kapitalistischer Eigentümermacht ansonsten vorenthalten werden. Sie können die praktische Erfahrung machen, dass sie eigentlich das meiste oder alles besser machen können als die Eigentümer oder Manager. Deren Kompetenz – die ihnen nicht rundweg abgesprochen werden muss – hängt nicht notwendig mit ihrer Kapitaleigentümerfunktion zu-

sammen. Insofern handelt es sich bei Belegschaftseigentum um wichtige praktische Erfahrungen. Gleichzeitig werden Genossenschaften, Kooperativen oder Mitarbeitergesellschaften gezielt behindert durch Gesetze, Banken oder Konkurrenten. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen behindern die Entfaltung solcher Projekte. Die Kapitalseite wartet nicht ab und schaut nicht tatenlos zu, bis sich ein Sektor der vergesellschafteten Ökonomie herausbildet (vgl. Demirović 2011). Es muss die für den Kapitalismus so charakteristische Trennung und Besonderung der Ökonomie von der Gesellschaft durchbrochen werden, wenn solche Projekte erfolgreich weiter entwickelt werden sollen. Entsprechend müssen sie durch eine Reihe von Prozessen in der Zivilgesellschaft und in der politischen Gesellschaft unterstützt werden. Dies beginnt beim Einkaufs- und Konsumverhalten, bei Entscheidungen über die vermeintlich individuelle alltägliche Lebensweise. Es bedarf einer umfassenden öffentlichen Berichterstattung und Diskussion über solche Alternativen und ihre Möglichkeiten, um ein entsprechendes Wissen über gesellschaftliche Alternativen zu vermitteln. Um ein solches Wissen zu entwickeln, bedürfte es der Einrichtung neuer Studiengänge oder Lehrinhalte an den Hochschulen, in denen das Wissen der partizipativen und solidarischen Ökonomie vermittelt und eine entsprechende Forschung betrieben wird – nicht zuletzt, um genossenschaftliche, kooperative Betriebe unterstützen und beraten zu können. Schließlich bedarf es auf politischer Ebene einer Vielzahl von Maßnahmen, die solche Unternehmen unterstützen. Dies beginnt bei der politischen Ermutigung in der Form von Politikerbesuchen solcher Betriebe, durch entsprechende öffentliche Äußerungen in Parlamenten, Fernsehsendungen oder programmatische Erklärungen. Die öffentliche Auftragsvergabe kann gezielt an Bedingungen gebunden werden, die die Existenzbedingungen solcher Betriebe berücksichtigen. Der Staat kann solche Betriebe subventionieren und durch gesetzliche Regelungen schützen, sie mit Krediten ausstatten und Impulse für Forschungen und Beratungen für solche Betriebsformen geben. Dies hängt von Kräfteverhältnissen ab – und die Hindernisse dürfen nicht gering geschätzt werden. Aber es verhält sich auch umgekehrt: Eine an sozialistischer Transformation orientierte Politik kann, indem sie für solidarische und demokratische Formen der Ökonomie eintritt, auch zur Veränderung der Kräfteverhältnisse beitragen.

LITERATUR

Albert, Michael, 2006: *Parecon*, Frankfurt/M
Cooley, Mike, 1982: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod*, Reinbek bei Hamburg
Demirović, Alex, 2011: Wirtschaftsdemokratie nach ihrem Scheitern, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen: *Zukunft der Demokratie. Demokratie der Zukunft*, Hannover
Löw-Beer, Peter, 1981: *Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace*, Berlin
Notz, Gisela, 2011: *Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart
Parlamentarische Linke, 2011: Genossenschaften – eine andere Form des Wirtschaftens. Ein Reader der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin, Juni 2011

KOOPERATIVEN UND GENOSSENSCHAFTEN IN DEN USA: GESTERN UND HEUTE

IMMANUEL NESS

Die Genossenschaftsbewegung[1] entstand zur Zeit der Industriellen Revolution in England als Reaktion auf Versuche des Kapitals, die Arbeiter zu schwächen. Die gesellschaftliche Forderung nach genossenschaftlicher Organisierung wurde v.a. durch zwei Faktoren gestärkt: die Erfindung des Spinnrads und der Dampfmaschine – neue Technologien, die zu einer enormen Steigerung der Textilproduktion führten. Die Löhne sanken und die Arbeitszeit wurde verlängert. Mit dem Beginn der Massenproduktion sank der Bedarf an Fachkräften, und die Zuwanderung in die Städte – und die Armut – nahm zu. Die Konzentration von Arbeitern in den Fabriken führte zur Bildung von Gewerkschaften. Sie zielten auf Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Ein Teil der Arbeiter lehnten sie als bürokratisch ab; sie wollten demokratische Beteiligung an grundlegenden Entscheidungsprozessen. Zu diesem Zweck organisierten sie sich innerhalb ihrer ländlichen und städtischen Gemeinden: für demokratische Kontrolle, Mit-

bestimmung und Eigentum an ihren Betrieben und ein größeres Maß an Sicherheit für ihren Lebensunterhalt.

Die Ursprünge der modernen Genossenschaftsbewegung gehen zurück auf die »Rochdaler Prinzipien« aus dem Jahr 1844, verfasst von der *Rochdale Equitable Pioneers Society* (*»Gesellschaft der redlichen Pioniere von Rochdale«*). Die Organisationsprinzipien gründen auf der Idee von Arbeiterselbstverwaltung und demokratischer Verwaltung und dienen noch heute als moralische und organisatorische Richtschnur für die Gründung von Kooperativen.

Die Pioniere von Rochdale wollten Genossenschaften bilden, die »so bald wie möglich [...] Produktionskräfte und Absatz verwalten, Bildungsarbeit und Regierungsverantwortung übernehmen, oder mit anderen Worten, eine auf solidarischer Selbsthilfe beruhende, gemeindewirtschaftliche Organisation mit begrenzter Anteilsverzinsung errichten bzw. andere Gesellschaften bei der Errichtung solcher Organisationen unterstützen«. Genossenschaften für Verbraucher, Hausbewohner, Erzeuger und Arbeiter wuchsen zu einer Bewegung.

GENOSSENSCHAFTEN IN DEN USA

Die Ursprünge der Genossenschaftsbewegung in den USA liegen in Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die brutalen Formen des Kapitalismus in den Agrarregionen. Seit dem späten 19. Jahrhundert hat sich die Bewegung auf Teile des städtischen Produktionssektors ausgeweitet. 150 Jahre lang kämpfte die Arbeiterklasse für die Schaffung von Genossenschaften als Antwort auf die räuberische Enteignung durch die Privatwirtschaft und als Mittel zum Widerstand gegen die kapitalistische Unterdrückung durch die Schaffung von sozialistischer Selbstverwaltung und Arbeiterdemokratie. Nach Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges, in den 1870er Jahren, kämpften Kleinbauern gegen die reichen Räuberbarone, die den Warenhandel dominierten. Sie widersetzen sich dem Crop Lien-System, durch das Kleinbauern, die keine erschwinglichen Kredite für Saatgut und andere Betriebsmittel bekommen konnten, in Schuldknechtschaft gedrängt wurden. Das erinnert an heutige Formen des neoliberalen Kapitalismus mit seinen monetären und Finanzinstrumenten, die die Arbeiterklasse durch Enteignung und Schuldknechtschaft unterdrücken. Im 19. Jahrhundert waren Farmer im Süden und Südwesten der USA gezwungen, kommende Ernten gegen Kredite für die Saatzeit zu verpfänden. Sie konnten ihre Waren dadurch nicht anderweitig beziehen oder die Ernte am gewinnbringendsten absetzen. Von dem ausbeuterischen System enttäuscht, schlossen sich die Farmer zu Produktionsgemeinschaften zusammen. So entstanden zum Beispiel die *National Grange* in den 1870er Jahren und die *Farmers Alliance* in dem darauf folgenden Jahrzehnt. Ziel waren höhere Rohstoffpreise durch gemeinsames Handeln von unten.

In den 1880er Jahren entstand die Arbeiterorganisation *Knights of Labor*, in der sich Arbeiter zusammenschlossen, um Widerstand zu leisten gegen die Bemühungen des Kapitals, Löhne zu drücken, eine Reservearmee von Arbeitern zu schaffen und die Fähigkeiten und Kenntnisse der Arbeiter zu entwerten. Die *Knights of Labor* entwickelte sich zur größten Arbeiterorganisation: Sie mobilisierte Fabrikarbeiter und setzte ihre Mittel zur Schaffung

von etwa 200 Industriegenossenschaften ein. Am Ende des 19. Jahrhunderts, als das Handels- und Finanzkapital begann, die US-Politik zu bestimmen, scheiterten die Bemühungen der *Knights*, gemeinsam mit den Farmern einen landesweiten Genossenschaftsverband zu gründen. Auf dem Höhepunkt im Jahr 1887 gingen sie ein Bündnis mit der *Farmers Alliance* ein. Politische Parteien wurden gegründet, die im Sinne der neuen Genossenschaftsbewegung agieren und deren Interessen vertreten sollten: in den 1880er Jahren etwa die *Greenback Labor Party* und die *Populist Party*. Die Bewegung wurde weitgehend durch das »Great Uprising« zerschlagen: den Kampf zwischen Arbeit und Kapital, der sich Ende des 19. Jahrhunderts zuspitzte. Er führte zum Zerfall der *Knights* und untermauerte die Herrschaft der Konzerne in den USA. Doch die Arbeiter- und Bauernbewegung zeigte, dass organisierte Bewegungen der Arbeiterklasse ein geeignetes Mittel waren, die hegemonialen Machtansprüche eines vom Kapital beherrschten Staates in Frage zu stellen. Die zweigleisige Strategie der Organisierung von Arbeitern am Ort kapitalistischer Produktion und durch Bildung von Genossenschaften und Kooperativen ist noch immer charakteristisch für den Arbeitskampf in den USA: für ein Mehr an Kontrolle und Sicherheit bei der Arbeit und sozialer Reproduktion.

Durch den Niedergang der *Knights of Labor* und die Zerschlagung der Genossenschaftsbewegung durch Regierung und Kapital verschlechterten sich die Aussichten auf eine demokratische Willensbildung in den Betrieben der USA. Utopische Gesellschaften gründeten weiter kleinere Kooperativen, doch der Großteil der Beschäftigten arbeitete machtlos und ohne gewerkschaftliche Organisierung. Mit Beginn der Massenproduktion suchten »Radikale« neue Wege der Arbeiterorganisierung, mit Hilfe rätekommunistischer oder anarchosyndikalistischer Industriegewerkschaften wie der *Industrial Workers of the World* (IWW). Die IWW und ihre Anhänger setzten auf eine staatenfreie Gesellschaft; das kapitalistische System sollte durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzt werden, beruhend auf internationaler Solidarität. Auch Genossenschaften galten ihnen als Alternative zum Lohnsystem. Die Arbeiter erwarteten durchaus, dass demokratische Gewerkschaften der Massenproduktion ein Ende bereiten und eine egalitäre, sozialistische Gesellschaft bringen würden.

In den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts konsolidierte sich die kapitalistische Klasse, indem sie die Selbstorganisation der Arbeiter und die Bildung von Gewerkschaften verhinderte. Auch die Experimente mit praktischen Utopien wurden als Gefahr für ihre Machtstellung bekämpft, die Bewegungen zur Stärkung der Arbeiterklasse brutal zerschlagen. Trotzdem existierten im Jahr 1920 laut dem *Bureau of Labor Statistics* 2600 genossenschaftlich organisierte Geschäfte und Einkäuferverbände, meist in kleinen Städten, zur Versorgung der dortigen Farmergemeinschaften. Nach Ende des Ersten Weltkriegs, zwischen 1920 und 1922, ging die Mehrzahl der Genossenschaftsketten, Großhändler und Vereinigungen bankrott und bis Mitte der 1920er Jahre stellte ein Großteil den Betrieb ein.

Durch die Arbeiterbewegung und die Fabrikbesetzungen zwischen 1936 und 1939 dachten viele an eine breitere sozialistische Kontrolle der Produktion als Alternative zur



flikr/jankie, (cc by-nc-sa) Entladen und Verarbeitung von Baumwolle auf einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Indien.

Herrschaft der Privatwirtschaft. Bis 1939 hatten sich der Staat und die Herrschaft des Kapitals jedoch gefestigt und waren weitgehend unangefochten. Zwar hatten die Gewerkschaften in den USA in der Zeit von 1935 bis 1955 einen enormen Zuwachs zu verzeichnen. Der *New Deal* wies ihnen jedoch eine untergeordnete Position gegenüber den Arbeitgebern zu; diese behielten die endgültigen Machtbefugnisse im Betrieb – wie das Recht, Betriebe zur Steigerung der Rentabilität zu schließen oder zu verlagern.

In den 1960er Jahren, zur Zeit der sozialen Unruhen, waren Genossenschaften und Kooperativen Teil der breiteren Bewegung für soziale Gerechtigkeit und gegen den amerikanischen Individualismus und Materialismus. Sie waren Teil der anti-institutionellen Suche nach alternativen Wegen, die Gesellschaft zu organisieren: Gemeinschaftlich und genossenschaftlich organisierte Arbeit, Gleichberechtigung als Grundlage für Demokratie und gemeinsame Verfügung über die Ressourcen wurde als Teil von Selbstermächtigung gesehen. Die Bewegungen wurden durch die neoliberale, marktorientierte Reagan-Regierung abgelöst. In den 1980er Jahren wurden viele Genossenschaften und Kooperativen aufgegeben oder gingen Bankrott.

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Bedeutung von Kooperativen und Genossenschaften und den Zyklen von Rezession, Depression und den Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Genossenschaften und Kooperativen sind ebenso anfällig für den Konjunkturverlauf wie

private Unternehmen. Dennoch wurden sie in Zeiten des »Aufschwungs« von Medien und Staat diskreditiert, Individualismus und privatwirtschaftliches Eigentum wurden gefördert.

GENOSSENSCHAFTEN IN DEN USA ZU BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS

Heute gibt es in den USA mehr als 29 000 Genossenschaften und Kooperativen, die etwa 120 Millionen Mitglieder zählen und mehr als 850 000 Menschen beschäftigen. Laut Angaben des *National Center for Employee Ownership* sind in den USA etwa 13,6 Millionen Beschäftigte Miteigentümer von Betrieben durch ihre Teilnahme an Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen (*Employee Stock Ownership Programs*, ESOP). Das gesamte in diesen Programmen angelegte Belegschaftsvermögen übersteigt 900 Milliarden US-Dollar. Die *Steelworkers Union (USW)*, Nordamerikas größte Industriegewerkschaft, unterzeichnete kürzlich ein Abkommen mit Mondragón, einer 100 000 Mitglieder starken Genossenschaft in Spanien (vgl. den Beitrag von Davidson im Heft): Belegschaften sollen lernen, wie sie Anteile an scheiternden Unternehmen erlangen oder diese in Zusammenarbeit mit der USW übernehmen können. Die Rolle der Gewerkschaft wird hier deutlich ausgeweitet.

Seit der globalen Krise werden Genossenschaften wieder beliebter. Unternehmen, Banken und das Finanzsystem haben an Vertrauen eingebüßt. Die Beschäftigten haben stärkeres Interesse an alternativen, auf demokratischer Beteiligung, Selbstverwaltung und Eigentum beruhenden Unternehmensformen. Im Juni 2011 erklärte die UN das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Kooperativen und rief die Regierungen auf, mit Genossenschaften und Kooperativen zusammen zu arbeiten, um Armut zu mindern und produktivere Gesellschaften zu schaffen.

Bedeutet das, dass die Arbeiter in den USA bereit sind, den Kapitalismus zu überwinden? Wahrscheinlich nicht. Aber sie sind bereit, die tyrannischsten Elemente dieses Systems zu verändern und ihre Rechte mit Hilfe von genossenschaftlichem Eigentum zu verteidigen.

Genossenschaften sind eine Alternative vor allem für Beschäftigte im Niedriglohnsektor, die keinerlei formale Vertretung haben und in Arbeitsverhältnissen ohne soziale Absicherung und ohne Aussicht auf Aufstiegsmöglichkeiten gefangen sind. Für die prekär Beschäftigten in den USA und Lateinamerika sind Kooperativen und Selbstverwaltung überlebenswichtig geworden. Die Belegschaften bereiten sich auf ihre Rolle als zukünftige Manager, Stakeholder und Eigentümer vor und verbessern die Lebensbedingungen der Menschen in den Kommunen.

FALLSTUDIE: GENOSSENSCHAFTEN UND KOOPERATIVEN IN WISCONSIN

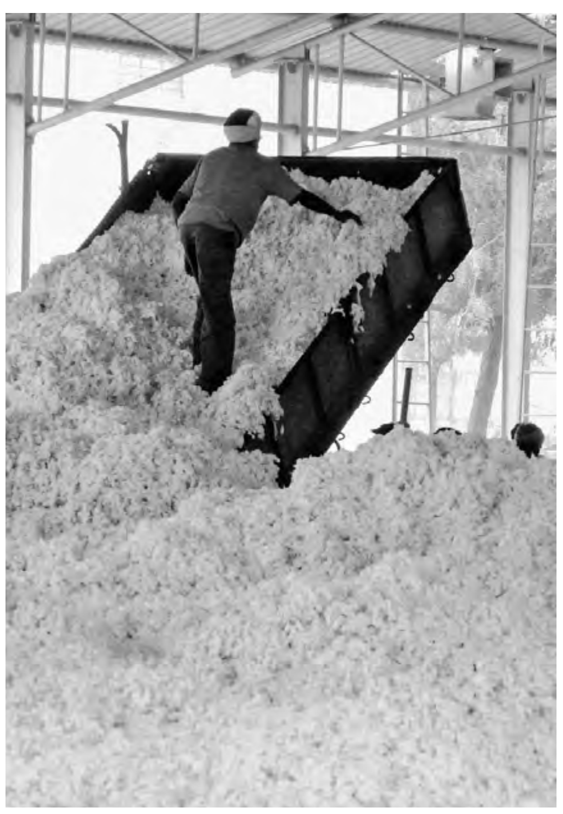
Die ländliche Wirtschaft im US-Bundesstaat Wisconsin profitiert schon lange vom Genossenschaftswesen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die erste städtische gemeinnützige Versicherungsgesellschaft gegründet. Später nahm sich die *Grange*-Bewegung der wirtschaftlichen Not der Farmer an und trat für genossenschaftliche Organisation von Geschäften, Getreidespeichern und Getreidemühlen ein. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren 46 Prozent der Molkereien und 37 Prozent aller Käsereien in Wisconsin Eigentum der Farmer.

Das erste Genossenschaftsgesetz von Wisconsin wurde 1887 erlassen und 1911 überarbeitet. Seitdem haben 16 Bundesstaaten das Wisconsin-Modell übernommen. Das Gesetz wurde 1921, 1955 und 1989 überarbeitet. Es erlaubt die Schaffung von Genossenschaften und Kooperativen zu jedem rechtmäßigen Zweck außer der Eröffnung einer Bank oder einer Versicherung.

Die Genossenschaften in Wisconsin sind unterteilt in Vertriebs-, Produktions-, Bezugs- und Absatzgenossenschaften.

Vertriebsgenossenschaften müssen als Betriebe Eigentum von Mitgliedern sein, die ähnliche Produkte herstellen, und ihren Mitgliedern zugute kommen. Sie bilden ein Netzwerk verschiedener Kooperativen mit einem gemeinsamen Produktangebot. Vertriebsgenossenschaften sind in der Lage, bessere Preise auszuhandeln und verschaffen ihren Mitgliedern Zugang zu größeren Märkten. Sie können Mehrwert schaffen, indem sie Produkte veredeln und damit Preis und Nachfrage anheben. Viele Agrargenossenschaften fallen in diese Kategorie. Zum Beispiel vertreibt die *Winsconsin Cranberry Cooperative* Moosbeeren, die auf dem Land der Genossenschaftsmitglieder angebaut werden. Die *CROPP Cooperative* ist Eigentum von fast 750 Biobauern aus allen Bundesstaaten, die ihre Produkte wie Milch, Eier, Käse, Soja, Säfte, Obst und Gemüse unter dem Markennamen *Organic Valley Family of Farms* sowie Fleischprodukte wie Rind, Schwein und Geflügel unter dem Markennamen *Organic Prairie Family of Farms* vermarktet.

Produktionsgenossenschaften sind Unternehmen in Belegschaftseigentum mit



flikr/jankie, (cc) Entladen und Verarbeitung von Baumwolle auf einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Indien.

Selbstverwaltung. Die Arbeiter haben direkten Nutzen vom Unternehmen. Der Gewinn wird unter den Arbeitern (relativ gleich) verteilt, auf Grundlage von Faktoren wie Posten, geleistete Arbeitsstunden und Dienstalter. Solche Kooperativen bestehen in vielen Branchen. *Union Cab* ist ein von der Belegschaft geführtes Taxiunternehmen im Herzen von Madison. Es wurde 1979 von einer Gruppe von Taxifahrern, Disponenten und Mechanikern nach einem erfolglosen Arbeitskampf gegen *Checker Cab* gegründet. Nachdem die Beschäftigten zum zweiten Mal versucht hatten, vertraglich zugesicherte Rechte gegen den Besitzer geltend zu machen, schloss dieser das Unternehmen. Die Organizer entschieden sich für das Genossenschaftsmodell. *Union Cab* zählt heute über

200 Mitglieder und besitzt New Yorks größten Fuhrpark.

Die Arbeitsbedingungen für Fahrer bei *Union Cab* zählen branchenweit zu den Besten. Seit Mitte der 1980er Jahre können sich Mitglieder über *Union Cab* krankenversichern lassen, seit Mitte der 1990er Jahre übernimmt die Genossenschaft einen Anteil des Versicherungsbeitrags. *Union Cab* wird demokratisch geführt und hält sich an das Prinzip »ein Mitglied – eine Stimme«. Der Vorstand besteht aus einer gewählten Gruppe von Fahrern, Mechanikern und Disponenten, die gemeinsam das Verwaltungsgremium bilden. Weitere Beispiele für Arbeitergenossenschaften sind *Isthmus Manufacturing*, ein Hersteller von Automationstechnik in Belegschaftseigentum, sowie *Cooperative Care*, ein Anbieter für häusliche Dienstleistungen, Krankenpflege und Pflegehilfe für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Bezugs- und Absatzgenossenschaften sind die dritte Kategorie. Sie versorgen ihre Mitglieder mit Produkten und Dienstleistungen für den Fachbedarf und bedienen so spezielle Bedürfnisse. Durch Sammelbestellungen können bessere Preise, eine bessere Verfügbarkeit oder Lieferung der Produkte bzw. Bereitstellung der Dienstleistungen für Farmer, Betriebe und Verbraucher gewährleistet werden als normalerweise möglich. Die in Mt. Horeb ansässige *Homestead Cooperative* versorgt 25 Haushalte von »aktiven Senioren«. Die *Ridge Side Co-op* in Madison stellt in einem immer teurer werdenden Wohnviertel erschwinglichen Wohnraum für neun Familien bereit. Die *Adams-Friendship Cooperative Homes* ist eine Gemeinschaft von fünf einzelnen Haushalten, deren Häuser auf genossenschaftlichem Land errichtet wurden. Die *Landmark Services Cooperative* versorgt ihre Mitglieder auf dem Land und in der Stadt mit Benzin, Dünge- und Futtermittel, Getreide sowie Marketing- und Agronomiedienstleistungen. Zudem betreibt die Genossenschaft Automobil-Einzelhandelsgeschäfte und Lebensmittelläden. Die *Viroqua Food Cooperative* beliefert ihre Mitglieder mit Bio-Lebensmitteln. Das ländliche Energieversorgungsunternehmen *Adams-Columbia Electric Cooperative* liefert Strom für seine Eigentümer. Die *Independent Pharmacy Cooperative* verhandelt mit Großhändlern, um bessere Preise und Dienstleistungen für ihre Mitglieder, die Inhaber solcher Apotheken, zu erzielen. Die *UW Credit Union* bietet auf ihre Mitglieder speziell zugeschnittene Finanzprodukte und -dienstleistungen an.

Genossenschaften und Kooperativen in Wisconsin konnten von technologischen Neuerungen profitieren. Landwirtschaftliche Genossenschaften sind strategische Bündnisse eingegangen, sie sind mit genossenschaftlichen und privaten Unternehmen fusioniert oder haben sie übernommen. Neue landwirtschaftliche Genossenschaften sind entstanden, um Produkte »mit Mehrwert« zu vermarkten, etwa im Bereich von Biotreibstoff oder biologisch-dynamisch erzeugter Milch.

Eine der älteren Genossenschaften in Madison ist *Nature's Bakery*. Sie wurde 1970 von einer kleinen Gruppe von Frauen gegründet, die in einem großen, vom *Edgewood College* gespendeten Ofen zu backen begannen. Das Geschäft der Genossenschaft floriert seitdem durch die stetige Verbesserung ihrer

Mitgliederverwaltung und Arbeitsorganisation. Dadurch können die Mitglieder in die Bäckerei investieren.

Die *Community Pharmacy* entstand 1972 als eine von der *University of Wisconsin* in Madison und der Studierendenvertretung von Wisconsin geförderte Apotheke. Studierende und Gemeindemitglieder konnten dort erschwingliche Medikamente und Pflegeartikel bekommen. Daraus entstand ein Geschäft, das von Arbeitern und Apothekern gemeinsam geführt wurde. Nach 20 erfolgreichen Jahren im Zentrum von Madison wurde das Geschäft als Produktionsgenossenschaft zur Förderung der Gesundheit neu eingetragen. Die *Community Pharmacy* hat die Definition von »Gesundheit« erweitert: sie enthält das Recht auf Nahrung, Wohnung, auf gute Arbeitsbedingungen, auf saubere Umwelt und darauf, sich frei und ohne Angst vor Gewalt oder Unterdrückung bewegen zu können.

In Wisconsin haben die etwa 850 Genossenschaften und Kooperativen ca. 425 000 Mitglieder, die knapp 4,5 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz zur Wirtschaft beisteuern. Zudem unterhält die *University of Wisconsin* einen der größten Fachbereiche, der sich der Förderung und Erforschung von Kooperativen und Genossenschaften in den USA widmet.

Während in privaten Unternehmen der Gewinn an die Investoren entsprechend den einzelnen Investitionen verteilt wird, geht es bei Genossenschaften darum, erwirtschafteten Gewinn an die Mitglieder zurückzugeben, je nach Inanspruchnahme oder nach individuellem Umsatz. Da die Mitglieder die Genossenschaft in Anspruch nehmen, besteht wenig Anreiz, Gewinne für Investoren auf Kosten der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen für die Mitglieder zu erhöhen. Genossenschaften und Kooperativen unterscheiden sich zudem dadurch von Unternehmen, dass sie, über Wirtschaftlichkeit hinaus, auf der Grundlage von Prinzipien handeln, die gesellschaftliche Bedürfnisse sowie die Bedürfnisse von Mitgliedern, Belegschaften und Gemeinden widerspiegeln.

NEUE GENOSSENSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN UND INITIATIVEN

Mit dem Begriff *worker ownership*, Belegschaftseigentum, kann eine Reihe verschiedener Unternehmensstrukturen beschrieben werden. Das Kooperativenmodell unterscheidet sich von anderen Unternehmensformen, weil die Vorstellung, das Kapital könnte die Kontrolle zurückerhalten, abgelehnt wird. Deshalb ist das Modell für Wall Street-Investoren nicht interessant. Seit langem gilt, dass Genossenschaften nur selten in kapitalintensiven Branchen vorkommen, da die Beschäftigten im Allgemeinen nicht über Kapital verfügen, das sie investieren können. Sie sind daher eher in arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen, für die keine teuren Werkzeuge nötig sind, zu finden.

Betrachtet man die aktuellen Branchen, in denen Kooperativen stark vertreten sind, sind einige tatsächlich in arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen tätig, wie beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Einzelhandel. Doch die Genossenschaften verbindet heute vor allem der Einsatz für eine nachhaltige Produktionsweise. Sie zeigen das Misstrauen gegenüber privatwirtschaftlichen Produktionsweisen mit ihrem Einsatz von schädlichen

Pestiziden und anderen gefährlichen Chemikalien, mit denen die Produktion gesteigert und die Kosten gesenkt werden sollen.

Misstrauen gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel und den Einsatz von Chemikalien stärkt den Trend zu Bioproduktion in den Genossenschaften. Zudem gibt es im Bereich der Produktion alternativer Energien wie Biokraftstoffen, Windkraft und Solarenergie immer mehr genossenschaftliche Unternehmen.

Das in Massachusetts ansässige *PV Squared* ist ein Unternehmen in Belegschaftseigentum, das Komplettlösungen für erneuerbare Energiesystemanlagen für Haushalte, Unternehmen, Gemeinden und Institutionen anbietet. Das Unternehmen hat sich der Förderung einer nachhaltigen Gesellschaft verschrieben. Ziel ist es, natürliche Systeme nicht zu schädigen, sondern sie zu erhalten und wiederherzustellen. Eine Reihe von Kooperativen übernehmen Kurier- und Transportdienste, die ohne die Verbrennung fossiler Brennstoffe auskommen. Die in Northampton, Massachusetts, ansässige *Pedal People Cooperative* transportiert alles bis zu einem Gewicht von 150 kg mit dem Fahrrad.

DIE UMSETZUNG DES ARGENTINISCHEN GENOSSENSCHAFTSMODELLS IN DEN USA

Arbeitergenossenschaften in den USA profitieren heute von länderübergreifender Zusammenarbeit. Eines der ehrgeizigsten Kooperationsprojekte trägt den Namen *The Working World* (TWW). Die Genossenschaft wurde in Buenos Aires gegründet und machte im April 2011 ihr drittes Büro, gleichzeitig das erste in den USA, in New York City auf. Sie nahm sofort Verbindungen zur lokalen Genossenschaftsbewegung auf und suchte viele Partner für gemeinsame Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung. TWW will damit zeigen, dass sich der Erfolg von Argentinien und Nicaragua – wo sie ebenfalls vertreten ist –, in New Yorks Stadtteilen der Armen, Arbeiter und ethnisch Unterdrückten wiederholen lässt.

TWW arbeitet mit Genossenschaften und Kooperativen, um diese zu unterstützen: etwa mit dem *Brooklyn's Center for Family Life*, das erfolgreiche Kooperativen von marginalisierten und migrantischen Arbeitern organisiert. TWW arbeitet auch mit den *Bronx Green Workers Cooperatives* und Mitgliedern des verwandten *Green Workers Roundtable*, mit der *Art for Change*-Gründerin und Harlem-Community-Organizerin Eliana Godoy, der Anlaufstelle in Sachen Einwanderung bei *The Door*, und dem *Lower East Side Community Board #3* zusammen. Die TWW bringt ihre Erfahrungen aus Argentinien und Nicaragua ein: bei Community-Organisationen vor Ort, Akademikern, Studierenden und ehrenamtlichen Fachleuten, die die Genossenschaftsbewegung in der reichsten Stadt der USA mit der größten Einkommensungleichheit ausweiten wollen. TWW will so im Raum New York eine alternative Wirtschaftsstruktur und tragfähige Partnerschaften schaffen.

TWW unterstützt die Erweiterung einer erfolgreichen Kooperative, die Reinigungsdienstleistungen anbietet. *Si se Puede* und *BeyondCare* sind zwei Kooperativen für Kindertagesbetreuung und Hausdienstleistungen in *Sunset Park* in Brooklyn; sie werden vom *Center for Family Life* unterstützt. Und TWW plant zwei neue Projekte: *Fujian Chinese tea house and sweet shop*, ein Betrieb geführt von jungen

Frauen, die Opfer von Menschenhandel waren und sich nur schwer von jahrelanger Schuldknechtschaft und schrecklichen Arbeitsbedingungen erholen.

Die offizielle Arbeitslosenrate in New York liegt bei 10 Prozent (inoffiziell eher 20 Prozent). Immer mehr Arbeiter müssen länger für weniger Lohn und unter schlechteren Bedingungen arbeiten. Daher konzentriert sich TWW auf Arbeiter, die dem ökonomischen Druck überproportional ausgesetzt sind: Frauen, Afroamerikaner, Latinos und Migranten.

TWW bietet Dienstleistungen für Belegschaftsbetriebe und Kooperativen an, um deren wirtschaftliche Leistung und Zukunftsfähigkeit zu verbessern. »Erfolg« wird daran gemessen, welchen Umsatz die unterstützten Investitionen erwirtschaften. Die von TWW finanzierten Initiativen in Argentinien und Nicaragua haben 95 Prozent ihrer Projekte erfolgreich abgeschlossen. New York ist ein hartes Pflaster. Mehr als die Hälfte der Unternehmen scheitern, es gab keine genossenschaftliche Tradition. »Wir erwarten bei unseren Investitionen keine Erfolgsquote von 95 Prozent«, so Earle, Sprecher von TWW. »Aber wir werden zeigen, dass stärker auf Gleichheit beruhende Produktionsformen Marktvorteile haben können.«

Die amerikanischen Arbeiter arbeiten für immer niedrigere Löhne in autoritären Unternehmen. Ihre Gemeinden werden von Unternehmen beherrscht, die eine »Aneignung durch Enteignung« (David Harvey) betreiben. Harvey sieht den modernen Kapitalismus und seinen folgsamen und unterstützenden Staat auf vorkapitalistische Formen der Enteignung von essenziellen Ressourcen zurückgreifen. Die Arbeiterklasse verliert nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr Zuhause, das Recht auf Gesundheitsversorgung, Bildung sowie das Recht auf ein gesichertes Auskommen. Diese Verhältnisse schaffen den Raum, in dem Volksversammlungen, Genossenschaften und Kooperativen entstehen, die auf die Unterstützung von Kommunen ausgerichtet sind.

Aus dem Amerikanischen von Stefan Schade

LITERATUR

Bell, D., 2006: Unions and Cooperatives: Can They Get Along?, in: *Dollars and Sense* 267

Braverman, H., 1974: *Labor and Monopoly Capital: The Degradation of Work in the Twentieth Century*, New York

Chambers, C.A., 1962: The Cooperative League of the United States of America, 1916–1961: A Study of Social Theory and Social Action, in: *Agricultural History* 36:2, 59–81

Curl, J., 2009: *For All the People, Uncovering the Hidden History of Cooperation, Cooperative Movements, and Communalism in America*, Oakland, CA

Harvey, D., 2011: *Marx' »Kapital« lesen*, Hamburg

Hollender, J., 2011: A World of Cooperation and Shared Partnership, in: *The Huffington Post Online*, www.huffingtonpost.com/jeffrey-hollender/a-world-of-cooperation_b_871143.html (13.07.2011)

Hoover, M., und B. Woo, 2011: To Jumpstart US Job Market, Turn Workers into Owners, in: *The Christian Science* Monitor, www.csmonitor.com/Commentary/Opinion/2010/0111/To-jumpstart-US-job-market-turn-workers-into-owners (14.07.2011)

Leikin, S., 1999: The Citizen Producer: The Rise and Fall of Working Class Cooperatives in the United States, in: E. Furlough und C. Strikwerda (Hg.): *Consumers Against Capitalism: Consumer Cooperation in Europe and North America, 1840–1990*. Lanham, MD

Pittman, L., o.J.: *Cooperatives in Wisconsin: The Power of Cooperative Action*, Madison

Ransom, R.L., und R. Sutch, 1972: Debt Peonage in the Cotton South After the Civil War, in: *The Journal of Economic History* 32:3, 641–669

Wright, G., und H. Kunreuther, 1975: Cotton, Corn and Risk in the Nineteenth Century, in: *The Journal of Economic History* 35:3, 526–51

1 Mit der englischen Bezeichnung *cooperative* kann sowohl die *Genossenschaft* als auch die *Kooperative* gemeint sein. In diesem Text wird oft die Bezeichnung *Genossenschaft* verwendet. Sie kann dann, entsprechend der englischen Bezeichnung, die Kooperative einschließen, auch wenn diese nicht immer (mit)genannt wird.

ARBEITER DER WELT, KOOPERIERT!

DIE ROLLE VON BELEGSCHAFTSEIGENTUM UND KOOPERATIVEN FÜR TRANSFORMATION

TIM HUNT

Die Labour-Partei und die Konservativen haben eine Förderung von Belegschaftseigentum für öffentliche Dienstleistungen in ihre Wahlprogramme aufgenommen. Dadurch ist das Interesse an dieser – einst beliebten – Organisationsform neu entzündet.

Sind Kooperativen ein Mikrokosmos der demokratischen Gesellschaft, die wir anstreben? Oder verhindern sie politischen Wandel eher, weil Menschen sich von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften abwenden und eigenständige, miteinander konkurrierende und selbstausbeuterische wirtschaftliche Einheiten gründen? Kooperativen haben deutliche Vorteile gegenüber autoritären Systemen betrieblicher Organisation – aber haben sie auch das Potenzial, die Welt zu ändern?

DEMOKRATIE

Derzeit existieren ungefähr 400 unabhängige Kooperativen[1] und Belegschaftsbetriebe in Großbritannien, die in zahlreichen Branchen mit insgesamt etwa 2 000 Arbeitenden

operieren; sie haben jeweils unterschiedliche Strukturen und Organisationsweisen.

Es gibt andere Formen von Genossenschaften: Einkaufs-, Spar- oder Wohnungsbaugenossenschaften. Doch viele sehen gerade in den Produktionsgenossenschaften das Potenzial, die Welt zu verändern: Netzwerke von Produktionsgenossenschaften könnten »fast vollständig die kapitalistische durch eine demokratische Ökonomie ersetzen« (Betsy Bowman/Bob Stone, Grassroots Economic Organizing 2004).

Die Orientierung auf Demokratie ist ausgreifend und stellt einen wesentlichen Teil des Kooperativen-Gedankens dar. Viele Kritiker der Globalisierung, uneins in anderen Fragen, befürworten Formen betrieblicher Demokratie als Teil jeder ernsthaften Alternative zum Kapitalismus; und die innere Demokratie der Kooperativen unterscheidet sie von anderen Organisationsformen. Diese Demokratie kommt den Bedürfnissen der arbeitenden Mitglieder entgegen, die an den Entscheidungen beteiligt sind und daher ihren Alltag ein stückweit kontrollieren. Ganz anders in Unternehmensformen, in denen der Chef als Vertreter des Kapitals das Sagen hat und der Profit an erster Stelle steht – während die Bedürfnisse der Beschäftigten nur am Rande vorkommen.

»Persönliche Entwicklung und das Vorankommen als Gruppe sind für uns zentral. Durch die demokratischen Formen können wir ausprobieren, wie wir miteinander arbeiten können und Gesundheit und Wohlbefinden, nicht den Profit in den Vordergrund rücken können.« (Dan Hassan, von *Radical Routes*[2], einem Kooperativen-Netzwerk)

Labour und die Konservativen favorisieren in ihren Wahlprogrammen Belegschaftsbetriebe, die nicht demokratisch organisiert sind. Sie beruhen auf dem »John-Lewis-Modell«: Die Beschäftigten haben keinen direkten Einfluss auf alltägliche Entscheidungsprozesse, die den Chefs und dem mittleren Management überlassen bleiben. Stattdessen können Beschäftigte über einen »Mitbestimmungsrat« (*partnership board)* das Management zur Verantwortung ziehen, Unternehmenspolitik beeinflussen und wichtige Steuerungsentscheidungen treffen. Das Unternehmen gehört den Beschäftigten über ein Treuhandverhältnis; sie erhalten einen Teil der Gewinne. Befürworter dieses Modells argumentieren, dass die Unternehmen im harten Marktgeschehen beweglicher sind und eine gewisse Mitbestimmung garantiert bleibt.

DRUCK VON AUSSEN

Eine starke demokratische Struktur kann Unternehmen helfen, mit dem äußeren Druck im globalen Kapitalismus umzugehen. Die Beschäftigten entscheiden gemeinsam, wie sie mit einer Krise umgehen: etwa indem sie Lohnkürzungen in allen Gehaltsgruppen vornehmen, um Entlassungen zu verhindern, oder indem Beschäftigte von einer Kooperative in eine andere übernommen werden, wie im *Mondragón*-Modell[3].

Der äußere Druck kann andererseits zum Rückbau der demokratischen Strukturen führen. Durch die Zwänge des Marktes wird die finanzielle Seite des Unternehmens zum Hauptziel, demokratische Arbeitsmethoden treten in den Hintergrund. So »verfiel« die 1844 gegründete Kooperative *Rochdale*[4] in

dem Moment, als sie 1859 neue Investoren als Mitglieder aufnahm, um neue Anlagen zu finanzieren. Die Investoren überstimmten die Arbeiterinnen und Arbeiter und die Genossenschaft wurde innerhalb von drei Jahren in eine konventionelle Firma umgewandelt.

Die moderne Genossenschaft *Ethical Consumer Magazine*[5] könnte in dieselbe Falle gehen. Nach über zwanzig Jahren als Produktionsgenossenschaft änderte sie im letzten Jahr die Struktur hin zu einer Konsumgenossenschaft; externes Kapital wurde aufgenommen und ein Vorstand gebildet. Rob Harrison, Gründer der Kooperative, sieht das nicht zwangsläufig als Verlust an Demokratie: »Es geht um mehr Demokratie und nicht um weniger. Wir fördern eine größere Beteiligung von Interessengruppen [wie Lesern oder Nichtregierungsorganisationen], während wir die innere Demokratie über die Verfasstheit des Vorstandes und der Betriebsleitung garantieren. Im Vorstand sind die Beschäftigten immer in der Mehrheit und die ausschließlich aus Beschäftigten bestehende Betriebsleitung wickelt das alltägliche Geschäft der Genossenschaft ab.«

So kann neues Kapital angezogen werden, was im angespannten wirtschaftlichen Klima wichtig ist. Die Unterversorgung mit Kapital stellt häufig ein Problem für Kooperativen dar, das unterschiedlich gelöst wird. Mondragón im Baskenland (Spanien) finanziert sich über ihre eigene Bank *Caja Laboral*. In Kanada wird Kapital über die *Quebec Federation of Labour Solidarity Funds*[6] bereitgestellt; in Norditalien hilft die Regierung mit Darlehen, während in Brasilien und Argentinien über Bürgerbeteiligungshaushalte Kooperativen unterstützt werden.

POTENZIAL FÜR DAUERHAFTE TRANSFORMATION

Haben Kooperativen nun das Potenzial, einen sozialen Wandel herbeizuführen? Sicher können sie allein den Kapitalismus nicht beenden. Aber sie zeigen, dass Menschen unabhängig und autonom ihren Alltag meistern können. So lange Menschen diese Erfahrung nicht machen und kein starkes unabhängiges ökonomisches System existiert, könnte jeder politische Umbruch in bürokratischem Sozialismus enden, befürchten viele. Die gelebte Demokratie der Kooperativen kann die Transformation auf eine breite demokratische Kultur hin ermöglichen (John Luhman).

GEWERKSCHAFTEN

In den 1970er Jahren haben Gewerkschaften Modelle von Genossenschaften und Belegschaftsbetrieben genutzt, um Unternehmen vor dem Konkurs zu retten. Dass dieses Experiment gescheitert ist, war nicht dem Modell anzulasten. Genossenschaftsbewegung und Gewerkschaften sind in der *Labour Party* vertreten und beide waren maßgeblich daran beteiligt, *Labour* ins Parlament zu bringen. »Gewerkschaften, *Labour* und Genossenschaften entstanden vor dem Hintergrund der Verhältnisse der industriellen Revolution. Sie waren Reaktionen auf Ausbeutung, mangelnde Demokratie und schlechte Arbeitsbedingungen. Wir arbeiten im Wesentlichen – auf unterschiedliche Weise – für die gleiche Sache.« (David Coulter, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Co-*operatives UK*[7]) Ob ein Bündnis mit der *Labour* Partei allerdings noch einen sozialen Wandel ermöglichen wird, ist fraglich.



flickr/Helgi Halldórsson/ Freddi, ⊜$ⓘ Protest vor Regierung und Zentralbank, Island 2010

Robin Murray, *Co-ops UK*, sieht Gewerkschaften und Genossenschaften zusammen in einer Schlüsselrolle bei der Ausgestaltung der von den Parteien vorgeschlagenen genossenschaftlichen Initiativen. Zwar befürchten Gewerkschaften, dass die Übernahme klassischer staatlicher Dienstleistungen durch Genossenschaften eine »Privatisierung durch die Hintertür« darstellt. Doch Murray stellt »public-social-partnership« den »private-public-partnerships« gegenüber – und sieht sie als einen Schritt nach vorn, weil Gesellschaften mit vielen Anteilshaltern eine verstärkte Beteiligung der Gewerkschaften ermöglichten.

Die von *New Labour* angedachte »Ver-Genossenschaftlichung« von am Markt »versagenden« Wasserstraßen, Fußballclubs, Kneipen und lokalen Geschäften böten eine Chance für Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften. Allerdings müsste man darauf achten, »dass derartige Gemeinschaftsprojekte stark genug sind und gegen einen Politikwechsel geschützt werden können«.

SOZIALE BEWEGUNGEN

Persönliches Engagement und individuelle Bindungen sind auch die Ursache für Überschneidungen und Zusammenarbeit zwischen Kooperativen und sozialen Bewegungen. Der Aktivistin und Genossenschaftlerin Katy Brown zufolge gibt es zwar keine formalen Verbindungen, aber einen Wissenstransfer auf individueller Ebene: »Das trifft besonders

für Entscheidungsfindung und -techniken zu, da Kooperativen ein guter Ort sind, um nicht-hierarchische Entscheidungsfindung zu lernen. Das ist für beide Seiten von Vorteil.«

Dan Hasan von *Ethical Producer* hält die Erfahrung kooperativer Organisierung für zentral: »Jeder hat die Möglichkeit, jede wichtige Tätigkeit zu lernen und auszuüben, so dass die Leute sich breite Fähigkeiten aneignen. Im weiteren Sinne fördert das die Eigenverantwortung und ein ganzheitliches Verständnis von Organisationen. Kooperativen sind eines der am weitesten entwickelten Werkzeuge, die wir für eine Überführung von Sachen in gemeinsames Eigentum haben.«

Die Trennung von Kooperativen und sozialen Bewegungen oder Community Organisationen habe einen guten Grund: »Genossenschaften sind am Ende doch Unternehmen, sie unterliegen anderen Anforderungen und sind nicht nur für die Versorgung einer größeren Community da. Sie existieren, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Bedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen.« (David Coulter, Cooperatives UK)

DER NUTZEN FÜR DIE ALLGEMEINHEIT

Dennoch nutzen Kooperativen den Gemeinden, in denen sie verwurzelt sind. Beschäftigte leben vor Ort, wodurch Interessen der Kooperativen und der Gemeinden zusammenlaufen.

Katy Brown, die im sozialen Zentrum *Next to Nowhere* in Liverpool arbeitet, ist dankbar für die Unterstützung des kooperativen Buchladens *News from Nowhere* bei der Gründung des Zentrums: »Sie sind unsere Vermieter, räumen uns aber günstige Konditionen ein. Im Gegenzug stellen wir Räume für Signierstunden und reparieren Sachen am Gebäude. Wir kaufen Bücher von ihnen für unsere Bibliothek. Sie sind Teil unseres Kollektivs.«

In der Regel verhindert die Verankerung vor Ort eine Kapitalflucht. Einige Kooperativen – wie der erfolgreiche Lebensmittelladen *Unicorn* in Manchester – lassen einen Teil ihrer Profite in einen Sozialfonds fließen, der Kampagnen und Gruppen vor Ort zugute kommt.

AUSBEUTUNG

Nicht alle Kooperativen dienen der Allgemeinheit. Betsy Bowman zeigt, dass in einigen Kooperativen mehr als 40 Prozent der Arbeit von Nichtmitgliedern gemacht wird. In diesen Fällen kann von einer kollektiven Ausbeutung von Lohnarbeit gesprochen werden. Eine Produktionsgenossenschaft in Manchester stellt Zeitarbeiter für ihre Kommissionierung und das Packen an. Diese Beschäftigten verdienen weniger als die Mitglieder und werden in Verträge gezwungen, die auf zehn Monate begrenzt sind. Dadurch haben sie keinen Anspruch auf Arbeitgeberleistungen, die allen unter britischen Gesetzen arbeitenden Zeitarbeitern zustehen.

Auch die Mitglieder arbeiten meist mehr und länger für weniger Geld, weil sie sich als weniger entfremdet von ihrer Arbeit empfinden. Es wird kritisiert, dass Kooperativen wenig mehr tun, als Waren für den freien Markt zu produzieren, so dass ihr Verhältnis zum Kapital sich nur wenig von dem anderer Unternehmen unterscheidet – was zu Selbstausbeutung führe und dem Kapitalismus nützt.

Tim Huet (*Co-operative Manifesto*) sieht viel Anlass für Kritik an und Protest gegen das Wirtschaftssystem. Für dauerhafte und starke Gegenbewegung sind vielfältige Initiativen notwendig. Betriebliche Modelle ökonomischer Demokratie sind Teil dieser Vielfalt – neben Gewerkschaften, Einpunktbewegungen etc. Wir brauchen eine Polykultur des Dissenses und nicht eine Monokultur nur reagierender und oppositioneller Politik.

EIN GROSSHANDELSERFOLG

Die größte Kooperative in Großbritannien ist *Suma*. Der Großhändler für Vollwertkost setzt jährlich über 24 Millionen Pfund um, womit er auf Platz 51 der größten Genossenschaften und auf Platz 1 der unabhängigen Großhändler für Vollwertkost in Großbritannien steht.

Suma begann 1975 und sollte einige genossenschaftliche Bioläden in Nordengland versorgen. Heute beliefert Suma 2500 Märkte. Noch gibt es keine innere Hierarchie, was die Mitglieder als wesentlich für ihren Erfolg begreifen.

Die Struktur ist einfach: Alle Mitglieder und Beschäftigten bekommen denselben Stundenlohn, unabhängig von ihrer Arbeit oder ihrer Verantwortung. Sie haben eine gewählte Betriebsleitung, um Entscheidungen und Geschäftspläne umzusetzen; die Entscheidungen werden auf einem regelmäßigen übergreifenden Treffen im Konsensverfahren getroffen. Praktisch heißt das, dass die alltägliche Arbeit von eigenständigen Teams aus Beschäftigten ausgeführt wird, die alle den gleichen Lohn bekommen, das gleiche Stimmrecht und den gleichen Anteil am Erfolg der Unternehmung haben. Die Mitglieder sind kompetent in allen Bereichen des Unternehmens und haben immer mehr als eine Rolle in der Genossenschaft. Sie erweitern dadurch ihre Qualifikation und erhalten Einblick in den Gesamtzusammenhang. Dies nutzt der Kooperative, wenn Kreativität und Problemlösungen gefragt sind.

Kooperativen ermutigen zu eigenständigem Alltagshandeln – eine Revolutionierung unseres Alltags. Solange wir sie reflektieren und entwickeln, anpassen und Widersprüche bearbeiten, können sie helfen, eine starke, selbstbewusste und lokal verwurzelte Bewegung aufzubauen, die über Ressourcen und Fähigkeiten verfügt, der Hegemonie des Kapitals den Kampf anzusagen.

Aus dem Englischen von Jana Seppelt. Mit freundlicher Genehmigung von redpepper.org.uk

1 Im Englischen sind Kooperativen und Genossenschaften »cooperatives«, d. Üb.

2 www.radicalroots.org.uk/

3 Mondragón ist die größte baskische Genossenschaft: www.mondragon-corporation.com/.

4 Die *Rochdale Society of Equitable Pioneers* (engl. für die Gesellschaft der redlichen Pioniere von Rochdale) war eine Konsum- und Spargenossenschaft, die im Dezember 1844 von 28 Webern aus Rochdale gegründet wurde. Sie formulierte die ersten Prinzipien für Kooperativen und ging auf den britischen Frühsozialisten Robert Owen zurück.

5 www.ethicalconsumer.org/PrintMagazine.asp

6 Freiwilliger Pensionsfonds mit über 550 000 Aktionären und einem Vermögen von ca. 4,6 Milliarden Kanadischen Dollars. Der Fonds hat Anlagen in rund 1900 kleinen und mittleren Unternehmen und half bei der Schaffung von rund 100 000 Arbeitsplätzen. Der Fonds zielt auf Profite, aber er fördert auch Rechte, Weiterbildung und Entwicklung der Beschäftigten. (http://www.caledonia.org.uk/papers/quebec-solidarity-fund.pdf)

7 *Co-operatives UK* ist der landesweite Verband, der sich für genossenschaftliche Modelle stark macht und die Entwicklung und Vereinigung kooperativer Unternehmen fördert (http://www.uk.coop/).



WAS WIR NICHT
ZUSTANDE GEBRACHT HABEN,
MÜSSEN WIR ÜBERLIEFERN.

ERNST BLOCH

VOLKER BRAUN

Wenn man nun das Feld der Fakten verläßt, steht der unermeßliche Bereich der Erfindung offen. Orte falsch geschrieben, die Personen aus Rüben geschnitzt, die Handlung aus den Fingern gesogen. Mannsfeld und Weibsleben. Das tut der Sache keinen Abbruch. Man wird nur tiefer in die Geschichte dringen und sie einmal schärfer machen. Beim Hungerstreik war Berndt ums Leben gekommen, und der Zug voll Trauer und Wut war gleich mit hundert Empörten aufgebrochen. Die Öffentlichkeit war alarmiert, und der *Hungermarsch* in Berlin auf Hunderttausend angeschwollen. Und tatsächlich die Bitteröder hatten die Steine geschmissen, und Polizisten waren zu Schaden gekommen. Die Rädelsführer (der brave Rüttemann) wurden verhaftet, die Abfindungen gemindert, die Grube geräumt. Es wurden Tatsachen geschaffen. Zu Pfingsten war es in Eisleben zu *blutigen Zusammenstößen* gekommen, zwei Tote (Unbeteiligte), vierzig Verletzte. Zum erstenmal (seit den Bauernkriegen) strengte hier ein Landgericht einen Zivilprozeß an »auf Wiedergutmachung« der materiellen Verluste der Polizei. In Sachsen-Anhalt, in Thüringen Scharmützel, worauf die Entlassenen wieder *Brigaden* bildeten, die zusammenblieben. Sie lungerten vor ihren alten Werken, hingehalten und aufgereizt von lauthalsen Versprechungen und stillschweigenden Stillegungen & »Verkäufen« ihres Eigentums. Die Geschichte, ginge sie ordentlich fort, erzählte Beschäftigungsmaßnahmen. Fortbildungen; Unnütze, damit ihr / unnütz bleibt, werden wir euch / umschulen.
Zu Kleinpfingsten, die Woche drauf, wird im Mansfeld noch einmal ein Umzug gemacht. Da strömt üblicherweise das ganze Grundvolk zusammen. Nach den Vorkommnissen war es aber viel Volk mehr, und nicht der Pfingsttanz wurde beerdigt, sondern die zwei Umgekommenen. Weil es sich um zwei Bergleute handelte, kam Pfarrer Kirchner nicht umhin, auch die

VON DIESEN HAU

WILDESTEN ENDL

OLICH: ARBEITEN.

FEN WOLLTEN DIE

Totenrede auf ihre Schächte zu halten. Das veranlaßte ein Dutzend Teilnehmer, ebenfalls Meldung von ihren Betrieben zu machen, darauf achtend, daß man von Toten nichts Schlechtes sagt. Einer aus Rodleben: das Hydrierwerk habe nach der Privatisierung (SALM-Gruppe aus Indonesien) die Forschung verloren und 900 von tausend Arbeitsplätzen. Eine aus der Filmfabrik Wolfen: von 1 500 in der Forschung blieben 92 (»nicht wettbewerbsfähig«). In Schwedt werde alles zerschlagen; in Premnitz würden sogar die 700 Werkswohnungen mitverkauft. Ein Ingenieur aus Gröbzig trat vor: die Spinndüsenfabrik wurde nach Stuttgart verkauft an der Belegschaft vorbei, die sie teuer zurückkaufen müsse. Beim Dampfkesselbau in Hohenthurm könne man nur von *gezielter Vernichtung* sprechen (das kannte man von Hettstedt auch), und im Getriebewerk Wernigerode, im Traktorenwerk Schönebeck, im Werkzeugmaschinenbau Aschersleben derselbe Befund. – Somit war das traditionelle *schaurige Ritual* auf andere Weise durchgeführt, und der Pfingsttanz als Totentanz exekutiert. Die Hinterbliebnen wunderbar abgefunden, aber aus dem Eigentum waren Schulden geworden. Ein Gewaltverbrechen. – Aber auch die von Oschersleben hätten reden können, die von Stassfurt, Bernburg und Köthen, Dessau, Bitterfeld und Schkeuditz, Merseburg, Nachterstedt, Ammendorf, Halle, Weißenfels, Apolda, Erfurt und Sömmerda, Sondershausen, Nordhausen und Halberstadt. Und aus entfernteren Landstrichen rief das her, aus Chemnitz und Zwickau, Freiberg, Heidenau und Pirna, aus Schwarze Pumpe, Senftenberg und Lauchhammer natürlich, Cottbus, Guben, Anklam, Rostock und Wismar. Oder sie redeten dort, wie Trauerredner, in ihrer Gewerkschaft; aber kein Ruhe in Frieden. Denn von all den halbierten, gevierteilten Belegschaften fanden sich immer zwanzig, dreißig in den Kantinen zusammen, um zu beratschlagen und sich

FEN WOLLTEN DIE
LICH: ARBEITEN.
WILDESTEN
VON DIESEN HAU

aufzuregen, und an den *arbeitsfreien Tagen*, derer genug waren, rotteten sich ihrer zweihundert dreihundert vor dem Tor mit Gerassel, um die ihnen gemäße Schlacht zu liefern. Von diesen *Haufen* wollten die wildesten nämlich endlich: arbeiten. Wenn man schon auf der Straße lag, wollte man sich dort zeigen, und in Witzleben legten sie sich Mann an Mann, Stücker fünfzig auf die neue Plaza.

Nun hat sich die Geschichte munitioniert. Das ist genug Material, einen Kampf zu fintieren. Und Reserven liegen in Mitteldeutschland gebunkert seit der *Märzaktion* 1921. Insonders das Mansfeld bewahrte das Andenken, wo Max Hoelz die Arbeiter bewaffnet hatte und die gesamte Region bestreikt worden war; Viertausend eingebuchtet, viere zum Tode verurteilt. Und schon vor vierhundertsiebzig Jahren die Bauernhaufen hatten auf die mansfelder Knappen gesetzt. – Mintzer kam oft drauf zu sprechen.
Dabei wurde die wirkliche Schlacht längst geschlagen. Die erwähnten Scharmützel waren in der Regel Übergriffe der Einsatzkräfte; die Arbeitskräfte ihrerseits warteten auf den Arbeitseinsatz. Nur war eben das große Arbeitsgebiet seit längerer oder kürzerer Zeit in Devastation begriffen. Aus diesem Bruchland blühende Landschaften zu machen, oblag der Regierung, wofür sie beträchtliche Summen aus dem Staatshaushalt liquidierte. Die Summen zunächst auf ihre Konten zu leiten, lag den Konzernen ob; siehe die Treuhandmanöver. Das war (sagte Mintzer) eine Kriegserklärung. Sie hatten, mit den Schließungen, den Kampf ja eröffnet und sich auf diese Weise in Stellung gebracht. Wer die Handelsbilanzen prüft, hat die ganze Schlachtordnung vor Augen. Nur manchmal war ihnen was in die Parade gefahren, wie am *17. Juni* in Leipzig, als die Arbeiter die Verlade- und Transport-GmbH besetzten (weil sie sich verladen fühlten), oder im Juli in Suhl, wo erbitterte

ES WAR AU
ERDRUTSCH DE
R GEDANKEN.
CH EIN

Sechstausend vor die Treuhandzentrale zogen (: die Jagdwaffenmacher). Im Ganzen aber wartete diese andere Seite ahnungslos (stellungslos) im Gelände. Man war irgendwie hineingezogen, und hatte den Streit nicht angefangen. Das Kämpfen war ihnen von Partei&Regierung abgewöhnt worden. Mintzer, der sich hier einmischt, war Parteihochschüler gewesen und in die Realität relegiert worden. Dort vegetierten wie je die Wissenschaften und Künste. Ein Abweichler von Graden, der sich daselbst bestätigt gefunden hatte. Seine *Kritischen Papiere* hatten von Ichstedt bis Allstedt kursiert.
Es saßen in diesen Tagen vielerorts die Vordenker zusammen, die nie zum Zuge kamen, weil sie nachdachten, die pluralen Marxisten und Theoretiker der Praxis, die mit Hammer und Sichel philosophierten. In Berlin im Torpedokäfer trafen sich Heise, Geist, Mintzer und Finger. Daß die eine Seite so zielstrebig, stabsmäßig operiere, sagte Mintzer: weil es sich dabei um eine *Eigentumsfrage* handle, die (wie Fontane gesagt habe) den praktischen Leuten immer die Hauptsache war. – Das war Fingers Thema, aber bei den Koryphäen waren die Anteilscheine gegessen. Sie waren von den Utopien geheilt. Ihre Denkgebirge standen zur Disposition. Es war auch ein Erdrutsch der Gedanken. Man versuchte sie aufzusammeln. Man griff nach ein paar Begriffen, und hatte die Konfusion. Wem, zum Teufel, gehört das Staatseigentum? fragte Heise, seine Pfeife stopfend. Was geschah hier mit welchem Recht? Wurde ein Staat enteignet? Wer ist der Staat? – Heise ist hier ins Leben gerufen; in Wahrheit war er vor der Zeit gestorben, weil der Krankenwagen nicht nach Hessenwinkel kam. – Eine Maschine, sagte Geist, oder der Apparat. Der ideelle Gesamtkapitalist/sozialist. (Der Geist bekam Stütze, denn er hatte keine Arbeit. Die Universität Leipzig war *entostet* worden.) – De jure kann nur natürlichen oder juristischen Personen etwas

CH EIN
ER GEDANKEN.
ERDRUTSCH DE
ES WAR AU

gehören. (Finger war zu stolz, die Alimente zu nehmen, auch ihn hatte schon die vorige Herrschaft evaluiert.) – Der Staat, das sind wir, sagten die Könige. Das Haushaltsrecht wird noch immer als Königsrecht erachtet. Seiner Fiktion, des Staats. – Bei uns, sagte Finger, gab es kein Staatseigentum. Das sah die Verfassung nicht vor. Es gab kein staatliches Vermögen, das nicht Volkseigentum war. – Da war er wieder bei dem Begriff, den er nicht loswurde bei den Leuten. – Aber sei, murrte Heise, das schöne Wort nicht nur die verbrämte Bezeichnung für Staatseigentum gewesen? – Nein, rief Finger. Denn der Staat durfte entscheidende Dinge nicht. Es war ihm nicht erlaubt, dieses Eigentum zu verkaufen. Er durfte es nicht belasten, verpfänden, veräußern. Es war nicht seins. Es war das Eigentum aller. – Des Volks, lachte Geist. – Wer ist das Volk? fragte Mintzer. Sie sahn sich ratlos an. Dann sahen sie in den Kneipenraum. Sie hatten einen Staat verschwinden gemacht. Das Volk durfte leben. »Alles für das Wohl des Volkes« war auch eine Milchmädchenlosung. – Daß man das Seine nicht hat, sagte Finger, ändert nichts dran, wem es de jure gehört. – Auch das Volk war eine Fiktion, sagte Heise; die Pfeife zog. Die letzte Volkskammer (: Finger) hat aus dem unvollkommenen unverhandelbaren Staatseigentum vollkommnes gemacht. Ihr erster und letzter Akt war die Volksenteignung. – Es in die Hand zu nehmen, sagte Mintzer, wäre die Revolution.

Sie krümmten sich wie im Block. In den Mienen malte sich hinter dem Tabaksdampf Beschämung. Nicht, daß sie ihn auslachten, diese zum Denken und zu nichts sonst Entschlossenen; sie schwiegen ihn an. Daß man nicht *darüber verfügt* hatte, war all die Jahre sein Refrain gewesen, in Hinterzimmern und Seminaren, hinter aufgehaltener Hand. Volkseigentum plus Demokratie: das war die verbotene Losung. Sie hing wieder schief. –

SIE WOLLTEN GEMEINSAME FORDERUNGEN FORMULIEREN.

Aber womöglich mußte sich die Geschichte entmutigen, ruinieren, damit sie andere Kräfte sammelt.

Bei der Friedhofs-Kundgebung oder Begräbnis-Demo war Henning nicht zugegen gewesen. Er lag mit einem Schädeltrauma zuhause. Martin kümmerte sich um den Vater, weil die Mutter *verreist* war, und war ohnehin wegen Randalierens zur Bewährung verurteilt. – Vielleicht hatte Hanna in Göttingen was gefunden. – Martin wäre viel lieber heute als morgen fort, aber wurde nun aufgehalten. Wer weiß, wofür es am Ende schlecht war. Henning sah auf den Jungen, als wäre er eben erst sein Vater geworden und suchte das Ebenbild; und schickte es an seinerstatt zum Treffen der Brigadiere.

Das hatten Mintzer und seine Emissäre anberaumt, ohne einen Raum zu wissen. Er sollte groß und verborgen sein, eher ein Versteck, aus dem man *an die Öffentlichkeit treten* wollte. Kestner vom Röhrig-Schacht schlug eine Schlotte vor, die er auf seinen Expeditionen bei Wetterrode entdeckt hatte und aus der er, weil er vor Aufregung den Rückweg zu markieren vergessen gehabt hatte, erst nach Stunden wieder herausgelangt war. Er hatte damals die unbefugte Befahrung geheimgehalten und, wie bei manchen feinen Sachen der Fall ist, warten zu müssen geglaubt, bis die offizielle Entdeckung erfolgt. Nur den Freund Henning hatte er eingeweiht. Das Wissen zurückzuhalten, hatte aufs Herz gedrückt; er hätte sich gerne mitgeteilt, teilte er mit, aber Disziplinarmaßnahmen befürchtet. Reden wäre Silber gewesen. – Zu dem Zwecke kamen nun, an einem bewachsenen Steinkegel, die Wortführer zusammen, an die dreißig Abgesandte vom Sangerhäuser Haufen, vom Leuna-Hallehaufen und vom großen Sächsischen Haufen; und Martin vom Dreckschweinhaufen dazu. Sie wollten gemeinsame Forderungen formulieren. Ohne daß einer Parität geachtet worden wäre, waren fast die Hälfte

N GEMEINSAME
FORMULIEREN.
FORDERUNGEN
SIE WOLLTEN

Weiber. Textilindustrie, Chemie (»gibt Brot Wohlstand Schönheit«). Kestner führte sie unter die Erde. Im Schachteingang wurden Helme ausgeteilt, und die Bergleute machten mit Vorsichtsregeln bekannt. Zwei schwächere, nur tagtaugliche Leute wurden aussortiert, die den Eingang sichern durften. Die Frauen kamen alle mit. Eine fragte Martin nach Henning. Es ging kilometerweit in dunkle Tiefen. Die Füße schurrten, Wetter fauchten durch die Gänge. Ein stetiges Gefälle in versinterten Stollen, und einmal wieder hundert Höhenmeter hinauf. Dann wateten sie eine gute Strecke im Wasser, in ihren unguten Schuhen, und man verfluchte den Einfall, im Underground zu tagen. Endlich lag eine schwere Holzleiter im Weg, über die man klimmen mußte, um in einer niedern Röhre zu verschwinden, aus der man, eben noch ganz den Mut verlierend, in die *Höhle* stieg. Sie war ein ungeheures leuchtendes Gewölbe. Man hob den Kopf auf, kam aus der Hüfte. Bänsch mutmaßte die speläologischen Daten. Da die Lage der Gottes-Segen-Höhle entspräche, befände man sich etwa minus 200m NN und 140m unter der Vorflut des Grenzbachs. Die Hauptachse bemesse sich auf achtzig, die Höhe der Kuppel – er zeigte das herrliche Gemälde – auf zirka zehn Meter. Stratigraphisch ergehe man sich im Basal- und Sangerhäuser Anhydrit, die alten Schicht- und Kluftflächen seien mit Marienglas verheilt. – Dieses wundersame Glas war es, das die Versammlung bestaunte, dieser veräderte und verästelte Glanz, der im Licht der Taschenlampen aufschien. Als sich die Augen an die blau und rötliche Festbeleuchtung gewöhnten, nahmen sie erst den Sitzungssaal wahr, den die Natur in aller Stille vorbereitet hatte. Sie fanden alle Platz in den Klüften und Logen aus Alabasterstein. Der Grund der Zusammenkunft war vergessen. Man war in einer Märchenhöhle und hatte drei Wünsche frei. Früher wären die aus dem Mund geschossen:

ES GEHE UM DAS WENIGSTE, WICHTIGSTE: … FREIHEIT, FORTSCHRITT, FRIEDEN.

Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Diese Wünsche hatte eine gute Fee erfüllt. Hingegen das Recht auf Arbeit war fauler Zauber gewesen, der von der Erde ausging, der ewig schaffenden Natur. Man hatte einer *naturwüchsigen* Ordnung angehangen. Hier war ihre Zentrale, wo Subrosion wirkte, der Tropfstein arbeitete und unendliche Kubikfuß Wasser sickerten. Hausmeister Kestner gab dem ungeduldigen Mintzer das Wort, der kein Auge für die mineralische Mitwelt hatte. Mintzer, wie gesagt, hatte sich an den *versteinerten Verhältnissen* gestoßen, der Felsenstruktur des Staats. Man hielt sich seiner Meinung nach in derselben Formation auf. Man mußte die Felsen sprengen. Schurlamm war anderer Ansicht. Man müsse Griffe finden, Vorsprünge, um Halterungen zu legen und Tritt zu fassen. Nämlich Wege suchen in dem zugegebnermaßen steilen Hang. Man habe es mit einer sozialen *Verwerfung* zu tun, aber es sei eine arme, harsche Struktur verworfen worden. – Griffe, was denn für Griffe, fragten die lächelnden Sachsen, Begriffe müßten genannt werden. Man muß die Sache auf den Begriff bringen. Punkt für Punkt. – Bänsch, der eine alte Markscheide-Tafel aus dem Schlottenschlamm förderte, bat um Koordinaten, von dem *Zielgebiet*, das man erreichen wolle. Er nahm einen spitzen Stift aus der Jacke.

Die Frau, die Martin nach dem Vater gefragt hatte, sah immer wieder zu ihm her mit einem so klaren Blick, daß er errötete; er hob aber selber den Blick nach ihr hin.

Ja, was war das Ziel? – Sie sahn an der Wand ihre Schatten tölpeln, als wär man von einer Masse umgeben. Schachtmeister Schneider riet: keine großen Worte zu machen. Es gehe um das Wenigste, Wichtigste: da habe der große Summs keinen Platz. – Was er damit meine? – Freiheit, Fortschritt, Frieden. – Soweit war man einig, aber das wenige Wichtige machte Schwie-

NIGSTE, WICHTIGSTE:
CHRITT, FRIEDEN.
... FREIHEIT, FORTSC
ES GEHE UM DAS WE

rigkeiten. Wie sollte die Erklärung heißen? Bänsch schlug vor, sie Statut zu nennen; unter dessen Regie werde auch sonst jede Auffahrung und Durchörterung von Liegendschichten betrieben. Die aus dem Leunawerk verstanden den Mann nicht; *Liegendschichten*, waren die Desinteressierten gemeint? und Erörterung müsse es heißen. Rüttemann, aus der Haft in Erfurt entlassen, plädierte für Artikel, die *Mansfelder Artikel*. Das klang einigen wie: Produkte, Waren, und es sollte ja was Greifbares sein, Hergestelltes, was man in der Hand haben will. Mintzer hatte natürlich die *12 Artikel* bei sich, die die schwäbischen Bauern in Memmingen abgefaßt hatten. Wo vom Großzehnt, von den Diensten, vom Frevel die Rede sei, lese er mühelos Profit, Leiharbeit, Steuerhinterziehung. Er las einmal den 1. Artikel vor. »Jede Gemeinde soll das Recht haben, ihren Pfarrer zu wählen und ihn zu entsetzen, wenn er sich ungebührlich verhält.« Übersetze das, sagte er zu Martin, dessen glänzende Augen er sah. – Übersetze, Henning, lachte Schneider. – Der Betrieb... soll das Recht haben, seinen... Besitzer zu wählen, fantasierte der Junge. – Den Betreiber! rief Schneider. – Der Besitzer sind wir, sagte Rüttemann noch fantastischer. – Nichts gehört niemand. Allen alles, sagte Inge. – 10., zitierte Mintzer, haben etliche sich Wiesen und Äcker, die einer Gemeinde zugehören, angeeignet unbilligerweise. »Die werden wir wieder zu unsern gemeinen Händen nehmen.« – Martin blickte, hinter seinen Händen, zu der Frau, die keinem gehörte und allen. So einfach war das gesagt, und so einfach mußte es sein. Aber bei der Verhandlung war die alte Bescheidenheit im Weg. Es dachte jeder für sich. Und weil, wie sie aufsprangen und gestikulierten, sich ihre Schatten riesenhaft reckten, duckten sich die Vorlautesten wieder.

Die Brigadiere konnten sich, auch nach sechs Stunden, nicht einigen. 1. Erhalt der Arbeitsplätze. Es macht keinen Sinn, sagte Mintzer, für der-

NICHT DEN GEWI

SONDERN DE

N SINN.

NN MAXIMIEREN,

gleichen *Formeln* zu kämpfen, und Sanieren statt Planieren ist auch ein scheinheiliges Votum. Man müsse, wenn schon alles infrage steht bzw. zusammenfällt, grundsätzlich herangehen und nicht aus dem Hinterwald rufen. Eine solche Gelegenheit, einzuhalten, aufzuhören mit dem Unfug, böte sich sonst nachm Kriege; gehe es ohne Gewalt, dann menschbefohlen. Er wäre bereit, die Artikel zu schreiben und beim nächsten Treffen vorzulegen. Fürs erste mußte eine Losung aushelfen. Schurlamm summierte: *Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird; die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun.* So ich das sage, sagte Schurlamm, werde ich aufrührisch sein, wohl hin. Rüttemann faßte zusammen: Die Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes. Euch soll Gerechtigkeit werden. – Das wurde tags drauf in roter Farbe gedruckt und an den Rathäusern angeplackt. Jenem Rot, *das nun mal die Haupt- und Grundfarbe aller Geschichte ist.* – Als er aus dem Stollensystem herausgetappt war, fühlte Martin, wie ihm jemand übern Kopf strich, er wandte sich nicht um, er lief verwirrt, ein Häufchen Glück, davon.

NN MAXIMIEREN,

N SINN.

SONDERN DE

NICHT DEN GEWI

DIE MANSFELDER ARTIKEL

von den gleichen Rechten aller

1 | Die Arbeit ist gerecht zu verteilen, unter allen, die Anspruch haben.
2 | Die Belegschaft bestimmt, was und wofür produziert wird, nämlich was sinnvoll ist.
3 | Nicht den Gewinn maximieren, sondern den Sinn.
4 | Schädliche Arbeit und schädliche Produkte sind untersagt.
5 | Die Leiharbeit ist abgeschafft.
6 | Realeinkommen, für reale Personen. Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes.
7 | Herrliche Lehrstellen. Lehrjahre sind Herrenjahre.
8 | Grundeigentum bleibt Volkseigentum. Das eigene Leben muß angeeignet werden.
9 | Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit.
10 | Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Grundentscheidungen.
11 | Es bleibt beim Du zwischen Belegschaft und Management.
12 | Der Tod ist umsonst, d.h. der hinterbliebene Staat zahlt.

Mintzer fügte an: *Die Zukunft ist ein unbesetztes Gebiet. Sie ist offenzuhalten für Anmut und Mühe. Falls eine Forderung dem entgegensteht oder dem Grundgesetz widerspricht, wird auf [sie] es verzichtet.*

ARBEITER-SELBSTVERWALTUNG IN JUGOSLAWIEN

EINE AMBIVALENTE ERFAHRUNG

BORIS KANZLEITER

»Produzentendemokratie« und »Arbeiterselbstverwaltung« – diese Begriffe aus der Diskussion über eine alternative Wirtschaftsordnung sind untrennbar mit dem »jugoslawischen Experiment« verbunden. Seit der Abkehr der Kommunistischen Partei von Moskau 1948 stand Jugoslawiens »Dritter Weg« für den erfolgreichen Bruch eines sozialistischen Landes mit dem »Stalinismus«. Die Proklamation der »Arbeiterselbstverwaltung« bildete weltweit einen wichtigen Referenzpunkt für die Ideen einer demokratischen Linken jenseits der konservativen Sozialdemokratie im Westen und des bürokratisierten »Staatssozialismus« im Osten. In Jugoslawien selbst war das Selbstverwaltungssystem jedoch stets umkämpft.

Beim Bruch mit Moskau verfügten die jugoslawischen Kommunistinnen und Kommunisten zunächst über keine Alternative zum Sowjetsystem, das sie nach dem Zweiten Weltkrieg zu kopieren versucht hatten. Es gab allerdings die Erfahrung der lokalen »Volks-

räte«, welche im Krieg zur Unterstützung der Partisanenbewegungen als revolutionäre Verwaltungsorgane entstanden waren. Sie sollten in den Konzeptionen der jugoslawischen Parteitheoretiker zum Ausgangspunkt eines sozialistischen Modells werden, das in Anlehnung an Marx' Überlegungen zur Pariser Kommune sowohl im politischen System als auch in der Wirtschaft Formen der direkten Demokratie verwirklichte.

In einer ersten Phase der »Arbeiterselbstverwaltung« ab Beginn der 1950er Jahre wurden in großen Schlüsselbetrieben »Arbeiterräte« gebildet. Deren Kompetenzen waren aber noch beschränkt und zentralen Planungsmechanismen unterstellt. Mit dem Elan der Aufbauzeit wurden große Erfolge bei der Modernisierung, Industrialisierung und Urbanisierung erreicht. Trotz verheerender Kriegszerstörungen konnte die Infrastruktur schnell wieder das Vorkriegsniveau erreichen. Bildungs- und Gesundheitssysteme expandierten genauso wie der Wohnungsbau und der Aufbau industrieller Kerne. Die Gesellschaft stand allerdings unter relativ autoritärer Parteikontrolle. Dieses extensive und zentral gelenkte Wachstumsmodell hatte sich am Ende der 1950er Jahre erschöpft und konnte keine Antworten auf eine notwendige Diversifizierung der Produktion geben.

Innerhalb und außerhalb des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) entbrannten heftige Auseinandersetzungen um das wirtschaftliche Modell. Seit Beginn der 1960er Jahre profilierte sich zunehmend ein »liberaler Flügel« in der Partei, der von einer Reihe jüngerer Politikerinnen und Politiker getragen wurde und auch auf Titos Unterstützung zählen konnte. Auf dem VIII. Parteikongress im Dezember 1964 setzten die »Liberalen« ein groß angelegtes Reformprogramm durch, das auf die Einführung von Marktmechanismen setzte, um eine Effektivierung und Intensivierung der Produktion zu erzielen. »Selbstverwaltung« interpretierten die »Liberalen« als Ausbau der Entscheidungsbefugnisse der Unternehmen. Unter dem Stichwort der »Entstaatlichung« wurden zentralstaatliche Planungsmechanismen auf wenige Kernbereiche reduziert. In der neuen »sozialistischen Marktwirtschaft« sollten die unter Arbeiterselbstverwaltung stehenden Betriebe in verstärkte Marktbeziehungen zueinander treten. Durch fiskalische Maßnahmen sollte außerdem die Integration der jugoslawischen Ökonomie in den Weltmarkt intensiviert werden. »Föderalisierung« und »Dezentralisierung« sollten gleichzeitig die Kompetenzen der Republiken und Gemeinden stärken. Auch die Partei sollte föderalisiert werden.

Der Leitgedanke, den Betrieb in seiner Selbständigkeit zu stärken und zum Dreh- und Angelpunkt einer Wirtschaftsreform zu machen, wurde am Beginn der 1960er Jahre auch in anderen sozialistischen Ländern diskutiert. Ausgehend von Überlegungen des sowjetischen Ökonomen Jevsej Liberman wurde diese Vorstellung etwa durch das 1963 von Walter Ulbricht in der DDR initiierte »Neue Ökonomische System«, das wirtschaftliche Reformprogramm von Ota Šik im Prager Frühling oder den »Neuen Ökonomischen Mechanismus« in Ungarn aufgenommen.

In Jugoslawien opponierte zunächst ein »konservativer« Flügel der Partei unter dem

langjährigen Innenminister und Geheimdienstchef Aleksandar Ranković gegen die Reformanstrengungen der »Liberalen«. Die »Konservativen« lehnten vor allem die Stärkung der Republiken ab und wollten an einem zentralistischen Modell festhalten. Ranković, der seine Bastion in Serbien hielt, wurde im Juli 1966 gestürzt. In der Folgezeit kam es zu sozialen und politischen Krisenerscheinungen. Die wirtschaftspolitischen Hauptziele der Reform, eine Beschleunigung des Wachstums und die Rationalisierung der Produktion, wurden nicht erreicht. Stattdessen wuchsen soziale und regionale Ungleichheiten. Lohndifferenzen nahmen genauso zu wie die Arbeitslosigkeit. Die Kürzungen beim zwischen reichen und armen Regionen umverteilten nationalen Einkommen verstärkten die ohnehin ausgeprägten interregionalen Disparitäten. Im Gewand eskalierender Verteilungskonflikte zwischen den zunehmend um Ressourcen konkurrierenden Republikführungen brachen die überwunden geglaubten Differenzen in der »nationalen Frage« wieder auf. Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war der »Kroatische Frühling«, in dem die kroatische »liberale« Parteiführung 1970/71 eine nationalistische Massenmobilisierung in Gang setzte, um unter anderem die Devisen aus dem Tourismusgeschäft für sich zu beanspruchen.

In einem »Manifest der 3000 Wörter« warnten linke Studentenaktivisten bereits 1969 vor regressiven Tendenzen in Folge des Reformprogramms. Unter anderem beklagten sie wachsende »nationale Intoleranz«, »Republiks-Egoismus« und »regionalen Partikularismus«. Diese seien das Resultat des »gemeinsamen Wirkens von Bürokratismus und kleinbürgerlichem Neoliberalismus«. Das »einseitige Insistieren auf ein Marktchaos bei offenem Einsatz für das Prinzip des Überlebens der Stärkeren und des Ruins der Schwächeren« führe zum »Vordringen kleinbürgerlicher Auffassungen, Bedürfnisse und Bestrebungen in allen Bereichen und in allen Gesellschaftsschichten«. (Redaktion Praxis 1971, 442ff) Die Verfasser waren Teil einer linken Oppositionsströmung um die »Praxis-Gruppe« und die jugoslawische »Neue Linke«, die sich ebenfalls seit Beginn der 1960er Jahre zunehmend offen artikulierte. Sie stellte sich gegen die Marktreform der »Liberalen«, in der sie die Gefahr einer »Restauration des Kapitalismus« sah, aber auch gegen die zentralistischen »Konservativen«.

Den Höhepunkt der Mobilisierungen der »Neuen Linken« bildeten die Proteste im Juni 1968, als ausgehend von einer Universitätsbesetzung in Belgrad in allen Teilen Jugoslawiens Studierende demonstrierten. Die »Praxis-Gruppe« und die studentische »Neue Linke« setzten auf eine tiefgehende gesellschaftliche Demokratisierung. Unter dem Stichwort der »integralen Selbstverwaltung« wurde die Aufhebung der Parteikontrolle und die Entwicklung einer direkten Produzentendemokratie gefordert. Im Gegensatz zu den »Liberalen« zielten die Neuen Linken dabei nicht auf eine »sozialistische Marktwirtschaft« und mehr »Effektivität«, sondern in Anlehnung an den »jungen Marx« und zeitgenössische Autoren wie Herbert Marcuse auf eine Veränderung der Arbeitsweise und die »Überwindung der Entfremdung«. Svetozar Stojanović, Mitarbeiter der Zeitschrift *Praxis*, schrieb 1967: »Die sozialistische



UE, United Electronical Workers of America, Betriebsbesetzung 2008

Selbstverwaltung muss als ein *integriertes* gesellschaftliches System konzipiert sein«, das »*alle Teile* der Gesellschaft« umfasse und die Gesellschaft »*als Ganzes*« (Hervorhebung im Original) verwalte. Stojanović forderte die »Konstituierung vertikaler Assoziationen von Selbstverwaltungsgruppen, das Hervorwachsen der Vertretungsorgane von unten, die Unterstellung aller staatlichen Organe und des ganzen gesellschaftlichen Lebens unter Kontrolle der Vertretungsorgane, eine grundlegende Demokratisierung und Anpassung der politischen Organisationen (vor allem der kommunistischen) an ein solches System« (Stojanović 1967, 5f).

Die offene Auseinandersetzung zwischen »Liberalen«, »Konservativen« und »Neuen Linken« wurde in der ersten Hälfte der 1970er Jahre durch eine Repressionswelle beendet (vgl. dazu Kanzleiter 2011). In der Folgezeit wurde das System der Arbeiterselbstverwaltung in der Verfassung von 1974 als ein Hybrid konsolidiert, der in sich widersprüchlich blieb. Wie der Soziologe Laslo Sekelj bemerkte, zeigte sich in Jugoslawien eine »paradoxe Inkorporation« des leninistischen Konzeptes der »Avantgarde und hierarchisch organisierten Partei« in ein theoretisches »System der ›direkten Demokratie‹ und des ›antielitistischen Egalitarismus‹«, das auf der Grundlage rätekommunistischer Überlegungen ausgearbeitet worden war (Sekelj 1993, 88). Die Macht wurde nur nominell auf die Belegschaften übertragen, von einer Produzentendemokratie

konnte keine Rede sein. Wie Arbeitssoziologen feststellten, kontrollierten die an die Partei gebundenen politischen und wirtschaftlichen Eliten die Entscheidungsprozesse.[1] Die Belgrader Soziologin Nada Novaković (2007, 153ff) resümiert, die jugoslawische Arbeiterklasse sei aufgrund ihrer sozialen und politischen »Atomisierung« immer eine »Klasse an sich« geblieben und niemals zur »Klasse für sich« geworden. Deshalb habe sie kein »Klassenbewusstsein über ihre gemeinsamen Interessen« entwickeln können.[2]

Trotz dieser ernüchternd ausfallenden Bilanz des »jugoslawischen Experiments« waren aus heutiger Sicht die Erfahrungen im sozialistischen Jugoslawien keine durchweg negativen. Unter dem Motto der »Arbeiterselbstverwaltung« wurde zwar keine Produzentendemokratie entwickelt, aber immerhin eine relativ offene Gesellschaft. So konnten im sozialistischen Jugoslawien wichtige soziale Rechte durchgesetzt werden. Das Land und die Gesellschaft schafften den Sprung von einem peripheren Agrarland zu einer relativ modernen Industrienation. Diese Erfolge wurden in den Kriegen der 1990er Jahre weitgehend zerstört. Es ist daher kein Wunder, dass nach aktuellen Umfragen 81 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, dass sie im Sozialismus besser gelebt haben als heute.[3] In Arbeitskämpfen gegen die Privatisierung beziehen sich Arbeiterinnen und Arbeiter heute positiv auf die Selbstverwaltung. In der Industriestadt Zrenjanin in der Vojvodina (Serbien) beispielsweise haben Belegschaften mehrerer Betriebe die Organisation »Ravnopravnost« (Gleichheit) gegründet, die sich für ein Modell der Arbeiterselbstverwaltung einsetzt, das auf Belegschaftseigentum beruht. Um die ambivalenten historischen Erfahrungen des »jugoslawischen Experiments« für aktuelle Debatten nutzbar zu machen, bedarf es einer kritischen und differenzierten Auseinandersetzung. Leider steckt die empirische Forschung dazu aber noch in den Kinderschuhen.[4]

LITERATUR

Arzenšek, Vladimir, 1985: *Struktura i pokret*, Belgrad

Kanzleiter, Boris, 2011: *Die »Rote Universität«. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964–1975*, Hamburg

Mihailović, Srećko (Hg.) 2010: Kako građani Srbije vide tranziciju. Iztraživanje javnog *menja tranzicije*, Belgrad

Music, Goran, 2011: Yugoslavia: Worker Self-Management as state paradigm, in: Immanuel Ness, Dario Azzellini (Hg.), *Ours to Master and to Own. Workers' Control from the Commune to the Present,* Chicago

Novaković, Nada G., 2007: Propadanje radničke klase, Belgrad

Redaktion Praxis (Hg.), 1971: 3000 reči, in: dies., *jun-lipanj 1968, Dokumenti,* Zagreb, 442–47

Sekelj, Laslo, 1993: *Yugoslavia: The Process of Desintegration*, New York

Stojanović, Svetozar, 1967: Društveno samoupravljanje i socijalistička zajednica, in: Praxis 3, 5–6

1 Der Soziologe Vladimir Arzenšek (1985) fasst die Ergebnisse einer Langzeituntersuchung über die Mechanismen der Arbeiterselbstverwaltung so zusammen: »Staats- und politische [BdKJ, Anmerk. B.K.] Bürokratie besetzten die dominanten Positionen, während die partizipatorischen Strukturen (Selbstverwaltungsorgane und Delegiertensystem) untergeordnet blieben. Am machtlosesten waren Arbeiter und Bauern« (34).

2 Mit den Begriffen von der »Klasse an sich« und »Klasse für sich« rekurriert Novaković auf Marx, der in seiner Schrift »Elend der Philosophie« (1847) die soziale Herausbildung einer Klasse von der Entstehung eines Klassenbewusstseins trennt. Eine durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen »an sich« gegebene Klasse könne nur zur politisch »für sich« handelnden Klasse werden, wenn sie gemeinsam lerne, kämpfe und Erfahrungen sammle.

3 Dieses Umfrageergebnis bezieht sich auf Serbien, dürfte aber in den meisten anderen ehemaligen Republiken ähnlich ausfallen (vgl. Mihailović 2010).

4 Junge, linksorientierte WissenschaftlerInnen leisten erste Ansätze für eine historische Analyse. Siehe dazu Musić 2011.

UE, United Electronical Workers of America, Betriebsbesetzung 2008




SPORTS
BOUTS
DOOR

UMKÄMPFTES EIGENTUM IN DER DDR

JÖRG ROESLER

In der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) wurde bereits im zweiten Halbjahr 1945 die Transformation des Eigentums eingeleitet. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) konnte sich dabei prinzipiell auf den Konsens der Alliierten stützen. Im September 1945 begann die Bodenreform: Betriebe mit mehr als 100 Hektar Fläche wurden ohne Entschädigung enteignet. Die Bodenreform betraf ein Drittel der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche, der private Großgrundbesitz hörte auf zu existieren. Die Reform wurde von der SMAD und KPD-Führung gegen Bedenken innerhalb der Partei und der SPD betrieben, die sie für überstürzt hielten (vor der Ernte) und kritisierten, sie führe zu unökonomisch kleinen (5-Hektar-) Parzellen, ohne ein genossenschaftliches Konzept.

Die Transformation industriellen Eigentums begann im Oktober 1945 mit der Beschlagnahme von Konzernbetrieben und Nazi-Unternehmen. Mit Ausnahme einer

Reihe von Großbetrieben, die im Rahmen von Reparationsleistungen zeitweilig sowjetisches Eigentum wurden, überließ der SMAD den Besitz den Ländern der SBZ. Am 30. Juni 1946 stimmten im größten Industrieland der SBZ 82,4 Prozent der zur Stimmabgabe aufgerufenen Sachsen für die »Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes«. Der sächsischen Mehrheitsentscheidung folgten entsprechende Verordnungen in den vier anderen Ländern der SBZ. Auf Drängen von SMAD und SED – gegen CDU und LDPD – wurden die Enteignungskriterien weit ausgelegt: sämtliche Konzernbetriebe mitsamt Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen und allen Beteiligungen, ganze Zweige (Bergbau), auch ohne Rücksicht auf die politische Vergangenheit der privaten Eigentümer, wurden verstaatlicht. Nach Abschluss dieses Enteignungsprozesses entfiel im April 1948 je 39 Prozent der industriellen Bruttoproduktion auf Volkseigentum und Privatbetriebe, 22 Prozent auf Firmen sowjetischen Eigentums. Letztere wurden bis Ende 1953 schrittweise in VEB umgewandelt.

Für die Schaffung von Volkseigentum hatte es nach 1945 auch Initiativen von unten gegeben. In eindeutigen Fällen jagten Belegschaften die Nazi-Unternehmer bzw. deren Betriebsleiter davon. Erst ab 1950 wurde die gemeinsame Leitung der Unternehmen durch Betriebsrat, Betriebsgewerkschaftsleitung und Werkleiter von der »Einzelleitung« durch den »staatlichen Leiter« abgelöst.

Zwischen 1950 und 1955 sank der Anteil der überwiegend Konsumgüter produzierenden Privatbetriebe an der Industrie von 22,1 % auf 15,4 %, überwiegend im Ergebnis »kalter Enteignungen« nach der Feststellung von Steuervergehen, die drastisch geahndet wurden. Ab Mitte 1953 ließ die SED von diesem Kurs ab. Seit 1956 bzw. 1959 wurden die verbliebenen privaten Unternehmen mittels Steuervergünstigungen und Besitzstandsgarantien dahin gebracht, staatliche Beteiligungen (BSB) aufzunehmen. In den als Kommanditgesellschaften organisierten gemischtwirtschaftlichen Unternehmen behielt der Privatindustrielle die Initiative. 1959 entfiel bereits die Hälfte der »nichtsozialistischen« Industriebetriebe auf BSB, 1971 arbeiteten 12 Prozent der Industriebeschäftigten in BSB, nur noch 2,3 Prozent in reinen Privatunternehmen. Während der Zeit der Wirtschaftsreform (Ulbrichts »NÖS«, 1964-1971) wurden BSB und Privatbetriebe (PB) den VEB, mit denen sie in »Erzeugnisgruppen« gemeinsam produzierten, gleichgestellt. Honecker verstaatlichte 1972 die verbleibenden BSB und PB gegen Entschädigung, was mittelfristig die Reduzierung der Vielfalt des Konsumgüterangebots nach sich zog.

1952 beschloss die SED die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Genossenschaftsgründungen wurden vom Staat z.B. durch Entschuldung der Bauern beim Eintritt in die LPG, günstige Kredite und Zuschüsse für die Vergütung der Mitglieder wirtschaftsschwacher LPG materiell begünstigt. Daneben spielten stets, besonders beim Abschluss der »Vergenossenschaftlichung« auf dem Lande im Frühjahr 1960, Appelle ans »Bewusstsein« und Nötigung eine wesentliche Rolle. Erleichtert wurde den Bauern der Eintritt dadurch, dass sie – anders als im Falle der sowjetischen Kolchosen – ihr

Eigentum an Grund und Boden behielten, und sie konnten zwischen LPGs unterschiedlicher kollektiver Bewirtschaftung (Typ I – III) wählen.

In der NÖS konnten die LPG-Mitglieder sich auf der Grundlage »sozialistischer Marktbeziehungen« konsolidieren. Die gewählten Vorstände und Vertretungsorgane auf Republikebene – Bauernkongresse – mussten sich in den 1970er Jahren wiederholt gegen Einmischung aus dem Politbüro wehren, was viel Kraft und Geld kostete. In den 80er Jahren wurde dem Hineinregieren des Staates in die Unternehmen engere Grenzen gesetzt – anders als in der Industrie nach der umfassenden Kombinatsbildung 1980/81, wo der Wirtschaftssekretär des ZK zweimal jährlich die Entscheidungen vorgab. Genossenschaften entstanden ab 1953 auch im Handwerk. Doch noch in den 80er Jahren lag der Anteil des privaten Handwerks an den Handwerksleistungen bei etwa 60 Prozent.

Im Herbst 1989 gerieten die Eigentumsverhältnisse in der DDR in die Diskussion. Die Regierung Modrow und der Runde Tisch befürworteten im Februar 1990 Eigentumspluralismus: Gemeineigentum der volkseigenen Betriebe, Kombinate und Wirtschaftsverbände, genossenschaftliches und privates Eigentum. Letzteres sollte durch die Rücknahme des 1972er-Zwangsaufkaufs, durch »volle Gewerbefreiheit« sowie durch Gründung von Unternehmen mit Beteiligung ausländischer Investoren entstehen. Unter den Fittichen einer Treuhandanstalt sollten die in AGs und GmbHs umzuwandelnden VEB als wirtschaftsdemokratisch geführte Unternehmen ihren Platz in einer »sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft« finden.

Auf neue Eigentumsstrukturen hatten sich Regierung und Runder Tisch im März noch nicht geeinigt, vor allem sollte die Bevölkerung bzw. die betreffenden Belegschaften direkt Anteil am gesellschaftlichen Eigentum haben. Das griff die vielfachen wirtschaftsdemokratischen Aktivitäten in den VEB auf, deren Leiter sich häufig der Vertrauensabstimmung der Belegschaften stellen mussten.

Unter den vielen im Frühjahr 1990 diskutierten Vorschlägen zur Eigentumsumwandlung war das »Sömmerdaer Modell«. Betriebsleitung, Betriebsräten und Belegschaft des Thüringer Büromaschinenwerkes Sömmerda (BWS) haben es als Muster entwickelt: Es sah die Umwandlung des BWS in eine AG vor, deren Aktien zu 75 Prozent an die Belegschaft übergehen und zu 25 Prozent an Investoren verkauft werden sollten. Eine Klausel garantierte, dass eine Mehrheit der Arbeitnehmervertreter auch gesichert blieb, falls Belegschaftsmitglieder ihre Aktien weiter verkaufen würden.

Die Regierung de Maizière verbot Vertrauensabstimmungen und versprach eine rasche Privatisierung. Die Treuhandanstalt (THA), unter Modrow zum »Schutz des Volkseigentums« geschaffen, wurde in eine reine Privatisierungsbehörde verwandelt, die unter Aufsicht des Bundesfinanzministeriums gestellt wurde. Dessen Chef, Theo Waigel, lehnte jegliche »gemeinwirtschaftliche Beteiligungen« der Belegschaften ab und erteilte Vorstellungen von einer »gemischten Wirtschaft« in Ostdeutschland generell eine Absage. Der neoliberale Kurs, auf den die Bundesrepublik unter der Regierung Kohl 1982 eingeschwenkt war und der dort in den 80er Jahren zur Privatisierung der



© G. McKnenzie, flickr/pinktree, Ehemalige Spillers Millennium Mills, London

Bundesanteile an Staatsbetrieben (z.B. Salzgitter AG, Lufthansa) geführt hatte, war auch in den neuen Bundesländern Programm.

Die THA (1990-1994) setzte auf rasche Privatisierung der VEB, selbst unter Verzicht auf marktwirtschaftlich übliche Privatisierungsformen zur Ermittlung des optimalen Angebots wie z.B. durch öffentliche Ausschreibungen. Die Privatisierung von Filetstücken der Kombinate an ausgewählte bundesdeutsche Konzerne gleicher Branche öffnete »Konkurrenzdemontagen« und der Umwandlung der Ostbetriebe in »verlängerte Werkbänke« Tür und Tor. Eine im Treuhandgesetz vom Mai 1990 vorgesehenes Mitspracherecht von Belegschaftsvertretern bei der Privatisierung »ihrer« Unternehmen (über so genannte Branchen-AGs der THA) wurde durch die THA-Leitung unter Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen verhindert. Diese Form der Privatisierung trug trotz teilweise heftiger Belegschaftsproteste zur Zerschlagung der gewachsenen Arbeitsteilung in der Region und zur Deindustrialisierung wesentlich bei.

In der Landwirtschaft blieben 1990 die Ergebnisse der Bodenreform von 1945 durch sowjetischen Einspruch geschützt. Grund und Boden der Genossenschaften waren Privateigentum geblieben, sie gerieten nicht in die Mühlen der THA. Die Genossenschaftler konnten in eigener Regie die LPG in Agrargenossenschaften nach bundesdeutschem Recht umwandeln und häufig erfolgreich bewirtschaften.

GLASNOST, PERESTROIKA UND DAS EIGENTUM

PETRA BRANGSCH

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurden Eigentumsverhältnisse in der Sowjetunion heftig diskutiert und umgearbeitet: Wie konnte das Eigentum an Produktionsmitteln im Sozialismus wieder zu »Eigentum des Volkes« (*obščenarodnaja sobstvennost'*) werden? Es ging um Fragen von Moral, Politik und Ethik, die rechtliche Stellung wirtschaftender Subjekte, wie auch um wirtschaftswissenschaftliche Debatten. Die begriffliche Verschiebung – nicht vom sozialistischen bzw. gesellschaftlichen Eigentum, sondern vom Eigentum des Volkes zu sprechen – markierte einen Umschwung. Es sollte sich ein im Wortsinn ökonomisches, von Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein geprägtes Verhältnis zum Eigentum des Volkes entwickeln. Die Menschen sollten sich als *Chozjajn*, als »fürsorglicher Wirtschaftler« (wörtlich: Hausherr) verhalten (können).

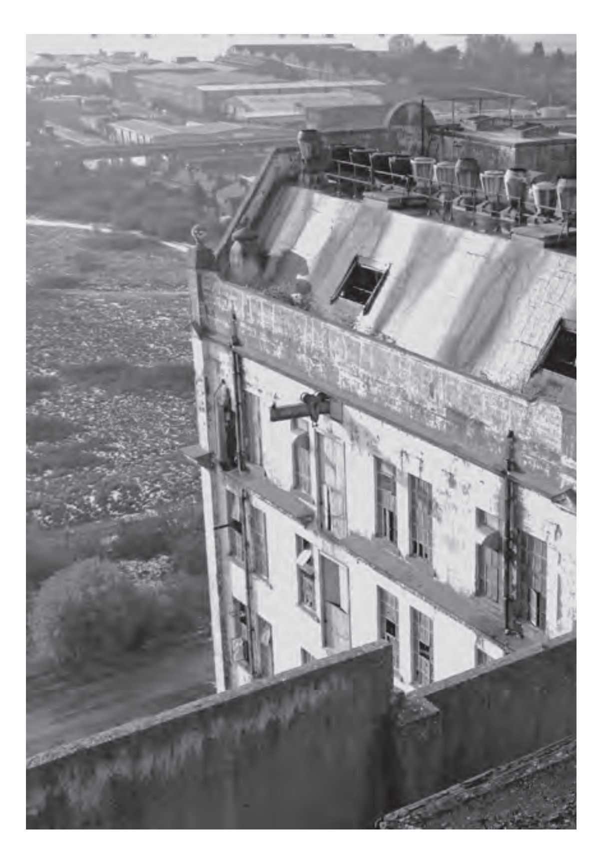
Die Überlegungen zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse warfen die Frage nach Stellung und Rechten der Unternehmen, der Unternehmensleitungen und der Beschäftigten

auf. Gorbačëv wollte den »Weg zur Erweiterung der Rechte der Betriebe, ihrer Selbständigkeit« beschreiten (Gotbatschow 1986, 16). Dies schloss aus damaliger Sicht die Vervollkommnung des Planungssystems notwendig ein.

Der Umbau sollte alle Ebenen erfassen: Hervorgehoben wurde die Einheit der Veränderung der Leitung »oben« mit der Entwicklung kollektiver Formen der Organisation (im Sinne von Selbstverwaltung) und der Stimulierung (Bezahlung) der Arbeit »unten«. Mit den Wirtschaftsreformen der folgenden Jahre sollten die Beschäftigten in ihren Kollektiven selbstständig entscheiden können, gleichzeitig sollten sich Wirtschaft und Gesellschaft weiter als »harmonisches Ganzes«, unter Bewahrung und Ausbau sozialer Errungenschaften, entwickeln.

Eine Reihe von neuen Gesetzen festigte die rechtliche Stellung der Betriebe und der Belegschaften (1987). Hinzu kamen Gesetze, die Genossenschaften neuen Typs (Mai 1988) und individuelle unternehmerische Tätigkeiten (1987) sowie die Verpachtung von Land und Unternehmen ermöglichten (November 1989). Es wurde zugelassen, dass ausländisches Kapital durch die Schaffung gemeinsamer Unternehmen einbezogen werden konnte.

In der 1987 beginnenden Umsetzung verbanden sich die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung (*Uskorenie*) und der Umbau der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen (Perestrojka). Ökonomische, politische, soziale, kulturelle Probleme und Widersprüche sollten gleichzeitig von verschiedenen Seiten angegangen werden. Zentral war die »Entstaatlichung« (*razgosudarstvlenie*) des Eigentums. Die Selbstständigkeit der Unternehmen und die Stellung der Beschäftigten sollten



© G. McKnenzie, flickr/pinktree, Ehemalige Spillers Millennium Mills, London

gestärkt werden: Sie sollten die Möglichkeit haben, sich das betriebliche und gesellschaftliche Eigentum anzueignen – über die beschleunigte sozialökonomische Entwicklung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen.

Das Gesetz zu Arbeitskollektiven wurde bereits 1983 erlassen, konnte aber erst unter diesen Bedingungen tatsächlich wirksam werden. Die Arbeitskollektive »erhielten das Recht, unmittelbar an der Leitung der Produktion teilzunehmen: Sie konnten den Rat des Betriebes wählen, aber auch die Führungskräfte (Direktoren), die Leiter der Betriebsteile und die Brigadiere (Belousov 2006, 140).[1] Der Rat des Betriebes sollte die zentrale Schaltstelle zur Realisierung der unmittelbaren Teilnahme der Beschäftigten an der Leitung sein. Er wurde auf

einer Vollversammlung oder Delegiertenkonferenz des jeweiligen Unternehmens gewählt und war in alle wesentlichen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Er spielte eine entscheidende Rolle bei der Wahl bzw. Auswahl der Führungskräfte und Spezialisten.

Am häufigsten übernommen wurde das »Brigadevertragssystem«, die Einrichtung von Genossenschaften und von privaten Kleinst-Unternehmungen. Das spiegelte sich in vielen Artikeln in Tageszeitungen und wissenschaftlichen Publikationen wider (vgl. Chozrasčët i rynok 1990, 127ff). Damit veränderte sich die Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen. In der Form des Brigadevertragssystems wurden zwischen dem Betrieb und einzelnen Arbeitskollektiven Verträge über die zu erbringenden Leistungen und die Vergütung abgeschlossen. Die Organisation der Arbeit und z.T. auch die Verteilung der Zahlung war weitgehend dem Kollektiv überlassen. Darauf baute (ab 1988, endgültig kodifiziert im November 1989) der »Pachtvertrag« *(arendny podrjad)* auf. Die Arbeitskollektive wurden zu Unternehmen innerhalb der Betriebe. In einem Reader der Pravda im Jahr 1988 wird diese Form als Ende der Gleichmacherei, als Ende aller Probleme mit Löhnen, Normen und Plänen beschrieben. Die Arbeitskollektive brauchten nun nur einen langfristigen Vertrag, ein Verrechnungskonto und ein Scheckbuch.[2] In der Landwirtschaft hatte das Pachtsystem zunächst auf regionaler Ebene Erfolge. Volkswirtschaftlich betrachtet leitete es eine Welle der Desintegration ein. Es war ein Faktor, der die Schocktherapie der 1990er Jahre vorbereitete und in der ersten Zeit legitimierte. Mit der Verbreitung des Brigadevertragssystems und der Pacht beginnt das Sprechen von »überflüssigen Leuten« *(lišnye ljudi)*, die das Arbeitskollektiv für die Erfüllung der Leistungen nicht braucht. Die soziale Funktion der Unternehmen als Form der Realisierung sozialistischer Eigentumsverhältnisse schwindet. Soziale Sicherheit verliert gegenüber ökonomischer Effizienz an Gewicht. Im Oktober 1988 wurde in einem Beschluss des Ministerrates die Möglichkeit geschaffen, Aktien für Unternehmen an die Beschäftigten und an andere Betriebe auszugeben. Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die in der Privatisierung der sowjetischen bzw. der Wirtschaft der entstehenden selbstständigen Staaten Anfang der 90er Jahre auslief. Mit den Gesetzen über das Eigentum (1990) und über die »unternehmerische Tätigkeit« (1991) wurde die Wende vollendet. Allerdings hatten diese Gesetze in der Union kaum noch praktische Bedeutung, da der politische Zerfall der UdSSR rapide voranschritt. Die Folgen sind bekannt.

Der Sozialismus sollte mit den Reformen von 1985–1989 eine neue Grundlage erhalten. Das scheiterte, weil eine Entwicklung in Richtung auf »Schocktherapie« und einen rohen, mitunter kriminellen Kapitalismus »von oben« eingeleitet wurde. Trotz der politischen Reformen (*glasnost'* und *perestroika*) waren die Massen von diesen Entscheidungen ausgeschlossen.

LITERATUR

Belousov, R., 2006: *Ekonomičeskaja istorija Rossii:* XX. vek. Kniga 5, Mockva

Gorbatschow, Michael, 1986: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin

1 Dt. in: *Über die grundlegende Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft in der UdSSR. Gesetze und Beschlüsse*, Berlin 1987. Brigadiere waren LeiterInnen von Teams, Arbeitsgruppen auf der untersten Ebene der Arbeitsorganisation.

2 Arenda – Archimedov ryčag, Moskva 1988, 4f





© G. McKnenzie,
flickr/pinktree,
Ehemalige Spillers
Millennium Mills,
London

LOHNEMPFÄNGERFONDS

DIE GESCHEITERTE DEMOKRATIEREFORM

HENNING SÜSSNER RUBIN

Wirtschaftsdemokratie war lange ein integraler Teil des Programms der schwedischen (wie der internationalen) Arbeiterbewegung. Als Schweden im Jahr 1920 die erste sozialdemokratische Regierung bekam, war die Ernennung zweier Kommissionen eine der ersten Maßnahmen der Regierung Hjalmar Branting: Die eine sollte Probleme der »industriellen Demokratie« untersuchen, die andere Vorschläge zur Sozialisierung von öffentlichem und privatem Eigentum liefern.

Während die Arbeit der Sozialisierungskommission mehr oder weniger im Sande verlief, mündete die Arbeit der Demokratiekommission in eine der großen politischen Streitfragen der 1920er Jahre, nämlich der sozialdemokratischen Forderung nach Betriebsausschüssen (*driftsnämnder*).

Nachdem das allgemeine und freie Wahlrecht erkämpft war, sollte auch an den Arbeitsplätzen Demokratie geschaffen werden (SOU 1923, 29–30). Laut Vorschlag der Kommission sollte die Demokratie am Arbeitsplatz durch

Mitbestimmungsausschüsse in Betrieben mit mehr als 25 Beschäftigten verwirklicht werden. Vergleichbar mit den deutschen Betriebsräten, sollten diese aber von den Mitgliedern der Gewerkschaften im Betrieb ernannt und gewählt werden.

Der konkrete Vorschlag war bescheiden. Er lief darauf hinaus, ein gewisses Maß der *Mit*bestimmung möglich zu machen. Dies war eine Verwässerung des ursprünglichen Auftrags, nämlich Wege zu finden zu einer »Neugestaltung des Verhältnisses […] zwischen den Besitzern der Produktionsmittel, den technischen Leitern der Produktion und den in unterschiedlichen Stellungen an der Produktion Beteiligten, wobei den letztgenannten ein sicherer Einfluss über Verwaltung und allgemeine Entwicklung der betroffenen Betriebe« gesichert werden sollte (22). Im Schlusswort gab die Kommission offen zu, dass man »aufgrund der herrschenden politischen Verhältnisse« nicht der Auffassung war, mehr als »gewisse vorbereitende Maßnahmen« vorschlagen zu können (212).

Die Betriebsausschüsse, die daraufhin von den Sozialdemokraten im Reichstag vorgeschlagen wurden, waren letztlich Organe ohne Einfluss auf die Machtverhältnisse in den Betrieben. Der Vorschlag, von den Gewerkschaften ungeliebt, wurde von der bürgerlichen Mehrheit im schwedischen Reichstag vehement abgelehnt. Von kommunistischer Seite lehnte man die »industrielle Demokratie« der Sozialdemokraten ohnehin als reformistischen Klassenverrat ab.

Lange sollte dies der letzte Versuch der schwedischen Sozialdemokratie sein, auf Grundlage von Gesetzen und Verordnungen den Einfluss von Belegschaften auf die Produktion zu »sichern«.

Der »dritte Weg« Schwedens begnügte sich in den Jahrzehnten zwischen 1932 und 1976 damit, über soziale Reformen und steuerliche Umverteilung den Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit zu erhöhen. Ein wichtiges Element dieses »schwedischen Modells« war dabei der »historische Kompromiss« des Jahres 1938, der den Unternehmern die »Organisation und Führung der Arbeit« im Austausch gegen zentrale Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften und Arbeitsfrieden garantierte.

Die starke Stellung der großen schwedischen Kapitaleigentümer wurde nie herausgefordert. In den 1960er Jahren wuchs die Unzufriedenheit, vor allem über die zu langsam steigenden Reallöhne der Industriearbeiter. Die gesellschaftliche Debatte radikalisierte sich. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts kam es zu einer Woge von wilden Streiks.

Unter dem Einfluss der neuen Linken wurden gleichzeitig Rufe nach sozialen Reformen lauter. Die Gewerkschaftsspitzen und in der Verlängerung die regierende sozialdemokratische Partei (SAP) waren gezwungen, Fragen wie Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie wieder aufzugreifen (Stråth 1998; Göran 2005).

Die arbeitsrechtliche Offensive der SAP mündete in ein Gesetzespaket, das zum ersten Mal die individuellen Rechte der Arbeiter am Arbeitsplatz regelte und die Stellung der Gewerkschaften auf Betriebsebene stärkte. Aus den Reihen der Gewerkschaften kam darüber hinaus die Forderung, die Eigentumskonzentration in der Industrie zu brechen. Im Jahr 1971 erhielten die Ökonomen Rudolf

Meidner, Anna Hedborg und Gunnar Fond vom Kongress des Verbandes der Industriegewerkschaften, LO, den Auftrag, Methoden zu erarbeiten, die den Belegschaften einen höheren Anteil an den Kapitalgewinnen sichern sollten. 1975 lag dieser Vorschlag vor, der eine »gerechtere Vermögensverteilung« und »mehr wirtschaftliche Macht für Lohnempfänger« bringen sollte (Meidner u.a. 1975, 84). Meidner und Kollegen schlugen vor, »Lohnempfängerfonds« (*löntagarfonder*) einzurichten. Bis zu 20 Prozent der Gewinne von Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten sollten an von den Gewerkschaften kontrollierte Fonds abgeführt werden. Diese sollten das Kapital in Aktien investieren und es für die Verbesserung von Arbeitsverhältnissen in den Betrieben aktiv nutzen.

Ein individualisiertes System der Gewinnbeteiligung würde nichts an den wirtschaftlichen Machtverhältnissen ändern. Doch »die Lohnempfängerfonds werden auf lange Sicht mehr als die Hälfte der Aktien der größeren schwedischen Unternehmen besitzen«,[1] so die Annahme, denn nur »über die Umverteilung des Eigentums an den Produktionsmitteln« könne wirtschaftliche Demokratie erlangt werden (107).

Dass Gewinne nicht an die Belegschaften verteilt oder in Unternehmensfonds überführt, sondern an zentrale Fondsverwaltungen gehen sollten, sollte auch verhindern, dass die Belegschaften von weniger profitablen Betrieben benachteiligt werden.

Rudolf Meidner beschrieb das Ziel seines Vorschlags: »Wir wollen die Kapitaleigner ihrer Macht berauben, die sie eben kraft ihres Eigentums ausüben. Alle Erfahrungen zeigen, dass Mitbestimmung und Kontrolle nicht ausreichen. Eigentum spielt eine entscheidende Rolle. Ich bin fest davon überzeugt, dass Funktionssozialismus allein nicht ausreicht, eine durchgreifende Gesellschaftsveränderung zu erreichen.«

DIE REVOLUTION BLEIBT AUS

Das bürgerliche Leitorgan *Dagens Nyheter* (28.8.1975) fragte daraufhin, ob Rudolf Meidner wohl »Schwedens gefährlichster Mann« sei. Große Schlagzeilen warnten vor einer »Revolution in Schweden«.

Doch zu dieser Revolution kam es nicht. Im Herbst 1976 verlor die SAP zum ersten Mal seit 1932 die Regierungsmacht. Eine der großen Fragen des Wahlkampfes waren die Lohnempfängerfonds. Ausschlaggebend für den Wahlverlust war nicht zuletzt die schlechte Konjunkturlage Schwedens im Zuge der Ölkrise. Aus den Reihen des rechten Flügels der Partei wuchs die Kritik an der wirtschaftsdemokratischen Offensive. Sie beschuldigte die Gewerkschaften einer Klientelpolitik, die die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen ignoriere.

Um einen Kompromiss zwischen der damals noch sozialliberalen Volkspartei und SAP im Reichstag möglich zu machen, wurde eine gemeinsame Kommission von SAP und LO gebildet. Deren Vorschlag hatte 1978 jedoch nicht den erwünschten Effekt, die Fronten zwischen Gewerkschaftsverbund LO und Arbeitgeberverband SAF verhärteten sich. Gegen den Willen des Vorsitzenden der SAP, Olof Palme, wurden die Lohnempfängerfonds im Jahr 1979 erneut zum Wahlthema.

Nach der erneuten Wahlniederlage 1979 versuchte die Parteiführung die Frage von



© Angela Radulescu, Frauen Kooperative TRAMA

der politischen Tagesordnung zu nehmen. Im Zeichen der wirtschaftlichen Krise des Landes lancierte man ein sozialdemokratisches »Krisenprogramm«, das einen Schlusspunkt hinter die bisherige Expansion des öffentlichen Sektors setzten sollte. Für Lohnempfängerfonds gab es keinen Platz im Programmvorschlag der »Krisengruppe« um den Finanzpolitiker Kjell-Olof Feldt (Åsard 1985).

Der Parteitag 1981 forderte, auch auf Druck des gewerkschaftlichen Flügels, erneut Lohnempfängerfonds. Nach dem Wahlsieg im gleichen Jahr, der der SAP 45,9 Prozent der Stimmen brachte, sorgte die Gruppe um Feldt jedoch dafür, dass 1983 nur ein verwässerter Fondsvorschlag in den Reichstag gelangte. Der Vorschlag wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Opposition verabschiedet. Die kommunistischen Abgeordneten machten die Lohnempfängerfonds durch ihre Enthaltung möglich.

1984 begann die Überführung von Mitteln an fünf Lohnempfängerfonds. Die Finanzierung erfolgte durch eine Erhöhung der Lohnnebenkosten und durch eine neue Steuerabgabe auf Unternehmensgewinne. Das Fondskapital wurde in Aktienkapital umgewandelt. Die Fondsverwaltungen wurden paritätisch von der Regierung eingesetzt.

Bis 1992 akkumulierten die Lohnempfängerfonds insgesamt ca. 17 Milliarden Kronen und gehörten damit bald zu den größten Aktienbesitzern Schwedens. Entgegen dem

ursprünglichen Vorschlag erlangten die Lohnempfängerfonds jedoch nie direkten Einfluss auf die Industrieunternehmen. Das Ziel, die Eigentumsverhältnisse in der Industrie mittelfristig zu Gunsten der Arbeiter zu verändern und auf diesem Weg das Arbeitsleben zu demokratisieren, wurde verfehlt. Und der Wahlsieg der bürgerlichen Parteien im Jahr 1991 brachte das Ende für die zuletzt von allen Seiten ungeliebten Fonds. 1992 wurde das gesammelte Kapital in die staatlichen Rentenfonds überführt.

DIE LINKE UND DIE LOHNEMPFÄNGERFONDS

Sjöberg (2005, 204) bezeichnet den Streit um die Lohnempfängerfonds als einen »hegemonialen Wendepunkt« in Schweden: »Der bürgerliche Block gewann den Kampf« und hat »seitdem die Arbeiterbewegung Schritt für Schritt in die Defensive gezwängt«.

Sjöberg und andere versuchten zu Beginn des letzten Jahrzehnts, das ursprüngliche Modell der Lohnempfängerfonds zu rehabilitieren. Da die dominierende SAP sich ausdrücklich nicht mehr mit Wirtschaftsdemokratie beschäftigt, füllte die schwedische Linkspartei (*Vänsterpartiet*) das Vakuum und formulierte in den Jahren 1999–2002 eine Strategie zu »Macht- und Eigentumsfragen«. Man sprach u.a. von einem notwendigen »zweiten Demokratiekampf« – nach der politischen sollte die wirtschaftliche Demokratie erkämpft werden. Auf das Modell der Meidnerschen Lohnempfängerfonds wurde sich dabei positiv bezogen.

Die innerparteiliche Kritik ließ jedoch nicht lange auf sich warten, das Modell der gewerkschaftskontrollierten kollektiven Kapitalbildung sei »tot«. Als ein modernes Beispiel wurden die gewerkschaftlichen Rentenfonds in Ländern wie Kanada angeführt, die ähnlich wie die historischen Lohnempfängerfonds zu den Großeigentümern der Börse gehörten, jedoch kaum Einfluss auf dem Kapitalmarkt hätten. Die Linke solle sich eher an konkreten Modellen von sozialer Ökonomie und kooperativen Betrieben orientieren. Die Diskussion zur »neuen Offensive in Macht- und Eigentumsfragen« wurde wieder einmal von einem Wahlkampfergebnis entschieden. In der Wahl 2002 erlitt Vänsterpartiet eine empfindliche Niederlage. Sie konnte eine Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Minderheitenregierung Göran Perssons einleiten. Eine der realpolitischen Konsequenzen daraus war die rasche Verdrängung der Macht- und Eigentumsfrage von der politischen Tagesordnung der Partei.

Nach weiteren Wahlniederlagen sieht es nicht so aus, als ob die Frage der Wirtschaftsdemokratie in der überschaubaren Zukunft wieder ein Thema für die schwedische Linkspartei oder die schwedischen Gewerkschaften werden könnte.

LITERATUR

Åsard, Erik, 1985: *Kampen om löntagarfonderna. Fondutredningen från samtal till sammanbrott*, Stockholm

Hägg, Göran, 2005: *Välfärdsåren. Sveriges historia 1945–1986*, Stockholm

Meidner, Rudolf, Anna Hedborg u. Gunnar Fond 1975: *Löntagarfonder*, Stockholm

SOU, 1923: *Den industriella demokratiens problem 1–2*, Stockholm

Stråth, Bo, 1998: *Mellan två fonder. LO och den svenska modellen*, Stockholm

1 Laut den Berechnungen von Meidner und Co. hätten die Fonds bei Unternehmensgewinnen zwischen 10 und 20 Prozent nach 20 bis 35 Jahren so die Aktienmehrheit in den größten Unternehmen erreicht.



ARBEITERKONTROLLE IN VENEZUELA

DARIO AZZELLINI

Als Hugo Chávez 1999 sein Amt als Staatspräsident Venezuelas antrat, steckte das Land in einer tiefen Krise. Kapitalflucht und eine fortwährende Deindustrialisierung seit Anfang der 1980er Jahre führten dazu, tausende Fabriken mussten schließen. Entsprechend erwartete, wer für Chávez gestimmt hatte, vor allem Wege aus der ökonomischen Misere. Mit diesem Mandat leitete die neue Regierung eine Reihe von ökonomischen und gesellschaftlichen Reformen ein, die durch soziale Bewegungen »von unten« unterstützt wurden.

2005 beschloss die Regierung eine sozialistische Leitlinie, die eine Enteignung von Schlüsselindustrien und von unproduktiven Fabriken einleitete. Gleichzeitig sollten Unternehmen in kollektivem oder staatlichem Besitz gestärkt und ihre Zahl vergrößert werden. Die Regierung will eine demokratisch regulierte Wirtschaftsordnung jenseits der kapitalistischen Logik schaffen, die auf einer popularen, sozialen und kommunalen Ökonomie beruht. Dieser Ansatz leitet sich aus

der Theorie einer Entwicklung ab, die eine nachhaltige, auf eigenen Ressourcen aufbauende Wirtschaftsentwicklung, eine kollektive Verwaltung der Produktionsmittel und eine aktivere Rolle des Staates propagiert (Lebowitz 2006, 99).

Bis 2004 hatte der Staat vorrangig die Gründung kleiner Kooperativen gefördert; die Maßnahmen wurden nur wenig koordiniert. Dann wurde der Aufbau einer alternativen Wirtschaftsordnung mit der Gründung des Ministeriums für populare Ökonomie, kurz Minep,[1] auf eine systematische Grundlage gestellt (Díaz 2006, 163f). Das Minep konzentrierte sich auf die Entwicklung einer in den lokalen Gemeinschaften verwurzelten Ökonomie. Die Idee einer kommunalen Produktion mit kommunalen Verbrauchszyklen stützt sich auf Istvan Mészáros und sein Konzept eines Übergangs zum Sozialismus (Mészáros 1995, 759ff). Seitdem hat die Regierung verschiedene Formen kollektiver, misch- und selbstverwalteter Unternehmensmodelle eingeführt, gefördert und weiterentwickelt.

MITVERWALTUNG, SELBSTVERWALTUNG UND ARBEITERKONTROLLE

Cogestión (Mitverwaltung) bedeutet vereinfacht, dass die Arbeiter am Management ihres Betriebes teilhaben. Das wurde erstmals von der Belegschaft der staatseigenen Stromversorger CADELA und CADAFE während des Unternehmerstreiks 2002/03 erprobt. In den Folgejahren wurde die Mitverwaltung vor allem in Unternehmen gefördert, die ganz oder teilweise dem Staat gehörten. Da keine gesetzliche Grundlage für die Mitverwaltung existiert, haben sich verschiedene Modelle entwickelt. Die Mitverwaltung wird bisher blockiert in Staatsunternehmen mit »strategischer Bedeutung« wie der nationalen Ölfirma PdVSA sowie in Privatunternehmen. Die Befürworter sehen in der strategischen Bedeutung eher ein Argument *für* die Mitverwaltung: Immerhin wurde PdVSA während des Unternehmerstreiks von den Managern verlassen und die Belegschaft sorgte dafür, dass der Betrieb wieder aufgenommen wurde.

Das Regierungsprogramm »Fábrica Adentro« versprach ab 2005 Privatunternehmen den Zugang zu günstigen Krediten und staatlichen Förderungen, wenn sie sich mit ihren Beschäftigten auf eine Form der Mitverwaltung einigen, die diese an der Verwaltung, Leitung und den Gewinnen des Unternehmens beteiligt. Mehr als 1000 kleine und mittelständische Unternehmen haben seither an dem Programm teilgenommen. Fast immer wählten sie jedoch ein Modell der Minderheitsbeteiligung am Besitz und damit den Gewinnen der Firma. Echte Partizipation an Management-Entscheidungen konnte sich dagegen nicht durchsetzen.

DIE STAATLICHE ALUMINIUMHÜTTE ALCASA

Als Testfeld für die Mitverwaltung wählte die Regierung Venezuelas zweitgrößte Aluminiumhütte Alcasa in Ciudad Guayana im Bundesstaat Bolívar. Das Unternehmen ist Teil des staatlichen Basisindustrie-Konglomerats CVG (Corporación Venezolana de Guayana), das dem Ministerium für Basisindustrien und Minen (Mibam) untersteht. Mitte Februar 2005 wurde der Ex-Guerillero und marxistische Soziologe Carlos Lanz von Chávez als Direktor für Alcasa vorge-

schlagen und von der Teilhaberversammlung gewählt.

Rund zwei Wochen nach seinem Amtsantritt ersetzte er sämtliche Abteilungsleiter durch je drei Arbeiter, die von einer Abteilungsversammlung gewählt wurden. Sie sollten gemeinsam die Leitung übernehmen und dafür den gleichen Lohn wie alle anderen Arbeiter bekommen. Als höchstes Entscheidungsgremium wurde eine Betriebsversammlung ins Leben gerufen, gefolgt von den Runden Tischen der Abteilungssprecher[2] und den Abteilungsleitungen. Sämtliche Delegierte wurden in Versammlungen gewählt und konnten abgewählt werden. So wurde an der Basis kollektiv über Arbeitsorganisation und Investitionen entschieden, auch wenn Management und Verwaltung im Wesentlichen unverändert blieben.

Die Arbeiter organisierten Bildungsprogramme und politische Schulungen, für die sie das Ausbildungszentrum Negro Primero einrichteten. Alcasa wandelte sich in ein EPS um und gründete Genossenschaften, die das produzierte Aluminium weiterverarbeiteten. Die Reformen sollten das Werk nicht nur demokratisieren, sondern auch wieder profitabel machen. 17 Jahre lang hatte Alcasa stets Verluste geschrieben, nachdem es aus der Vorbereitung auf eine Privatisierung ineffizient und hoch verschuldet hervorgegangen war.

Mithilfe der demokratisierten Leitungsstruktur konnte Alcasa die Produktion um elf Prozent steigern (Bruce 2005). In den Jahren 2005 und 2006 zahlte das Unternehmen alle über Jahre bei ehemaligen und aktuellen Arbeitern aufgelaufenen Lohn- und Rentenforderungen aus. Im Juli 2006 stellte sich Lanz als Direktor in der Fabrik zur Wahl und bekam 1800 von 1920 Stimmen.

Ende 2006 unterzeichnete Alcasa mit Gewerkschaftsvertretern des Werks eine Vereinbarung, wonach das Unternehmen eine Rätestruktur erhalten sollte (Prensa Alcasa 2007). Eine neue Genossenschafts-Abteilung förderte und begleitete einen Organisierungsprozess innerhalb des Betriebes: Zwölf große Kooperativen wurden gegründet. Deren Angehörige erhielten Zugang zu den gleichen Leistungen wie die Festangestellten – Kantine, Transport und Freizeitangebote eingeschlossen. Alle Alcasa-Abteilungen verpflichteten sich, Kooperativen den Vorzug gegenüber Privatunternehmen zu geben, womit diese nicht mehr gezwungen waren, auf dem offenen Markt um die Verträge zu konkurrieren. Sowohl die Beschäftigten der Kooperativen als auch Vertragsarbeiter von Subunternehmen sollten in Festanstellung übernommen werden. Doch all dies war im Wesentlichen auf den Einsatz der Abteilung für Genossenschaften zurückzuführen. Die Verwaltung sozio-politisch zu schulen, wurde dagegen vernachlässigt – mit drastischen Konsequenzen.

NIEDERLAGE DER MITVERWALTUNG

Im Mai 2007 verließ Lanz Alcasa. Der Aufbau der Mitverwaltung brach daraufhin zusammen, da sein Nachfolger kein Interesse daran hatte und keine verbindlichen Statuten fixiert worden waren: Ursprünglich sollte der Prozess dadurch so offen wie möglich gehalten werden, jetzt führte es dazu, dass die kollektiven Entscheidungen nicht als verbindlich angesehen wurden. Die Partizipation ging rapide zurück, die Räte traten erst gar nicht zusammen. Die

Produktivität von Alcasa fiel drastisch und das Werk schrieb erneut hohe Verluste.

Eine zentrale Ursache lag in den Interessen, die auf dem Spiel standen. Alcasa gehört zu den wichtigsten Basisindustrien der Region. Der Mutterbetrieb CVG ist durchzogen von klientelistischen Netzwerken aus internationalem und nationalem Kapital, lokaler und regionaler politischer Macht. Weder Politiker noch das Management und die Betriebsgewerkschaft wollten die Beteiligung der Arbeiter an der Mitverwaltung fördern, und die fehlenden Statuten machten es ihnen leicht.

Die in der Mitverwaltung engagierten Arbeiter kritisierten, dass weder im Management noch in der Verwaltung das Personal ausgetauscht wurde. Nach Lanz' Präsidentschaft kehrten viele zu den korrupten Praktiken zurück. Die Stammbelegschaft stieg von 2700 auf 3300, doch nur 60 der neu Eingestellten stammten wie vorgesehen aus Kooperativen. Die Mehrheit von ihnen waren Verwandte, Freunde oder Geschäftspartner derjenigen, die den alten Netzwerken angehörten. Kostbare Aluminiumreste aus der Produktion wurden wieder tonnenweise unter der Hand verkauft, und das Unternehmen brachte wie früher Aluminium unter dem Weltmarktpreis auf den Markt, um schnelle Einnahmen zu machen. Trotzdem war das Experiment »Mitverwaltung« nicht vergeblich: »Die Arbeitstische haben nicht funktioniert und das Dickicht der Bürokratie hat die Mitverwaltung gelähmt. [Doch] die Arbeiter haben gelernt, dass sie selbst den gesamten Produktionsprozess verwalten und kontrollieren können. Eine wichtige Lehre! Und uns ist immer gesagt worden, dazu seien wir nicht in der Lage.« (León 2009)

Der Kampf ging weiter. Einige Aktive führten das Bildungszentrum weiter, richteten ein »Kollektiv für Arbeiterkontrolle« ein und machten es zu einer wichtigen Kraft. Sie beteiligten sich an regionalen Basisorganisationen, unterstützten die Arbeiter des Stahlwerkes Sidor in ihrem Kampf für eine Verstaatlichung des Betriebes und boten Beratung zu Arbeiterräten und Mitverwaltung an.

Dass die Basisindustrien in Venezuela modernisiert werden mussten, lag auf der Hand. Sie zu einem effizienten und transparenten Netzwerk von arbeiterkontrollierten Betrieben zu machen, galt dafür als beste Option. Im Mai 2009 nahm Staatspräsident Chávez an einem Wochenendseminar mit mehr als 300 Arbeitern aus den Eisen-, Stahl- und Aluminiumhütten des CVG-Konzerns teil. Auch Arbeiter von Alcasa waren dort vertreten. Sie diskutierten mögliche Lösungen für die jeweiligen Probleme der Teilbetriebe und stellten neun strategische Richtlinien für die Restrukturierung und Umwandlung der CVG auf. Die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion stand oben auf der Liste.

Damit war der sozialistische Plan »Guayana 2019« geboren, den Chávez im August 2009 genehmigte. Die Entscheidung über die Gründung von Arbeiterräten war den Belegschaften überlassen, denn die Erfahrung hatte ihnen gezeigt, dass Räte, die nicht auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeiter gebildet werden, keine Aussicht auf Erfolg haben (Trabajadores de CVG/Alcasa 2009).

Bei der Entwicklung des neuen Konzeptes für die staatlichen Schwerindustrien wurden die alte Verwaltung, die Betriebsgewerkschaften, der Regionalgouverneur und der Minister

für Basisindustrien und Minen (beide PSUV-Mitglieder) übergangen, da sie den geplanten Maßnahmen gegenüber wenig Engagement gezeigt hatten. Nach Monaten des Stillstands wurden im Mai 2010 schließlich die Direktoren für jede der 17 CVG-Fabriken nominiert. Diese stammten alle aus den Belegschaften und waren zuvor von den Arbeitern gewählt worden, die an den Workshops teilgenommen hatten. Als Direktor von Alcasa wurde der Umwelttechniker und Arbeiteraktivist Elio Sayago eingesetzt. Damit ging der Kampf um die Arbeiterkontrolle in eine neue Runde.

In der Fabrik kam es zum Konflikt mit der Gewerkschaft, die versuchte, die Arbeiterkontrolle mittels Streik zu sabotieren. Einige Probleme konnte eine rasch einberufene Vollversammlung lösen. Doch insgesamt blieb offen, ob die Neustrukturierung und Demokratisierung der Basisindustrien gelingen könnte. Die Mehrheit der Belegschaft gilt als sichere Unterstützer. Das zeigte sich zuletzt, als am 9. November 2010 rund ein Dutzend Gewerkschaftsfunktionäre vor dem ersten Schichtbeginn in die Fabrik eindrangen, die Tore mit Ketten verschlossen und die Werksführung an sich reißen wollten. Doch etwa 600 Arbeiter, die zum Schichtbeginn erschienen waren, begleiteten Sayago in die Fabrik und demonstrierten damit, wem ihre Unterstützung gehörte (Marea Socialista 2010).

DIE »RÜCKEROBERTE« FABRIK INVEVAL

Im April 2005 wurde die CNV (jetzt Inveval) im Bundesstaat Miranda per Dekret enteignet. CNV produziert Ventile für die Erdölindustrie und gehörte dem ehemaligen PdVSA-Direktor, Oppositionsführer und Putschbeteiligten Andrés Sosa Pietri. Das Werk schloss im Zuge des Unternehmerstreiks und sollte nach starken Lohnsenkungen und der Streichung von Abfindungen für die Entlassenen wieder eröffnet werden. Die Beschäftigten akzeptierten das nicht: 63 von ihnen besetzten das Betriebsgelände, um die Auszahlung von Löhnen und Abfindungen zu fordern. Das Arbeitsministerium ordnete schließlich an, dass der Fabrikbesitzer den Forderungen der Arbeiter nachzukommen habe. Als dieser sich weigerte, wurde die Fabrik enteignet (Azzellini 2007, 51ff; Cormenzana 2009, 27ff).

Was zunächst wie die Lösung der Probleme schien, verlagerte den Klassenkampf in eine Auseinandersetzung mit und in den staatlichen Institutionen. Während die Arbeiter, ermutigt von Chávez' Unterstützung, für Arbeiterkontrolle eintraten und nach möglichen Modellen suchten, wirkte die Bürokratie der Ministerien gegen sie. Weder das Minep noch das Ministerium für Leichtindustrie und Handel mochte Invevals Transformation in ein arbeitergeführtes Unternehmen begleiten. Eine besonders problematische Entscheidung war, dass nur Inveval enteignet wurde, nicht aber die an einem anderen Ort gelegene Gießerei Acerven, die ebenfalls zu dem Unternehmen gehört und der Ventilfabrik wichtige Vorprodukte liefert.

Die Belegschaft von Inveval lehnte den Plan des Minep zur Mitverwaltung ab. Dieser sah vor, dass die Direktoren direkt vom Staat ernannt werden – die Beschäftigten forderten dagegen eine Mehrheit der Arbeiter im Management und einen Arbeiter als Präsidenten. Nach harten Verhandlungen einigten sich Ministerium und Beschäftigte im August

2005 auf einen Kompromiss zur Mitverwaltung (Prensa INCES 2005). Die Fabrik wurde als Aktiengesellschaft neu gegründet, die zu 51 Prozent in Staatseigentum und zu 49 Prozent ins Eigentum einer Genossenschaft der Beschäftigten überging. Die Leitung lag in den Händen der Arbeiterversammlung, die drei der fünf Direktoriumsmitglieder wählte, darunter auch den Fabrikdirektor.

Sämtliche die Fabrik betreffenden Entscheidungen wurden in der wöchentlich stattfindenden Genossenschaftsversammlung gefällt. Doch da der Staat Mehrheitseigner des Unternehmens war, mussten die wichtigen Entscheidungen auch vom Ministerium abgesegnet werden. Zu Beginn beschloss die Versammlung eine Lohnerhöhung und den Sieben-Stunden-Tag. Ab vier Uhr nachmittags wurden verschiedene Schulungen angeboten, an denen 37 der 63 Arbeiter teilnahmen: von Alphabetisierungskursen über die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen, bis zu Seminaren auf Universitätsniveau. Es gab sozio-politische, technische, administrative und praktische Weiterbildungen. Das Ziel war, die soziale Spaltung im Arbeitsleben zu überwinden. Ab 2006 hatten bei Inveval nur noch der Präsident, das Direktorium, die Koordinatoren der Produktionseinheiten sowie die Werksverwaltung fest definierte Aufgaben. Alle anderen erhielten ihre Aufgaben je nach den individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten.

VON DER KOOPERATIVE ZUR SOZIALISTISCHEN FABRIK

Fast zwei Jahre lang versuchten die Arbeiter von Inveval, die Fabrik vereinbarungsgemäß selbst zu verwalten und sich dabei nicht von kapitalistischer Logik leiten zu lassen. Sie mussten feststellen, dass ihnen das nicht gelungen war. Die Trennung der Arbeit von den Entscheidungsebenen förderte Apathie in der Belegschaft und isolierte die Mitglieder in der Leitung von den Vorgängen in der Produktion. Die Arbeiter fühlten sich gedrängt, kapitalistische Denkweisen zu übernehmen, vor allem, da sie nicht nur Teilhaber am Unternehmen, sondern auch an dessen Schulden waren. Sie kritisierten diesen Kreislauf, der sie dazu drängte, nur noch für die Arbeit und für den Schuldenabbau zu leben. »Die Kooperative fördert den Kapitalismus, denn sie wurde als Teil von diesem kapitalistischen System geschaffen, und genau das wollen wir nicht [...]. Wir haben doch nicht einen Kapitalisten rausgeschmissen, um 60 neue hereinzuholen!« (Gonzales 2008)

Im Januar 2007 beschlossen die Beschäftigten mit sofortiger Wirkung die Wahl eines Fabrikrates mit 32 Sprechern. Sie beendeten die genossenschaftlichen Aktivitäten und suchten nach einem neuen Organisationsmodell für ihr Unternehmen. Seitdem ist die Vollversammlung das höchste Gremium des Werks. Sie tritt in der Regel einmal im Monat zusammen und zusätzlich, wenn wichtige Entscheidungen anstehen. Ihr folgt in der Hierarchie der Fabrikrat. Dessen Mitglieder werden für ein Jahr gewählt und können jederzeit von der Vollversammlung abgewählt werden. Der Rat trifft sich wöchentlich und diskutiert die Punkte, für die vor der Umstellung das fünfköpfige Direktorium zuständig war. Aus dem Rat heraus entstanden Kommissionen mit konkreten Aufgaben wie sozio-politische Angelegenhei-

ten, Rechnungslegung, Disziplin, technische Aspekte und Dienstleistungen. Sie alle stellen ihre Arbeit im Rat zur Entscheidung.

Das Unternehmen befindet sich nun komplett in öffentlichem Eigentum und hat die ehemaligen Kooperativenmitglieder direkt als Angestellte unter Vertrag. Damit hat die Belegschaft das System der Mitverwaltung erfolgreich in ein Modell direkter Arbeiterkontrolle überführt. Sie hat Möglichkeiten erprobt, ihre Zulieferbetriebe entweder zu kaufen oder deren Verstaatlichung zu forcieren und gleichzeitig den Warenaustausch möglichst ohne den Einsatz von Geld zu organisieren. Die Schwierigkeiten mit dem Ministerium, das wiederholt versprochene Zuschüsse erst verspätet auszahlte, blieben bestehen. PdVSA, der staatliche Ölkonzern, versuchte sogar, seine Verträge mit Inveval zu kündigen (Cormenzana 2009, 203f). Nachdem die Institutionen auf die wiederholten Aufforderungen, die Gießerei Alcarven zu enteignen, nicht eingingen, entschied Venezuelas Nationalversammlung am 4. Mai 2010, Alcarven sei ein Unternehmen des öffentlichen Interesses – eine Voraussetzung für eine spätere Verstaatlichung der Gießerei (Aporrea.org 2010).

VON DER MITVERWALTUNG ZU RÄTEN

Bereits im Jahr 2006 hatten politisch engagierte Arbeiter aus ihren Erfahrungen mit Beteiligungsmodellen, die ihnen ein Miteigentum an den Produktionsmitteln einräumten, ein negatives Fazit gezogen. Die Institutionen wiederum strebten nach den negativen Erfahrungen mit der Mitverwaltung eher nach effizienterer staatlicher Verwaltung als nach Arbeiterkontrolle. Die Widerstände sind auch dadurch verursacht, dass auch die staatlichen Institutionen von Widersprüchen und Klassenkampf durchdrungen sind. Die Enteignungen zeigen, dass ein politischer Wille zu Strukturveränderungen vorhanden ist. Doch über die Verstaatlichung hinaus bieten die Institutionen wenig Raum für Initiativen der Arbeiter und tendieren dazu, die Kontrolle über Verwaltung und Produktion in den Betrieben bei sich zu halten.

Inzwischen befürworten die meisten politisch aktiven Arbeiter die Variante, Fabriken in Staatsbesitz zu überführen und dann der Belegschaft und den Kommunen gemeinsam die gesamte Verantwortung für den Betrieb zu übertragen. Für dieses Modell tritt auch das Forum der Sozialistischen Arbeiterräte – CST (2009) ein. Deren Debatten über Arbeiterkontrolle, Selbstverwaltung und Mitverwaltung berufen sich auf Marx, Gramsci, Trotzky, Pannekoek und die Traditionslinie des Rätekommunismus (Giordani 2009, Lanz 2007). Ein Thesenpapier, das während eines landesweiten Workshops der CST entstand, kritisiert die Mitverwaltung als ungeeignet zum Aufbau eines sozialistischen Systems. Das Papier kam zu dem Schluss, das Recht auf Mitbestimmung aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, also dem Kapital abzuleiten, sei ein Irrtum. »Mit Hilfe der Besitzanteile werden die Arbeiter objektiv in neue Kapitalisten verwandelt« (MinTrab 2008, 13f). Stattdessen schlug der CST ein rätebasiertes Modell vor, das mannigfaltige und gemischte Formen der Verwaltung wie Arbeiterräte, Kommunen, Produktionskerne und – für große Unternehmen – die Einbindung des Staates miteinander vereint.

SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSORDNUNG?

Als größte Schwierigkeiten in diesem Prozess entpuppten sich die Transformation und die Demokratisierung der Wirtschaft. In den allermeisten Betrieben ist die Verwaltung weder von der Belegschaft noch von den Gemeinden kontrolliert. Innerhalb eines Systems, das nach kapitalistischer Logik funktioniert, sind dem Aufbau kollektiver Produktionsaufsicht und Entscheidungswege hohe Hürden in den Weg gestellt. Vor allem die Verteilung von Arbeit und Gewinnen sind von Konflikten begleitet. Doch überall, wo die Arbeiter die Kontrolle über ihren Arbeitsplatz erobert haben, lässt sich beobachten, dass sie solidarische Verbindungen mit den umliegenden Gemeinden geknüpft, hierarchische Entscheidungsstrukturen abgebaut und sich gegenüber den Arbeiterräten für rechenschaftspflichtig erklärt haben. In den meisten Fällen führten sie einen gleichen Lohn für alle ein und schafften zusätzliche Arbeitsplätze.

Arbeiterräte scheinen bisher das beste Modell zu sein; ihre Zahl wächst stetig. Noch ist nicht absehbar, ob diese Entwicklung weitergeht oder ob sich eher staatliche Verwaltungsstrukturen durchsetzen werden. Da die Räte nicht von oben organisiert sind, könnte sich ihr organisches Wachstum fortsetzen. Auseinandersetzungen mit der Bürokratie scheinen dabei unvermeidlich, wobei die Arbeiter den Umstand ausnutzen können, normativ im Recht zu sein.

Aus dem Englischen von Neelke Wagner

LITERATUR

Aporrea.org, 2010: Declaran de utilidad pública e interés social los bienes de ACERVEN, www.aporrea.org/endogeno/n156623.html

Azzellini, Dario, 2007: »Von den Mühen der Ebene: Solidarische Ökonomie, kollektive Eigentumsformen, Enteignungen und Arbeitermit- und -selbstverwaltung«, in: Andrej Holm (Hg.), *Revolution als Prozess: Selbstorganisierung und Partizipation in Venezuela*, Hamburg, 38–57

Bruce, Ian, 2005: »Venezuela promueve la cogestión«, in: BBC, 19.8.2005, http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/business/newsid_4167000/4167054.stm

Cormenzana, Pablo, 2009: *La batalla de Inveval. La lucha por el control obrero en Venezuela*, Fundación Federico Engels, Madrid

CST (Consejos Socialistas de Trabajadoras y Trabajadores de Venezuela), 2009: I Encuentro Nacional de Consejos Socialistas de Trabajadoras y Trabajadores de Venezuela, 27.6., Caracas

Díaz Rangel, Eleazar, 2006: *Todo Chávez. De Sabaneta als socialismo del siglo XXI,* Caracas

Giordani C., Jorge A., 2009: *Gramsci, Italia y Venezuela,* Valencia

Lanz Rodríguez, Carlos, 2007: *Consejo de Fábrica y Construcción Socialista. Antecedentes teóricos e históricos de un debate inconcluso,* Ciudad Guayana: Mibam/CVG Alcasa

Lebowitz, Michael, 2006: *Build it now: Socialism for the 21st century*, New York

León, Osvaldo (Arbeiter bei Alcasa), 2009: Interviewt durch Dario Azzellini

Marea Socialista, 2010: »En CVG ALCASA, Trabajadores derrotan golpe de Estado orquestado por la FBT (Movimiento 21), www.aporrea.org/endogeno/n169305.html, 10.11.

Mészáros, Istvan, 1995: *Beyond capital: Towards a theory of transition,* London

MinTrab (Ministerio del Poder Popular para el Trabajo y Seguridad Social) (Hg.), 2008: La gestión socialista de la economía y las empresas. Propuesta de trabajadores(as) al pueblo y gobierno de la República Bolivariana de Venezuela Valencia, 18./19.4.2008, Caracas

Prensa Alcasa, 2005: »Designada nueva Junta Directiva de Alcasa que tendrá por objetivo impulsar proceso cogestionario«, www.aporrea.org/endogeno/n69123.html, 24.11.

Ders., 2007: »Alcasa propone activar el poder constituyente para construir Consejos de Fábrica«, www.aporrea.org/endogeno/n90891.html, 20.2.2007

Trabajadores de CVG/Alcasa, 2009: »Control Obrero. Publicación de trabajadores de CVG/Alcasa«, www.aporrea.org/endogeno/a86731.html, 16.9.

---

1 2008 in »Ministerium für kommunale Ökonomie« (Ministerio para la Economía Comunal, Minec), 2009 umbenannt in »Ministerium für Kommunen«.

2 Je zehn Arbeiter wählten einen Sprecher.

ARBEITSORGANISATION IN WIEDER ANGEEIGNETEN FABRIKEN

HENRIQUE T. NOVAES UND

RENATO DAGNINO

Die neoliberale Restrukturierung Lateinamerikas seit den 1990er Jahren ging zu Lasten der Industrie, sie führte zu hohen Insolvenzraten, steigender Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und einem Anstieg der informellen Arbeit.

Die Arbeiterklasse wehrte sich in vielfältigen Formen gegen die Arbeitslosigkeit: in Argentinien bspw. mit Organisierungsprozessen von Gruppen wie der Arbeitslosenbewegung (Piqueteros), Stadtteilparlamenten, der Bewegung der geschädigten Kleinsparer, der Tauschringe (Trueques), Genossenschaften, Arbeiterkollektive und zurückeroberten Fabriken bzw. wieder angeeigneten Unternehmen. Sie wurden von Beschäftigten als Ausweg gesucht, die von traditionellen Gewerkschaften keine Lösungen mehr erwarteten (Murúa/Abelli 2004). In Brasilien dagegen ist die unterstützende Rolle der Gewerkschaften entscheidend, z.B. durch die Gründung der Agentur für solidarische Entwicklung (Agência de Desenvolvimento Solidário), die staatliche Subventionen organisiert, rechtliche,

organisatorische und technische Beratung, günstige Kredite und einen Schutz gegen das Unterlaufen von Arbeitsstandards bietet (Faria/Novaes 2011) – nicht so in Argentinien (vgl. Vieta/Ruggeri im Heft).

Die wieder angeeigneten Unternehmen in Argentinien decken mehr Bereiche ab als die in Brasilien: Ambulante Kliniken, Krankenhäuser, Supermärkte, Schulen, insgesamt gibt es etwa 180 Unternehmen mit 12 000 Arbeitern. Allerdings beschäftigen viele der zurückeroberten Unternehmen nur noch ein Fünftel der Arbeiter, die zu Spitzenzeiten beschäftigt waren. Die Hälfte der 87 von Fajn u.a. (2003) untersuchten Unternehmen verfügen über weniger als 30 Mitarbeiter und nur 25 Prozent über mehr als 70. In Uruguay liegt die Zahl der zurückeroberten Fabriken bei rund 20. In Brasilien schätzen wir ihre Anzahl auf rund 200. Wie in Argentinien und Uruguay sind auch in Brasilien die meisten zurückeroberten Unternehmen in der metallverarbeitenden-, der Textil- und Schuhindustrie angesiedelt.

Welche Veränderungen wurden nach der Rückgewinnung durch die Belegschaften in diesen Unternehmen angestoßen? Ausgehend von der Analyse von acht Fallbeispielen kommen wir zu folgenden Ergebnissen: Unabhängig von der Eingebundenheit in Marktbeziehungen und der Tendenz zur Reproduktion herkömmlicher Arbeitsbeziehungen haben die wieder angeeigneten Unternehmen in drei Bereichen einen Wandel angestoßen:

1 | Software: Wandel der Betriebskultur, z.B. bei der Aufteilung der Gewinne zu mehr oder weniger gleichen Anteilen, teilweise Anpassung der Fabrik an die Interessen der Arbeiter, Aneignung von Wissen über die Produktionsabläufe;

2 | Orgware: Eine veränderte Arbeitsteilung resultiert daraus, dass die Arbeiter sich das Wissen über den Produktionsprozess angeeignet haben oder neues Wissen durch externe Akteure und Quellen in den Produktionsprozess eingebunden wurde;

3 | Hardware: Maschinen wurden angeschafft, übernommen und in Wert gesetzt, alternative Technologien wurden eingesetzt und solche, die in Kooperationen mit dem Wissenschaftsbetrieb durch die Arbeiter entwickelt wurden.

VERTEILUNG DER GEWINNE

In wieder angeeigneten Fabriken in Argentinien und Uruguay werden die Gewinne gleich verteilt – ein wichtiger Bruch mit den kapitalistischen Lohnverhältnissen. 70 Prozent der Fabriken entschieden sich für eine gleiche Verteilung der Überschüsse (Faijn 2003). Ohne »gleiche Verteilung der Überschüsse« gibt es keine wirkliche Selbstverwaltung, formulieren Vertreter der brasilianischen Fabrikbesetzerbewegung. Anders als in Brasilien geht die gleiche Verteilung der Gewinne in Argentinien auf die identitätsstiftende Rolle der kollektiven Aktionen während der Besetzungen zurück, etwa im Fall der Fabrik *Los Constituyente*. Dagegen wurde in der uruguayischen Fabrik *Coopdi* die gleiche Verteilung aufgegeben und zur alten Besoldungsstruktur zurückgekehrt. Ist das egalitäre Lohnsystem auf Dauer zu halten oder war es Ergebnis des Kampfes in der Krise?

Neben veränderten Entlohnungsverhältnissen werden in den zurückeroberten Unternehmen in Argentinien und Uruguay Überschüsse auch für eine substanzielle Verbesserung der Kantinen und Ruhezonen, für Bildungsangebo-

te, Kulturveranstaltungen und die Einrichtung von Kindertagesstätten genutzt. In *Los Constituyentes* wurden mit den Überschüssen Leute angestellt, die sich im Umfeld des Fabrikgeländes als Müllsammler und Bettler betätigt und das Mitleid der Arbeiter erweckt hatten. In allen untersuchten Fabriken geht es um eine Verbesserung der Arbeits- *und* der Lebensqualität; dafür wird zusätzliche Arbeitskraft jenseits der reinen Produktion bereitgestellt.

LOHNERHÖHUNGEN ODER VERBESSERUNG DES ARBEITSUMFELDES

Nach unseren Erfahrungen in den Fabrikversammlungen, vor allem in den brasilianischen Unternehmen *Cones* und *Textilcooper*, sind die gewählten Leiter und Vorstände oft die treibende Kraft in Diskussionen über die Verwendung der Überschüsse und über soziale Investitionen zur Verbesserung des Arbeitsumfeldes. Eine Mehrheit der Arbeiter drängte meist auf Lohnerhöhungen. Partizipationsmöglichkeiten bei der Selbstverwaltung scheinen tatsächlich durch die ungleiche Verteilung von ökonomischem und technischem Wissen beschränkt zu sein. In einigen Fällen, etwa der Fabrik *Wallig*, haben Arbeiter ihre Möglichkeiten zur Veränderung des Arbeitsplatzes nicht wahrgenommen (Holzmann 2001). Die Verwaltung der Genossenschaft *Uniforja* im Bundesstaat Sao Paulo stellte Sozialarbeiter ein, um das Arbeitsumfeld zu verbessern. Fragen nach Arbeitssicherheit, Arbeitsrhythmus und -dauer oder der Aus- und Weiterbildung wurden dabei ausgeblendet. Und die Sozialarbeiter behinderten trotz ihrer weitgehenden Befugnisse das Aufkommen von Themen wie Veränderung der Organisation der Produktion und der Arbeit (Oda 2001).
Drei Hypothesen, weshalb die Arbeiter der übernommenen Fabriken wenig unternehmen, um die gegebene Arbeitsorganisation zu verändern: Zunächst verlieren Arbeiter den Glauben an die Selbstverwaltung, wenn sie ihre eigene Rolle als »figurativ« wahrnehmen, also ohne wirkliche Fähigkeit, Veränderungen durchzusetzen. Bedeutsamer ist jedoch unseres Erachtens die Naturalisierung des Arbeitsprozesses selbst; Vorstellungen über eine mögliche Veränderung bestehen nicht. Die meisten Arbeiter bezeichneten uns gegenüber die gegebene Organisation der Arbeit als die »*einzig mögliche*«. Trotz des Zusammenbruchs des Unternehmens wurde nicht einmal die Rolle der Spezialisten in Frage gestellt. Die damit verbundene Passivierung der Arbeiter führt dazu, dass sich die Versammlungen auf ritualisierte bürokratische Akte reduzieren, die nur nachvollziehen, was in der gewählten Leitung vorbesprochen wurde – wie bei einer der ältesten Kooperativen Brasiliens, *Coopenminas* (Faria/Novaes 2011).

Die Versammlungen und neuen Entscheidungsmechanismen scheinen Zeit und Übung zu brauchen, um die Gewohnheiten der hierarchischen Arbeitsorganisation zu überwinden. Dort wo, wie im Falle der Kooperative *Harmonia*, des größten Zuckeranbau- und -verarbeitungsbetriebes Lateinamerikas, eine wirkliche Partizipation der Arbeiter stattfindet, der Betrieb in ein Netz von kommunalen und betrieblichen Strukturen eingebettet ist, und diese ebenso wie Gewerkschaften in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, können produktive Routinen ohne starre Bürokratisierung ausgebildet

werden. So konnten zur weiteren Stabilisierung der Produktion auch die Suche nach angepassten alternativen Technologien und Projekte zur Konversion und Diversifizierung der Produktion vorangetrieben werden (ebd.).

VERSELBSTÄNDIGUNG DER GEWÄHLTEN VORSTÄNDE

Die Verselbständigung der gewählten Vorstände und Vorsitzenden hängt nicht vom wirtschaftlichen Erfolg der übernommenen Fabrik ab. Sowohl bei *Textilcooper* (hochgradig instabil, mit sehr warhscheinlicher Insolvenz) als auch bei *Cones* (steigende Auftragslage) treten Prozesse der Bürokratisierung auf. Dies deckt sich mit Ergebnissen von Vieitez und Dal Ri (2001), denen zufolge sich auch in Genossenschaften mit der Zeit politisch-administrative Eliten bilden und die Kommunikation sich hierarchisiert, die Arbeiter passiv werden. In einigen Fällen wird dem durch regelmäßige Rotation der Aufgaben vorgebeugt, indem auf diese Art das Wissen über alle Produktionsschritte und Erfahrungen in der Produktionsplanung und -organisation verallgemeinert werden.

Während die Fabrik *Los Constituyentes* ohne spezialisierte Ingenieure auskommt, spielen im Mitbestimmungsmodell der uruguayischen Reifen- und Schuhfabrik *Funsa* Ingenieure und externe beauftragte Spezialisten die Hauptrolle bei der Organisation des Produktions- und Arbeitsprozesses. In *Los Constituyentes* betonen die Arbeiter ihre Fortschritte in der Selbstverwaltung, die auf der Kenntnis des Produktionsprozesses beruhen – sie benötigten keine Ingenieure und Vorarbeiter mehr und lehnen deren Funktion als Aufpasser ab (Novaes 2004c).



www.rebearte.info

Unterschiede werden auch bei der subjektiven Beurteilung der Veränderung der Arbeit deutlich: Die meisten schildern, dass kreative und improvisierte Tätigkeiten zugenommen haben und bewerten die Arbeit als *ruhiger*. Andere sehen ihre Arbeit seit der Übernahme der Fabrik als eintöniger, repetitiv und inhaltsleer an.

Verwunderlich war für uns, dass die Arbeiter kritisierten, wenn Regeln und Normen nach der Besetzung bzw. Übernahme der Fabrik fehlten. Viele bemängelten, dass man im Unternehmen »alles machen kann, wie und wann es einem beliebt«. Wenn durch die kollektiven Entscheidungsinstanzen keine neuen Normen geschaffen wurden, fühlten sich Genossenschaftsmitglieder in

der Gründungsphase in einem »gesetzlosen« Ort (vgl. Holzmann 2001). Werden Standards betrieblicher Disziplin jedoch offen diskutiert und gemeinsam beschlossen, werden sie von den Arbeitern nicht als äußerlich empfunden, sondern als solidarische Umgangs- und Kooperationsformen.

KRITIK AN DER EINGESETZTEN KONVENTIONELLEN TECHNOLOGIE

Trotz einiger Fortschritte bei der Aneignung von Wissen zur Wartung, Reparatur und kleineren Änderungen der Funktionsweise, gibt es kaum Kritik an der eingesetzten konventionellen Technologie. Die Übernahme der Technologie (v.a. ein starker Taylorismus) reproduziert die Trennung von planenden Spezialisten und Ingenieuren sowie ausführenden Arbeitern. Für die Arbeiter ist es verlockend, Maschinen und Ausrüstung über Kredite oder wie im Falle *Textilcooper* günstig über die Stiftung *Banco de Brasil* zu finanzieren. Das wirft Fragen auf: a) Ist die neueste Technologie wirklich die Beste? b) Lohnt es sich nicht, die existierende weiter zu nutzen? c) Ermöglicht die vorhandene bzw. neue technische Ausstattung nur die Fortführung konventioneller Unternehmensorganisation oder fördert sie die Möglichkeiten der Selbstverwaltung? Einer der Berater einer zurückeroberten Fabrik in Brasilien drängte auf technologischen Fortschritt und Investition, obwohl er die bestehende technische Ausstattung in der Fabrik als »bisher nicht überholt« einschätzte. Die selbstverwalteten Unternehmen müssen sich als Inseln im kapitalistischen Ozean behaupten, was eine permanente technologische Anpassung erfordert. Zugleich verschärfen Kredite den Druck auf höheren Mehrwert, um Zinsen zu bedienen. Um sich dem konventionellen technologischen Fortschritt zu verweigern, wäre eine andere Stärke und Organisierung der Arbeiterklasse nötig.

AUSBEUTUNG UND SELBSTAUSBEUTUNG

Fabrikbesetzung und -übernahme sind eine defensive Strategie der Arbeiterklasse, um Krisen zu überstehen. Diese in eine offensive Strategie zu verwandeln, ist angesichts der gegebenen Klassen- und Kräftekonstellation nicht gelungen. Dies führt zu widersprüchlichen Entwicklungen in den Fabriken: Der Druck des Marktes auf die vereinzelten Betriebe führt dazu, dass Diskussionen entpolitisiert werden, die betriebswirtschaftliche Logik dominiert, Arbeit intensiviert, Arbeitszeiten verlängert, Löhne gesenkt oder unregelmäßig ausgezahlt werden. Abgesehen von den vielen Fällen, in denen alte Führungsstrukturen weiterbestehen statt Selbstverwaltung zu schaffen, beuten in vielen angeeigneten Fabriken die Arbeiter – neben der *Selbstausbeutung* – andere, neu angestellte Arbeiter aus (vgl. Hunt in diesem Heft).

Bei *Cones* stieg die Anzahl der Angestellten in nur zwei Jahren von acht auf über 100. Faria (2005) untersuchte einen selbstverwalteten Betrieb in Río Grande do Sul mit nur 150 Mitgliedern und über 800 Angestellten.[1] In der argentinischen Fabrik *Los Constituyentens* gibt es nur wenige Angestellte. Die Dominanz kapitalistischer Verhältnisse und Marktbeziehungen über die selbstverwaltete Produktion wird voraussichtlich zu einer Degenerierung von Kooperativen führen.

Die Einbindung in transnationale Produktionsketten (statt in regionale Netze solidari-

scher Ökonomie) ist ein grundsätzliches Problem. In Argentinien waren im Jahr 2003 etwa 70 Prozent der wieder angeeigneten Fabriken als Subunternehmen großer privater Firmen tätig (Fajn u.a. 2003). Für diese gibt es wenig Handlungsspielraum gegen die Zumutungen der Preisdiktate durch Kunden und Lieferanten. Immerhin sind sich deren Arbeiter einig, dass der Einsatz ihrer Arbeitskraft innerhalb dieser transnationalen Produktionsketten kein gutes Geschäft darstellt und dabei der größte Teil der generierten Überschüsse nicht in ihrem Unternehmen verbleibt.

WIDERSPRÜCHLICHES POTENZIAL

Angesichts der Schwierigkeiten überrascht die Überlebensfähigkeit der wieder angeeigneten Fabriken. Sie zeigen, dass Technologien und Arbeitsorganisation angeeignet und durch Selbstverwaltung anderen Zwecken zugeführt werden können. Sie sind Beispiele der Selbstermächtigung der Arbeiter, der solidarischen Kooperation und Selbstorganisation, der praktischen Infragestellung der Funktion des Kapitalisten. Weder sollte unterschätzt werden, wie stark der Druck zur ungewollten Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse in einem feindlichen Umfeld ist, noch das Potenzial transformatorischer Schritte und Erfahrung innerhalb des Bestehenden übersehen werden.

Veränderungen lassen sich vor allem im Bereich der Arbeitsbeziehungen und der Unternehmensverwaltung feststellen. Der Kern der Unternehmen wurde bislang nicht verändert: die Produktion von Waren für den Markt und die Vorherrschaft der Spezialisten. Um den Druck zu mindern, sind kooperative Netzwerke notwendig und diese Bewegung muss mit gesellschaftlichen Kämpfen zur Transformation der Gesellschaft verbunden werden.

Gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des Beitrages »As Fábricas Recuperadas brasileiras: os constrangimentos do controle operário«, erschienen in: Revista Cayapa, 12, 249–71. Aus dem Spanischen von Jan Ullrich

LITERATUR

Fajn, Gabriel, u.a., 2003: *Fábricas y empresas recuperadas – protesta social, autogestión y rupturas en la subjetividad*, Ediciones del Instituto Movilizador de Fondos Cooperativos, Buenos Aires

Faria, Maurício Sardá de, 2005: *Autogestão, Cooperativa, Economia Solidária: avatares do trabalho e do capital*, Florianópolis

Ders. und Henrique Tahan Novaes, 2011: Brazilian Recovered Factories: The Constraints of Workers' Control, in: Immanuel Ness und Dario Azzellini (Hg.), *Ours to master and to own. Workers' control from the Commune to the Present*, Chicago

Holzmann, Lorena, 2001: *Operários sem patrão. Gestão cooperativa e dilemas da democracia*, São Carlos

Murúa, Eduardo, und José Abelli, 2004: Charla en el 2. Congreso Nacional de Sociología, Universidad de Buenos Aires

Novaes, Henrique T., 2005a: *Notas sobre Fábricas Recuperadas na Argentina e Uruguai, Informe de investigación*, CAPES; www.ecosol.org.br

Ders., 2005b: »Quando os patrões destroem máquinas: o debate em torno das forças produtivas em fábricas recuperadas argentinas e uruguaias«, in: *Revista de Ciências Sociais da Unisinos* 166, São Leopoldo

Ders., 2005c: *Para além da apropriação dos meios de produção? O processo de Adequação Sócio-Técnica em Fábricas Recuperadas*, Instituto de Geociências, Unicamp, Campinas. http:// libdigi.unicamp.br/ document/?code=vtls000375370

Ders. und Renato Daganino, 2004: »O Fetiche da Tecnologia«, in: *Revista Organizações & Democracia*, Marília, 5.Jg., H. 2, 189–210

Oda, Nilson, 2001: *Gestão e Trabalho em cooperativas de produção: dilemas e alternativas à participação*, São Paulo

Vietzez, Cândido, und Neusa Dal Ri, 2001: *Trabalho associado*, Rio de Janeiro

---

1 Als Argument der Kooperativen dient die Verhinderung der Aufnahme von »negativen Meinungsmachern« und dass sie zu den Gründungsmitgliedern gehören. Zu »Kooperativen der Bosse« und der Kontrolle der Gründergeneration über die Unternehmen siehe Novaes (2005c).

CHINA: DIE WIDERSPRUCHSVOLLE EIGENTUMSFRAGE

WOLFRAM ADOLPHI

Jede Debatte darum, ob der chinesische Weg ein spezieller, sogar sozialistischer sei oder doch »nur« ein gewöhnlicher kapitalistischer, kommt notwendig auf die Eigentumsfrage. Die Antwort bleibt widerspruchsvoll. Perry Anderson macht im heutigen China ein »Kommando« des Staates aus »über das, was dieser als strategische Höhen der Wirtschaft betrachtet: Energie, Metallurgie, Rüstung und Telekommunikation« sowie eine ebenfalls staatliche »Kontrolle über die Wechselkurse, die Kapitalverkehrsbilanz und das Bankensystem« (2010, 90). Aber ein Urteil über die Gesamtentwicklung des chinesischen Transformationsprozesses der Nach-Mao-Zeit – also seit 1976/78 –, »kann nicht anders als fehlbar sein« (96; vgl. auch Adolphi 2010a, 165). 2006 hat die Gongchandang, die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), deren Name auch mit Partei des Gemeineigentums übersetzt werden kann, über den Aufbau einer »harmonischen sozialistischen Gesellschaft« beschlossen (*xiehe shehuizhuyi*). Ob

und mit welchem Inhalt der zur Lebensrealität werden wird, ist offen.

Seit den 1980er Jahren hatte das Konzept der städtisch-ländlichen Unternehmen (*Township Village Enterprises* – TVE), die »mehr oder weniger in Kollektivbesitz befindlich« waren (Taube 2009, 109), für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Stabilität auf dem Lande große Bedeutung. Heute sind diese TVE größtenteils in Privatbesitz übergegangen – und zwar nicht einem »von oben nach unten durchgestellten Entwicklungsplan« folgend, sondern durch einen »Von-unten-nach-oben-Prozess […], in dem die Rolle des Staates darauf reduziert blieb, bereits bestehenden institutionellen Arrangements im Nachhinein seinen Segen zu geben« (ebd., 125).

Die Verhältnisse in China ändern sich schnell, und scheinbar sichere Urteile geraten leicht ins Wanken. Stimmt es noch, dass »der staatliche Sektor […] die Kommandohöhen der Wirtschaft [beherrscht]« und die »Realisierung des Eigentums an Produktionsmitteln« sich über ein »von der Regierung dominiertes System der Marktwirtschaft (einschließlich des Arbeitsmarktes und des gesamten Finanzmarktes« vollzieht (Peters 2009, 557)? Oder entwickelt die »Privatisierung von unten« (Heberer 2010, 40) ihre eigene Dynamik, ihre eigenen Gesetze?

Petra Häring-Kuan und Yu-Chien Kuan geben Meinungen chinesischer Gesprächspartnerinnen und -partner zur Eigentumsfrage wieder und machen auf einen grundlegenden Widerspruch aufmerksam: Grund und Boden gehören dem Staat, sind kein Privateigentum, aber die Nutzungsrechte dürfen auf der Grundlage eines 1998 erlassenen Gesetzes verkauft werden, und zwar durch die lokalen Behörden. Infolgedessen hätten sich »in manchen Regionen« längst »mafiöse Strukturen« entwickelt, in denen »korrupte Beamte und kriminelle Banden eng zusammenarbeiten« (250). Konrad Seitz hat das als ›Kaderkapitalismus‹ bezeichnet: Zentrale Akteure des Wirtschaftswachstums seien »nicht die von Elitebeamten angeleiteten und unterstützten Privatunternehmer […], sondern die lokalen Führungskader der Partei- und Verwaltungsbürokratie selbst« (2000, 327); der ›Kaderunternehmer‹ riskiere kein persönliches Kapital und profitiere »vom Wachstum, nicht vom Gewinn, der ihm nicht gehört« (329); als Kehrseite des Wachstums gebäre der ›Kaderkapitalismus‹ neben der tiefer werdenden Arm-Reich-Kluft auch das »schwerwiegende Problem« einer »endemischen Korruption« (331; vgl. auch Adolphi 2010b, 1241).

Die Zentralregierung beobachte die Landverkäufe der Lokalregierungen »mit wachsendem Unbehagen«: Wenn »Agrarland an Investoren verkauft wird, die es mit Häusern und Fabriken bebauen«, werde China »irgendwann nicht mehr genügend Getreide produzieren können, um 1,3 Milliarden Menschen zu ernähren«. Die Versorgung der Gesamtbevölkerung kümmert jedoch die Lokalregierungen nicht, und wenn die Zentralregierung Bestimmungen erlasse, »die den Verkauf der Nutzungsrechte von Ackerland verbieten«, dann wird aus diesem »schnell Brachland gemacht. Die lokalen Behörden lassen sich vom Zentrum nicht mehr viel vorschreiben« (Häring-Kuan/Kuan 2011, 251). Einige lokale Regierungen ziehen

50 Prozent ihrer Einkünfte aus den Verkäufen von Landnutzungsrechten; im Jahre 2009 hätten 70 Städte durch solche Verkäufe ihre Einkünfte im Vergleich zum Vorjahr um 100 Prozent steigern können (ebd., 249).

Das chinesische Konjunkturpaket als Antwort auf die Krise 2008/2009 hat mit umgerechnet 586 Milliarden US-Dollar alle ähnlichen Programme in der Welt in den Schatten gestellt. Aber: Die Bodenspekulation ist damit weiter befördert worden. Für regionale und lokale Regierungen und auch für staatseigene Unternehmen« ist das Paket »eine Gelegenheit« gewesen, »ihre Lieblingsprojekte zu finanzieren, z.B. Flughäfen oder High-Tech-Industrien« (Sum 2010, 558). Doch die zentralstaatlichen Mittel zur Gesamtfinanzierung reichen nicht aus und die regionalen und lokalen Regierungen verfügen nicht über ausreichend Eigenmittel – wegen
1 | der Verpflichtung, 60 Prozent ihrer Einnahmen an die Zentrale abzuführen,
2 | der auf die Wirtschaftskrise zurückzuführenden Steuerverluste und
3 | des ihnen auferlegten Verbots der direkten Kreditaufnahme. Deshalb hat sich der Verkauf der Landnutzungsrechte als günstige Einnahmequelle angeboten (ebd.). Von 2008 auf 2009 sind die Einnahmen der regionalen und lokalen Regierungen aus derartigen Landnutzungsrechtsverkäufen über 60 Prozent auf umgerechnet 233 Milliarden US-Dollar gestiegen (559). Von den durch das Konjunkturpaket befeuerten »Überinvestitionen in Infrastrukturprojekte und Wohnungsbau« ging eine die Gesamtwirtschaft destabilisierende Wirkung aus. Es gibt »ausgesprochen ungleiche Effekte« für »die sozio-ökonomische Lage der normalen Bürger und des ›subalternen Südens‹« (560).

Die Entstehung eines der »am meisten wettbewerbsfähigen freien Agrarmärkte der Welt« (Rozelle/jikun Huang 2010, 80) hier und die Aushöhlung der ländlichen Verwaltungen (Smith 2010, 601) sowie Schwächung der Regierungskontrolle da (Wong 2009, 931) sind zwei Seiten der selben Medaille.

Und die staatseigenen Betriebe (State Owned Enterprises – SOE), die oft in direkten Zusammenhang mit den »Kommandohöhen« der Wirtschaft gestellt werden? Als die Zentralregierung daran ging, sie mittels Kürzungen ihrer Rentenfonds und Stellenstreichung in die schwarzen Zahlen zu bringen, »engagierten sich Rentenempfänger, denen ihre Rente verweigert wurde, gemeinsam mit einer wachsenden Zahl von entlassenen Arbeiterinnen und Arbeitern in verschiedenen Formen von Protesten und Demonstrationen« (Oi 2010, 6). Heute kontrolliert die Kommission zur Überwachung und Verwaltung der Staatsbetriebe (SASAC) nur noch 150 SOE; eine wachsende Zahl unter diesen ist »international wettbewerbsfähig«. Im Jahre 2003 fanden sich in der Liste der 500 erfolgreichsten Unternehmen, die die Zeitschrift »Fortune« jährlich erstellt, fünf chinesische SOE, 2006 waren es bereits dreizehn (19).

Angesichts der »Lösung« der Eigentumsfrage durch rasch voran schreitende Privatisierung und der Verschärfung der sozialen Gegensätze rückt die Frage in den Mittelpunkt, zu welchen Regulierungsmaßnahmen die Gongchandang in der Lage sein wird. Jetzt



www.rebearte.info



muss sich zeigen, ob China »die Heilung der mit der Reform geschaffenen Probleme und Ungleichheiten« gelingt (20).

Die Diskussion darüber bewegt sich nach wie vor zwischen den Polen Kapitalismus und Sozialismus. Im Sommer 2007, vor dem 17. Parteitag der Gongchandang, wandten sich 17 Parteiveteranen und marxistische Wissenschaftler an den Staatspräsidenten Hu Jintao und warnten, dass »unsere sozialistische Sache […] ihre Richtung verloren hat«, das Land sich an einem »gefährlichen Punkt« seiner Entwicklung befinde (zit. n. Oi 2010, 6). Der Universitätsprofessor Wang Hui, ein der »Neuen Linken« zugerechneter Kritiker, formuliert, dass China »gefangen« sei »zwischen den beiden Extremen eines fehlgeleiteten Sozialismus und eines Kumpanei-Kapitalismus« und daher »unter dem Schlechtesten beider Systeme« zu leiden habe (zit. n. ebd., 5).

Die chinesische Führung ist sich der Kompliziertheit der Lage bewusst. Heike Holbig zeigt, dass in offiziellen Interpretationen der Welt-Finanz- und Wirtschaftskrise diese nicht als »Folge eines US-amerikanischen Verschuldungsexzesses« gedeutet wird, sondern als »gewissermaßen ›natürlicher‹ Reflex globaler Konjunkturzyklen«. Als eigentliche Ursache der Krise in China werde das »›alte‹, rein auf quantitatives Wachstum ausgerichtete Entwicklungsmodell« ausgemacht. Daher setze man sich nun das Ziel, »das Image Chinas als ›Werkbank der Welt‹

aufzugeben und an dessen Stelle ein neues Entwicklungsmodell zu setzen«: eines, das auf »eine nachhaltige, sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung und eine Balance zwischen Außen- und Binnenwirtschaft« gerichtet sei und in dem die »sozialen Disparitäten«, wie sie im alten Modell angelegt waren, »nicht länger in Kauf genommen werden« dürften (2011, 123).

Mit welchen Schritten auch immer die Gongchandang in den kommenden Jahren den sozialen Disparitäten den Kampf ansagen wird: An den Realitäten des weltweiten Wettbewerbs in der kapitalistischen Globalisierung kommt sie nicht vorbei. China unterliegt dem »Gemeingüterproblem oder ›Gefangenendilemma‹« (Li 2006), das aus dem System einer »Weltwirtschaft mit multiplen politischen Strukturen« entsteht: Jeder Staat, der überdurchschnittliche soziale oder ökologische Leistungen zu erbringen versuche, »manövriert sich auf dem Feld der weltweiten Kapitalakkumulation in eine nachteilige Position gegenüber anderen Staaten«. Die Länder des ›Zentrums‹ können das ausgleichen, indem sie einen Teil der Kosten dieser Leistungen »durch ungleiche Austauschverhältnisse auf die peripheren und semiperipheren Staaten abwälzen«. Für China jedoch, das nach wie vor ein Land der Peripherie sei, existiere diese Option nicht (110).

Damit ist die Frage erneut aufgeworfen, ob Sozialismus in einem Land möglich ist. Für die Sowjetunion und die anderen Länder des europäischen Staatssozialismus ist sie negativ beantwortet. Wird die Entwicklung im bevölkerungsreichsten und wirtschaftsmächtigen Land zeigen, dass Alternativen zum gegenwärtig dominierenden kapitalistischen Entwicklungspfad notwendig globale sein müssen?

LITERATUR

Adolphi, Wolfram, 2010a: Chinas Planwirtschaft als Aufhebung der sowjetischen, in: *Das Argument* 286, 159–69

Ders., 2010b: Kommandohöhen IV, in: HKWM Bd. 7/II, Hamburg, 1235–43

Anderson, Perry, 2010: Two Revolutions, in: *New Left Review* 61, 59–96

Häring–Kuan, Petra, und Yu-Chien Kuan, 2011: *Pulverfass China. Der Gigant auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M

Heberer, Thomas, 2010: Die Modernisierung Chinas. Analyse eines komplexen Prozesses, in: ders. und Jörg Rudolph: *China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zwei alternative Sichten,* Wiesbaden, 13–140

Holbig, Heike, 2011: Die Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteiherrschaft, in: Holger Albrecht u.a. (Hg.), *Autoritäre Regime. Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel,* Schwalbach/Ts., 114–32

Li, Minqi, 2006: Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 105–11

Oi, Jean C., 2010: Political Crosscurrents in China's Corporate Restructuring, in: ders. u.a. (Hg.): *Growing Pains. Tensions and Opportunity in China's Transformation,* 5–26

Peters, Helmut, 2009: *Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus. Auf der Suche nach der Furt,* Essen

Rozelle, Scott, und Jikun Huang, 2010: The Marketization of Rural China: Gain or Pain für China's Two Hundres Million Farm Families?, in: Jean C. Oi u.a. (Hg.): *Growing Pains*, Stanford, 57–85

Seitz, Konrad, 2000: *China. Eine Weltmacht kehrt zurück,* Berlin

Smith, Graeme, 2010: The Hollow State: Rural Governance in China, in: *The China Quarterly* 203, 601–18

Sum, Ngai-Ling, 2010: Die (Semi-)Peripherie ins Zentrum rücken. Eine Kulturelle Politische Ökonomie der ›BRIC‹ und der Fall China, in: *PROKLA* 161, 543–66

Taube, Markus, 2009: Principles of property rights evolution in China's rural industriy, in: Thomas Heberer und Gunter Schubert (Hg.): *Regime Legitimacy in Contemporary China. Institutional change and stability,* London/New York, 109–28

Wong, Christine, 2009: Rebuilding Government for the 21st Century: Can China Incrementally Reform the Public Sector?, in: *The China Quarterly* 200, 929–52

MONDRAGÓN UND DER SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

CARL DAVIDSON

Im spanischen Baskenland ist in den vergangenen 50 Jahren ein Projekt herangewachsen, das für die sozialistische Theorie sowie als Alternative für die Arbeiterklasse von Bedeutung ist – und nun auf Spanien, Europa und den Rest der Welt ausgreift.

Es ist ein radikaler und praktischer experimenteller Versuch, über die eigenen Arbeitsbedingungen und die lokalen Gemeinden selbst zu bestimmen; es wächst stetig, konkurriert erfolgreich mit dem Kapitalismus der alten Ordnung und legt die Grundlagen für etwas Neues – die Mondragón Corporación Cooperativa (MCC).

Allerdings ist strittig, worin dieses Neue besteht: ein wichtiger Anstoß in einer jahrhundertealten Genossenschaftstradition? Element eines neuen Sozialismus? Eine raffinierte Verfeinerung des Kapitalismus und reformistischer Irrweg, der scheitern muss? Ein »dritter Weg« voll utopischer Versprechungen, der sich überall reproduzieren lässt?

EIN PRIESTER MIT EINER PHILOSOPHIE

Die Geschichte Mondragóns beginnt im Jahr 1941 mit der Ankunft Pater Arizmendis im spanischen Baskenland, nach der Niederlage der Republik im Spanischen Bürgerkrieg. Das Baskenland war ein Zentrum des Widerstands gegen Franco gewesen und durch den Konflikt verwüstet worden. Arizmendi hatte auf republikanischer Seite gekämpft, war in Gefangenschaft geraten und nur knapp der Hinrichtung entkommen.

Als junger Priester wurde ihm die Region Arrasate (die baskische Bezeichnung) bzw. Mondragón (die spanische Bezeichnung) zugewiesen. Das Gebirgstal erhielt vom Franco-Regime kaum Unterstützung und war mit permanenter Repression gegen die Basken konfrontiert.

Bei der Neuorganisation seiner Gemeinde musste Arizmendi einen Weg finden, wie die Basken sich selbst helfen konnten. Er begann mit der Gründung einer kleinen Berufsfachschule, die finanziert wurde, indem die Anwohner mit bescheidenen Beiträgen eine kleine Kreditgenossenschaft bildeten. Außerdem gründete er Sport- und auf Familien gerichtete Vereine, die trotz der unter den Faschisten beschränkten Versammlungsfreiheit zusammenkommen konnten. Arizmendi war auch Intellektueller, er hatte die katholische Soziallehre studiert, Marx' politische Ökonomie sowie die Genossenschaftstheorie von Robert Owen, dem britischen utopischen Sozialisten.

Mit diesen Ideen im Gepäck baute er mit Hilfe von Spenden und Krediten der Kreditgenossenschaft mit einem Team junger Arbeiter einen kleinen Genossenschaftsbetrieb auf, dessen Namen ULGOR sich aus den Initialen seiner fünf Studenten zusammensetzt. Der Betrieb nahm 20 weitere Arbeiter auf und stellte kleine, praktische Kerosinöfen zum Kochen und Heizen her. Aufgrund der großen Nachfrage nach dem Ein-Brenner-Ofen wuchs die Genossenschaft. Heute trägt sie den Namen FAGOR und ihre gegenwärtig 8000 Mitglieder produzieren in verschiedenen Abteilungen eine große Bandbreite an Haushaltsgeräten.

Schon das kleine Startup-Unternehmen realisierte eine Grundlage für den Erfolg von MCC: die Verbindung von Schule, Kreditgenossenschaft und Fabrik, alle im Eigentum und unter Kontrolle der Arbeiter und der Gemeinde. Der Aufbau eines einzelnen Genossenschaftsbetriebs hätte nicht funktioniert; für eine Gründung sind verlässliche Kreditquellen und ein Zufluss von Qualifikation und Innovation entscheidend.

In der Regel ist eine MCC-Genossenschaft vollständig im Besitz ihrer Arbeiter: Sie sind gleichmäßig stimmberechtigt und der Lohn entspricht ihrem Anteil am jährlichen Profit; am Ende des Jahres wird der Lohn nach oben oder unten angepasst. Nach dem spanischen Genossenschaftsrecht muss ein Teil des Profits für Schulen, Parks und andere öffentliche Projekte der Gemeinde abgeführt werden. Was übrig bleibt, wird für Reparaturen und Erhaltung von Fabrik und Geräten, für Gesundheitsvorsorge und Renten sowie als Notreserve und für die Löhne der Arbeiter zurückgelegt.

Die Arbeiter-Eigentümer bei MCC sind also keine Lohnarbeiter, sondern assoziierte Produzenten. Die Jahresversammlung der

Arbeiter entscheidet über (unterschiedliche) Einkommenshöhen und wählt einen Verwaltungsrat, der ein Management und einen leitenden Manager anstellt. Manager können von ihrem Posten entlassen werden; nicht so die Arbeiter-Eigentümer: Neu Angestellte können lediglich während der ungefähr sechsmonatigen Probephase entlassen werden. Nach Ende der Probephase erhalten sie die Möglichkeit, Mitglied der Genossenschaft zu werden. Wenn sie die Mittel für ihre Einlage – heute etwa 3 000 Euro – nicht aufbringen können, erhalten sie einen entsprechenden Kredit von der Genossenschaftsbank, den sie im Laufe mehrerer Jahre abbezahlen können. MCC-Genossenschaften haben üblicherweise relativ flache Hierarchien und weniger Vorarbeiter als vergleichbare nicht-genossenschaftliche Unternehmen.

DIE ZEHN PRINZIPIEN

Die von Arizmendi aufgestellten zehn Prinzipien beschreiben die Struktur von MCC und kommen in allen Genossenschaften zur Anwendung:

Freier Zugang: Jeder und jede darf den Genossenschaften beitreten, Basken und Nicht-Basken, Religiöse und Atheisten, Mitglieder aller politischen Parteien oder Parteilose.

Demokratische Organisation Im Zentrum steht das Prinzip »ein Arbeiter, eine Stimme«, im weiteren Sinne geht es um partizipatorische Demokratie am Arbeitsplatz und in der Zusammenarbeit mit dem Management.

Souveränität der Arbeit beschreibt das grundlegende Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und bestimmt, dass die Arbeit über das Kapital herrschen soll, zumindest innerhalb der Genossenschaften, wenn nicht insgesamt in der lokalen Gemeinde.

Kapital als Mittel ergibt sich aus dem Vorangegangenen: Kapital wird als Instrument definiert, das von der Arbeiterschaft benutzt, eingesetzt und kontrolliert werden soll statt umgekehrt.

Selbstverwaltung betont, dass die Arbeiter-Eigentümer nicht nur über ihren Arbeitsbereich und ihre Arbeitsorganisation entscheiden können sollen, sondern auch die in den Verwaltungsrat Gewählten oder ins Management Aufgenommenen so weitergebildet werden sollen, dass sie die Genossenschaften strategisch lenken können.

Einkommenssolidarität: Die Arbeiter-Eigentümer legen den Abstand zwischen den niedrigsten Einkommen und der Bezahlung der Manager sowie der diversen Qualifikations- und Altersstufen dazwischen fest. Ursprünglich war das Verhältnis 3 zu 1, wurde später aber angepasst, weil es zu schwierig wurde, gute Manager zu halten. Heute liegt das Verhältnis im Durchschnitt bei 4,5 zu 1 im Gegensatz zum Durchschnitt von 350 zu 1 bei US-Unternehmen. Der größte Abstand liegt bei 9 zu 1, und dies lediglich bei Caja Laboral, der arbeitereigenen Bank bei MCC.

Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften soll ermöglichen, gemeinsame branchenspezifische Strategien zu entwickeln. Auch können Mitglieder zwischen den Genossenschaften wechseln, wenn ein Unternehmen zwischenzeitlich zu wenige Aufträge hat.

Soziale Transformation: Die Genossenschaften sollen sich nicht nur mit sich selbst beschäftigen, isoliert von der umliegenden Gemeinde. Sie sollen die Genossenschaftswerte dazu einbringen, die Gesellschaft insgesamt verändern zu helfen.

Allgemeine Solidarität: Die Genossenschaften sollen nicht nur untereinander, sondern auch mit der gesamten Arbeiterbewegung – in Spanien und auf der ganzen Welt – Solidarität üben. MCC unterhält mehrere Projekte, die in abgelegenen Gebieten der Dritten Welt Unterstützungsarbeit leisten.
Bildung: So wie der ersten Genossenschaft eine Schule und die Bildung eines Kaders mit genossenschaftlichem Bewusstsein vorausging, betrachtet MCC weiterhin Bildung als einen ihrer zentralen Werte – Vergesellschaftung von Wissen wird als Schlüssel zur Demokratisierung von Macht gesehen – sowohl in der Ökonomie als auch in der Gesellschaft.

Arizmendi sah es als einen Fehler in Owens Genossenschaftstheorie, dass Anteile an jede beliebige Person verkauft werden könnten. Dadurch konnten externe Finanziers Anteile der erfolgreicheren Unternehmen aufkaufen, während die anderen zugrunde gingen. Bei MCC besteht diese Möglichkeit nicht: Ein Arbeiter, der aus der Genossenschaft austritt, kann sich »auszahlen« lassen, seinen Anteil darf er aber lediglich neu eintretenden Arbeitern oder der Genossenschaft selbst verkaufen, die ihn einbehält, bis es wieder Neuzugänge gibt. Auf diese Weise ist das Kapital von MCC in der Hand ihrer Arbeiter geblieben – ein Grund für den Erfolg.

Die Arbeiter behalten durch diese Prinzipien die Kontrolle über ihren Mehrwert, was ihnen einen bescheidenen, aber überdurchschnittlichen Lebensstandard ermöglicht, während sie gleichzeitig ihre Ressourcen für ein maßvolles und geplantes Wachstum der Genossenschaft einsetzen.

Heute umfasst MCC 122 Industrieunternehmen, sechs Finanzorganisationen, 14 Vertriebe (einschließlich der Eroski-Kette mit über 200 Verbrauchermärkten, Supermärkten und Nachbarschaftsläden), außerdem sieben Forschungszentren, eine Universität und 14 Versicherungsunternehmen und internationale Handelsdienstleister. Der Gesamtumsatz belief sich 2009 auf 13,9 Milliarden Euro und eine Belegschaft von fast 100 000 Arbeitern.

In den 50 Jahren seit Bestehen von MCC sind lediglich 6 der 120 Genossenschaften gescheitert. In der letzten Krise hat MCC den Sturm recht unbeschadet überstanden. Keine Genossenschaft musste aufgegeben werden, die Einkommensminderung hielt sich in Grenzen und lediglich Arbeitern in der Probezeit wurde gekündigt. Mittlerweile zieht die Produktion wieder an. MCC bleibt eine bestimmende Kraft in der baskischen Wirtschaft, dem Zugpferd der spanischen Volkswirtschaft insgesamt, und drängt nun in die globale Hightech-Produktion.

GENOSSENSCHAFTEN UND GEWERKSCHAFTEN

Die Basken sind bekannt als Hochgebirgs-Schäfer, aber es gibt auch eine lange industrielle Tradition in den Tälern und Küstenstädten, insbesondere in der Eisen- und Metallverarbeitung. Die Arbeiter in diesen Gebieten wie dem Arrasate-Mondragón-Tal haben früh begonnen, Gewerkschaften zu bilden, und besitzen eine Tradition der branchenübergreifenden Solidarität.

Sharryn Kasmir (1996) hat bei einem Aufenthalt im Baskenland Einstellungen von Arbeitern innerhalb und außerhalb der Genossenschaften zu MCC erforscht.

Kasmir zeigt, dass die traditionellen Ausdrucksweisen der gegenseitigen Verbundenheit in einigen Gebieten, in denen die Mondragón-Genossenschaften dominieren, zurückgegangen sind. Andere Arbeiter betrachten die Arbeiter-Eigentümer von MCC als »zu schwer arbeitend« und zu wenig beteiligt an den politischen Diskussionen in den Kneipen. Dazu kommt, dass die Arbeiter von MCC nur symbolische Präsenz zeigen oder gar nicht erst erscheinen, wenn Streiks ausgerufen und andere Arbeiter zur Solidarität aufgefordert werden.

»Ekzinka, der baskische Begriff für ›in Aktion treten‹, ist ein elementarer kultureller Wert. Baskische Städte sind Zentren der politischen Aktivität. In Mondragón finden politische Diskussionen in Kneipen statt, Demonstrationen sind häufig und die Wände sind mit Postern, Wandgemälden und Graffiti übersäht, was die Städte zu dynamischen Schauplätzen der politischen Debatte macht. Statt die Arbeiter zu Ekzinka anzutreiben, scheint das Genossenschaftswesen jedoch eher Apathie hervorzurufen.« (195)

Kasmir nennt das Beispiel einer kleinen Gruppe junger maoistischer Arbeiter im ULGOR-Betrieb, die in den 1970er Jahren versuchten, Streiks zu organisieren, aber keine große Unterstützung erhielten. Sie wurden von den anderen Arbeiter-Eigentümern aus der Genossenschaft ausgeschlossen, allerdings durfte ein Großteil von ihnen nach einigen Jahren zurückkehren. Dies war der einzige Streik in der 50-jährigen Geschichte von MCC, auch wenn es andere Konflikte über Regionalismus und überbetriebliche Zusammenarbeit gab, die zur Abspaltung einiger weniger Genossenschaften führten.

KLASSE: EIN BLICK ZURÜCK, EIN BLICK NACH VORNE

Es bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den Arbeitern in MCC-Genossenschaften und Arbeitern in anderen Unternehmen. Die Arbeiter bei MCC sind keine Lohnarbeiter, sondern assoziierte Kleinproduzenten. Die meisten Unternehmen bei MCC haben weniger als 500 Arbeiter, viele Betriebe sind deutlich kleiner. Die Manager und die Arbeiter-Repräsentanten in den Verwaltungsräten besitzen denselben Anteil und nur eine Stimme bei der Abstimmung. Wenn Arbeiter in normalen Unternehmen in Solidaritäts-Streik treten, richteten sie sich ggen die Interessen externer Bosse bzw. üben Druck auf sie aus; wenn Arbeiter bei MCC ihre Arbeit niederlegen, schädigen sie ihre eigenen materiellen Interessen. Sie können sich aus Solidarität dazu entscheiden, so wie ein Ladenbesitzer für den Tag eines politischen Streiks schließen kann, aber die Interessenstruktur unterscheidet sich deutlich von der der Lohnarbeiter. Ebenso geht die Zeit, die sie länger im Betrieb bleiben oder nach der Arbeit in der Schule oder bei Fortbildungskursen verbringen, von ihrem Aufenthalt in Kneipen ab (in denen sich viel alltägliche Solidarität abspielt), trägt aber direkt zum Wachstum der Genossenschaft bei und ist in der Weise zu ihrem eigenen Vorteil, während erzwungene Überstunden in einem gewöhnlichen Betrieb hauptsächlich dem externen Eigentümer nutzen.

Daraus ergibt sich die Frage, ob die Klassenposition der Arbeiter-Eigentümer von MCC einen Rückfall in eine kleinbürgerliche Vergangenheit oder einen Schritt in Richtung einer sozialistischen Produktionsweise der

Arbeiterkontrolle darstellt. In Anbetracht der erfolgreichen Ausweitung von MCC legt das Gesamtbild die zweite Antwort nahe.

REPRÄSENTATIVE UND PARTIZIPATORISCHE DEMOKRATIE

Kann die interne Praxis der MCC-Unternehmen noch als Beispiel für direkte und partizipatorische Demokratie am Arbeitsplatz dienen? George Cheney (1999) hat untersucht, wie die Prinzipien von MCC in der Praxis umgesetzt werden.

Das höchste Entscheidungsgremium jeder Genossenschaft und von MCC insgesamt ist die Vollversammlung oder der Kongress. Die durchschnittliche Beteiligung liegt bei etwa 70 Prozent, es besteht Anwesenheitspflicht (Abwesenheit zieht beim ersten Mal eine Warnung nach sich, beim zweiten Mal muss eine Gebühr bezahlt werden).

Die Abteilungen wählen einen Sozialrat, der die Interessen der Arbeiter vertritt und die beidseitige Kommunikation zwischen Management und Arbeitern unterstützt. Einkommenssolidarität und die Verteilung der Profite an alle Arbeiter-Mitglieder sind weitere wichtige Elemente der Unternehmenspolitik. Fred Freundlich sieht darin einen wesentlichen Grund für die starke Verbundenheit mit dem Unternehmen, die sich auch in Marktvorteilen niederschlage.[1]

Die Zentralisierung von Mondragón hat zugenommen: In den 1990er Jahren entwickelte sie sich von einem Verbund von lose durch die Genossenschaften zweiten Grades – die Bank, die Sozialversicherungen, die Universität und die Forschungsinstitute – verknüpften Genossenschaften zu MCC mit seinen Bereichsstrukturen Industrie, Finanzen, Handel und Wissen. Die zentralisierte und vereinheitlichte Struktur ermöglichte dem Management, gemeinsame Strategien zu entwickeln und zu verfolgen, um besser auf dem Markt konkurrieren zu können.

Der höherere Grad an Zentralisierung führte auch zu größerem Marktdruck auf die einzelnen Genossenschaften, was die Intensität der Arbeit und die Innovationsgeschwindigkeit erhöhte.

Partizipation und Debatte bei der Basis der MCC-Genossenschaften sind noch beträchtlich, wenn auch nicht in der Form oder in dem Maße, wie es die Verwaltungsräte und das Management gerne sehen würden. Eine fortdauernde Debatte wird über die Einkommensschere zwischen Managern und Produzenten geführt. Im Allgemeinen liegen die Einkommen bei Mondragón, verglichen mit den Löhnen entsprechender Tätigkeiten in der lokalen Industrie, bei 30 Prozent oder weniger auf Management-Ebene und auf gleichem Niveau im mittleren Management und bei Ingenieuren und Hochqualifizierten. Infolgedessen verdienen die Arbeiter-Eigentümer auf den niedrigeren Einkommensstufen durchschnittlich 13 Prozent mehr als Arbeiter in vergleichbaren Unternehmen.

AUSSICHTEN FÜR GENOSSENSCHAFTEN IN DEN USA

Könnte ein Experiment wie Mondragón in den USA auf fruchtbaren Boden treffen? Nadeau und David (1996) geben einen Überblick über 50 Genossenschaftsprojekte in zwölf verschiedenen Bereichen der US-amerikanischen Gesellschaft, einschließlich Landwirtschaft,

Wohnen, Einkaufsgenossenschaften, Kreditgenossenschaften, soziale Einrichtungen und Energieversorgung sowie arbeitereigene Industriegenossenschaften.

Keine dieser 50 Genossenschaften, ob erfolgreich oder nicht, ist dem Mondragón-Modell der Kombination von Ausbildung, Kreditgenossenschaft und Fabrik gefolgt, obwohl bisweilen alle drei Komponenten in räumlicher Nähe existieren.

Die Cooperative Home Care Associates in der Bronx in New York umfasst mittlerweile 1600 Arbeiter-Eigentümer und hat das Leben der hauptsächlich schwarzen und Latino-Arbeiterinnen entscheidend verbessert. Dem Vorstandsmitglied Kim Alleyne zufolge unterscheidet sich CHCA von anderen Unternehmen in der New Yorker Pflegeindustrie durch Verwandlung von Teilzeit- in Vollzeitstellen. 80 Prozent der Gewinne gehen in die Löhne und Sozialleistungen. Es werden Schulungen angeboten und es besteht die Möglichkeit, Anteile zu erwerben und als Arbeiter-Eigentümer Dividenden von den jährlichen Profiten zu erhalten.

Ein weiteres interessantes Beispiel findet sich in Kaliforniens Bay Area. Dort haben Cheeseboard Pizza und fünf andere Bäcker ein Genossenschaftsnetzwerk von Arizmendi-Bäckereien gebildet. Etwa 200 Arbeiter-Eigentümer produzieren Backwaren und betreiben Restaurants, die wiederholt Preise für beste Küche und beste Restaurants in der Gegend gewinnen. Obwohl klein im Vergleich zu MCC, schließt das Netzwerk eine Genossenschaft zweiten Grades ein, die den anderen Genossenschaften bei Finanzdiensten hilft.

An dem von Martin Eakes und Bonnie Wright in North Carolina gegründeten Projekt Center for Community Self-Help zeigt sich allerdings ein Kernproblem. Sie schulten von Betriebsschließungen betroffene Arbeiter um und wollten ihnen beim Aufbau von Genossenschaften helfen. Doch der »Motor, aus dem Mondragón seine Energie bezog«, fehlte in North Carolina, dadurch war die Entwicklung von Arbeitergenossenschaften behindert: »Sie hatten keinen Zugang zu Kapital. Also folgerten Eakes und Wright, dass ihr nächster Schritt in der Gründung eines Caja für North Carolina bestehen musste« (Nadeau/Thomson 1996).

Sie begannen mit einem Kuchenbasar und gründeten innerhalb von drei Jahren die Self-Help Credit Union mit mehreren Millionen Dollar an Einlagen von lokalen Kirchen und staatlichen Zuschüssen. Nach weiteren sieben Jahren waren darüber Unternehmen mit ungefähr 4 000 Arbeitsplätzen und 2 000 Kindergartenplätzen entstanden. In Cleveland in Ohio gab es eine ähnliche Entwicklung. Die Cleveland Foundation und andere gemeinnützige Einrichtungen hatten jahrelang wiederholt Umschulungsprogramme für Langzeitarbeitslose in armen Wohnvierteln finanziert, für die es dennoch keine Arbeit gab. Schließlich reiste eine Kerngruppe von Geldgebern und Verbündeten nach Mondragón und ließ sich davon bei ihrer Rückkehr zur Gründung der Evergreen Cooperatives anregen (vgl. *Luxemburg* 4/2010, 34ff), denen die örtlichen Hochschulen als Ausbildungsstätten und die Stiftungen als Quelle für Startkapital dienten.

DAS ABKOMMEN MIT DEN STAHLARBEITERN

All diese Bemühungen erhielten eine nationale Bedeutung mit der Entscheidung der United Steel Workers, einer der größten In-

dustriegewerkschaften der USA, eine formelle Partnerschaft mit MCC einzugehen und zu versuchen, in niedergegangenen Regionen des Rust Belt arbeitereigene Unternehmen zu gründen.

Die USW ist mit 850 000 Mitgliedern in Kanada und den USA die größte Industriegewerkschaft in Nordamerika. Die USW hat unter der Führung von Leo Gerard eine »blau-grüne« Allianz mit Umweltschützern geschmiedet, um sicherzustellen, dass grüne Jobs auch gute Jobs sind. Gerard sieht in Windturbinen, Solarzellen und anderen Elementen einer grünen Ökonomie das Potenzial, den Produktionssektor in Nordamerika wiederzubeleben. Aber er sieht auch, dass Arbeiter und ihre Gemeinden mehr brauchen als nur neue Produkte, die sie herstellen können. So hebt er den Unterschied zwischen Belegschaftsaktienprogrammen (ESOPs) und Gewerkschaftsgenossenschaften hervor: »Wir haben viel Erfahrung mit ESOPs, und wir haben festgestellt, dass es den Leuten von der Wall Street nicht schwer fällt, die Arbeiter zurückzudrängen und wieder die Kontrolle zu übernehmen. In dem Genossenschaftsmodell von Mondragón mit dem Prinzip ›ein Arbeiter, eine Stimme‹ sehen wir eine Möglichkeit, die Arbeiter wieder zu ermächtigen und die Wirtschaft der Main Street statt der Wall Street rechenschaftspflichtig zu machen. Zu oft mussten wir beobachten, wie die Wall Street unsere Unternehmen durch Abzug ihres Geldes und Kapitals ausgehöhlt hat und unsere Gemeinden durch Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen unterhöhlt hat. Wir brauchen ein Geschäftsmodell, das in Arbeiter und Gemeinden investiert.« 2006 förderte die St. Mary's University in Nova Scotia ein internationales Symposium über die Beziehung zwischen Genossenschaften und Gewerkschaftsorganisationen (vgl. www.Mmccu.coop/coopworkers). 2007 brachte die Eastern Conference on Workplace Democracy Genossenschaftler und Gewerkschafter in den USA zusammen.

Kurz darauf folgte eine ähnliche Partnerschaftserklärung zwischen MCC und der Stadt Richmond in der Bay Area. Die Bürgermeisterin von Richmond, Gayle McLaughlin (Grüne Partei), hatte Mondragón persönlich besucht und förderte das Bündnis zwischen der USW und MCC.

Die ökonomischen Bedingungen in den USA bleiben schwierig. Bankkredite sind schwer zu bekommen und die Arbeitslosigkeit liegt bei fast 10 Prozent. Blockiert durch wieder erstarkte neoliberale Kürzungspolitik streicht der Staat auf allen Ebenen Gelder für Stadtentwicklung und Förderung kleiner Betriebe zugunsten von Steuererleichterungen für die Superreichen.

David Schweickart (2002) stellt sein Projekt einer »Wirtschaftsdemokratie« dagegen. Zentral ist dabei, dass die Arbeiter die Manager ihrer Unternehmen wählen und entweder der Staat das Unternehmen kollektiv verpachtet oder es Genossenschaftseigentum wird. Der geschaffene Reichtum wird unter den Mitgliedern geteilt. Finanzieller Erfolg ist möglich, wenn die Genossenschaften Konsumentenbedürfnisse erkennen, vernünftige Produkte für diese Bedürfnisse entwickeln und sie zu angemessenen Preisen anbieten.

Schweickart projiziert das Mondragón-Modell auf den Maßstab einer Volkswirtschaft,

es nimmt die Form eines von Arbeitern kontrollierten Marktsozialismus an. Im Kern beruht sein Argument auf der Trennung der Märkte in drei Bereiche: Kapitalmarkt, Arbeitsmarkt und Waren- und Dienstleistungsmarkt. Er schlägt vor, Kapitalmärkte insgesamt abzuschaffen oder wenigstens stark zu beschränken, indem der Staat in Krisenzeiten Banken und Konzerne aufkauft oder übernimmt und in öffentliche Fonds verwandelt. Der Arbeitsmarkt soll durch starke Reduzierung der Lohnarbeit umgebildet bzw. beschränkt werden und der Großteil der Arbeiter in Eigentümer oder Pächter ihrer Unternehmen werden und sie demokratisch selbst verwalten. Waren- und Dienstleistungsmärkte würden dagegen intakt bleiben, wenn auch gemäß ökologischer Nachhaltigkeit und anderer Kriterien des Gemeinwohls reguliert.

MONDRAGÓN ALS BRÜCKE ZUM SOZIALISMUS

Was die Arbeiter-Eigentümer bei MCC aufgebaut haben, interpretiert Schweickart als Brücke zu einer kleinen sicheren Insel – ein kleiner Sieg im »Stellungskrieg« in Gramscis Sinne.

MCC selbst ist offiziell nicht mit einer bestimmten baskischen oder spanischen politischen Partei verbunden. »Parteilos« bedeutet aber nicht »parteifeindlich«. MCC arbeitet mit einer Reihe sozialistischer und baskischer Parteien und Funktionäre zusammen, um die Wirtschaft und Infrastruktur der Bildungsplanung im Baskenland aufzubauen. Die Arbeiter in den MCC-Genossenschaften gehören einem weiten Spektrum sozialistischer, kommunistischer und baskischer nationalistischer Gruppierungen an, von der Linken bis in die Mitte. In der Vergangenheit hat es harte Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen und einigen militanteren nationalistischen Gruppen gegeben, doch heute geht der Trend zu größerer Einheit und Beendigung aller Gewalt.

Nicht alle Genossenschaften sind links – weder in Spanien noch in den USA oder anderswo. Und jene mit einem progressiven Hintergrund sind nicht die einzigen Beispiele für gewonnene Stellungen im »Stellungskrieg«. Weitere Rückhalte müssen geschaffen und verbreitet werden – progressive Gewerkschaften und Betriebsräte, Gemeindeschulen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Koalitionen sowie in der Arbeiterklasse verwurzelte progressive politische Organisationen und Parteien. All dies sind organisatorische Mittel für eine ganze Bandbreite an Taktiken, die in verschiedenen Phasen und an diversen Fronten im Klassenkampf und in popularen demokratischen Kampagnen benötigt werden. Die Leistung von Mondragón besteht darin, dass es zeigt, was die »Herrschaft der Arbeiterklasse« im Sozialismus für ein neues Jahrhundert bedeuten kann.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

LITERATUR

Cheney, George, 1999: *Values at Work: Employee Participation Meets Market Pressure at Mondragon*, New York

MacLeod, Greg, 1997: *From Mondragon to America: Experiments in Community Economic Development*, Sydney

Kasmir, Sharryn, 1996: *The Myth of Mondragon: Cooperatives, Politics and Working-Class Life in a Basque Town*, New York

Nadeau, E.G., und David J. Thompson, 1996: *Cooperation Works! How People Are Using Cooperative Action to Rebuild Communities and Revitalize the Economy*, Petersham, Mass.

Schweickart, David, 2002: *After Capitalism*, Lanham

1 Vgl. www.clcr.org/publications/other/Intro_To_Mondragon.doc, 4.8.2011



flickr/
Just Coffee Cooperative,
RedCafes, Mexico

ITALIEN: KOOPERATIVEN OHNE INDUSTRIEPOLITIK

MATTEO GADDI

Nach der Abschaffung des Instituts für Industrielle Beziehungen (IRI) und den Privatisierungen der 1990er Jahre – zum großen Teil durch Mitte-Links-Regierungen organisiert – gibt es in Italien keine Instrumente der öffentlichen Hand mehr, mit denen in die Wirtschaft eingegriffen werden könnte. Ensprechend gibt es auch keine Instrumente, mit denen die Beschäftigten ihr Unternehmen übernehmen könnten, wenn der Besitzer es loswerden möchte – sei es aufgrund von Krise, finanziellen Überlegungen, Haushaltsproblemen, Unternehmensstrategien o.ä.

Einige Vereinbarungen mit Gewerkschaften aus der letzten Zeit vor allem im Bereich von Haushaltsgeräten, bei den Firmen Indesit und Electrolux, beinhalteten finanzielle Anreize, die eine Selbstverwaltung von entlassenen Arbeitern fördern sollten: bislang ohne jede Ergebnisse, da sie sich vor allem als ein Manöver erwiesen, mit dem Unternehmen Beschäftigte aus der Firma herausdrängen wollten, wenn sie Personal abbauen wollten.

In den meisten Fällen haben sich die Anstrengungen der Arbeiter in von der Schließung bedrohten Unternehmen darauf konzentriert, einen neuen Unternehmer zu finden, der die Firma übernehmen würde.

So auch im Fall von INNSE[1], wo der Kampf der Beschäftigten nur zu einem positiven Ausgang gebracht wurde, weil ein Unternehmer die zeitweilig von der Belegschaft verwaltete Firma übernommen hatte. In der Linken wird der Kampf der Beschäftigten von INNSE immer als erfolgreicher Widerstand gesehen, und er hat sicherlich verhindert, dass INNSE Mailand die Produktion einstellte. Doch auch dieses Unternehmen wäre ohne das Eingreifen des neuen Unternehmers nicht zu retten gewesen. Das Beispiel INNSE zeigt den Mangel an öffentlichen oder gesellschaftlichen Mitteln: Weder können öffentliche Unternehmen zur Re-Industrialisierung geschaffen, noch Unternehmen in die Hand von Beschäftigten gegeben werden.

Die Belegschaft kann ein Unternehmen übenehmen, **1 |** wenn Institutionen vor Ort aktiv werden und die Überführung des Eigentums in Belegschaftshand unterstützen, oder **2 |** wenn eine Kooperative gebildet wird und sie das Unternehmen übernimmt.

Beides kann scheitern: So muss der frühere Besitzer der Übertragung des Unternehmens zustimmen; die Produktionszwecke müssen den ursprünglich nach den Gebietsverordnungen genehmigten produktiven Zwecken entsprechen; die Kreditversorgung muss gesichert sein; die örtlichen Behörden müssen die unternehmensnahen Dienstleistungen (Stromversorgung u.ä.) garantieren; die gewerkschaftlichen Vereinbarungen müssen sich um alle Beschäftigten kümmern, ggf. Sozialversicherungsrücklagen ersetzen und Verfahren für die Verwaltung des Mehrwerts schaffen.

Syntess, eine Textilfirma in Bollate (Provinz Mailand), ist aus den Trümmern von Timavo&Tiene entstanden, die Rohtextilien verarbeitet hat. Die Fabrik bestand aus einem Chemielabor, dem Färbe- und dem Endverarbeitungsbereich und produzierte Baumwoll- und Baumwollmischmaterialien für Unterwäsche, Bettwäsche etc. Seit Anfang der 1980er Jahre war Timavo&Tiene wiederholt von den Krisen des Textilbereichs gebeutelt, im November 2004 wurde sie geschlossen. Im März 2005 entstand mit Hilfe eines Minderheitenpartners die Tintoria di Bollate. Dieser hoffte, dass das Gebiet von der Klassifizierung »industriell« zu »tertiär« wechseln könnte und so höhere Profite möglich wären. Der Stadtrat von Bollate entschied einstimmig für eine dauerhafte Zuordnung als industrielle Nutzung. Zwar schrieb die Tintoria nach wenigen Monaten schwarze Zahlen, doch der Partner zog sich zurück und stellt die Produktion ein.

Die Beschäftigten übernahmen die Firma und bildeten im März 2006 *Syntess Srl* – mit politischer und wirtschaftlicher Unterstützung der Provinz, der Gemeinde und der Gewerkschaften. Der Grundbesitzer stellte Verträge mit günstigen Pachtbedingungen für das Gelände und die Maschinen aus. Besonders der damalige Provinzrat für Arbeit, Bruno Casati von der Rifondazione Comunista, beförderte den Prozess. Juristisch war Syntess keine Kooperative, sondern eine Kapitalgesellschaft aus Einzeleignern mit gleichen Anteilen von 1 500 Euro; hinzu kamen 200 000 Euro von der Provinz als Förderung der Selbstverwaltung: 2 200

Euro pro Kopf reichten aus, um die Firma zu übernehmen. Syntess hatte Probleme, die Firma mit Kapital auszustatten, das Fabrikland anzukaufen und das Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen. Der Textilsektor war insgesamt in Schwierigkeiten und Finanzierungen für notwendige Ausrüstung und Maschinen zu bekommen, war kaum möglich. Das produktive Potenzial konnte nicht ausgeschöpft werden, die Einnahmen reichten nicht, um Auslagen für Produktion, Pacht und Strom zu decken. Ein Projekt, mit dem eigene Stromproduktion durch Fernwärme möglich werden sollte, konnte nicht realisiert werden und die Arbeiter waren nicht in der Lage, die Firma mit ihren eigenen Mitteln zu rekapitalisieren. Es mangelte an Aufträgen, Syntess wurde boykottiert, und die Mittel für Abfindungen schmolzen dahin. Für die verbleibenden Mitarbeiter wurden neue Anstellungen gesucht.

Anders war der Fall einer Krawattenfabrik in der Provinz Reggio Emilia. Das Unternehmen war bankrott und vom Besitzer aufgegeben. Die Arbeiter bildeten eine Kooperative und übernahmen die Produktion. Auch in diesem Fall war der Einsatz eines Vertreters der Rifondazione Comunista wichtig: Gianni Tasselli, in der Partei zuständig für Kooperativen. Die Arbeiter konnten aus ihren Ersparnissen und dem Abfindungsfonds Anteile von etwa 10 000 Euro aufbringen und mit Hilfe von Legacoop eine Kooperative gründen.

Anders als Syntess – das Teil einer Produktionskette war –, stellt die Krawattenfabrik ihr Produkt in Gänze her und bringt es direkt auf den Markt (nicht an Endverbraucher, aber an den Einzelhandel). Ausbleibende Bestellungen waren insofern kein Problem.

Legacoop ist ein Verband von verschiedenen Kooperativen und Genossenschaften: produzierende, konsumierende, Wohnungsgenossenschaften und solche, die sich um soziale Aspekte gründen. Es verfügt über Finanzen, die von Coopfond verwaltet werden; Coopfond arbeitet non-profit und dient ausschließlich dem Ziel, Kooperativen in Gründung zu unterstützen. Ein Gesetz aus dem Jahr 1992 erlaubt »Fonds zur gegenseitigen Hilfe« **1 |** Unterstützung bei der Gründung von Kooperativen; **2 |** Anteile von Genossenschaften oder von Belegschaftsbetrieben zu halten; **3 |** spezielle Programme zur Bildung von Genossenschaften zu finanzieren.

In diesem Fall konnten die Arbeiter auf Legacoop zurückgreifen und Mittel von Coopfond für die Übernahme des Unternehmens als Kooperative und die technische Unterstützung für den Übergang erhalten.

Das Mittel der Kooperative hat Grenzen: Es ist nur anwendbar bei kleinen Unternehmen, die ein kleines Marktsegment bedienen und eine überschaubare Belegschaft mit einem guten Zusammenhalt haben. Sie kann auch so eingesetzt werden, dass sie keinen gesellschaftlichen Wert hat: Die Interessen, Steuern zu sparen und die Arbeiter noch mehr auszubeuten, können im Vordergrund stehen. Das lässt sich nicht verallgemeinern – doch es werden Kontrollmechanismen benötigt, um zu verhindern, dass Kooperativen für Kapitalinteressen missbraucht werden.

Übersetzung Eric Canepa und Christina Kaindl

1 Metallverarbeitendes Unternehmen, vgl. www.labournet.de/internationales/it/innseindex.html





flickr/Just Coffee Cooperative, RedCafes, Mexico

GEGEN DEN GLOBALISIERTEN AGROINDUSTRIELLEN KOMPLEX

AGRARGENOSSENSCHAFTEN UND ALTERNATIVE SOLIDARWIRTSCHAFT IN SÜDAFRIKA

VISHWAS SATGAR

VON DER APARTHEID ZUM AFRO-NEOLIBERALISMUS

Der Afrikaaner-Nationalismus errichtete den Apartheidstaat zur Ausgrenzung und Ausbeutung der Mehrheit, um einer Minderheit alle Ressourcen, Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Der Landraub als eine von vielen Methoden der Zwangsproletarisierung hatte längst begonnen, als die National Party 1948 zum Hauptakteur des Afrikanerdom und der Entwicklung des Apartheidsstaats aufstieg. In den 1870er Jahren wurde der Enteignungsprozess in die Wege geleitet, und im 20. Jahrhundert reduzierten die Bodengesetze von 1913 und 1936 den Anteil der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit am gesamten Landbesitz auf 13 Prozent. Dieser Vorgang hatte eine zweifache Konsequenz: Er zerstörte eine erfolgreiche afrikanische Landwirtschaftstradition und zwang gleichzeitig die afrikanische Mehrheit in einen Prozess der Proletarisierung. Lohnarbeit in den Bergwerken, auf der Farm oder in der Fabrik

wurde zur notwendigen Subsistenzbedingung, um in den sogenannten Reservaten und späteren Homelands unter der Herrschaft der National Party zu überleben. Umgekehrt wurde eine Subsistenzlandwirtschaft in den Homelands als notwendig betrachtet, um die Kosten der Arbeit niedrig zu halten.[1]

In den 1960er und 1970er Jahren förderte die National Party einen gewaltigen Modernisierungsschub im agroindustriellen Komplex (Feinstein 2005, 193–200). Sie gewährte Schutz durch Importsubstitutionsmaßnahmen, billige Kredite, Dürre- und Hochwasserhilfen, Treibstoffrabatte, Düngemittelsubventionen oder reduzierte Bahnfrachttarife und stärkte das System der landwirtschaftlichen Marktverbände, die weiße Betriebe subventionierten, das Angebot kontrollierten und die Preise, sogar für Grundnahrungsmittel, künstlich hochhielten. Die landwirtschaftlichen Produktionsprozesse und die Transport- und Vertriebswege wurden mechanisiert. In den 1970er Jahren erhöhten sich die Kapitalinvestitionen, während die Arbeitsintensität zurückging.

Die Gesamtfaktorproduktivität nahm vor allem bei Exportprodukten wie Wein, Obst und Gemüse zu. Pestizide gegen Unkraut und Schädlingsbefall, chemische Düngemittel, Hochertrags-Saatguttechnologien und verbesserte Bewässerungsmethoden wurden eingesetzt und vermehrte staatliche Forschungsanstrengungen betrieben. Südafrika erlebte seine »grüne Revolution« während der Apartheid. All das hatte zur Folge, dass die Schere zwischen dem von Weißen kontrollierten agroindustriellen Komplex und der schwarzen Subsistenzlandwirtschaft immer größer wurde. Die letzteren erhielt keine infrastrukturellen, finanziellen, technischen oder sonstigen notwendigen Hilfen; sie verkam zu einer ertragsarmen, unproduktiven Teilzeitaktivität. Gleichzeitig hatten schwarze, insbesondere afrikanische Verbraucher die Last hoher Lebensmittelpreise bei relativ niedrigen Einkommen zu tragen.

Ein Eckpfeiler dieses rassistischen Nationsbildungsprojekts und des zunehmend monopolistischen agroindustriellen Komplexes war die weiße Genossenschaftsbewegung. Sie wurde politisch, gesetzlich und finanziell durch die Bodenkreditbank, durch steuerliche Vergünstigungen und durch Ausbildungsprogramme gefördert (Roberts 2009, 1ff). Die Zahlen sprechen für sich. Zu Beginn der 1990er Jahre hatten die 250 weißen Genossenschaften rund 142 000 Mitglieder, Vermögenswerte in Höhe von insgesamt 12,7 Milliarden Rand, einen Umsatz in Höhe von 22,5 Milliarden und einen jährlichen Bruttogewinn von mehr als 500 Millionen Rand zu verzeichnen (Amin/Bernstein 1995). Sie tätigten sämtliche Exporte von Obst und Südfrüchten, erzeugten die gesamte Wollproduktion und verkauften 90 Prozent der Trockenfrüchte. Hinsichtlich der Betriebsmittel lieferten oder finanzierten sie 90 Prozent der Düngemittel, 85 Prozent der Treibstoffe, 65 Prozent der Chemikalien und einen Großteil der Maschinen und Geräte, die von weißen Farmern eingesetzt wurden; sie gewährten außerdem 25 Prozent der von ihnen beanspruchten Kredite (ebd., 5). Im Zentrum dieses weißen agroindustriellen Komplexes standen elf Sommergetreide-Genossenschaften. Die beiden größten hatten einen Jahresumsatz

von 2,374 bzw. 2,22 Milliarden Rand, was den Vergleich mit Südafrikas größten Nahrungsgüterkonzernen wie Imperial Cold Storage oder Rainbow Chickens (2,4 bzw. 1,5 Milliarden im Jahr 1993) nicht zu scheuen braucht.

Diese Landwirtschaftskonzerne waren eigentlich keine Genossenschaften, auch wenn sie sich so nannten. Sie standen nur Weißen offen und widersprachen damit den geltenden Grundsätzen und Werten des Genossenschaftswesens.[2] Sie hatten außerdem während der letzten Jahrzehnte Managementmethoden übernommen und wie kapitalistische Unternehmen agiert, während die Kontrolle durch die Mitglieder zurückging. Verstärkt wurde diese Entwicklung nach der Apartheid durch den Übergang von einem internationalisierten zu einem globalisierten agroindustriellen Komplex. Dieser Übergang wurde vorangetrieben durch die Neoliberalisierung von Südafrikas politischer Ökonomie. Obwohl deren Ursprünge in der Zeit der Apartheid liegen, hat die Regierung des African National Congress (ANC) diesen Prozess vertieft und dem Neoliberalismus ein afrikanisches Gesicht verliehen. Dieser »Afro-Neoliberalismus« kam 1994 in Südafrikas erstem demokratischen Haushalt und später in der schändlichen wirtschaftspolitischen Strategie für »Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung« von 1996 zum Ausdruck (Satgar 2008).

Die von der ANC-Regierung betriebene afro-neoliberale Wende hat die ganze südafrikanische Wirtschaft mitsamt dem weißen agroindustriellen Komplex reorganisiert und globalisiert. Man hätte erwarten können, dass die weiße Landwirtschaft durch das Klima des globalen Wettbewerbs ihre Monopolstellung verliert und den Weg zur Entrassisierung des agroindustriellen Komplexes freimachen wird, aber dem war nicht so. Die Regierung entschied sich schon frühzeitig für eine marktorientierte Landwirtschaftspolitik, die sich unter dem Einfluss der Weltbank auf Exportüberschüsse orientierte. Diese wurden vor allem durch den weißen agroindustriellen Komplex sichergestellt.[3] Die neoliberale Wirtschaftspolitik reorganisierte dessen Akkumulationsdynamik durch Liberalisierung, Deregulierung und Wettbewerb.[4] Die von den Erzeugern kontrollierten Marktverbände wurden aufgelöst und Einfuhrbeschränkungen abgebaut.

Bei den weißen Genossenschaften verschärfte die neoliberale Landwirtschaftspolitik des ANC die Abkehr vom Genossenschaftsmodell. Dabei setzten sich zwei Tendenzen durch.

Die erste kommt darin zum Ausdruck, dass die wichtigsten Teile des globalisierten agroindustriellen Komplexes von einer zunehmend geringeren Zahl »weißer Genossenschaften« kontrolliert werden. Im Jahre 2005 gab es nur noch 78 (statt wie in den frühen 1990er Jahre 250) Genossenschaften für Obst- und Gemüseproduzenten, Viehzucht, Getreide und Ölsaaten, Fleisch-, Holz-, Tabak- und Weinproduzenten, die einen Umsatz von 6,7 Milliarden Rand erzielten, ein Betriebsvermögen im Wert von 5,4 Milliarden verzeichneten und 203 207 Mitglieder hatten.[5] Die strukturelle Macht dieser »Genossenschaften« (die vielleicht zutreffender als Monopolunternehmen zu bezeichnen wären) wurde durch die Neoliberalisierung verstärkt. Nach dem Wert der genossenschaftlichen Produktion steht die Landwirtschaft in Südafrika nach wie

vor an der Spitze, und sie wird bei genauerer Betrachtung von weißen Monopolunternehmen beherrscht, die nur formalrechtlich als Genossenschaften bezeichnet werden.

Die zweite Haupttendenz im Zuge der Neoliberalisierung ist die Umwandlung vieler dieser »Genossenschaften« in Privatunternehmen oder Aktiengesellschaften.[6] Ein aktuelles und bezeichnendes Beispiel dafür ist das einer der ältesten südafrikanischen Landwirtschaftskooperativen, der National Cooperative Dairies (NCD).

Diese Molkereigenossenschaft, entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Initiative zum Betrieb einer Butterfabrik, ist heute Südafrikas größter oder zweitgrößter Milchlieferant. Das Wachstum verdankt sich ihrer Globalisierungsstrategie, die dazu führte, dass sie im Jahre 2003 ihren Genossenschaftscharakter aufgab und zu einem privatwirtschaftlich geführten Unternehmen wurde. Begleitet wurde diese Umwandlung von Joint Ventures mit dem Milchriesen Danone (an dem die NCD einen Anteil von 45 Prozent erwarb) und der neuseeländischen Landwirtschaftskooperative Fonterra, vor allem zur Vermarktung von milchbasierten Zusatzstoffen und zur Belieferung von Schnellrestaurants in der gesamten südafrikanischen Region. Heute wird die NCD an der Johannesburg Stock Exchange (JSE), Afrikas globalisiertester Börse, als Aktiengesellschaft geführt. Mit dem Versuch, ihr Kapital auf 500 Millionen Rand zu erhöhen, ist sie auf dem Weg zur Globalisierung ihrer Eigentümer- und Anteilsstruktur. Sie will sich damit im globalisierten agroindustriellen Komplex positionieren und ihren Marktanteil auf dem Fast-Food-Markt steigern, indem sie sich mit den Supermarktketten Massmart und ShopRite liiert und dadurch ihre Aktivitäten auf dem südafrikanischen Kontinent weiter globalisiert.

Dieses Beispiel ist für Südafrikas globalisierten agroindustriellen Komplex nicht ungewöhnlich. Der Export von Qualitätswein, Obst und Gemüse bis nach Europa ist heute ein fester Bestandteil des Welthandels, der durch den Afro-Neoliberalismus für Südafrikas Wettbewerbsfähigkeit und Exportorientierung noch wichtiger geworden ist.

FOLGEN FÜR SÜDAFRIKAS GLOBALISIERTEN AGROINDUSTRIELLEN KOMPLEX

Durch den Verlust der Ernährungssouveränität hatte die Globalisierung der südafrikanischen Nahrungsgüterindustrie verheerende Folgen. Südafrika ist vom Nettoexporteur zu einem Nettoimporteur von Nahrungsmitteln geworden. Die gesamte Produktions- und Handelsinfrastruktur seiner Nahrungsgüterindustrie trug durch Kohlenstoffemissionen zur globalen Erwärmung bei. Der Anteil der Landwirtschaft an den südafrikanischen Treibhausgasemissionen, die ohnehin die höchsten in Afrika sind und weltweit an vierzehnter Stelle stehen, beläuft sich auf neun Prozent.

Die andere Seite neben der fossilbasierten, gentechnisch-orientierten globalisierten Produktion ist der Anstieg der Lebensmittelpreise. Südafrika importiert jährlich 1,4 Millionen Tonnen Weizen. Diese Einfuhren wirkten sich preistreibend auf die Wertschöpfungskette von Korn zu Brot aus. Da der Weizenpreis auf den globalisierten Märkten aufgrund von angebotsorientierten Faktoren gestiegen ist, führte dies zu höheren Verbraucherpreisen.

Wie Cock (2009) zeigt, hatte die politische Ökonomie dieser Wertschöpfungskette außerdem eine verstärkte Eigentums- und Machtkonzentration in der einheimischen Weizenproduktion und in der Mehl- und Backwarenindustrie zur Folge.

Die Geschäfte mit dem Brot stellten eine große Belastung für Arbeiterfamilien dar. Eine in Pimville (Soweto) anhand von 40 Arbeiterhaushalten durchgeführte Erhebung ergab, dass dort 60 Prozent des Monatseinkommens für Lebensmittel und davon allein 31 Prozent für Brot ausgegeben wird (Joynt 2010, 34). Darüber hinaus ergab eine qualitative Studie im gleichen Arbeiterbezirk, dass der allgemeine Anstieg der Lebensmittelpreise vielfach Hunger verursachte (ebd.). Das ist unmittelbar mit der neuen Praxis des »Shoplifting« verbunden, bei der Menschen in Supermärkte eindringen und dort Lebensmittel konsumieren. Über diese Mundraubpraktiken berichteten führende südafrikanischen Zeitungen; sie haben auch die Aktionen des Unemployed Peoples Movement (UPM), der Arbeitslosenbewegung, beeinflusst. UPM-Führer wurden verhaftet; aber es kamen die verzweifelten Kämpfe der Menschen zur Befriedigung gundlegender Bedürfnisse ans Licht.

Der globale agroindustrielle Komplex verursacht Ernährungsungleichheit, die eine Herausforderung für die Politik der Ernährungssouveränität darstellt: Auf Verbraucherseite stellen Mangelernährung wie Übergewichtigkeit zentrale Probleme dar, die in allen Bevölkerungsteilen, aber in der schlimmsten Form bei südafrikanischen Kindern auftreten (Chopra/Whitten/Drimmie 2009).

SOLIDARWIRTSCHAFTLICHE ERNÄHRUNGS-KOOPERATIVEN

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und zunehmenden Ernährungsunsicherheit entwickeln sich in armen Gemeinden zunehmend Nahrungsproduktionsinitiativen.[7] Es entstanden Gemüsegärten, Lebensmittelprojekte oder -vereine und viele weitere Projekte. Darüber hinaus hat sich der Staat bemüht, unter den neu aufkommenden schwarzen Farmern das Genossenschaftswesen zu fördern.

Die allgemeinen Erfahrungen mit einer staatlich betriebenen Genossenschaftsentwicklung waren allerdings negativ. Eine von oben betriebene Politik hat sowohl die Entstehung einer Genossenschaftsbewegung als auch das Aufkommen lokaler Basisinitiativen verhindert. Südafrika hat seit 1996 zwei Phasen einer von oben betriebenen Politik der Genossenschaftsentwicklung erlebt, die beide dramatisch gescheitert sind. In der zweiten Phase, in den Jahren 2000 bis 2003, verpflichtete das Handels- und Industrieministerium den südafrikanischen Genossenschaftsverband NCASA (National Cooperative Association of South Africa) in einem Partnerschaftsabkommen zum Aufbau von Genossenschaftsentwicklungszentren. Nach fünf Jahren war kein einziges entstanden, die NCASA wurde für insolvent erklärt und Millionen von Rand waren ohne Nachweis verschwunden. Im Nachhinein wird bei genauerer Untersuchung klar, dass die Finanzbürokratie der NCASA eine Funktion zuweisen wollte, die sie objektiv nicht erfüllen konnte (Satgar/Williams i.Vorb.). Das entlastet sie allerdings nicht von den organisatorischen Schwächen, die zu ihrem Scheitern mit beitrugen. Inzwi-

schen hat eine dritte Phase des Aufbaus einer Genossenschaftsbewegung begonnen, die immer noch vom Staat gesteuert wird.

Bei den Einzelgenossenschaften, einschließlich der landwirtschaftlichen, hat der Staat nicht genügend getan, um genossenschaftliche Werte und Prinzipien zu vermitteln. Er hat statt dessen Genossenschaften im Zuge der Schwarzen Wirtschaftsförderung finanziert, was zu Profitstreben, Patronage und Korruption führte. Organisatorisch mangelt es diesen Genossenschaften an grundlegenden Fachkenntnissen, technisch fehlt es an praktikablen Kooperationsstrategien. Viele dieser Mängel wurden anhand der ersten amtlichen Grundlagenstudie über die südafrikanischen Genossenschaften von der Regierung selbst konstatiert. Die im Jahre 2009 durchgeführte Untersuchung ergab, dass nur 2644 der 22 030 amtlich registrierten aktiven Genossenschaften noch tätig waren. Landesweit hatten also 12 Prozent überlebt (DTI 2009, 37).

Eine sich herausbildende Alternative zum staatlich organisierten Genossenschaftswesen ist eine solidarwirtschaftliche Bewegung von unten. Sie basiert auf der Erkenntnis, dass die kapitalistische Krise eine Systemkrise ist, die sich in einer allgemeinen Zivilisationskrise ausdrückt. Diese Krise hat sowohl wirtschaftliche als auch ökologische, politische und soziale Dimensionen. Nach der Formulierung des Cooperative and Policy Alternative Center (COPAC) ist eine solche Solidarwirtschaft »eine kollektive humanistische Antwort auf die Krise, mit der wir konfrontiert sind. [...] Sie ist ein gezielter, durch gemeinsamen Kampf und bewusste Wahl organisierter Prozess zur Herstellung einer neuen demokratischen



Produktions-, Konsumtions- und Lebensform, die die Realisierung menschlicher Bedürfnisse und ökologischer Gerechtigkeit fördert (COPAC 2010, 18).

Gegenwärtig entwickelt sich diese Praxis der Umgestaltung als eine politische Bewegung, die sich in Forschungsprogrammen zur genossenschaftlichen Entwicklung niederzuschlagen beginnt. Dazu gehören die in diesem Beitrag dargestellten Fallstudien zu Nahrungsmittelkooperativen. Diese Genossenschaften betreiben eine Solidarwirtschaft, die internes Eigentum und Mitgliederkontrolle betont. Nach der COPAC-Klassifikation lässt sich die »Kadishi Agricultural Cooperative« als eine *Arbeiterproduktionsgenossenschaft* und die »Mathomo Mayo Organic Agricultural

Cooperative« als eine *arbeitereigene Genossenschaft* bezeichnen.[8]

In einer Arbeiterproduktionsgenossenschaft kontrollieren die Arbeitereigentümer alle Entscheidungsprozesse und ihre eigenen Produktionsmittel, sofern sie (wie beispielsweise die Felder) für die Arbeit der Genossenschaft notwendig sind. Auch das weitere Eigentum der Genossenschaft befindet sich in Gemeinbesitz. Diese Genossenschaften können Arbeiter einstellen, sofern diese nicht mehr als ein Viertel der Arbeitereigner ausmachen und nachgeordnete Tätigkeiten ausüben.[9] Demgegenüber kontrollieren in einer arbeitereigenen Genossenschaft die Arbeitereigentümer alle betrieblichen, strategischen und programmatischen Entscheidungen, und das Genossenschaftseigentum befindet sich entweder in individuellem und gemeinschaftlichem Besitz oder ausschließlich in Gemeinbesitz.[10] Auch die solidarwirtschaftlichen Werte und Prinzipien sind in den internen Betriebsordnungen dieser Genossenschaften in ihrer Form und in ihrem Grad unterschiedlich festgelegt.[11] In der Solidarwirtschaft werden die Genossenschaften nicht vom Staat kontrolliert. Sie schalten den Staat ein, wenn es aus ihrer Sicht notwendig ist, sind aber nicht in einer staatlich orientierten Entwicklungslogik gefangen.

DIE »KADISHI AGRICULTURAL COOPERATIVE«

Diese Kooperative ist zwanzig Jahre alt und im Norden des ländlichen Südafrika in der Provinz Mpumalanga angesiedelt.[12] Eingebettet in deren schöne Hügellandschaft hat sie ihren Sitz im Zentrum von Matabidi, einem Dorf etwa 40 Kilometer nördlich der Stadt Graskop. Ihre 65 Mitglieder kommen aus den drei umliegenden Dörfern. Die Genossenschaft ist sehr aktiv und eine zentrale Institution im Dorf. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist zwar die Landwirtschaft, in der sie große Erfolge verzeichnet, sie hat aber ihre Aktivitäten auch auf verschiedene Bedürfnisse des Dorfes erweitert. So betreibt sie ein Lebensmittelgeschäft, eine Tankstelle, eine Reifenreparatur und einen Geflügelladen.

Ursprünglich half die Genossenschaft örtlichen Kleinbauern (160 Farmern, die jeweils eine Farm in der Größe von 1 Hektar besaßen) bei der Beschaffung von Materialien wie Saatgut oder Dünger. Die Farmer bauten vor allem Bohnen, Mais und Sorghum für den Eigenbedarf an und erkannten, dass sie Frachtkosten sparen und Preisnachlässe erzielen konnten, wenn sie Betriebsstoffe *en gros* einkauften. Später konnte die Genossenschaft mit staatlichen Hilfen wichtige landwirtschaftliche Geräte kaufen. Im Jahre 2008 hatte sie ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten auf das Pflügen, Bearbeiten und Bepflanzen von Feldern zu subventionierten Preisen, auf Bodenaufbereitung und Schädlingsbekämpfung, auf den Ankauf von Ernteprodukten und ihren Verkauf auf lokalen Märkten, auf die Herstellung von Maismehl und auf dessen Lagerung in einem schädlingsfreien Silo erweitert.

Die Kadishi-Kooperative ist eine mitgliederbetriebene Arbeiterproduktionsgenossenschaft. Die Arbeitereigentümer treten der Genossenschaft bei und werden durch Entrichtung eines Jahresbeitrags zu Mitgliedern. Das Betriebsvermögen der Genossenschaft befindet sich in Gemeinschaftsbesitz und ist nicht aufteilbar. Die Arbeitereigentümer besitzen ihr eigenes Stück Land, nutzen aber Gerätschaften und



flickr/Just Coffee Cooperative,
RedCafes, Mexico

andere Produktionsmittel, die Gemeinbesitz der Genossenschaft sind. Sie haben das Recht auf einen Anteil an Gewinn und Verlust, auf Information und auf Teilnahme an den Entscheidungsprozessen nach dem Prinzip, dass jedes Mitglied eine Stimme hat. Die Mitgliederversammlungen finden mindestens dreimal im Jahr entsprechend dem Erntezyklus statt. Die Maispreise werden von der Genossenschaften nach den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen festgesetzt. Zusätzlich werden auf vierteljährlichen Arbeitereigentümer-Versammlungen alle für die Genossenschaft relevanten Fragen besprochen.

Die dörfliche Gemeinschaft wurde von der Genossenschaft auf vielfältige Weise beeinflusst. Ende der 1990er Jahre hatten viele Bauern in der Umgebung aufgehört, ihr Land zu bebauen. Mit der Wiederbelebung der Genossenschaftstätigkeit während der letzten zehn Jahre ist die Zahl der aktiven Farmer sprunghaft gestiegen. Im Jahre 2007 hatten alle 160 Farmer in der Region ihre Felder bestellt. Eine der Methoden, mit denen die Genossenschaft den Bauern half, ihre Felder neu zu bewirtschaften, ist die Subventionierung der Bepflanzung. Normalerweise liegen die Kosten für die Bestellung von einem Hektar Land (Pflügen, Bearbeiten, Säen) bei 800 bis 1 000 Rand. Die Genossenschaft beschaffte staatliche Gelder und konnte durch ihre eigenen Rücklagen für 300 Rand pro Hektar Feldbestellungsdienstleistungen (einschließlich der Aussaat) anbieten. Viele Bauern haben dadurch wieder begonnen, ihren Hof zu bewirtschaften.

Darüber hinaus zahlt die Kadishi-Kooperative den Bauern Bargeld für Maislieferungen, so dass sie ihren Mais direkt an die Genossenschaft verkaufen. Diese hat damit direkt zu ihrem Lebensunterhalt beigetragen und in den Haushalten für eine gewisse finanzielle Stabilität gesorgt. Dass sie Bargeld für Mais bezahlen kann, noch bevor sie ihn verkauft, ist ein weiterer Indikator für ihren Erfolg.

Weil immer mehr Bauern ihre Ernte an die Genossenschaft verkaufen, konnte diese ihre Tätigkeit erweitern und ihre Überschüsse steigern. Indem sie Maismehl einlagert, verarbeitet und zu günstigen Preisen an die örtliche Gemeinschaft verkauft, hat sie in vielen Dörfern unmittelbar für Ernährungssicherheit gesorgt. Sie ist auf dem Wege zur Entwicklung von Marketingstrategien und einer Kadishi-Marke, die ihre Präsenz auf den lokalen Märkten weiter vergrößern und zu Ernährungssicherheit beitragen soll.

DIE »MATHOMO MAYO ORGANIC AGRICULTURAL COOPERATIVE«

Die »Biologische Agrargenossenschaft Mathomo Mayo« wurde vor fünf Jahren in der Ivory Park Township gegründet. Sie gehört zu einer zweiten Welle von Genossenschaften, die in einer Township Community im Herzen Südafrikas aufgeblüht sind. Ivory Park liegt etwa dreißig Kilometer nordöstlich von Johannesburg und hat nach der Volkszählung von 2001 rund 110 000 Einwohner,[13] die in 36 464 Haushalten leben, eine bedeutende Zahl davon in Hütten und Notunterkünften. Mindestens 12 603 Haushalte verfügen über keinerlei Einkünfte, und die Arbeitslosenrate liegt bei 40 Prozent. In vieler Hinsicht ist Ivory Park typisch für die südafrikanischen Townships. Hunger ist ein ernstes Problem.

Darin kommt auch die Krise sozialer Reproduktion zum Ausdruck, die heute viele Armen- und Arbeiter-Communities im heutigen Südafrika betrifft.

Seit 1999 wurde aber durch die Initiative von Umweltaktivisten, die am EcoCity-Programm beteiligt sind, ein Versuch unternommen, sich der sozialen Krise durch den Aufbau eines Ökodorfs und durch eine lokale Genossenschaftsbewegung anzunehmen, die Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaft entspricht. Das Ökodorf war Anstoß für genossenschaftliche Aktivitäten auf den Gebieten von biologischer Landwirtschaft, Textilproduktion, Abfallbeseitigung, Papierrecycling, Fahrrad-Instandsetzung, Jugendarbeit und Hausbau wie auch in der Verwaltung des Ökodorfs. Viele dieser Kooperativen sind stark subsistenzorientiert, manche haben auch kommerzielle Strategien entwickelt, die für Einkünfte sorgen.

Die Geschichte ist nicht frei von Misserfolgen. Die im Jahre 2000 gegründeten zwölf Landbaukooperativen scheiterten allesamt am fehlenden Zugang zu Wasservorräten und Kapitalinvestitionen. Diese Erfahrung hat jedoch dem Aufbau der lokalen Genossenschaftsbewegung nicht geschadet, sondern als Ansporn zu weiteren Experimenten gedient.

So entstand fünf Jahre später die biologische Landbaukooperative Mathomo Mayo als Teil einer zweiten Welle von mit dem Ökodorf verbundenen Genossenschaftsbewegungen.[14] Fünf arbeitslose Frauen traten an den EcoCity-Fonds mit dem Wunsch heran, ein großes Stück Land für einen ökologischen Gartenbau zur Ernährung ihrer Familien zu nutzen. Sie wollten – wissend um frühere Probleme – die Nachbarschaft des Ökodorfs nutzen, um von dort Wasser zu beziehen. Der EcoCity-Fonds gewährte ihnen den Zugang zu dem angrenzenden Landstück und zum Wasser. Die Frauen ließen daraufhin ihre Genossenschaft amtlich registrieren und fingen an, mithilfe von Geräten und Materialien, die sie unter sich aufteilten, das Feld zu bebauen.

Die Kooperative verlangt eine einmalige Beitrittsgebühr; das Betriebsvermögen ist Gemeinbesitz und nicht aufteilbar. Gleichzeitig haben die Arbeitereigner das Recht auf einen Anteil an Gewinn und Verlust, auf Information und auf Teilnahme an einer egalitären Entscheidungsfindung nach dem Prinzip einer Stimme pro Kopf. Durch ihre geringe Größe arbeitet die Kooperative horizontal und findet sich gemeinschaftlich zusammen, um vor allem betriebliche Entscheidungen zu treffen. Vom solidarwirtschaftlichen Standpunkt ist Mathomo Mayo eine arbeitereigene Genossenschaft.

Die Mathomo-Mayo-Kooperative ist heute ein äußerst erfolgreicher städtischer Erzeuger biologischer Agrarprodukte.[15] Die Kooperative hat zahlreiche Preise gewonnen. Durch Spenden von verschiedenen Institutionen konnte sie ihre Gartenanlage einzäunen, einen Regenwassertank kaufen und das Bohrloch für ihren eigenen Brunnen vertiefen. Indem sie ihre Produkte direkt im Garten verkauft, verfügt sie über einen festen Nachbarschaftsmarkt mit durchschnittlich 26 Kundinnen pro Tag. Da sie Nahrungsmittel billig verkauft, hilft sie den Hunger in den Haushalten und in der Township-Community zu bekämpfen. Darüber hinaus versorgt sie ihre Arbeitereigentümer und deren Familien gratis mit Lebensmitteln.

PROBLEME UND AUFGABEN SOLIDARWIRTSCHAFTLICHER ERNÄHRUNGSALTERNATIVEN

Um sich gegen den herrschenden agrarindustriellen Komplex durchsetzen zu können, müssen solidarwirtschaftliche Ernährungsalternativen verschiedene Probleme bewältigen. Das erste – das im südafrikanischen Kontext große Ausmaße hat – ist der Aufbau einer solidarwirtschaftlichen Bewegung von unten. Gegenwärtig sind viele Inititativen lokal ausgerichtet und isoliert. Es muss eine wirkliche Bewegung entstehen, damit sich diese Unternehmungen verbinden und ihre Erfahrungen austauschen können. Dieser Prozess muss durch einen Aktivismus der Umgestaltung angeleitet werden, der unterschiedliche städtische und ländliche Arbeiter-Agrarkooperativen verbindet und Vernetzungsmöglichkeiten schafft.

Das lässt die zweite wichtige Aufgabe hervortreten. Die Rolle des Wissens ist in diesem Kampf entscheidend. Jedes solidarwirtschaftliche Unternehmen in der alternativen Ernährungsökonomie muss dazu beitragen, dieses Wissen zu verbreiten. Gegenwärtig entwickelt sich die Mathomo-Mayo-Kooperative in der Ivory Park Township zu einem wichtigen Förderer alternativer Ernährungsökonomie. Sie bildet andere Mitglieder der Gemeinschaft aus, die eigene biologische Landbaukooperativen einrichten wollen. Darüber hinaus hat die Ausbildungs- und Kommunikationskooperative des Ökodorfs ein Komitee zur Ernährungssouveränität gebildet, um alle biologischen Landbaukooperativen in der Ivory Park Township an einen Tisch zu bringen. Sie hat sich auch mit auswärtigen Projekten in Verbindung gesetzt. Der nächste Schritt soll die Entwicklung einer Strategie der Ernährungssouveränität für die gesamte Gemeinschaft sein, die den Hunger beseitigt und für Umweltgerechtigkeit sorgt.

Und schließlich muss die Entwicklung einer solidarwirtschaftlichen Bewegung und erfolgreicher Ernährungssouveränitäts-Alternativen imstande sein, dem Staat und dem von ihm unterstützten agroindustriellen Komplex eine wirksame gegenhegemoniale Herausforderung entgegenzusetzen. Dazu braucht man ein politisches Projekt, das für die Sozialisierung und ökonomische Umgestaltung des bestehenden agroindustriellen Komplexes sorgt. Ein solches Projekt kann nur durch Graswurzelkämpfe von unten entstehen.

LITERATUR

Amin, N., und H. Bernstein, 1995: The role of agricultural cooperatives in agriculture and rural development. LAPC Policy Paper 32

Chopra, M., C. Whitten und S. Drimmie, 2009: Combating malnutrition in South Africa. Global Alliance for Improved Nutrition (Gain), Working Paper Series, No. 1

Cock, J., 2009: Breadwinners and losers: Power relations in the wheat to bread commodity chain. South African Sociological Association conference, University of the Witwatersrand, July

Cooperative and Policy Alternative Centre (COPAC), 2008: The Passion of the people: Successful cooperative experiences in Africa. Research Report, Johannesburg

Dass., 2010: Building a solidarity economy movement: A guide for grassroots activism. Activist Training Guide. Johannesburg

Department of Trade and Industry (DTI), 2009: Baseline study of cooperatives in South Africa. Research Report. http://www.dti.gov.za/

Feinstein, H. C., 2005: *The economic history of South Africa: Conquest, discrimination and development*, New York

Greenberg, S., 2010: Status report on land and agricultural policy in South Africa. Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies (PLAAS). Research Report 40. Cape Town: Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies, School of Government, University of the Western Cape.

International Cooperative Alliance (ICA), 1996: *Cooperative principles for the 21st century*. ICA Communications Department, Genf

Jara, M. (i. Vorb.): Agrarian Reform in South Africa: A critical review of post-apartheid agricultural policy. Mini-thesis

submitted to fulfill requirements for M. Phil degree, Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies (PLAAS), University of the Western Cape
Joynt, K., 2010: We really have to cut down on eating-poverty and food prices, in: *Labour Bulletin* 34 (June/July), 2
Kalima, E., 2005: *Whose responsibility is food security? Perceptions from Cato Manor,* Diplomarbeit, Pietermaritzburg, University of Kwa Zulu Natal
Lipton, M., 2007: *Liberals, marxists, and nationalists: Competing interpretations of South African history*. New York
Roberts, S., 2009: Food production in South Africa: Corporate conduct and economic policy. Competition Commission of South Africa and University of the Witwatersrand, Initiative for Policy Dialogue, Taskforce Meeting on Africa, 9.–10. Juli
Satgar, V., 2008: Neoliberalised South Africa: Labour and the roots of passive revolution, in: *Labour, Capital and Society* 41, H. 2
Satgar, V., und M. Williams (i. Vorb.): Cooperatives and nation building in post-apartheid South Africa: Contradictions and challenges, in: T. Webster (Hg.), *The hidden alternative*, Manchester
Wills, J., F. Chinemana und M. Rudolph, 2009: Growing or connecting? An urban food garden in Johannesburg, in: *Health Promotion International* 25, 33–1

1 Diese Diskriminierung ausschließenden Grundsätze und Werte der internationalen Genossenschaftsbewegung hatten sich in den 150 Jahren nach dem Rochedale-Experiment entwickelt. Siehe auch ICA 1996, 1; International Labor Organization Recommendation 193 (angenommen 2002); United Nations, *Guidelines on Cooperatives* (2001).

2 Diese Entwicklung der ANC-Landwirtschaftspolitik wird von Jara (i. Vorb.) anhand der Wende dokumentiert, die sich Anfang der 1990er Jahre in ihrem Think Tank, dem »Land and Agricultural Policy Center« vollzog. Die Studie zeigt, wie dieses Institut zu einem Sprachrohr der Weltbank wurde und ein von ihr finanziertes Forschungsprogramm betrieb.

3 Die Umstrukturierung und Globalisierung des südafrikanischen agroindustriellen Komplexes wird durch eine Fülle von Literatur dokumentiert. Wir beziehen uns auf Roberts (2009), Jara (i. Vorb.) und Greenberg (2010).

4 Registrar of Cooperatives and Statistics of Cooperatives in South Africa, 2002–2005, Bd. XVI.

5 Gespräch mit Rector Rapoo (Registrar of Cooperatives) und Jeff Ndumo (Chief Director Cooperatives Unit) im Ministerium für Handel und Industrie, Pretoria, 21. Oktober 2010.

6 Südafrika hatte vor der Rezession eine Arbeitslosenrate von 40 Prozent. Während der weltweiten Rezession gingen 1 Million Arbeitsplätze verloren.

7 Das COPAC unterscheidet vier Typen von Arbeitergenossenschaften: (1) *worker owned cooperatives* (arbeitereigene Genossenschaften), (2) *worker producer cooperatives* (Arbeiterproduktionsgenossenschaften: der externe Beschäftigtenanteil darf nicht mehr als ein Viertel der Anzahl der Arbeitereigentümer ausmachen), (3) *worker managed cooperatives* (arbeiterverwaltete Genossenschaften: das Genossenschaftskapital gehört dem Staat) und (4) *worker supported cooperatives* (arbeiterbasierte Genossenschaften, bestehend aus Arbeitereigentümern, ehrenamtlichen und geldgebenden Mitgliedern, wobei diese zwei letzteren Kategorien von Mitgliedern entfallen, sobald die Genossenschaft auf eigenen Füßen steht und als vollständig arbeitereigene Kooperative funktionieren kann).

9 Der 25-Prozent-Anteil ergibt sich aus dem südafrikanischen Genossenschaftsgesetz von 2005 und aus den Bestimmungen für Arbeiterkooperativen. Diese Bestimmungen werden den unterschiedlichen Abwandlungen des Arbeitergenossenschafts-Modells nicht gerecht.

10 In der baskischen Mondragón Corporation existiert das Arbeitereigentum auf zwei Ebenen: individuell durch die Kapitalanteile auf den einzelnen Mitgliederkonten und gemeinschaftlich durch den genossenschaftlichen Besitz am gesamten Betriebsvermögen. Gemeineigentum am gesamten Besitz existiert dann, wenn es keine individuellen Mitgliederkonten gibt. Die Arbeitereigentümer entrichten dann in der Regel nur eine Beitrittsgebühr.

11 In Südafrika werden die von der internationalen Genossenschaftsbewegung entwickelten solidarwirtschaftlichen Werte und Prinzipien vom COPAC neu formuliert. Wichtig sind nach dessen Verständnis die folgenden Werte: Fürsorge, Teilen, Eigenständigkeit, Ehrlichkeit, Demokratie, Gleichheit, Bildung, ökologisches Bewusstsein, soziale Gerechtigkeit und Offenheit. Darüber hinaus arbeitet das COPAC nach den folgenden Prinzipien der Solidarwirtschaft: Solidarität, Gemeineigentum, Selbstverwaltung, Kontrolle des Kapitals, Ökozentrik, Gemeinnützigkeit und partizipatorische Demokratie.

12 Das COPAC hat die Entwicklung neuer, hauptsächlich schwarzer Agrargenossenschaften im ländlichen Post-Apartheid-Südafrika verfolgt und aufgezeichnet. Die Kadishi-Fallstudie beruht auf der im Jahre 2008 durchgeführten COPAC-Studie über erfolgreiche Kooperativen. Im Jahre 2010 hat das COPAC eine Studie über ländliche Genossenschaften in der Ostkap-Provinz abgeschlossen, bei denen es sich vielfach um Arbeiterproduktionsgenossenschaften handelt.

13 Alle quantitativen Daten zu Ivory Park in diesem Abschnitt beruhen auf der amtlichen Zählung von 2001, sind also überholt. So dürften etwa die Arbeitslosenzahlen angesichts der verstärkten Arbeitsplatzvernichtung in der südafrikanischen Wirtschaft weiter gestiegen sein.

14 Im Rahmen dieser zweiten Welle genossenschaftlicher Entwicklung sind eine Hühnerzucht-, eine Altenverpflegungs-, eine Back- und eine Nähereikooperative sowie eine weitere biologische Landbaukooperative entstanden.

15 Alle empirischen Daten zur Mathomo-Mayo-Kooperative stammen aus einer kürzlich erstellten COPAC-Erhebung, die im Jahre 2011 veröffentlicht wird und erstmals in Südafrika ein Verzeichnis solidarwirtschaftlicher Projekte erstellt. Auf dem Gebiet städtischer Ernährungskooperativen und -projekte entwickelt sich eine reiche Literatur; siehe zum Beispiel Kalima (2005) oder Wills/Chinemana Rudolph (2009).

DIE VIER-IN-EINEM-PERSPEKTIVE IN DER PRAXIS

EINSTIEG IN EINE DEBATTE

CORNELIA MÖHRING

KATHARINA SCHWABEDISSEN

Im Heft 2/2011 stellte Frigga Haug den Ansatz der Vier-in-einem-Perspektive (4in1) vor (122ff). Sie orientiert auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Zeitregime: Radikale Verkürzung der Lohnarbeitszeit soll die Beteiligung aller an den Erfordernissen der Reproduktion wie an politisch-gesellschaftlicher Tätigkeit, Erholung und Bildung ermöglichen. Die vorliegenden Beiträge sind ein Einstieg in eine Debatte um praktische Umsetzung und Relevanz des Konzeptes für alltägliche Politik. Dieser Austausch soll u.a. auf unserer Website fortgeführt werden (www.zeitschrift-luxemburg.de).

Von der Arbeit und ihrer Verteilung aus begründet sich Herrschaft. Von hier lassen sich gegenwärtige Krisen, lässt sich unsere Politik begreifen. Stets geht es um die Verfügung über Arbeitskraft, die eigene oder fremde, so dass alle Politik und Ökonomie hier ihren Anfang nimmt – und ihr Ziel findet, indem sie letztlich um die Zeit streitet.
(Aus dem alternativen feministischen Präambel-Entwurf zum Parteiprogramm Die Linke)

CORNELIA MÖHRING

4in1 kann ein Transformationsprojekt sein, mit dem konkrete politische Schritte, auch Realpolitik genannt, in ein Fernziel – eine Utopie – eingebettet sind. In der Praxis kann sie als Forderungs-Kompass genutzt werden. Für mich als frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion ist sie zugleich ein Lernprojekt, mit dem ich revolutionäre Realpolitik angehen kann, ein Bezugspunkt, um nicht im parlamentarischen Drucksachen-Dschungel unterzugehen.

Frauen- oder feministische Politik einer linken Partei braucht fundierte theoretische Kämpfe: damit »Gleichstellung« sich nicht in der jetzigen Systemstruktur erschöpft oder sich auf Beschreibungen von Benachteiligungen von Frauen beschränkt und nur unverbundene Einzelforderungen für deren Aufhebung stellt. Eine solche Politik wird reformistisch, sozialdemokratisch und teilweise sogar reaktionär.

In meiner Praxis und der Entwicklung von Frauenpolitik hilft mir der 4in1-Ansatz, das Hemmnis einer Entweder-Oder-Logik zu überwinden. Denn ein starres und wenig dialektisches Verständnis von linker Politik, ein ebensolches Umgehen mit Theorie und ihren »Klassikern«, ist aus meiner Sicht eine der größten Blockaden in der Entwicklung einer linken Erzählung und einer erkennbaren Strategie ihrer Umsetzung in Der Linken. Das wäre aber bitter nötig, um den aktuellen Herausforderungen angemessen zu begegnen. Die Beschäftigung mit der 4in1-Perspektive könnte hier unterstützen. Nur leider stößt sie in Der Linken immer noch auf Tabus.

4in1 weitet den Blick, zielt Befreiung aus allen Herrschaftsverhältnissen an und setzt auf selbstverändernde Praxen. Und eine auf Veränderung der Gesellschaft zielende (Frauen-)Politik darf sich nicht in der Diskussion um »falsche Alternativen« erschöpfen: Wollen wir ein Erziehungsgeld für Mütter erstreiten oder bessere Kindergärten? Sollten wir den Kampf der Gewerkschaften um Löhne und Tarifabkommen stärken oder sollten alle Bürgerinnen und Bürger ein Grundeinkommen erhalten? Sind Minijobs und Betreuungsgeld besser als nichts oder sollen alle erwerbsfähigen Menschen Vollarbeitszeit-Arbeitsplätze in Anspruch nehmen können? Damit landen wir in Sackgassen und verkämpfen uns im Beharren auf den jeweils »richtigen« Forderungen.

Immer wieder haben wir erfahren, wie sich Forderungen, gegen uns richten können, wenn sie nicht auf grundsätzliche Veränderungen zielen. So wurde aus kollektiver Selbstbestimmung »Eigenverantwortung«, aus Freiheit »volles Risiko«, aus Gleichstellung im Erwerbsleben die »Vereinbarkeit von Familie und Beruf«. Und die Befreiung aus dem Familien-Ernährer-Modell mündete für viele Frauen in Minijobs und in der Alleinerziehenden-Armutsfalle.

Mit der utopischen Dimension der 4in1-Perspektive öffnet sich der Blick auf alle Felder der gesellschaftlichen Arbeit und Entwicklung; »Frauenpolitik« ist damit nicht mehr Randthema, das irgendwie auch berücksichtigt werden muss. Zugleich werden wichtige Politikfelder aus ihrer reduzierten reformistischen (Klientel-)Ecke geholt und zu (Menschheits-)Themen, mit denen wir mit linker Politik an die Grenzen des Systems und ein Stück darüber hinaus gehen, in Richtung einer veränderten, gerechteren Gesellschaft. Aktuelles Beispiel hierfür ist der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und für das Recht auf

Arbeit. Die Entwicklung der Produktivkräfte könnte längst in einen Zeitwohlstand für alle münden. Doch in Neoliberalismus und Krise führte dies zum Abbau von Arbeitsplätzen und ihrer Verlagerung ins Ausland, zur Aufspaltung von Betrieben und der damit einhergehenden Ausgliederung von Tätigkeiten, damit sie für billige Löhne mit dafür »günstigeren« Werkverträgen erbracht werden. Wenn sich der gewerkschaftliche Kampf auf den Erhalt von Arbeitsplätzen für die verbleibende Stammbelegschaft beschränkt (was aus »Klientel-Sicht« nachvollziehbar ist) und nicht um gute Arbeit und ein gutes Leben für Alle geführt wird, verfehlt er das Ziel emanzipatorischer Politik. Eine linke sozialistische Partei (und Fraktion) darf an solchen Punkten nicht stehen bleiben! Wir brauchen den langen Atem der Utopie, sonst verlieren wir in Einzelforderungen die Kraft, um nicht nur Arbeitszeitverkürzung, sondern die Umverteilung der gesamten Lebenszeit und aller Tätigkeiten zu erkämpfen.

4in1 setzt praktisch an: Bei der Fremdverfügung über Zeit als Grundlage von Herrschaft und Ausbeutung. Sie verknüpft die Felder der Politik und der gesellschaftlichen Tätigkeiten. Die Entwicklung der Produktivkräfte generiert einen immensen Wohlstand an Zeit, die nicht an alle verteilt wird, sondern sich in dem Widerspruch verdichtet, dass die einen immer mehr rennen, rackern, rasen, um die Arbeit überhaupt zu schaffen und im »Spiel« zu bleiben, während die anderen aussortiert in der Armutsfalle stecken.

Frauen sind, wie wir seit langem wissen, aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung besonders »betroffen« – eine Arbeitsteilung, die ihnen die Verantwortlichkeit für den gesellschaftlichen Produktionsbereich zuweist, in dem es darum geht, Leben zu erzeugen, zu erhalten und zu pflegen – und der gleichzeitig an den Rand gedrängt ist.

Die vorgeschlagene Umwälzung der Zeitökonomie verknüpft die gesellschaftliche Ebene mit der individuellen; wir können direkt an den Alltagserfahrungen und dem Alltagsbewusstsein der Menschen anknüpfen. Wir behalten immer eine gesellschaftliche Veränderung im Fokus, indem wir uns fragen: Wie sieht die Gesellschaft aus, in der wir leben wollen? Mit wem wollen wir sie erkämpfen? Wer übernimmt jetzt und künftig für was die Verantwortung? Wie viel öffentliche Verantwortung brauchen wir? Und wem muss dafür was gehören? Wer bestimmt über die Zeit? Die Antworten fügen sich zu einer neuen linken Erzählung eines solidarischen Gemeinwesens zusammen – in ihr scheint ein neuer, demokratischer Sozialismus auf, wo tatsächlich die freie Entfaltung eines und einer Jeden die Voraussetzung der freien Entfaltung aller ist.

KATHARINA SCHWABEDISSEN

4in1 verknüpft, was in meinem Leben stets in Konkurrenz zueinander zu stehen scheint: Meine beiden Söhne sind heute acht und dreizehn Jahre alt. Zwei Drittel des Monats bin ich alleinerziehend, ein Drittel »kinderlos«. Seit sieben Jahren mache ich Parteipolitik, ich bin Landessprecherin der Partei Die Linke ind NRW – bis vor 12 Monaten war diese Arbeit unbezahlt. Für den Familienunterhalt ging ich einer Erwerbsarbeit nach – in Teilzeit, damit noch Zeit für Kinder und Politik blieb. Ich schloss zeitgleich mein Studium in Philosophie und Geschichte ab. Die vier Bereiche

sind präsent: Reproduktion (meine Kinder und ich), Erwerbsarbeit (Teilzeit), Muße und Weiterentwicklung (Studium) und die politische Teilhabe (Politik in und um Die Linke). Von »Vereinbarkeit« kann allerdings kann keine Rede sein.

Wie sieht in den herrschenden Verhältnissen ein Alltag in allen vier Bereichen aus? Teilzeitarbeit bedeutet in der Regel kontinuierliche Mehrarbeit ohne Lohnausgleich. Bei einer (Teilzeit-)Stelle in der Politik gibt es keine Überstunden. Sie heißen dort »ehrenamtliches Engagement«. Arbeit – ob bezahlte oder unbezahlte – in der Politik heißt häufig »Präsenzpflicht« unabhängig von den Lebensumständen. Das Private ist weiterhin nicht politisch oder mit den Worten eines Genossen: »Wenn man Kinder hat und eine Magisterarbeit schreibt, muss man eben nicht in den Landesvorstand gehen.« Maßstab (politischer) Arbeit ist aus der Sicht von (vielen) Männern nach wie vor die Teilung von Familie und Arbeit: Zuhause ist doch alles erledigt, wenn man von der Erwerbsarbeit kommt. Es ist Zeit, um zu lesen oder stundenlang auf Sitzungen zu sitzen, die zu Zeiten stattfinden, in denen Mütter (und immer mehr Väter) ihre Kinder ins Bett bringen. Kinderbetreuung gilt als Luxus und wird dem Rhythmus von Sitzungen angepasst und nicht den Bedürfnissen von Eltern und Kindern – auch in der Partei Die Linke. Das Ergebnis solcher Strukturen ist vor allem bei Frauen ein schlechtes Gewissen. Ist man bei den Kindern, dann kann man sich nicht an der Diskussion beteiligen. Beteiligt man sich an der Diskussion, ist man nicht bei den Kindern. Verlässt man die Arbeit pünktlich, bleibt Arbeit liegen. Die Zeit reicht in den herrschenden Strukturen nie. Die vier Lebensbereiche zu leben bedeutet Arbeit bis zum Umfallen – oder Rückzug. Der Kampf um die Zeit ist also zentral.

Vollbeschäftigung, wenn die Erwerbsarbeitszeit bei 20 Wochenstunden liegt, ist möglich, aber kein Zweck an sich. Erwerbsarbeit soll notwendige Arbeit sein und die Mittel zum Leben produzieren. Alles, was Leben zerstört, wird über Bord geworfen: Waffen, Atomstrom, 20-Liter-Autos stehen auf dem Prüfstand. Zeit würde frei für Kinder, die Sorge um Alte und Kranke, für Freundschaften und vieles mehr. Endlich hätten wir Zeit, für die persönliche Weiterentwicklung in Kunst, Musik, Literatur und der Natur – und um uns alle in die Politik einzumischen. Wir überließen sie nicht mehr Einzelnen, die 80 Stunden und mehr in der Woche in Parlamenten arbeiten und arbeiten lassen. 4in1 fordert eine andere Politik, in der »die Köchin einen Staat leiten« können soll. Nicht nur der Staat würde ein anderer sein, sondern auch die Köchin. 4in1 ist also zunächst eine Perspektive. Sie bietet aber auch einen Kompass, der mit konkreter Politik gefüllt werden muss. Auf dem Weg in eine andere Gesellschaft kann 4in1 als politisches Projekt stehen, das auf die radikale Umverteilung von Zeit und damit auch von Geld und Macht setzt. Am Anfang steht die Forderung nach einer neuen Verteilung von Zeit. Hinter dieser Forderung stehen reale Kämpfe, die uns keiner abnehmen wird. Sie fordert nicht nur abstrakt »mehr Zeit«, sondern das Ende der Profitlogik im Kapitalismus – damit neue Eigentumsverhältnisse und eine neue Bewertung des Arbeitsbegriffs. Es ist an der Zeit!









NATALIA IGUIÑIZ BOGGIO LA OTRA – DIE ANDERE

Iguiñiz zeigt die »Andere« – das »Mädchen«, die Frau, die kommt, um das Leben der Frauen mit ihren Kindern, ihrer Arbeit, erträglich und möglich zu machen. Hausarbeiterinnen in Peru sind meist arm, Migrantinnen, viele arbeiten in der Familien der Mittelschicht. Die »Hilfe« teilt die Intimität der Familie, lebt mit ihr meist ohne eigenen Rückzugsraum und ohne dass sie Teil der emotionalen Einheit der Familie wird. Sie wird beim Spitznamen gerufen, nicht bei ihrem Namen; sie ist folgsam und sagt nichts zu all dem, was sie hört. Sie ist immer zugegen und gleichzeitig unsichtbar, wie ein Hintergrund, eine Projektionsfläche für die Familie.





WENN DIE HÜTTE BRENNT...

RAINER RILLING

Es gibt ein legitimes Primat der taktischen Politik, wenn die Hütte brennt. Allerdings findet das politische Tagesgeschäft in aller Regel in brennenden Hütten statt. Umso wichtiger ist es, zuweilen beim Austreten der Brandherde darüber nachzudenken, wo der nächste Brand entstehen wird. Wer weiß, *warum* Hütten brennen, kann sich leichter darauf vorbereiten. Er kann Prioritäten setzen und versuchen, entsprechend praktisch zu handeln. Er ist also zukunftsfähiger – auch für den Krieg gegen die Paläste –, als wenn er mit Sinn, aber ohne Verstand von Brandherd zu Brandherd hetzt. Kurz: taktische Politik ohne strategische Qualifizierung tritt immer neu auf der Stelle.

Und wenn es dennoch immer mehr Brandherde gibt, ein Flächenbrand droht? Wenn es ums Überleben geht, geht es um den Kern der Sache: um *Macht*. Macht ist nicht alles, aber das Wesentliche von Politik. Für die Linke geht es um Empowerment, Selbstermächtigung. Macht kann bestehen in der Durchsetzung eines Willens, in der Kontrolle

über Situationen, Akteure und Kontexte, in der Öffnung oder Schließung von Optionen und Handlungskorridoren. Die politische Rolle, Funktion, Möglichkeiten und Position einer Partei werden in letzter Instanz durch sie vermittelt. Wenn sie dahingeht, dann ist auch die Partei weg. Deshalb denkt in einer Situation der Machtkrisen niemand mehr an übermorgen. Alle Kraft muss man da auf die bewährten Feuerpatschen konzentrieren! In der Politik heißt das »Kerngeschäft«. Doch was tun, wenn plötzlich eine neue strategische Situation entsteht? Was hilft die Feuerpatsche, wenn der Meeresspiegel nicht aufhört zu steigen?

EINE NEUE STRATEGISCHE SITUATION?

Ungeachtet des bundesdeutschen Aufschwungs ist die augenblickliche Situation von einer starken und weiter zunehmenden Unsicherheit über den Zustand des europäischen und amerikanischen Finanzmarktkapitalismus geprägt. Eine Stimmung des panischen Kontrollverlustes hat sich tief in alle Wirtschaftsakteure eingegraben. Das flexibel-entsetzte Überbordwerfen der neoliberalen Gewissheitsrhetoriken und Politikpraxen seit 2008 hat nur kurzfristig die Machtgewissheiten der alten Eliten stabilisiert. Eine neue Explosion des privaten Reichtums, Staatsdisziplinierung und grassierende Verunsicherung der Kultur der Macht gehen zusammen.

Die Situation ist auch gezeichnet von einem strategischen Aufbau des schwarz-grünen Post-Fukushima-Atomkonsenses und einer neuen Dynamik des Übergangs in einen postnuklearen und postfossilen, grünkapitalistischen Akkumulationspfad (»Energiewende«). Ob er das Potenzial entwickeln kann, das finanzmarktgetriebene und weithin neoliberal geprägte Entwicklungsmuster zu verlassen, ist unwahrscheinlich, aber noch nicht entschieden. Umstritten ist die Frage nach der relativen Stabilität dieses Pfades. In einer politischen Form, in der der Pfad realisiert werden soll, kommt Die Linke als Mitspielerin nicht vor. *Das* ist der *Green New Deal* im Machtfeld der politischen Kommunikation: »Die letzte große ideologische Schlacht dieser Republik ist geschlagen«, titelt die FAZ am 1.7.2011, ein »Ende des 30jährigen Kriegs« sei gekommen. Und Spiegel-Online schreibt am 7.6.: »Es regiert: der Konsens. ›Willkommen im Ein-Parteien-Staat.‹« Die ideologisch-politische Schlacht *im* Kapitalismus *um seine zukunftsfähige Form* sei geschlagen. Somit ist auch die Schlacht *gegen* den Kapitalismus und *um* ihn – also seine Überwindung – von gestern. Nach dem Konzept einer neuen schwarz-grünen Hegemonie werden durch die Revolutionierung der stofflich-energetischen Basis des Kapitalismus gleichsam als angenehme, automatische, normale *Nebeneffekte* zugleich seine sozialökonomische Form oder sein politikökonomischer Charakter umgewälzt. Wird der Kapitalismus grün, sind nach der neuen großen Erzählung auch als erfreuliche Folgen und Nebenwirkungen seine sozialen Widersprüche und Konflikte, die Ausbeutung und seine Ratio der Kapitalakkumulation irgendwie verschwunden. Es ist frappierend, wie rasch die Begriffe »Finanzmarktkapitalismus« oder »Neoliberalismus« aus dem Sprachschatz der Grünhegemonialisten verschwinden. Was bleibt, ist der grüne Wohlfühlkapitalismus. Da ist es nur noch ein kleiner Schritt, bis das Wort »Kapitalismus« auch dahin ist. Und der politi-

sche Nebeneffekt ist ebenso vielversprechend: Eine linke Formation ist in einer grünen Wohlfühlwelt überflüssiger denn je. Die paar sozialen Krisenherde soll die SPD austreten – das wird sie ja wohl noch schaffen. Vieles spricht dafür, dass in der Auseinandersetzung um die strategischen Konsequenzen aus der tiefen Krise des Neoliberalismus hierzulande jene in die Vorhand kommen, die auf eine grüne Variante des Kapitalismus setzen. Das ist ein strategisches Ereignis, das langfristig wirksam sein kann.

TRANSFORMATION

Es gibt eine neue Debatte um die »Transformation« des Gegenwartskapitalismus. Im Juni 2011 legte der *Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen* (WBGU) der Bundesregierung ein 420 Seiten starkes Gutachten vor: »*Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*«. In seiner weitreichenden strategischen Veränderungsperspektive geht es um eine Transformation des vor über 200 Jahren entstandenen Typus des *Industrie*kapitalismus. Sie will den Kapitalismus verändern – halb: sein Industrialismus und dessen energetische Basis sollen im Kern stehen, nicht seine politische Ökonomie. Die Linke ist Expertin, was die andere Hälfte angeht. Sie spricht vom ganzen Kapitalismus.

Ein zweites Schlüsseldokument ist der Bericht »*Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft*« der »Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung« vom 30. Mai 2011. Will man etwas wissen darüber, wie die politische Technik und Methodik hegemonialer reformkapitalistischer Transformationspolitik aussieht, wird man hier fündig. Ausgangspunkt der Arbeit der Ethikkommission war der fehlende *Konsens* über die Risikoqualität der Nuklearenergie. Das Kunststück des Brückenschlags (»Brücke der Verständigung«) zwischen den »unvereinbaren« Positionen leistete eine Verschiebung ins *Pragmatische*: Da risikoärmere und zudem bereits verbreitete, populäre und mächtige, also praktikablere Alternativen vorliegen, ist der Umbau zu einer risikoärmeren Welt machbar (»strategisches Projekt«). Alternativen müssen wünschbar, durchführbar und erreichbar sein. Es muss ein hoher Handlungsdruck vorliegen, der sich in ein hohes Mobilisierungspotenzial umsetzen kann. Die Veränderungen müssen in kleine Projekte und Zwischenschritte zerlegbar sein, die man als sich verstärkende Prozesse denken können muss, die immer schwerer rückgängig gemacht werden können und insofern so etwas wie einen Kipppunkt kennen.

Die langfristige Stabilisierung des Konsenses soll durch Mobilisierung der Konsumenten- und Bürgerbeteiligung geschehen, von Produzenten- oder Wirtschaftsdemokratie dagegen ist nirgends die Rede. Ein Transitions-Management soll gesonderte Institutionen und Verfahren aufbauen (Governance, Monitoring, Prüfkriterien, Diskurspolitik), die Prozess- und Zielkonflikte bearbeiten. Der Bericht betont materiell-stoffliche bzw. energetische und institutionelle (demokratische) Momente der Transformation und – in erster Linie – Transition, klammert aber weiterreichende Aspekte (Gleichheit, Verteilung, Daseinsvorsorge, Stärkung des Öffentlichen) weitgehend aus. Die soziale Grundfrage, von wem zukünftig die erneuerbare Energie zu welchen Zwecken genutzt werden sollte, wird nur deklaratorisch erwähnt,

aber nicht bearbeitet. Er geht von einem »nachhaltigen«, bestandsfähigen (und ökologisch nicht kontraproduktiven) Akkumulations-, Wachstums- und Exportmodell des deutschen Kapitalismus aus. Mit der angestrebten Wende in der stofflichen Akkumulationsdynamik des Kapitalismus würden das stoffliche Risikoproblem und das ökonomische Überakkumulationsproblem gelöst – er verspricht also Krisenlösung und kapitalistische Kontinuität, ohne dass die Eigentumsfrage zum Thema wird.

TRENNUNG

In der Kultur dieser reformkapitalistischen Großprojekte der Transformation gibt es somit Stichworte zur Strategie und Taktik, zur Methodologie der Transformationspolitik: Konsensbildung durch Pragmatismus, Sicherung von Krisenfestigkeit, Kontinuität und Erreichen eines Kipppunktes (Bruch und Übergang zur relativen Irreversibilität einer Veränderung), Transitionsmanagement (Regulierung, Monitoring, Machtverschiebung), konkrete Utopie. Es gibt zudem eine dramatische, weitgespannte, ja epochale Zielsetzung, die sich mit vielen linksreformistischen Ambitionen problemlos messen kann. Es gibt zugleich eine fundamentale Schwäche, welche die Linke teilt – das Fehlen der strategischen und politischen Antwort auf die Frage, wie wir eine zukunftsfähige Entwicklung ohne Wachstum erreichen. Genau hier trennen sich aber endgültig die Wege zwischen einem grünen Sozialismus, der Abschied vom immerwährenden Wachstum nehmen kann und muss, weil ohne die Unterordnung der gesellschaftlichen Entwicklung unter die Reproduktion der Natur keine solidarische Nachhaltigkeit möglich ist, und einem grünen Kapitalismus, dessen innerste Natur der Prozess der Akkumulation von Kapital, Extension und Expansion, Wachstum und Grenzüberschreitungen ohne Maß und innere Selbstbegrenzung ist. Wachstum ist hier begleitet von Überschusskapazitäten, Rohstoffverschwendung, raschem Verschleiß fixen Kapitals, extremen regionalen Ungleichgewichten und wachsenden negativen, sozialen und ökologischen Externalitäten. Von Beginn an kommen beide Transformationen nicht zusammen.

Ohne die Linke wird ein grüner Kapitalismus einem Nachhaltigkeitstypus folgen, der Ungleichheitsverhältnisse beibehält oder sogar ausweitet, lange Depressionen produziert und finanzmarktgetrieben gegenüber den Zuständen des Stoffwechsels mit der Natur gleichgültiger ist als jemals in der Kapitalismusgeschichte. Etabliert sich eine grüne Hegemonie, dann verändert sich die soziale Frage mit. Sie begegnet uns dann in dreierlei Gestalt: erstens die unmittelbar in den materiellen Widersprüchen von Kapital und Arbeit verankerte klassische soziale Frage; zweitens die in Form der Schuldenbremse und Skelettierungen der Haushalte und des Steuerstaates krass schrumpfende materielle Basis des Öffentlichen und der Sozialtransfers, die in allen entwickelten Industriestaaten ein Reproduktionszentrum der sozialen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Linken ist. Und drittens geht es um die soziale Gestalt der Umwälzung des Stoffwechsels mit der Natur.

GRÜNER SOZIALISMUS

Strategische Politik muss sich auf diesen langfristigen Veränderungsprozess und seine Kräftekonstellationen einstellen. Sicher: die Linke ist keine Spezialistin für die *kleine* grüne Frage,

das sind die Grünen. Aber ihnen das überlassen und sich recht arbeitsteilig gleichsam auf die subalterne Rolle der Sozialabbauabfederer in einer grün-kapitalistischen Hegemoniekonstellation einlassen, wie das jüngst die Redaktion des »Prager Frühling« vorgeschlagen hat? Ist das nicht eine recht pessimistische Orientierung? »*Pessimism is easy, optimism makes work*.« (Erik Olin Wright) Es geht um die *große* grüne Frage, um den *grünen Sozialismus*.

Wer die Debatten in der bundesdeutschen Linken verfolgte, wird sich daran erinnern, wie schwer es war, sich mit den Begriffen »demokratischer Sozialismus« oder »pluraler« bzw. »pluralistischer Sozialismus« anzufreunden. Sie waren liberalismus- und sozialdemokratisch durchdrungene Abgrenzungs- und Legitimationsbegriffe, die nie mit Enthusiasmus und fast immer aus bitteren Erfahrungen eine dann eben richtige Differenz gegenüber monolithischen oder totalen, politizistischen Sozialismusvorstellungen aufmachten. Warum sprechen wir nicht vom *grünen Sozialismus* – ein Begriff, der diskurspolitisch effektvoll, theoretisch voraussetzungsvoll und politisch offensiv ist (oder sein kann)? Als in den 90er Jahren der reale, neoliberale Kapitalismus mitsamt dem Begriff »Kapitalismus« triumphierte, hat er den Alternativ- und Zukunftsbegriff »Sozialismus« gleichsam in die Welt des Unaussprechlichen gedrängt. Er überwinterte in ein paar Parteiprogrammen, Biografien und Allensbach-Umfragen. Heute zeigt die Rede vom Sozialismus, dass wir im Kapitalismus leben – auch wenn er (wie auch immer) grünt.

Heute vom *grünen Sozialismus* zu reden, heißt *diskurspolitisch* der neuen hegemonialen Entsorgung des Kapitalismusbegriffs durch Entnennung offensiv entgegenzutreten und durch die Formulierung des Gegensatzes die spezifische – eben kapitalistische – systemische Qualität der schwarz-grünen Gesellschaftszukunft sichtbar zu machen.

Theoriepolitisch heißt die Rede vom *grünen Sozialismus* eindeutig, mit einer linken Tradition der Naturvergessenheit, der Gebrauchswertignoranz und des Fossilismus zu brechen und die sich zuspitzende, radikale Krise eines maßlosen Stoffwechsels mit der Natur anzuerkennen, die der Kapitalismus in die Welt setzte.

Politisch offensiv endlich ist die Rede vom grünen Sozialismus, weil damit der Ausschluss aus dem politischen Spielfeld erschwert wird. Sie zielt deutlich auf etwas anderes als die Rede vom »sozialökologischen Umbau«, die mittlerweile jede politische Richtung pflegt.

Statt also die Sache Grün den Spezialisten für eine *halbierte* grüne Frage zu überlassen, muss die Linke einen *dreifachen* Kampf führen. Es geht erstens um einen gerechten Übergang, die *just transition* in einen ökokapitalistischen Entwicklungspfad, der die dauerhafte Auseinandersetzung mit der noch lange dominierenden nuklearfossilen Formation einschließt; es geht *zweitens* um den Kampf um seine ökologische, demokratische, soziale und solidarische *Ausgestaltung*, und es geht *drittens* zugleich um seine sozialistische Transformation in einen *grünen* und *demokratischen Sozialismus*. Vor allem in einigen Bundesländern wie Thüringen, Brandenburg oder Baden-Württemberg und anderen ist »die Verbindung von sozialer Frage und sozialökologischem Umbau« zunehmend Programm und Politik der Linkspartei.



flickr/ nothing,
Island 2010

WANN KANN MAN SAGEN,…

DASS DIE LINKE EXISTIERT UND MIT NORMALEN MITTELN NICHT MEHR ZERSTÖRT WERDEN KANN?

CHRISTOPH SPEHR

Im 14. Heft der Gefängnishefte schreibt Gramsci unter dem Titel *Machiavelli. Wann kann man sagen, dass sich eine Partei herausgebildet hat und mit normalen Mitteln nicht mehr vernichtet werden kann?* (Gef. 7, 1695ff). Es geht ihm um die Phase, wenn die Existenz einer Partei noch nicht »zwingend« geworden ist, sondern »zum großen Teil von der Existenz von Personen mit außerordentlicher Willenskraft und außerordentlichem Willen abhängt«, die Phase, wenn noch nicht gesichert ist, dass die Partei auf Dauer besteht und dass sie ihre Kernanliegen, ihre Antwort auf die großen Probleme, irgendwann dem »Staat« einschreiben wird, so oder so.

Gramsci nennt drei Gruppen, die eine Partei braucht, damit ihre Existenz halbwegs gesichert ist: Auf der einen Seite steht die zahlenmäßig größte Gruppe der Mitglieder und Anhänger der Partei – jene, die sich auf sie beziehen und die sie unmittelbar erreicht, die aber keine besondere Verantwortung in der und für die Partei übernehmen. Die Basis im klassischen Sinn, innerhalb und außerhalb

der Partei. Über diese Schicht ist Partei mit der Gesellschaft und ihren Klassen und Schichten verbunden, wird durch sie von der sozialen Wirklichkeit erreicht und hat an ihr teil.

Auf der anderen Seite sieht Gramsci die zahlenmäßig geringe Gruppe der nationalen Führungsfiguren der Partei. Es sind die *big guns* der Partei, ihre »Heerführer«, die »auf nationalem Gebiet zentralisierend« wirken und »ein Ganzes von Kräften wirksam und mächtig werden« lassen, das ohne dieses Zusammenwirken wenig ausrichten könnte. In seinem Referat benennt Gramsci konkret, dass diese Schicht »gewöhnlich aus Parlamentariern und oft eng an die herrschende Klasse gebundenen Intellektuellen besteht«. Es sind die Schlachtschiffe der Partei, die sie in die nationale Auseinandersetzung schickt, da wo Sichtbarkeit und Öffentlichkeit hergestellt wird.

Und dann gibt es ein »mittleres« Element, eine »Zwischenschicht«, die »in der aktuellen Situation eine noch größere Bedeutung hat, als sie in normalen Zeiten hätte«. Es ist diejenige Personengruppe, welche die Schicht der Anhänger und Mitglieder mit der Schicht der *big guns* »verbindet«, die beiden anderen Elemente »nicht nur in physische, sondern moralische und intellektuelle Berührung bringt«. Es sei »häufig die einzige aktive und politisch lebendige Schicht dieser Partei«. Sie spürt die Probleme der Partei, ebenso ihre Chancen, sie gestaltet ihren Alltag und stellt in der Praxis fest, was von der derzeitigen Orientierung funktioniert und was nicht. Es ist »diese Zwischenschicht, die die Verbindung zwischen der obersten Führungsgruppe und den Massen der Partei und der von der Partei beeinflussten Bevölkerung aufrecht erhält«. Diese Gruppe, so Gramsci, ist die entscheidende. Wenn sie existiert, existiert die Partei dauerhaft. Diese »Zwischenschicht« ist notfalls in der Lage, neues Führungspersonal hervorzubringen, so wie sie in der Lage ist, Anhänger zu werben und Mitglieder zu gewinnen, aber sie selbst kann nur schwer von den anderen beiden Gruppen produziert werden, wenn sie ausfällt. Auf diese Schicht richten sich daher auch alle Versuche, die Partei mit unnormalen, außerordentlichen Mitteln zu zerstören: Verhaftung, Berufsverbote, Terror. Wenn diese Zwischenschicht existiert und lebendig zusammenarbeitet, kann die Partei dagegen mit »normalen Mitteln« nicht zerstört werden. Sie wird Krisen, Wahlniederlagen, strategische Sackgassen, regionale Spaltungen, inhaltliche Spannungen und ökonomischen Druck aushalten und überwinden können, denn sie besitzt ein »Ferment«, aus dem heraus sie bilden kann, was sie braucht. Diese »zweite Gruppe« entsteht, weil sich »die eiserne Überzeugung gebildet [hat], dass eine bestimmte Lösung der lebenswichtigen Probleme nötig ist«. Weil sich ihre Mitglieder darüber im Klaren sind, dass sie die Partei brauchen, um ihre in tiefem Sinn politischen, gesellschaftlichen Ziele zu erreichen.

DIE LINKE: BIG GUNS, MITGLIEDER, EHRENAMTLICHE

Aus der Erfahrung von Die Linke ist Gramscis Schichtenmodell unmittelbar einleuchtend und anschaulich. Auch in Der Linken besteht die Gruppe der *big guns* ausschließlich aus Parlamentariern. Es sind die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstands, der Bundestagsfraktion und der Vorstände der Landtagsfraktionen, in weiterem Sinne überhaupt ihre

Parlamentarier ab der Landesebene aufwärts. Es sind die einzigen »Berufsrevolutionäre«, die sich die Partei leistet, gerade weil sie sich diese Gruppe nicht selbst aus ihrem Etat leisten muss. Auch in Der Linken steht diese Gruppe für die Aufgaben des Parteiaufbaus und des »lebendigen« Parteiprozesses meist nur sehr eingeschränkt zur Verfügung, einfach weil diese Gruppe mit anderen Dingen beschäftigt ist. Den Alltag der Partei können sie nicht tragen, die Verbindung zur breiten Schicht der Mitglieder und der Anhänger nicht selbst aufrechterhalten. Sie sind das Aushängeschild der Partei, sie haben Zugang zu den Ressourcen Personal, Budget und Öffentlichkeit.

Auf die personelle Zusammensetzung dieser Gruppe richten sich letztlich alle Machtkämpfe in der Partei. Denn während das Papier der Parteitagsbeschlüsse geduldig ist, setzt diese Gruppe durch ihr konkretes Handeln und ihre unvergleichlichen Ressourcen unmittelbar Politik. Was die Mitglieder dieser Gruppe in der Öffentlichkeit tun, bestimmt, wie die Partei wahrgenommen wird, welche Kraft sie im Verhältnis zu den anderen politischen Kräften ausstrahlt, ob sie glaubwürdig wirkt und politische Intelligenz ausstrahlt. Sie machen nicht die Gestalt der Partei – das machen diejenigen, die mobilisieren, demonstrieren, intervenieren, integrieren, also die gemeinsame Aktivität der Mitglieder, Anhänger und Aktiven. Aber sie machen das Bild der Partei, und niemand kann es an ihnen vorbei korrigieren, niemand erfolgreich versichern, »so sind wir gar nicht«.

Es ist eine Frage der politischen Kultur, diese Gruppe der *big guns* (allesamt Parlamentarier), ihre speziellen Ressourcen – Personal, Budget, Öffentlichkeit – nicht für die Arbeit der Partei nach außen zu verwenden, sondern sie statt dessen nach innen zu richten, damit sich der Wille der Partei so und genau so bildet, wie es ihren eigenen Vorstellungen und innerparteilichen machtpolitischen Zielsetzungen entspricht. Es ist eine Frage der Erziehung durch die »Zwischenschicht«, durch die Gruppe der überdurchschnittlich Aktiven und der ehrenamtlichen Funktionäre der Partei, ob die *big guns* sich daran gewöhnen, dass sie das nicht dürfen und dass sich der Versuch nicht auszahlt für sie. Die Basis, die breite Schicht der Mitglieder und Anhänger, kann diesen Versuch nicht zurückweisen. Sie ist zu wenig in das Innere der Partei involviert und engagiert, um sich vor den Manipulationen zu schützen, die sich mit großen Ressourcen bewegen lassen. Daher hängt diese Zivilisierung und Erziehung von der Zwischenschicht ab, die sich jenseits aller inhaltlichen Differenzen und Debatten einig sein muss, dass der »lebendige Prozess« der Partei eigenständig bleiben muss und nicht einseitig von den Bedürfnissen und Interessen der *big guns* getaktet werden darf. Wenn das passiert, stirbt dieser lebendige Prozess ab. Dann werden keine Orientierungen mehr entwickelt, sondern nur noch Waffen in der innerparteilichen Auseinandersetzung. Die Partei ist kein Instrument der gegenseitigen Aufklärung, Ermächtigung und Selbstveränderung mehr, sondern nur noch ein Wahlverein. Wenn der »lebendige Prozess« abstirbt, stirbt mit ihm auch die »Zwischenschicht« ab, von deren Existenz die langfristige Existenz der Partei abhängt. Einfach, weil sie keine Lust mehr hat, weil der persönliche Aufwand, sich genau hier zu engagieren, nicht mehr zu rechtfertigen ist.





Oben: »You've fucked us«, Studierendenproteste, Westminster 2010
Unten: Brian Haw kampiert seit den Anti-Kriegs-Protesten 2001 vor dem Parlamentsgebäude in London. Beide Bilder: Flickr/bobalicious-london,

WO STEHEN WIR? DIE ERSCHÖPFUNG DER »ZWISCHENSCHICHT«

Die Linke befindet sich grundsätzlich in einer Phase, wo ihre langfristige Existenz noch nicht gesichert ist, wo sie noch mit »normalen« Mitteln zerstört werden, an »normalen« Problemen scheitern kann. Die aktuelle Situation ist von der Gefahr bestimmt, dass die Machtkämpfe zwischen den *big guns* auf eine Weise ausgetragen werden, die die »Zwischenschicht« zerstört. Man merkt das daran, dass ALLE Mitglieder dieser Zwischenschicht – die Aktiven und Ehrenamtlichen, die mehr Verantwortung übernehmen als durchschnittliche Mitgliedschaft – sich derzeit regelmäßig die Frage stellen: Wie lange gibt es uns noch, und wie lange bin ich noch dabei?

Es wäre verkürzt, das als Schuldzuweisung »nach oben« zu lesen. Es ist genauso die »Schuld« der Zwischenschicht der Aktiven und Ehrenamtlichen, die diese Machtkämpfe reproduziert, teilweise sogar fordert, anstatt sie zu begrenzen und in die Schranken zu weisen. Entscheidend für das Schicksal der Partei ist, dass die Zwischenschicht bei all ihren inhaltlichen und strategischen Differenzen untereinander, die sie hat, ein gemeinsames strukturelles Interesse verteidigt: Dass Machtkämpfe nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Dass Beschlüsse der Partei autonom und bindend sind. Dass Parlamentarier an ihrem politischen Output gemessen und nicht dafür belohnt werden, dass sie mit ihren spezifischen Ressourcen die innerparteiliche Willensbildung manipulieren. Dass Positionen und Arbeit der Partei nicht vollständig davon abhängig gemacht werden, was in »den Medien« gut kommt (und es kommt immer das gut, was näher am gesellschaftlichen Mainstream liegt). Dass die Partei kein Werbefeldzug für ein Produkt ist, das man gegebenenfalls dem Markt anpasst, sondern selbst eine »große Produktion«, wie Brecht sagt, der man kein industrielles Korsett aufzwingen kann. Diese fünf Punkte sind das Minimum an struktureller Zivilisierung der »Oberschicht« und an innerparteilicher Solidarität, das von einer selbstbewussten »Zwischenschicht« eingefordert und durchgesetzt werden muss, um den Bestand der Partei zu sichern. Und schön wäre es, wenn ihre Leitungsstrukturen sie dabei unterstützen würden.

Stattdessen dominiert teilweise die Haltung, ein fundamentaler innerparteilicher Sieg, eine Korrektur der Positionen, der personellen Besetzungen oder gar eine »Bereinigung« durch Austritte würde zur Stabilisierung der Partei beitragen, weil sich dann die »richtige« Strategie durchsetzt. Dabei gibt es gute Gründe dafür, warum sich keine der von verschiedenen Gruppen als »richtig« angesehenen Strategien mit »normalen«, also diskursiven Mitteln durchsetzt.

Beide bislang gebräuchlichen Haupt-Strategien sind erschöpft und überholungsbedürftig. Das gilt für die West-Strategie, schnelles Parteiwachstum zu erreichen, indem man sich alleine auf die Ausbeutung der Schwäche der SPD konzentriert (und sich der sozialdemokratischen Anhängerschaft als Instrument anbietet, die SPD zu bestrafen und dadurch auf deren Kurs Einfluss zu nehmen). Es gilt genauso für die Ost-Strategie, gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen, gerade indem man die inhaltliche Nähe zu den etablierten Parteien betont (und sich dadurch großen Teilen der Wählerschaft als Instrument anbie-

tet, das Stigma des unterlegenen deutschen Teilstaats und der eigenen »falschen« Vergangenheit abzuarbeiten). Es wird Zeit, beide Strategien als gefährlich zu erkennen, weil sie letztlich auf »fremden Interessen« basieren, die auf Dauer nicht ausreichen, das Überleben der Partei zu sichern.

FÜR EIN PROGRAMM ZUR STÄRKUNG DER ZWISCHENSCHICHT

Was die Partei mindestens so dringend braucht wie ein Grundsatzprogramm, ist ein Programm zur gezielten Stärkung der Zwischenschicht. Dazu gehören zwei Dinge. Zum einen muss man die »mittlere« Gruppe darüber diskutieren lassen, wie es weitergeht und wie die Probleme gelöst werden können. Aktuell gibt es in der Partei gar keine Vorstellung davon, was eine Strategiedebatte überhaupt ist – das wurde auch bei der Strategiekonferenz der Landesverbände in Potsdam deutlich. Eine breit geführte Strategiedebatte würde die Partei stärken, denn ihre strategischen Probleme sind auch Probleme der gesamten Linken in einer sich verändernden politischen Gesamtsituation. Dafür braucht die Zwischenschicht organisatorische Unterstützung und die nötigen Ressourcen. Strategiedebatten sind eine eigenständige Anstrengung, die organisiert werden muss. Zum anderen muss man die »mittlere« Gruppe entlasten. Dazu gehört eine Entspannungspolitik zwischen den machtpolitischen Großlagern in der Partei, denn die machtpolitischen Konflikte auf der Bundesebene schlagen sich in unzähligen Fernbeben und einer kaum zu beherrschenden Kultur des Misstrauens und der Grabenkriege vor Ort nieder. Dazu gehört, dass die Bundesebene sich um die Beendigung des Zustands kümmert, dass in unzähligen Bereichen fünf Jahre nach der Fusion keine geklärten oder konsistenten Verfahren, Regeln und Alltagsprozesse existieren. Dazu gehört, dass der konstitutive Kompromiss bezüglich der Trennung von Amt und Mandat – »keine vollständige, aber eine substanzielle Trennung« – umgesetzt wird: Eine Parteiführung, die nur aus Abgeordneten besteht, kann die Eigenständigkeit der Partei nicht gewährleisten. Und dazu gehört, dass die Ressourcen der Partei und der Fraktionen stärker daraufhin umorganisiert werden, die Zwischenschicht der Partei zu stärken und zu entlasten. Eine nahezu komplett ehrenamtliche Partei, die kaum Einfluss darauf hat, wie der parlamentarische Arm seine ungleich größeren Ressourcen einsetzt, ist kein zukunftsfähiges Modell.

Es gilt in der aktuellen Situation der Partei als »unpolitisch«, so etwas zu fordern. Aber es ist das Politischste, was eine Partei tun kann, die Regeln und Strukturen ihrer Kooperation zu klären. Die Apparat-bezogenen Entscheidungen, die von den einen als »das macht man so wie jede ordentliche Partei« verteidigt und von den anderen als »bürokratisches« Thema geringgeschätzt werden, in den Raum der politischen Bewertung, demokratischen Infragestellung und bewussten Entscheidung zurückzuholen, ist eine entscheidende Aufgabe in der derzeitigen Phase. Weil, wie Gramsci zu Recht ausführt: Wer seine Zwischenschicht endgültig verschlissen hat, kann den Laden dicht machen.

LITERATUR

Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*, Hg. v. WF. Haug, Klaus Bochmann und Peter Jehle, Hamburg 1996

KAPITALISMUS AUFBRECHEN ODER DEN STAAT ZURÜCKFORDERN?

JOHN HOLLOWAY

UND HILARY WAINWRIGHT

debattieren über Strategien für Transformation

JOHN HOLLOWAY

Kapitalismus ist eine Katastrophe für die Menschheit. Das ist so einfach, so offensichtlich, dass es kaum wert scheint, es zu wiederholen – und doch ist es wichtig, es immer wieder zu sagen: Kapitalismus ist eine Katastrophe für die Menschheit.

Die Art und Weise, wie unsere sozialen Beziehungen organisiert und wie menschliche Tätigkeiten miteinander verbunden sind, produziert eine Dynamik, die niemand kontrolliert, die Ungerechtigkeit, Gewalt und Erniedrigung hervorbringt und nun droht, menschliches Leben gänzlich zu zerstören.

In deinem Buch zitierst du Walden Bello, der sagt: »Neoliberalismus ist wie der Lokführer, der in einem alten Westernfilm erschossen wird und mit der Hand am Beschleunigungshebel stirbt. Er ist tot, aber beschleunigt unaufhaltsam weiter bis zur totalen Katastrophe für die Passagiere.« Aber es ist nicht nur der Neoliberalismus: Der Kapitalismus ist das Problem, ein System, in dem die sozialen

Beziehungen auf Geld gründen und treibende Kraft die Jagd nach mehr Geld und Profit ist.

Wie können wir den Zug anhalten und aussteigen? Wie können wir die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung durchbrechen, die uns dem Abgrund entgegen treibt? Das ist das Problem. Das ist die Frage aller Antikapitalisten, Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, aller Menschen, wie auch immer wir uns nennen wollen.

Dein Buch handelt von Demokratie. Um die Hand des Fahrers zu lösen, müssen wir den Kapitalismus – die derzeitige Organisation menschlicher Tätigkeit – herausfordern; aber in deiner Auseinandersetzung mit Demokratie wird Kapitalismus so gut wie nicht erwähnt.

Ich sehe deine Protagonisten-Passagiere in einem anderen Licht. Meiner Ansicht nach organisieren sie sich nicht nur, um die Qualität ihres Sitzplatzes im Zug zu verbessern. Sie schlagen gegen die Fenster und schreien, um auszusteigen oder rennen vielleicht alle in die Gegenrichtung in der Hoffnung, dass sie den Zug dazu bringen können, umzukehren.

Du sprichst beispielsweise vom Exodus Kollektiv in Luton, das begann, kostenlose Raves in der Marsh-Farm-Siedlung zu organisieren und mit der Zeit in einen mühsamen Bewerbungs- und Administrationsprozess hineingezogen wurde. Schließlich hatte es eine New-Deal-Subvention in Höhe von 50 Millionen Pfund für Gemeinden zu verwalten, was der Entwicklung der Siedlung dienen sollte.

Dies führte, wie du sagst, zu wirklichen Verbesserungen. Aber steckt in den Raves nicht etwas mehr als lediglich der Versuch, das Leben im Kapitalismus zu verbessern? Im Rave verbirgt sich ein Schrei nach Verweigerung: ein Einschlagen von Fenstern, ein Laufen in die Gegenrichtung, die Herstellung von sozialen Beziehungen auf einer anderen Basis als Geld. Ich nenne das einen »Bruch« in den kapitalistischen sozialen Beziehungen: ein bewusstes oder nicht so bewusstes Nicht-Einpassen, ein Verneinen-und-Schaffen, eine Verweigerung, mit dem kapitalistischen Strom zu schwimmen, und ein Versuch, das Leben auf einer anderen Basis hier und jetzt aufzubauen.

Im Rave gibt es einen Widerspruch zwischen Reinpassen und Nicht-Reinpassen: eine Spannung zwischen »Lasst uns die Jugendlichen von den Straßen holen und dafür sorgen, dass sie eine gute Nacht haben«, und »Lasst uns gegen eine Welt auflehnen, in der das Realitätsprinzip identisch mit Geld ist«. Wie verhalten wir uns zu dieser Spannung? Auf wessen Seite sind wir?

In deinen vielen Beispielen wird deutlich, dass der Staat in allen Fällen ein Prozess ist (manchmal mehr, manchmal weniger reaktionsfähig), der diese Situationen aufnimmt und in das herrschende System einfügt. Es geht nicht nur darum, Zugeständnisse zu machen, sondern die Leute in einen Prozess des Entscheidung-Treffens zu bringen. Die, die zuvor ausgeschlossen waren, werden miteinbezogen. Der Staat wird demokratisiert; der Staat wird von den Menschen zurückgefordert. Die, die zuvor Objekte der Politik waren, werden zu Subjekten.

Dennoch sind die Subjekte, die aus dem Prozess, den du beschreibst, hervorgehen, sehr begrenzt in ihrer Subjektivität. Sie werden bestenfalls Subjekte der Politik, aber nicht Subjekte gesellschaftlicher Entschei-

dung. Die Politiken, die sie beeinflussen dürfen, verorten sich im unhinterfragten und unhinterfragbaren Kontext des Kapitalismus, im privaten Besitz und Profit und allem, was damit einhergeht.

Du magst dies als einen ersten Schritt zu einer vollständig emanzipierten Subjektivität deuten, zu einem wirklichen Gestalten der Gesellschaft von unten. Das könnte sein, wenn solche Versuche der Demokratisierung als Teil einer Bewegung im-gegen-und-über-den-Kapitalismus-hinaus interpretiert würden, in der die Frage nach dem Bruch zentral ist. Aber ich finde in deiner Darstellung keinen Hinweis, dass es so sein könnte.

Am Ende des Buches habe ich das Gefühl, überlistet worden zu sein: Sicher, die Dinge können verbessert werden, aber in deinem Buch scheint niemand zu denken, dass eine andere Welt möglich ist, eine Welt ohne staatliche Subventionen und Bürokraten, ohne Geld und Profit, ohne Kapital.

Mein Argument ist genau das Gegenteil. Ich denke, dass es eine tiefe und wachsende Wut gegen die Herrschaft des Geldes gibt. Die Wut drückt sich nicht nur auf den Straßen aus, sondern artikuliert sich in den unzähligen Weisen, auf die Menschen sich weigern, jeden Aspekt ihres Lebens vom Geld bestimmen zu lassen, und versuchen, andere Wege, andere Weisen des Zusammenseins und des Denkens zu finden.

Diese Revolten, dieses Veweigern-und-Schaffen, sind Brüche in der Logik des kapitalistischen Gefüges, Risse in der Herrschaft des Geldes, Ausbrüche gegen eine Welt der Zerstörung. Das ist die aufregende Seite der Raves: Nicht dass sie der Anfangspunkt für ein besseres »Reinpassen« in die Strukturen des Kapitalismus sind, sondern ihr Potenzial für einen Ausbruch des Nicht-Reinpassens.

In eine Gesellschaft des Todes zu passen, bedeutet selbst zu sterben. Lasst uns »nicht reinpassen« und in unserem Nicht-Reinpassen wachsen und zusammenkommen. Das ist sicherlich der einzige Weg, auf dem wir die Frage danach stellen können, wie wir diese Welt aufbrechen und eine andere schaffen können.

Wut jetzt, Wut gegen die Herrschaft des Geldes!

HILARY WAINWRIGHT

Inspiriert von deinem Buch »Kapitalismus aufbrechen« kann ich sagen: Wir teilen den gleichen Ausgangspunkt, unterscheiden uns aber in den Herausforderungen, die sich von der Praxis aus stellen. Ich teile den Sinn für die Gefahren, mit denen wir konfrontiert sind, und sehe wie du Brüche, die weiter aufbrechen. Ich stimme ebenfalls zu, dass wir Wege finden müssen, unsere gemeinsamen Kräfte zu bündeln, wenn wir die Brüche öffnen und erweitern wollen. Diese Kräfte setzen weder ein Zentrum noch eine totalisierende Vision voraus, sondern berücksichtigen die Multiplizität der verschiedenen Kämpfe und Versuche der Veränderung. Auf Grundlage unserer Übereinstimmung widerspreche ich:

Durch das Buch zieht sich die Frage: Gibt es einen Weg, den globalen Kapitalismus und die unzähligen Revolten gegen die täglichen Erniedrigungen zu verstehen; einen Weg, wie wir dieses Dilemma begrifflich fassen können, der uns hilft, uns anzunähern oder zusammenzufinden, um eine andere Welt zu schaffen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zu Marx' zentraler These zurückgehen, dass Arbeit im Kapitalismus eine doppelte Natur hat. Auf der einen Seite ist Arbeit abstrakte Arbeit, die im Prozess der Warenherstellung für den Markt enthalten ist; objektiviert als Wert und ausgedrückt im Warentausch gegen Geld, aus dem das Kapital seinen Profit zieht. Auf der anderen Seite steht die Dimension der Arbeit, die du »Tätigsein« nennst, die Arbeit, die in der Produktion von Gebrauchswert enthalten ist – konkret und besonders, gesellschaftlich und individuell. Im Kapitalismus stehen, wie du betonst, die beiden Formen der Arbeit in ständiger Spannung miteinander: Kreative, sinnvolle Tätigkeit wird disziplinierter Arbeit zur Profitmaximierung untergeordnet. Potenziell selbstbestimmte Arbeit steht entfremdeter entgegen.

Diese latente Spannung als Revolte zu deuten, die die gesamte Gesellschaft durchzieht, sei der Antrieb, der den gegenwärtigen antikapitalistischen Kämpfen gemeinsam ist. Die »Zukunft der Welt« hänge davon ab, »den einheitlichen Charakter der Arbeit aufzuspalten«. Ich stimme damit überein; die Brüche, die wir 1968 mit dem Paternalismus und der Kommerzialisierung der Nachkriegsordnung gemacht haben, werden bestätigt und weiter getrieben.

Aber ein anderes Thema der 68er war die Revolte gegen die eindimensionale, gewählte Staatsbürgerschaft, die auch in den heutigen Kämpfen aufgegriffen wird. Deine Weiterentwicklung von Marx' Analyse der doppelten Natur der Arbeit hat mich inspiriert, die doppelte Natur der Staatsbürgerschaft zu analysieren. So lassen sich Brüche in den staatlichen Institutionen ausmachen, die wir erweitern können und müssen, wenn wir den Kapitalismus aufbrechen wollen – dem scheinst du nicht zuzustimmen.

Meine Argumentation ist wie folgt: Du hast Recht mit deiner Analyse vom dominanten Charakter der staatlichen Institutionen und ihrer Beziehung zur Gesellschaft: Sie trennen und fragmentieren Wirtschaft von Politik, die Versorgung der Gemeinschaft von der Gemeinschaft, Bürger untereinander und von ihrem sozialen Kontext. Deine Beschreibung erfasst aber nur eine, wenn auch die dominante Dimension der Staatsbürgerschaft. Wir können der vereinzelten und abstrakten Natur der Staatsbürgerschaft, welche parlamentarische Institutionen stärkt, das Potenzial von BürgerInnen als gesellschaftlichen Subjekten gegenüberstellen.

Dies zeigte sich historisch an den Kämpfen von besitzlosen männlichen Arbeitern und Frauen für das allgemeine Wahlrecht. Ein aktuelles Beispiel wären Bewegungen, die überall auf der Welt für das Versprechen auf politische Gleichheit kämpfen, das eingelöst werden soll, indem enge staatliche Institutionen aufgebrochen werden und die öffentliche Macht direkten Formen der Partizipation unterworfen wird; in den politischen Entscheidungen früher die geheime Domäne der Deals zwischen politischer Elite und Privatwirtschaft. (Das war der Anstoß für viele Experimente in der partizipativen Demokratie, besonders in Lateinamerika.)

Wir könnten hier von einer Subjektbürgerschaft oder vergesellschafteten Staatsbürgerschaft versus einer atomistischen Staatsbürgerschaft sprechen. Ein Beispiel für

diese vergesellschaftete Staatsbürgerschaft wären die Bewegungen, einige Teile der Gewerkschaften eingeschlossen, die sich auf der ganzen Welt gegen Privatisierung wenden, oft mit alternativen Vorschlägen, wie Dienstleistungen organisiert werden können, die die Vielfalt sozialer Bedürfnisse berücksichtigen.

Hier organisieren sich BürgerInnen als Subjekte. Sie öffnen den Bruch zwischen der staatlichen Verwaltung von öffentlichen Geldern und dem Drang des Kapitals nach neuen Märkten und Profitquellen. In vielen solcher Bewegungen verbindet sich die Durchsetzung von Subjektbürgerschaft oder vergesellschafteter Staatsbürgerschaft mit der Revolte gegen abstrakte Arbeit.

Die Art und Weise, wie diese Kämpfe organisiert sind, führt mich zu einem zweiten Einspruch. Dies betrifft deine Absage an Institutionen – deinen offensichtlichen Unwillen, die Möglichkeit und Wirklichkeit von Institutionen unterschiedlicher Art in Betracht zu ziehen.

Ich würde gern – wie du – an das Fließen, den Tanz, an die Bewegung der Bewegungen glauben, weiß aber, dass das Fließen eine stete Quelle braucht und Bedingungen gegeben sein müssen, um es auf Dauer zu stellen. Das Fließen der Bürgerbewegungen gegen die Privatisierung öffentlicher Güter beispielsweise brauchte den Rückhalt der Gewerkschaft, die zwei Jahrzehnte früher während der Kämpfe gegen die Diktatur gegründet worden war, wie ein Aktivist in der Bewegung für staatliche Wasserversorgung aus Uruguay meinte. Ähnlich ist es mit dem Fließen der Beziehungen in der Open-Software-Bewegung, das von den Rahmenbedingungen abhängt, die die GNU General Public License[1] schuf.

Es ist wichtig, zwischen zwei Ebenen gesellschaftlicher Existenz zu unterscheiden: nachhaltige soziale Strukturen auf der einen Seite und soziale Interaktion und Beziehungen zwischen Individuen auf der anderen.

Während die traditionelle Linke dazu neigte, immer nur in Strukturen zu denken und die menschlichen Wesen als Träger oder Produkte der sozialen Strukturen zu behandeln und so unsere Handlungsmöglichkeiten als wissende Subjekte vernachlässigte, die die Strukturen verändern können, verfällst du in das andere Extrem und unterstellst nur Beziehungen, ohne zu berücksichtigen, auf welche Weise die Strukturen den Individuen sowohl präexistent sind als auch für ihre Reproduktion von ihnen/uns abhängen.

Du hast ein Gespür dafür, wie wir unsere eigene Geschichte machen – da wir es sind, die diese Gesellschaft schaffen, insistierst du darauf, dass »wir damit aufhören und anders handeln können«. Aber du berücksichtigst nicht, dass wir Geschichte nicht »unter selbstgewählten Umständen machen«, wie der alte Mann sagte.

JOHN HOLLOWAY

Deinen Ausführungen zur doppelten Natur der Staatsbürgerschaft stimme ich zu und widerspreche dir zugleich. Der Staat im Allgemeinen ist eine Form von Organisation, die sich über Jahrhunderte entwickelt hat, um auszuschließen, zu teilen und zu fragmentieren und die sozialen Unzufriedenheiten so zu reformulieren, dass sie mit der kapitalistischen Reproduktion vereinbar werden. In diesem allgemeinen Rahmen gibt es sicherlich viele, die in die entgegen gesetzte Richtung laufen und diese tradierten Strukturen zu durchbrechen streben, indem

sie neue Formen der Organisation und des Handelns schaffen. Viele von uns, die Lehrer in staatlichen Organisationen sind, versuchen es zum Beispiel so: Wir kämpfen im-gegen-und-über-den-Staat-hinaus und versuchen eine Welt jenseits von Kapitalismus zu öffnen. Für mich ist das Teil der Bewegung gegen abstrakte, entfremdete Arbeit. Mit deinen Worten: Das ist die Bewegung der »sozialisierten« gegen die »atomisierte« Staatsbürgerschaft. Mein einziges Problem mit dieser Formulierung ist, dass das Wort »Staatsbürgerschaft« den Kampf an den Staat bindet; genau die Form der sozialen Beziehung, die wir versuchen zu durchbrechen – wir müssen über den Staat hinausgehen und deshalb auch über die Staatsbürgerschaft.

Der stetige Kampf im-gegen-und-über-den-Staat-hinaus ist zentral in unserem Leben (selbst wenn wir nicht beim Staat angestellt sind, kommen wir ständig mit ihm in Kontakt). In diesem Sinne betrachte ich den Staat wie ein gewaltiges Saugen: Er saugt uns ein und zwingt uns zur Konformität mit einer Gesellschaft, die vom Geld bestimmt ist. Oder vielleicht kann man ihn auch als ein gigantisches Fischernetz sehen, das unsere Unzufriedenheiten einfängt und der Logik des Kapitals unterordnet. Diese Unterordnung vollzieht sich über: die verwendete Sprache, das Ausfüllen von Formularen, die unzähligen Arten, wie der Staat uns Geld anbietet, wenn wir das, was wir wollen, nur auf eine bestimmte Weise ausdrücken, und die Kürzungen der Ausgaben. Die Kürzungen sind nicht gegen den Staat gerichtet, sondern notwendig für sein Funktionieren: Er fängt uns ein, indem er uns Ressourcen verspricht, um dann zu sagen: »Entschuldigung, aber die wirtschaftliche Lage lässt nicht zu, euch das zu geben, was wir versprochen haben«. Und dann versuchen wir, uns selbst zu verteidigen, aber natürlich bedeutet Verteidigung, sich innerhalb der staatlichen Logik zu verorten. Der Staat ist die Bewegung von Expansion-und-Kontraktion: Den Staat gegen die Kürzungen zu verteidigen, hat überhaupt keinen Sinn. Kämpfen um zu handeln (oder für Menschlichkeit oder für Kommunismus), wo auch immer wir sind, im-gegen-und-über-den-Staat-hinaus, ist der antikapitalistische Kampf des täglichen Lebens.

Hierbei unterscheide ich zwischen einem situativen Kontakt mit dem Staat, bei dem wir versuchen, über den Staat hinaus zu gehen, weil wir uns schon drinnen befinden – als Angestellte oder Empfänger von Stipendien oder Sozialleistungen – und einem angestrebten Kontakt mit dem Staat, bei dem wir versuchen, hineinzukommen (als gewählte RepräsentantInnen) und ihn in unsere Richtung zu lenken.

Im ersten Fall ist der Kampf im-gegen-und-über-den-Staat-hinaus unausweichlich. Im zweiten Fall ist die saugende Kraft des Staates so stark, dass wir nicht weit kommen werden, ohne unsere antikapitalistische Perspektive aufzugeben. Als eine »Hit-and-Run«-Aktion mag dies sinnvoll sein – als ein Versuch, schnell etwas zu erreichen und rasch wieder auszusteigen –, nicht aber als ein längerfristiges Unternehmen, bei dem schon bald die antikapitalistische Perspektive zugunsten der Karriere zurückstehen müsste.

Zur Frage der Institutionen: Du sagst, dass du zwar auch die Bewegung, das Fließen, den Tanz magst, wir jedoch ein institutionelles Rückgrat brauchen. Vielleicht sind wir jetzt

noch Gehbehinderte und brauchen institutionelle Krücken. Aber richtig Laufen zu lernen bedeutet, unsere Krücken wegzuwerfen. Unser Bewegen ist ein anti-institutionelles Bewegen. Möglicherweise müssen wir auf dem Weg Institutionen (oder Gewohnheiten) schaffen, aber wenn wir diese Institutionen nicht untergraben, sobald wir sie schaffen, verkehren sie sich leicht in ihr Gegenteil. Das Fließen der Rebellion ist ein Bewegen, das niemand kontrolliert: Wenn wir versuchen, es zu lenken, werden wir wahrscheinlich feststellen müssen, dass die Bewegung selbst diese Regeln bricht.

HILARY WAINWRIGHT

Wir stimmen überein, dass es beim Kampf im-gegen-und-über-den-Staat-hinaus darum geht, eine Welt jenseits von Kapitalismus zu öffnen. Unsere Differenzen betreffen die Frage, inwieweit dem einsaugenden oder entfremdenden Charakter staatlicher Institutionen entgangen werden kann und diese vorsichtig im Kampf für eine Welt jenseits von Kapitalismus genutzt werden können.

Bei der Staatsbürgerschaft geht es um Rechte in einer geteilten Gemeinschaft – anfangs war es eine Stadt, dann ein National-Staat, und jetzt sind es möglicherweise internationale Institutionen. Falls es eine Möglichkeit für eine Welt ohne Staaten gibt und der Staat »abstirbt« – wäre das das Ende von Politik und das Ende kollektiver Entscheidungsfindung über Ressourcen, Prioritäten, Regeln, Gesetze, Standards und so weiter, die unausweichlich Machtbeziehungen implizieren? Es wäre das Ende des Staates als eine abgetrennte, herrschende Macht, aber es gäbe immer noch Politik und damit auch eine Art von Staatsbürgerschaft. Zielen wir nicht mit den Formen der Organisation und – ich betone – den selbstbestimmten Organisationen, die wir schaffen, um Entfremdung in all ihren Ausprägungen entgegenzutreten, darauf, eine andere Form der Staatsbürgerschaft zu schaffen? – Eine Staatsbürgerschaft, die, wenn wir Menschen wählen (und wir werden Formen sowohl der Repräsentation als auch der Delegation brauchen), die Macht, die wir ihnen geborgt haben, nicht gegen uns wenden und Politik nicht als eine entfremdete Form präsentieren.

Autonome Organisationen – vom Staat und vom Kapital – sind eine Bedingung der Möglichkeit, um den Staat zu kontrollieren und über ihn hinauszugehen. Marx hat das in seiner Analyse des Kampfes für den Achtstundentag im Großbritannien des späten 19. Jahrhunderts veranschaulicht. Er zeigte, wie die organisatorische Fähigkeit der Arbeiter – getrieben von ihrem gemeinsamen Interesse, ihrem Zusammenhalt, ihrer Anzahl, der Abhängigkeit der herrschenden Klasse von ihren Stimmen und ihrer Arbeit – sie befähigte, eine autonome Quelle politischer Macht am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu entwickeln. Diese Macht wurde genutzt, um Arbeitgeber und politische Parteien zu spalten und die Gesetzgebung dazu zu bringen, die Stunden entfremdeter Arbeit zu reduzieren.

Das war ein legislativer Gewinn: ein Gewinn im-gegen-und-potenziell-über-den-Staat-hinaus, nicht nur was die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter angeht, sondern, viel wichtiger: um ihre autonome politische Macht zu verbessern und ihnen mehr Zeit zum Kommunizieren, Debattieren, Lesen, Denken und Organisieren zu geben.

Das bringt mich zu den Kämpfen in der Marsh Farm Siedlung: von den Ravern, die sich mit der Polizei auseinandersetzten, den Brauereien und dem Gemeinderat, die sich um eine Alternative zu den kommerziellen Wucherpreisen im Lutoner Stadtzentum bemühten, über die Besetzung eines leeren Hospizes als autonomes Wohngebiet, bis hin zur »Aneignung der Rhetorik« des »New Deal for Communites«-Programms der New Labour Party. Seitens der Anwohner sollte die Kontrolle über die öffentlichen Gelder sichergestellt werden, die für die »Erneuerung« des Gebiets zur Verfügung gestellt wurden. In diesem letzten Kampf wollten sie mit dem Staat nach ihren eigenen Bedingungen verhandeln.

Nach 18 Jahren, in denen die Aktivisten der Marsh Farm Siedlung im-gegen-und-über-den-Staat-hinaus waren, sehen sie sich nicht »eingesaugt«, wie du andeutest. Im Gegenteil, sie sehen, dass sie »die öffentlichen Ressourcen von diesen Top-Down-Banditen zurückfordern, und sie einsetzen, um die kapitalistischen Strukturen, welche unsere Gemeinde dominieren, durch effektivere und sozial nützlichere zu ersetzen«. Eine Schlüsselbedingung war das stetige Entwickeln einer autonomen Organisation: sich wachsam allem Druck widersetzen und den »Unterdrücker imitieren«, um es mit den Worten von Paulo Freire zu sagen. Wie du insistieren sie auf »learning by doing«. Du solltest sie treffen.

Du würdest sehen, dass die Verbindung zwischen dem Gewinn der Macht über die Subventionen – das ist das minimale demokratische Element innerhalb des Staates und jeder autonomen Organisation – und den Werten und Perspektiven von Menschen, die gegen soziale Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz und in den Gemeinden kämpfen, entscheidend für ihre bescheidene transformative Macht ist, ebenso wie bei dem historischen Beispiel der Arbeiter, die für den Achtstundentag kämpften.

Die traditionelle sozialdemokratische Herangehensweise an Sozialismus – erst Staatsmacht gewinnen und dann das Kapital kontrollieren – versagt immer, weil sozialdemokratische Regierungen, wenn es um die Produktion von Reichtum geht, immer aufs Kapital angewiesen sind. Sie erkennen nie ihre Verbündeten an: die arbeitenden Menschen als wissende, selbstbestimmte Subjekte, die als Produzenten tätig sind und über die Fähigkeit verfügen, eine andere Wirtschaftsweise zu organisieren.

Diese Sichtweise ist in den Institutionen sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften, so wie sie derzeit organisiert sind, verankert und reduziert die Arbeiter auf ihre Rolle als einfache Wähler, Unterstützer, Lohnbezieher. Die Idee, die Macht zu teilen oder sich mit den Menschen oder Organisationen außerhalb der Parlamente zu verbinden, wird von vornherein verworfen. Politiker sehen sich als die Ingenieure der Veränderung und alle anderen sind von diesem Prozess ausgeschlossen.

Wir können nicht stehen bleiben und die Institutionen aufgeben. Wir müssen diese Institutionen dort besetzen, wo wir sie – während wir uns organisieren – transformieren können.

Aus dem Englischen von Jasmin Ihrac

1 Von der Free Software Foundation (FSF) veröffentlichte Freie-Software-Lizenz mit Copyleft für die Lizenzierung von freier Software.

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

WOLFRAM ADOLPHI Politikwissenschaftler und Journalist, wiss. Mitarbeiter bei Roland Claus, MdB (Die Linke), Redakteur *Das Argument*. V: Mao. Eine Chronik (2009), Chinatraum (2007)

DARIO AZZELLINI Politikwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter der Abteilung für Politik- und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz, Schwerpunkt: Prozesse sozialer Transformation, Bewegungen, demokratische Planung, partizipative Demokratie und Arbeitermit- und Arbeiterselbstverwaltung. V: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune (2010)

HEINZ BIERBAUM Politiker und Soziologe, stellv. Vorsitzender der Partei Die Linke und stellv. Landesvorsitzender im Saarland, Professor für Betriebswirtschaft an der HTW Saarbrücken, Leiter des INFO-Instituts

NATALIA IGUIÑIZ BOGGIO Fotografin. Gruppenausstellungen: Beyond RE Production. Mothering. Dimensionen der sozialen Reproduktion im Neoliberalismus, Kunstraum Bethanien, Berlin (2011), Changing The Focus: The Art of Latin American Photography (1990–2005) – Molaa Museum of Latin American Art, Long Beach, CA (2010), Einzelausstellung: Pequeñas historias de maternidad 2 – Vertice Galeria de Arte, Lima (2008) www.nataliaiguiniz.nom.pe

PETRA BRANGSCH wiss. Mitarbeiterin bei Katrin Kunert, MdB (Die Linke). V: Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie (2005)

VOLKER BRAUN Autor. Auszeichnungen: u.a. Erwin-Strittmatter-Preis (1998), Büchner-Preis (2000). V: Die hellen Haufen (im Erscheinen), Der Kassensturz (mit Manfred Jendryschik, 2010)

ERIC CANEPA Mitorganisator des North-Atlantic Left Dialogue, Redakteur des englischen Internetseiten von Lavoro Società-CGIL, Co-Herausgeber der englischen Ausgabe von transform!, war Koordinator des Left Forum (New York)
RENATO DAGNINO Professor für Politikwissenschaften und Technologie an der Unicamp, Campinas, (Brasilien)

CARL DAVIDSON Publizist und Aktivist, Landes-Ko-Vorsitzender der Committees of Correspondence for Democracy and Socialism, nationales Vorstandsmitglied von Solidarity Economy Network, Mitglied der Steelworker Associates. V: CyberRadicalism: A New Left for a Global Age (mit Jerry Harris, 2011)

ALEX DEMIROVIĆ Politologe und Soziologe, Redakteur von *Luxemburg* und *Prokla* sowie Vorstandsmitglied der RLS. Schwerpunkte: Politische Theorie und Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. V: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven (2007)

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Mitglied der Gruppe [pæris]

MATTEO GADDI Politiker und Soziologe, Verantwortlicher für das Ressort Norditalien der PRC, Mitglied des Vorstandes der Associazione Culturale Punto Rosso und der Redaktion der Zeitschrift *Progetto Lavoro – Per una sinistra del XXI secolo*. Schwerpunkte: Arbeit, Inland, Infrastruktur. V: Lotte operaie nella crisi. Materiali di analisi e di inchiesta sociale [Arbeiterkämpfe in der Krise. Materialien zur Analyse und zur sozialen Untersuchung] (2010)

JESSICA GORDON NEMBHARD Ökonomin, wiss. Mitarbeiterin an der University of Maryland. Schwerpunkte: Stadtentwicklung, Community-basierte Ökonomie, kooperative Wirtschaft. V: Cooperative Ownership and the Struggle for African American Economic Empowerment: Alternative Strategies on the Economic Front (2011)

JOHN HOLLOWAY Politologe, Professor für Politikwissenschaft an der Benemérita Universidad Autónoma de Puebla (Mexiko). V: Kapitalismus aufbrechen (2010), Blauer Montag. Über Zeit und Arbeitsdisziplin (2007)

TIM HUNT Redakteur der Zeitschrift *Red Pepper* und des *Ethical Consumer Magazine,* Gründungsmitglied von *Manchester Mule,* einem Internetforum, das Ausgegrenzten eine Stimme verleiht

CHRISTINA KAINDL Dipl.-Psych., leitende Redakteurin von Luxemburg. Doktorandin am FB Politikwissenschaften der FU Berlin. V: Das »Subjekt« zwischen Krise und Emanzipa-

tion (Mithg., Verf., 2010), Subjekte im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2007); Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2005)

BORIS KANZLEITER Leiter des RLS Regionalbüros für Südost-Europa in Belgrad. V: Die »Rote Universität«. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964–1975 (2011)

EMILY KAWANO Leiterin des Center for Popular Economics in Springfield, Massachusetts, ehem. Leiterin des US Solidarity Economy Network und der United for a Fair Economy. Schwerpunkt: Solidarische Ökonomien

THOMAS LAUGSTIEN Freier Lektor und Übersetzer (VdÜ), 1981–1998 Redaktionssekretär und Redakteur von *Das Argument*

CORNELIA MÖHRING Politikerin, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.

IMMANUEL NESS Professor für Politikwissenschaft an der City University New York, Herausgeber der Encyclopedia of American Social Movements, der International Encyclopedia of Revolution and Protest: 1500 to the Present und der Zeitschrift *WorkingUSA: The Journal of Labor and Society*. V: Ours to master and to own. Workers' Control from the Commune to the Present (2011, mit Dario Azzellini)

HENRIQUE T. NOVAES Promovend Politikwissenschaften und Technologie an der Unicamp Campinas (Brasilien)

RAINER RILLING stellv. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Referent Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen der RLS. V: Risse im Empire (2008)

JÖRG ROESLER Wirtschaftshistoriker, Dozent für Volkswirtschaft an der Universität der Künste in Berlin, Mitglied der Gelehrtengesellschaft Leibniz-Sozietät. V: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam (rls-standpunkte 16/2010)

VISHWAS SATGAR Dozent im Bereich Internationale Beziehungen der Universität Witwatersrand, Vorstandsmitglied und Mitbegründer von Committee for the Promotion and Advancement of Cooperatives – COPAC

STEFAN SCHADE Dolmetscher und Übersetzer. Themen: soziale Bewegungen, Friedensbewegung, Naher Osten, Menschenrechte, Arbeiterbewegung, Umwelt- und Naturschutz, Biodiversität, Klimawandel, Recht auf Stadt, Landkonflikte, Energie, Mobilität, natürliche Ressourcen

CATHARINA SCHMALSTIEG Psychologin und Promovendin im FB Soziologie an der FSU Jena, Redakteurin von *Luxemburg*

KATHARINA SCHWABEDISSEN Politikerin, Landessprecherin Der Linken Nordrhein-Westfalen, Themen: Frauen- und Innenpolitik

JANA SEPPELT Organizerin ver.di Hessen (Projekt KiTas der EKHN, Projekt Handel und Logistik in Bad Hersfeld), aktiv in den Krisenprotesten

CHRISTOPH SPEHR Politiker und Autor, Sprecher des Landesverbandes Bremen Der Linken. V: Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation (2003)

HENNING SÜSSNER RUBIN Historiker und Rektor der schwedischen Linkspartei-nahen Volkshochschule Kvarnby in Malmö

JAN ULLRICH Übersetzer, Dipl. Politikwissenschaftler, Redaktionsmitglied von *amerika21.de*

NEELKE WAGNER Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Übersetzerin. Schwerpunkte: Erneuerbare Energien, Feminismus

HILARY WAINWRIGHT Forschungsdirektorin am International Labour Studies Centre der Universität Manchester und am Centre for Global Governance der London School of Economics; Herausgeberin der Zeitschrift *Red Pepper*. V: Labour, A Tale of Two Parties (1986), Reclaim the State (2003)


zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie
lunapark21 Heft 15
Im Spezial Griechenland & Euro-Krise:
Karl Heinz Roth: Kahlfraß Griechenland: Die Ausplünderungspolitik durch die NS-Politik & Deutsche Reparationsschulden
72 Seiten · Einzelheft 5,50 Euro · Abo BRD/Österreich: Normalabo 22 Euro (4 Hefte/ Jahr) · Abo-Plus 29 Euro (4 Hefte plus 2 Extrahefte/Jahr) // Ab Mitte September im Bahnhofsbuchhandel // Probeheft oder Abo per Mail abo@lunapark21.net // per Post Lunapark21 · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf // per Telefon 033205-44694
www.lunapark21.net
Außerdem: Susan Zimmermann: Armutspolitik des IWF · Tomasz Konicz: Vergleich der Verschuldung USA – EU · Thomas Kuczynski: Arbeitszeitverkürzung – oder doch besser sinnvoll arbeiten? · Sebastian Gerhardt: Zum aktuellen Stand des deutschen Imperialismus


082011
transform!
Rechtspopulismus in Europa


prager frühling
*MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS
Nichts sehen.
Nichts hören.
Laut brüllen!
Die Linke und der Nahostkonflikt.
Bestellen: www.prager-fruehling-magazin.de


157
südlink
3,50 EURO
SEPTEMBER 2011
DAS NORD-SÜD-MAGAZIN VON INKOTA
Zehn Jahre nach 9/11
Über die Anschläge vom 11. September 2001 und den »Krieg gegen den Terror«, enttäuschte Hoffnungen in Afghanistan, das Leben von Muslimen in Deutschland und vieles mehr schreiben u.a. Ulrich Ladurner, Norman Peach, Hilal Sezgin, Marcus Bensmann, Thomas Ruttig und Ute Koczy.
Bestellung: versand@inkota.de; www.suedlink.de, Probeabo: 2 Ausgaben, 6 Euro